

Schaubild zum Entwurf einer Kleinsiedelung für die Dresdener Gardinen- und Spitzen-Manufaktur Prohlis bei Dresden.  
Architekt: Prof. E. Högg in Dresden. Ein I. Preis.

# DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 53. BERLIN, DEN 2. JULI 1919.  
REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

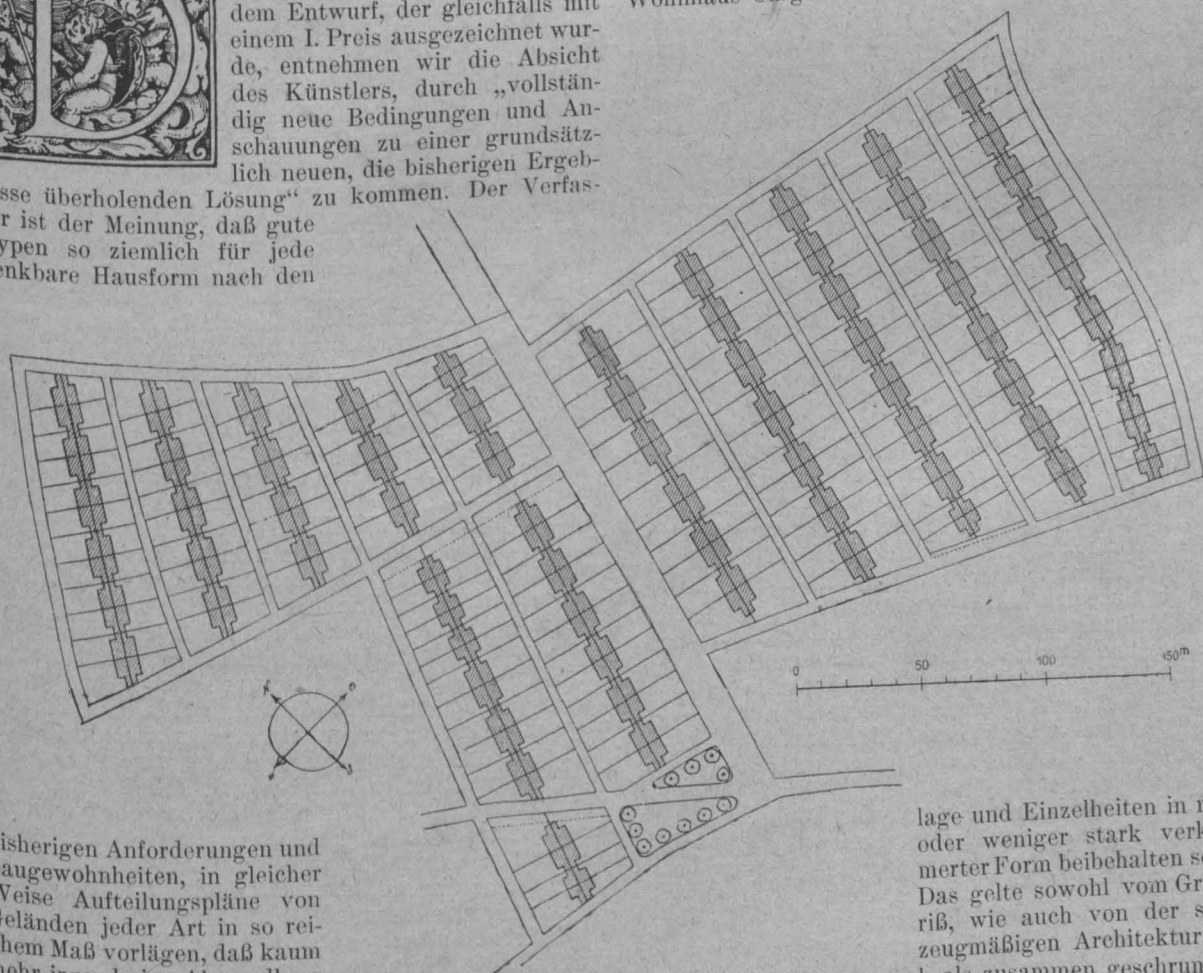
## Dresdener Siedelungs-Bestrebungen. (Fortsetzung statt Schluß aus Nr. 47.)



em Erläuterungsbericht zu dem Entwurf des Architekten Professor Emil Högg in Dresden, zu dem Entwurf, der gleichfalls mit einem I. Preis ausgezeichnet wurde, entnehmen wir die Absicht des Künstlers, durch „vollständig neue Bedingungen und Anschauungen zu einer grundsätzlich neuen, die bisherigen Ergebnisse überholenden Lösung“ zu kommen. Der Verfasser ist der Meinung, daß gute Typen so ziemlich für jede denkbare Hausform nach den

Betrachtung der Typen aber, die bisher als vorbildlich gegolten haben, erkenne man, daß das Kleinhaus noch immer nichts Anderes sei als ein verkleinertes Normal-Wohnhaus bürgerlichen Charakters, dessen Gesamtan-

nisse überholenden Lösung“ zu kommen. Der Verfasser ist der Meinung, daß gute Typen so ziemlich für jede denkbare Hausform nach den



bisherigen Anforderungen und Baugewohnheiten, in gleicher Weise Aufteilungspläne von Geländen jeder Art in so reichem Maß vorlägen, daß kaum mehr irgend eine Abwandlung gefunden werden könne, die gegenüber dem schon Vorhandenen eine Verbesserung bedeute. Bei kritischer

lage und Einzelheiten in mehr oder weniger stark verkümmelter Form beibehalten seien. Das gelte sowohl vom Grundriß, wie auch von der spielzeugmäßigen Architektur, die das Kleinhaus immer noch als zusammen geschrumpfte Villa gestalten wolle. Nicht anders verhalte es sich

mit den Plänen für Gelände-Aufteilung. Auch hier zeige sich das Bestreben, mit unzulänglichen Baueinheiten und oft unter Zurückstellung der praktischen Anforderungen künstlerischen Städtebau mit allerlei Straßenwirkungen zu treiben, die teils der städtischen Baukunst entnommen seien, teils malerische Dorfanlagen vortäuschen wollten. Dieses Haften an ungeeigneten Vorgängen habe bisher die Schaffung charaktervoller Kleinsiedelungen erschwert und namentlich die Baukosten auf einer Höhe gehalten, die der Weiterentwicklung der ganzen Kleinwohnungsfrage überaus hinderlich gewesen sei, jetzt aber, unter den schwierigen Kriegsverhältnissen, zur Katastrophe führen müsse. Es habe sich heute der eherne Zwang ergeben, gegen früher wesentlich billigere Kleinwohnungen zu bauen; das sei aber nicht möglich, wenn die bisherigen Gepflogenheiten und Typen beibehalten werden.

Högg gibt seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck, die Frage der sogenannten „sparsamen Bauweise“ sei nicht sowohl eine Baustoff-Frage, vielmehrausschließlich eine solche der bebauten Fläche und des umbauten Raumes. Es handle sich also heute darum, alles über Bord zu werfen, was unseren Kleinwohnungen aus ihrer bisherigen Entwicklungsgeschichte noch an entbehrlichem Raumverschnitt anhafte. Es müsse zurückgegriffen werden auf die tatsächlichen Lebensgewohnheiten und Bedürfnisse der Bewohner des Kleinhauses und auf Vorbilder, die daraus sich organisch entwickelt haben. Damit komme man von selbst auf das alte deutsche Wohnhaus mit dem Einheitsraum, der Diele. Unter den heutigen Verhältnissen gebe die auch im Programm zu diesem Wettbewerb geforderte Wohnküche die Möglichkeit, diesen Raumgedanken wieder aufzugreifen und ihn zum Ausgangspunkt einer ganzen Anlage zu machen.

Ein zweiter Grundsatz für die Plangestaltung war dem Verfasser das Ziel, jeder Familie ihr eigenes Haus zuzuweisen. Er gibt dem Wohnen im eigenen Haus gegenüber dem Zusammenleben mehrerer Familien hinter einer gemeinsamen Haustür so unbedingt den Vorzug, daß er der Meinung ist, es müsse das Einzelhaus als Wohneinheit auch dann angestrebt werden, wenn dabei etwas mehr Grundfläche und Baugeld geopfert werden müßten; vielleicht aber ergebe die Gegenüberstellung mit anders gearteten Lösungen, daß solche Opfer nicht einmal verlangt zu werden brauchten.

Als dritten Grundsatz verfolgte der Verfasser die im Programm geforderte Typisierung so bis in die letzten Möglichkeiten, daß eigentlich nur ein einziger Grundriß geschaffen wurde, der lediglich durch Zutaten allmählich wachse und sich vom zweiräumigen bis zum fünfräumigen Haus ausdehnen lasse, wobei sich um den Wohnküchenraum als Krystallisationspunkt seitwärts und aufwärts die verlangten weiteren Räume anfügen. Damit werde erreicht, daß die ganze Siedelung gewissermaßen auf Grund einer einzigen Werkzeichnung errichtet werden könne. Diese Typisierung und Vereinfachung auf ganz wenige, in den Maßen übereinstimmende Einzelheiten erstreckte sich auch auf die Außenseiten der Häuser. Hier soll das allmähliche Wachstum der einzelnen Haustypen vom zweiräumigen bis zum mehrräumigen Haus nur durch ein Ausdehnen nach der Seite und durch ein Höherheben des Daches, zunächst als Kniestock, dann durch Einschieben eines zweiten Stockwerkes, erreicht werden. In den wichtigen Abmessungen, in Fenstern, Türen, Dachläden, Sparren- und Balkenlängen, Walmen usw. werden dadurch Aenderungen nicht nötig.

Emil Högg ist als ein scharfer Denker bekannt. Obwohl durchaus von künstlerischem Geist erfüllt, verschließt er sich keineswegs der gebietenden Wirklichkeit der Dinge, um nüchtern und ohne Voreingenommenheit gegenüber den tiefgehenden wirtschaftlichen Erfordernissen der Zeit das zu erstreben, was nach seiner Ansicht dem gesteckten Ziel mit den einfachsten Mitteln am nächsten kommt. Wer die vorstehend wieder-

gegebene Gesamtanlage betrachtet, ist zunächst überrascht durch ihre verblüffende Einfachheit, durch den rücksichtslos durchgeführten Grundsatz der Reihung und durch die ungekünstelte Führung der Verbindungswege. Es liegt ohne Zweifel etwas Ueberzeugendes in dieser Anordnung, wenn man den Grundsatz nicht aus dem Auge läßt, eine menschenwürdige Wohnstätte mit Garten mit den geringsten Mitteln zu schaffen und dabei selbst der psychischen Regung der Unterbringung der Familie im eigenen kleinen Einzelwohnhaus Rechnung zu tragen.

Um die Häuser möglichst gedrängt anzuordnen und warm zu halten, der Witterung und der Außentemperatur die geringsten Flächen nur darzubieten, anderseits aber gegenüber dem diesen Bedingungen gleichfalls nahe kommenden Reihnhaus eine bessere Belichtung und architektonische Wirkung zu erreichen, sind je 4 Häuser so zusammen geschoben, daß ihre inneren Nachbarwände sich kreuzweise berühren. Es bilden also je 4 Häuser einen Häuserblock und zwischen je 2 Häuserblöcken ist ein niedriger Querbau eingeschoben, der den Planschraum, die gemeinschaftliche Waschküche und die Stallungen enthält. Es entsteht so eine fortlaufende Kette von höheren Häuserblöcken und niederen Zwischenbauten. Da diese Häusergruppen nach beiden Seiten eine Vorderseite haben, so konnten sie, wie der Lageplan S. 297 zeigt, in die Mitte der durch zwei parallele Straßen gebildeten Geländestreifen gelegt werden, wodurch das Zerschneiden der Gärten in Vorder- und Hintergarten vermieden wird. Es dehnt sich vor jedem Haus nur ein großer, einheitlicher, zusammenhängender Garten bis zur Straße aus. Damit ist nach der Ansicht des Verfassers ein großer Vorteil erreicht, denn über die Landvergeudung durch die Vorgärten brauche kein Wort verloren zu werden. In dem einspringenden Winkel zwischen Haupt- und Verbindungsbau unmittelbar vor Waschküche, Stallungen und Planschraum entstehe außerdem für jedes Haus ein kleiner Wirtschaftshof. Die Gartengrößen bewegen sich mit Ausnahme einiger Eckstücke zwischen 100 und 200 qm. Aus diesen Hauseinheiten nun ist der Lageplan gebildet, der nur wenige Straßen, dagegen eine planmäßige Anordnung von Gartenwegen zeigt. Es wurde in dem jungfräulichen Gelände rings um das ganze Gebiet eine Randstraße gelegt, die von dem künftigen Bebauungsplan aufgenommen und zu einer 10 m breiten Normalstraße ausgebaut werden kann. Der Verfasser nimmt an, daß von dieser zukünftigen Straße die Hälfte auf eigenem Gelände, die andere Hälfte außerhalb liegt. Die 14 m breite, von Nord nach Süd ziehende und die südlich in das Gelände einschneidende Niedersiedlitzer-Straße sind beibehalten worden. An einigen Stellen wurde eine Verbreiterungsmöglichkeit dadurch geschaffen, daß die Häuser entsprechend in die Gärten zurückgelegt worden sind, sodaß später die Straße durch Gartenland verbreitert werden kann.

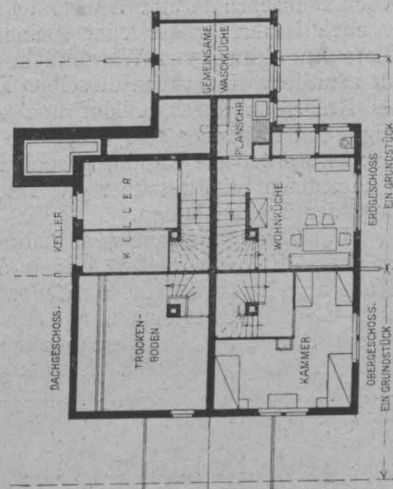
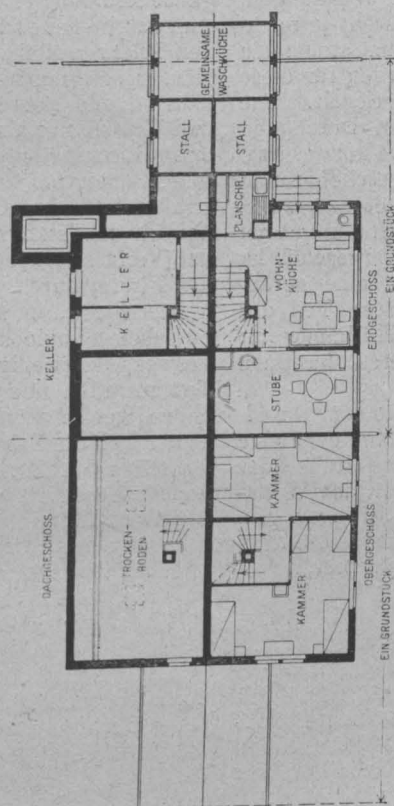
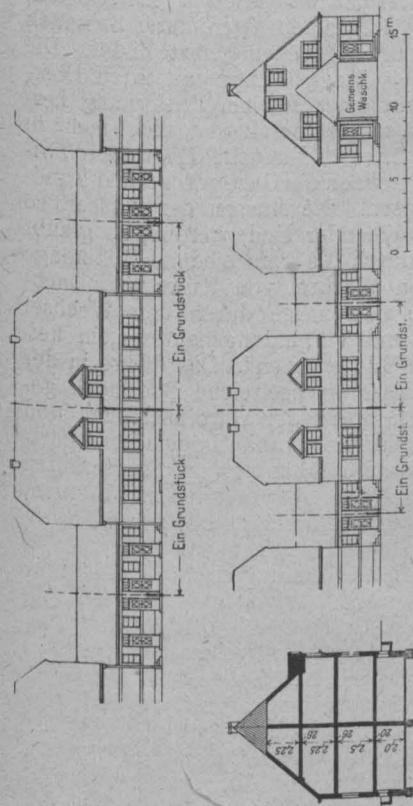
Die Häuserreihen nun sind gleichlaufend durch das ganze Gelände von Nord nach Süd gelegt, sodaß jedes Haus ungefähr einen halben Tag unmittelbare Sonnenbestrahlung hat. Es erschien dem Verfasser nicht notwendig, sämtliche Wohnhäuser an breite Verkehrsstraßen zu legen. Unter Hinweis auf die 3 m breiten Bremer Gartenwege wurden von den Randwegen 3,5 m breite Gartenwege abgezweigt, die nach Ansicht des Verfassers für den geringen Wagenverkehr einer solchen Wohnkolonie genügen. Das dürfte zutreffen. Diese Gartenwege haben keinen Bürgersteig, sondern sind von Grenze zu Grenze mit Kleinpflaster gedeckt. Ausweichstellen können sowohl in den Rand- wie in den Gartenwegen angenommen werden; für nötig hält sie der Verfasser nicht. Am Südrand der Siedelung, am Schnittpunkt der Straßen, ist ein Platz frei gelassen, der einen vielleicht später dort zusammen laufenden stärkeren Verkehr ausgleichen könnte.

Es ergaben sich nach dieser Einteilung 292 Wohnungen in 73 Hausblöcken und zwar 28 Wohnungen mit 2, 120 Wohnungen mit 3, 100 Wohnungen mit 4 und 44 Wohnungen mit 5 Räumen. Für die Ausführung



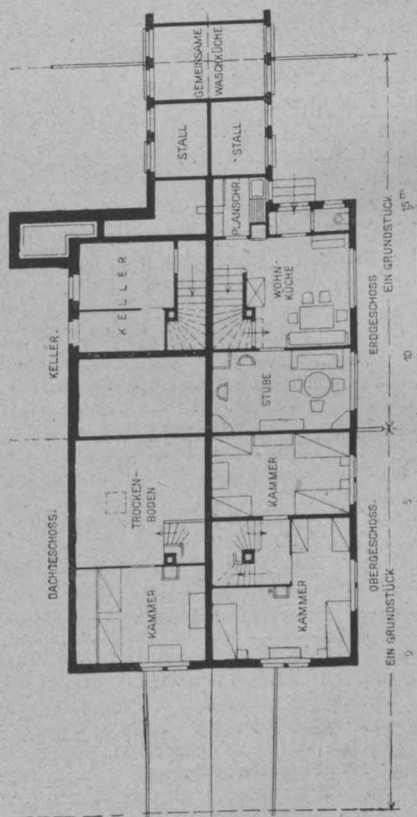
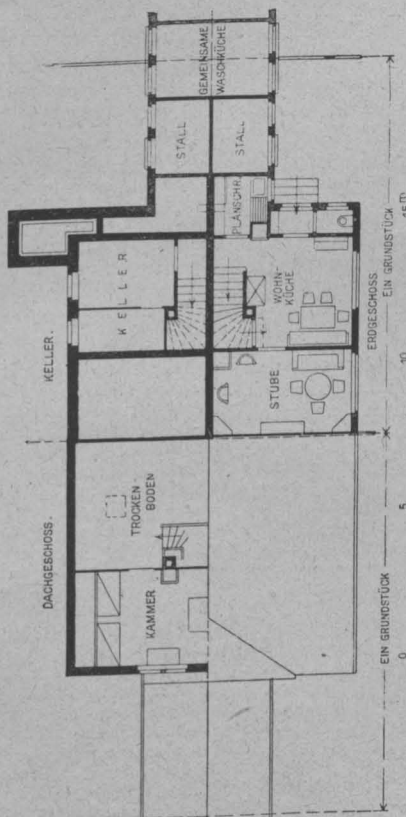
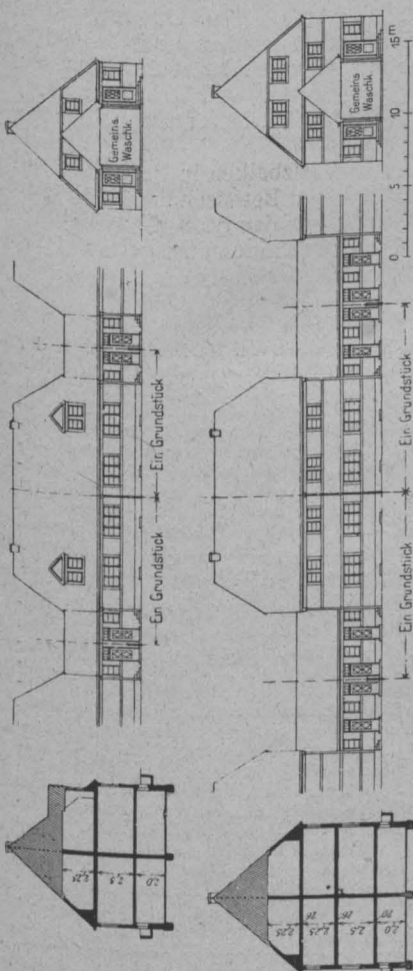
schlägt der Verfasser vor, wie es das Schaubild zeigt, die einzelnen Haustypen aus praktischen und ästhetischen Rücksichten zu mischen.

mit seitlicher Kleiderische und Zugang zum Abort. Vom Windfang aus betritt man den Hauptraum des Hauses, die Wohnküche. Im Hintergrund steigt die eingemauerte Treppe um den hier angeordneten Schornstein herum ins Obergeschoß. Der Verfasser hält es für wesentlich, daß die 4 Treppenhäuser in der Mitte des Blockes zusammen stoßen und so eine Schallsicherung gegen die Nachbar-



Wohnungen,  
mit 3 und  
5 Räumen  
links.

Wohnungen,  
mit 4 und  
2 Räumen  
rechts.



Sorgfältig sind die Grundrisse der einzelnen Häuser überlegt. Beim Zweiräume-Haus betritt

Wohnungen bilden. Das Steigungs-Verhältnis der Treppen ist 18,7:25,2 cm. An der Fensterwand steht der Familiensitz, ihm gegenüber der Speiseschrank. Der Herd steht vor der Treppe neben dem Schornstein und dient zugleich zur Heizung des Raumes. Der Verfasser meint, die so gestaltete dielenartige Wohnküche mit der zumteil sichtbar emporlaufenden Treppe entbehre auch raumkünstlerisch nicht eines gewissen malerischen Reizes. Der Keller wird unter der Treppe betreten. Gegenüber der Treppe liegt der Planschraum,

man von der Straße aus auf einem längs der Nachbargrenze verlaufenden Gartenweg das Haus durch den seitwärts gelegten Eingang. Man kommt, wie die beistehenden Grundrisse zeigen, zunächst in einen Windfang

gegen die Wohnküche offen, jedoch nicht in diese einbezogen, sondern als besonderer Raum abgetrennt. Er enthält Spülgelegenheit, Tischchen und Wandschrank. Die Waschküche, gemeinschaftlich für 4 Wohnungen, liegt außerhalb des Hauses. Sie hat 4 Türen; je nachdem der Inhaber einer der 4 hier zusammen stoßenden Wohnungen die Waschküche benutzt, werden für diese Zeit die anderen 3 Türen von innen abgeriegelt. Eine Abriegelung findet auch statt gegen den Durchgang von Grundstück zu Grundstück. Stallungen können zwischen Planschraum und Waschküche eingeschoben und je nach Bedarf größer oder kleiner gehalten werden. Diese Anordnung von Waschküche und Stallungen ist für sämtliche Haustypen dieselbe. Das Obergeschoß ist als Kniestock durchgebildet und enthält eine geräumige Schlafkammer mit Ofen. Im obersten Teil des Daches werden die Kamine geschleift, sodaß immer nur 2 zusammen im First über das Dach treten. Im Dach liegt der Trockenboden.

Das Zweiräumehaus wird dadurch zu einem Dreiräumehaus erweitert, daß an die Wohnküche eine Stube angefügt wird, die entweder bessere Stube oder auch Schlafkammer sein kann. Sie ist von der Wohnküche aus unmittelbar zugänglich und heizbar. Im Dachgeschoß, das ohne Kniestock als einfaches Satteldach gebildet ist, befindet sich eine Schlafkammer, neben ihr der Trockenboden.

Aus dem Dreiräumehaus entsteht das Vierräumehaus, indem das Obergeschoß als Kniestock ausgebildet wird und zwei Schlafkammern erhält, während der Dachraum darüber Trockenboden wird.

Das Vierräumehaus wird dadurch zu einem Fünfräumehaus erweitert, daß das Obergeschoß zu einem Vollgeschoß mit zwei Kammern wird, an der Stirnseite noch eine dritte Kammer und neben ihr den Trockenboden enthält.

Der Verfasser ist sich bewußt, daß das Gesamtbild, das, wie man gesehen hat, eine sorgfältig durchdachte Anlage darbietet, weit entfernt von dem ist, was wir als Arbeiterdörfer zu sehen gewohnt sind: „Es bilden sich keine Straßenschilder, aus denen sich die Nachbarn in oft nur allzu nahen Entfernungen in die Fenster sehen; es kommt auch nicht die Architektur des einzelnen Hauses mit etwaigen Giebeln, architektonischen Haustür-Motiven usw. zur Geltung.“ Der Verfasser glaubt mit seinem Entwurf den Nachweis geführt zu haben, daß sich alle diese architektonischen Aufwendungen

„als vollständig zwecklos und überflüssig“ ersparen lassen. An der Stelle der gewohnten malerischen Dorfsiedelung aber entsteht nun ein Anderes; es wird die ganze Siedelung gewissermaßen zu einem „großen Garten; man durchwandelt ihn auf Gartenwegen, deren Schmuck der Pflanzenwuchs in den Gärten selbst bildet. Die Häuser schauen hinter diesen Gärten mit ihren Obstbäumen und Beeten in einer solchen Entfernung heraus, daß sie nur als geschlossene Massen, nicht mehr in ihren Einzelheiten wirken“. Einfache Holzzäune zwischen Zementpfosten trennen die Gartenwege und Randstraßen von den Gärten. Die Massen der Häuser, so ähnlich die letzteren einander sind, werden, so glaubt der Verfasser, doch durch die verschiedene Höhenlage der Firste, durch den Wechsel von Kniestock, Dachfenstern usw., sowie namentlich durch den Wechsel zwischen Baublocks und Verbindungsbauten „ein keineswegs langweiliges Bild ergeben“. Das dürfte in der Tat zutreffen und dieses wechselreiche Bild noch gehoben werden können, wenn der Gartenschmuck und namentlich die Baumpflanzungen mit einigem kunstgärtnerischen Verständnis ausgeführt werden. Fensterläden und Spaliere sind vermieden, aber möglich und können, wenn die Mittel für sie vorhanden sind, zur weiteren Belebung des Siedelungsbildes beitragen.

Die Architektur ist in Putz gedacht, die Dächer sind als mit Ziegeln gedeckt angenommen. Die durchlaufenden wagrechten Bänder über und unter den Fenstern ergeben sich aus einer vom Verfasser vorgeschlagenen Rahmenkonstruktion. Nach dieser wird im Sinn der sparsamen Bauweise das Fenstergewände in Eisenbeton durchgebildet. Dabei hat der Sturz ohne Anwendung von Eisenträgern oder Entlastungsbogen die Last des ganzen darüber gelagerten Mauerwerkes aufzunehmen. In der Sohlbank liegt die Bewehrung nahe der Oberfläche, um diesen Stein gegen eine Durchbiegung nach oben widerstandsfähig zu machen. Das Aufstellen der fertig angelieferten Fensterrahmen geht erheblich rascher und einfacher vor sich, als das Aufmauern der Fensteröffnungen; es werden Zeit und Arbeit erspart. Die Gewände sind für einfache wie für Doppelfenster durchgebildet.

Um die Auflegung von Holzbalken in Brandmauern zu ermöglichen, hat Högg einen Betonschuh für die Balkenköpfe konstruiert, der sogar das Stoßen zweier Balkenköpfe in einer 25 cm starken Brandmauer gestattet.

(Fortsetzung folgt.)

## Vermischtes.

**Bauliches der letzten Zeit aus Elsaß-Lothringen.** Von Hrn. städt. Baurat Prof. Dr.-Ing. h. c. Hans Grässel in München erhielten wir die folgende sehr bemerkenswerte Zuschrift:

„In No. 27 der „Deutschen Bauzeitung“ kommen Sie in Ihrer Mitteilung „Bauliches der letzten Zeit aus Elsaß-Lothringen“ auf den Wettbewerb zum „Modernen Kaufhaus“ in Straßburg zu sprechen. Als damaliges Mitglied des Preisgerichtes (Theodor Fischer war nicht Preisrichter, sondern Ludwig Hoffmann und ich von deutscher Seite, Laloux und Pascal aus Paris von Seite der Franzosen) möchte ich Ihnen berichten, daß dieses Zusammenberaten mit den beiden Franzosen so recht die gegensätzlichen Auffassungen über die Baukunst unserer Zeit erkennen ließ. Den Franzosen war es unbegreiflich, daß wir beiden deutschen Architekten die einfachen sachlichen Lösungen für Preise vorschlugen, sie hielten dieselben für armselig und zu wenig vornehm. Sie bevorzugten die palastartigen Entwürfe mit großartigen Hallen, Prachttreppen und dergleichen. Bürgermeister Dr. Schwander hatte als Dolmetscher einen schweren Stand. Wir konnten uns nicht einigen und es kam daher schließlich die „salomonische“ Entscheidung zustande, von der Sie sprechen. Hoffmann und ich mußten übrigens bei diesem Wettbewerb erkennen, mit welcher großer Sorgfalt bis ins Kleinste die Grundrisse der französischen Architekten durchgearbeitet waren; sie waren sämtlich mit Tusche ausgezogen und angelegt. Die Grundrisse der deutschen Architekten waren dagegen vielfach nur mit Kohle gezeichnet und sahen daher flüchtig und schwerfällig aus.

Hoffmann und ich mußten uns sagen, daß die deutschen Architekten etwas von dieser sorgfältigeren Art der Ausarbeitung von Wettbewerbs-Plänen annehmen sollten.“

## Chronik.

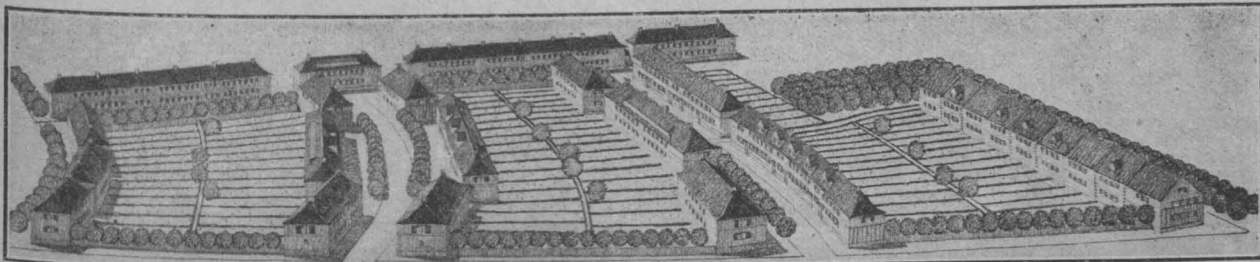
**Zur Erweiterung des Rheinhafens von Karlsruhe** soll 1. der südliche Hochwasserdamm zwischen Daxlanden und dem Stichkanal verlegt und diese Arbeit als Notstandsarbeit ausgeführt, 2. das fünfte Becken nach dem Entwurf des städtischen Tiefbauamtes hergestellt und das zugehörige Gelände mit den erforderlichen Straßen-, Gleis-, Beleuchtungs-, Wasserversorgungs-, Entwässerungs- und sonstigen Einrichtungen versehen, 3. der Stichkanal vom vierten Becken bis zum Vorhafen um 60 m verbreitert und 4. der durch diese Bauten entstehende Aufwand im Anschlag von 1 489 000 M. + 4 380 000 M. + 1 430 000 M., zus. 7 299 000 M. — vorbehaltlich der für die Notstandsarbeiten aus Reichs- und Staatsmitteln zu leistenden Beiträge — in den Jahren 1919/21 aus Anlehensmitteln gedeckt werden.

Die Frage des Baues eines fünften Beckens für den Karlsruher Rheinhafen ist nicht neu. Der Bürgerrat hat schon am 4. Okt. 1916 für die Ausarbeitung von Plänen und Kostenanschlägen zum Bau eines 5. Beckens am Rheinhafen 3000 M. bewilligt. Von dem erst dieses Jahr fertig gestellten vierten Hafenbecken ist der größte Teil des Geländes vermietet und verkauft. Neuanmeldungen für Platzzerwerbungen liegen in umfangreichem Maß vor. Durch die Neckar-Kanalisation kann der Karlsruher Hafenverkehr nicht wesentlich beeinflusst werden. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der Güter nach dem Hinterland des Karlsruher Hafens zurzeit noch über Mannheim-Rheinau geleitet wird, weil dort die in Betracht kommenden Firmen Anlagen besitzen, welche beschäftigt werden sollen, daß aber mit weiterer Abwanderung dieser Güter nach Karlsruhe gerechnet werden muß. Das geht daraus hervor, daß große Firmen, die in Mannheim-Rheinau Anlagen besitzen, ihre Karlsruher Betriebe ständig vergrößern. —

Inhalt: Dresdener Siedelungs-Bestreben. (Fortsetzung statt Schluß.) — Vermischtes. — Chronik. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.





Siedelung in Cotta-Dresden. Arch.: Paul Beck in Dresden. Ein Preis von 400 M.

# DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. NO 54. BERLIN, DEN 5. JULI 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

## Dresdener Siedelungs-Bestrebungen. (Fortsetzung und Schluß.)



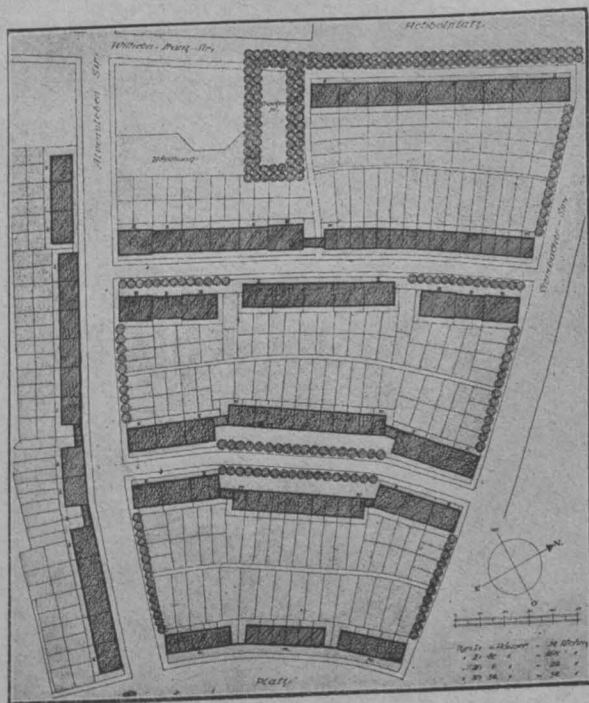
Dieser, wie man sieht, außerordentlich durchdachte Entwurf hatte beim Bauherrn ein merkwürdiges Schicksal. Der letztere hatte den zu begrüßenden Gedanken, die aus dem Wettbewerb hervorgegangenen Entwürfe in einer Ausstellung durch die „am meisten Beteiligten“ begutachten zu lassen. Es wurden Angestellte und Arbeiter zur „Aeüßerung von Ansichten und Vorschlägen“ ersucht. Hinsichtlich der Gesamtanlage wie auch der Billigkeit begnügte der Entwurf einer sehr günstigen Beurteilung. Ueber die Innenteilung jedoch wurden von den Begutachtern, die zum großen Teil schon Bewohner von Häusern früher geschaffener Wohnungskolonien der Manufaktur waren, starke Bedenken ausgesprochen. Diese Einwände gipfelten darin, daß in den kleineren Wohnungen der gesamte Verkehr durch die Wohnküche stattzufinden habe und daß die Treppen von den Wohnküchen unmittelbar in das obere Stockwerk führen, wodurch die Küche an Bewohnbarkeit einbüße und die Treppe nicht hell genug werde. Auch der Zugang zur oberen Kammer durch den Dachboden begegnete der Beanstandung. Die einseitige Lage der Wohnungen entweder nur zur Morgen- oder nur zur Abendsonne habe wider Erwarten der Manufaktur-Leitung keinen Anklang gefunden; gerade, wenn die Sonne am Nötigsten gebraucht werde, sei mit der Abendsonne wenig zu rechnen. Auch die gute Durchlüftungsmöglichkeit der Wohnungen wurde bezweifelt.

Dem gegenüber weist der Verfasser darauf hin, daß sich hier die alte Erfahrung wiederhole, daß das Volk vor jeder noch so notwendigen und segensreichen Abweichung vom Altgewohnten ängstlich zurück schreke. In Bremen seien Typen, wie sie der Verfasser vorgeschlagen habe, nur in viel unvollkommenerer Art, zahlreich in Gebrauch und ebenso bequem für die Bewohner, wie gut angepaßt deren Lebensbedürfnissen. Der Verfasser habe selbst in Bremen ein Einfamilienhaus mit ganz ähnlichem Grundriß gebaut und wohne auch heute wieder in Radebeul in einem von ihm erbauten Hause, in dem er genau den Betrieb verwirklichte, den er in seinem Entwurf vorgeschlagen habe. Die Beleuchtung entweder mit Vormittags- oder mit Nachmittagssonne hält der Verfasser nach wie vor für die günstigste; die Bewohner möchten doch bedenken, mit wie vielen nach Norden gerichteten Räumen sie sich jetzt bedingungslos zufrieden geben. Einige Stunden Sonnenlicht am Tag genügen allen Ansprüchen; man dürfe die theoretischen Anforderungen nicht über das Mögliche hinaus steigern. Die Treppe zum Obergeschoß werde nicht finster; der Laie sei erfahrungsgemäß nicht imstande, Lichtverhältnisse aus Zeichnungen richtig zu berechnen. Der Zugang zur oberen Kammer durch den Boden werde nicht häßlich, wenn dieser Boden in

Ordnung gehalten werde. Die sogenannte „Durchlüftung“ sei eine törichte, von Theoretikern am grünen Tisch erhobene Forderung, die am Großwohnungsbau niemals durchgeführt werde, vollständig unhaltbar aber und vom schlimmsten Einfluß beim Kleinwohnungsbau sei. Hier entstehen durch zu starke Querdurchlüftung große Nachteile. Wenn der Wind stark auf der einen Seite liege und keine genügenden Querwände vorhanden seien, so treibe er die Wärme auf der anderen Seite durch die Fenster aus dem Raum heraus, wodurch die Wohnungen schwer heizbar werden.

Der Verfasser bittet schließlich, ihm durch Erbauung eines Musterhauses nach seinen Vorschlägen Gelegenheit zu geben, die erhobenen Bedenken zu zerstreuen. Er ist überzeugt, daß sein Typ bei den Arbeitern sofort den Sieg davon tragen werde, wie es bei den ersten Fachleuten geschehen sei. Er glaubt, daß eine Kolonie nach seinen Grundsätzen eine für ganz Deutschland geradezu vorbildliche Tat werden könne, denn es gebe unter den heutigen Verhältnissen keine finanzielle Lösung der Kleinwohnungsfrage, wenn man nicht die althergebrachte Grundriß-Verschachtelung beseitige und entsprechende Raumersparnisse mache.

Wir haben mit unserem Urteil, daß die Vorschläge Högg's auf Grund reicher und reifer Erfahrung wohl durchdachte und daher sehr beachtenswerte seien, an



Siedelung in Cotta-Dresden. Arch.: Paul Beck in Dresden. Ein Preis von 400 M.

wiederholten Stellen unserer Ausführungen nicht zurück gehalten. Aber auch hier geht Probieren über Studieren; wir möchten daher wünschen, daß der Verfasser bald irgendwo Gelegenheit fände, seine Gedanken praktisch zu verwerten. Auch wir glauben, daß es nur zum Nutzen des Kleinwohnungsbaues werden könnte. —



Wir greifen nun noch einmal auf den Wettbewerb des Kleinwohnungs-Bauvereins in Dresden zur Erlangung von Entwürfen für Wohnhäuser mit kleinen und mittleren Wohnungen auf einem in Cotta gelegenen Grundstück des Vereins

zurück und veröffentlichen einen Entwurf des Hrn. Architekten Paul Beck in Dresden, der neben Schilling & Graebner und Fritz Reuter einen der drei gleichen Preise von 400 M. erhalten hatte. Das Preisgericht stellt in seinem Urteil über diesen Entwurf mit dem Kennwort „Ost- und Westsonne“ fest, daß,



Typ III.

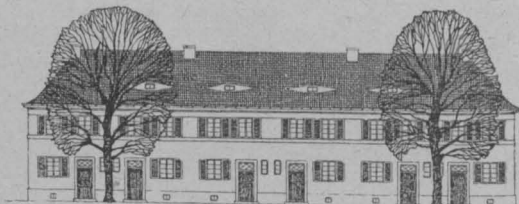
Typ II.

Typ III.

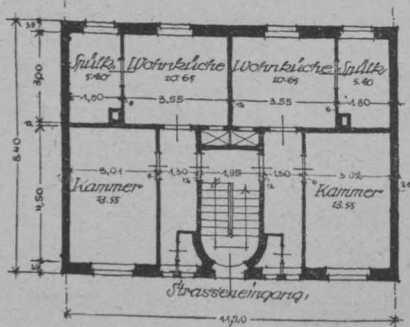
gewissen großen Charakter, den der vielleicht erhobene Vorwurf der Monotonie aber nicht treffen könne (Kopfbild). Beispiele aus der alten Zeit zeigten zur Genüge, wie wohlthuend und beruhigend sich so große prägnante Linien in das ruhelose Durcheinander des nicht immer vorbildlichen neuzeit-



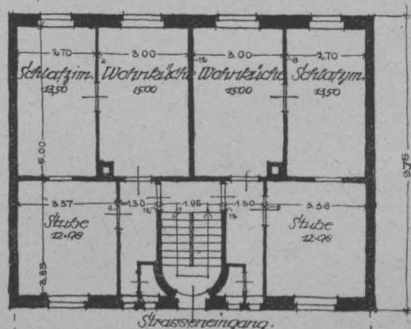
Typ II.



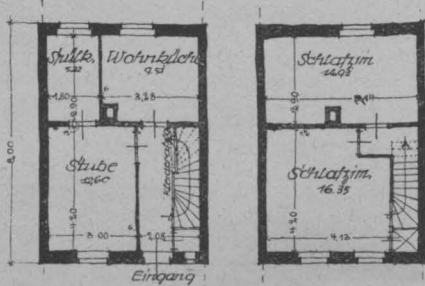
Typ IV.



Typ I. Zweiräumig.  
Vierfamilien-Reihenhaus.



Typ II. Dreiräumig.

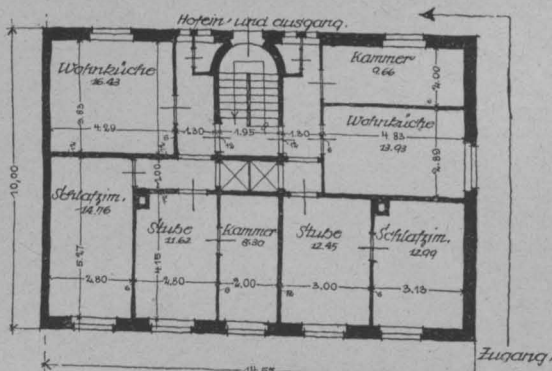


Typ IV. Vierräumig.  
Einfamilien-Reihenhaus.

Siedlung in Cotta-Dresden. Architekt: Paul Beck in Dresden. Ein Preis von 400 M.

was den Lageplan anbelangt, das Gelände durch 2 Straßen in fast gleich breite Abschnitte geteilt ist. Uebereinstimmend mit dem Erläuterungsbericht stellt es einen Gewinn von 270 Wohnungen fest, und zwar von 24 zweiräumigen, 168 dreiräumigen und 24 vierräumigen Wohnungen im Mehrfamilienhaus, sowie von 54 vierräumigen Wohnungen im Einfamilienhaus. Das Urteil meint aber, letztere Hausform, die wirtschaftlich und praktisch gut durchgearbeitet sei, scheine reichlich wenig angewendet.

Die Grundrisse des Mehrfamilienhauses seien zum Teil nicht genügend durchgearbeitet, die Grundrißform III. sei sogar recht bedenklich. Auf die Durchbildung der Schaueiten sei viel anerkennenswerte Sorgfalt verwendet, die Fassaden seien einfach und gefällig. Die gute Wirkung werde allerdings durch die Fensterläden, die vielleicht nicht ausgeführt würden, mitbestimmt.



Typ III. Vierräumig. Vierfamilien-Reihenhaus.

lichen Städtebildes einfügen.

Erweiterungen der Straßen durch tiefere Vorgärten schaffen abwechslungsreiche Straßenbilder und vermeiden ein zu enges Aufrücken der Gebäude in den an sich schmal gehaltenen Straßen. Die architektonische Wirkung soll vor allem durch einen harmonischen Ausgleich in dem öfteren Wechsel von größeren und kleineren Hausgruppen gesucht werden. Rasenschutzstreifen in einer Breite von 2 — 3 m sind vor allen Gebäuden mit Ausnahme jener

der Alvensleben - Straße angenommen; in letzterer Straße nicht, um hier das schmale Hinterland nicht noch weiter zu schmälern. Den vielleicht nicht ganz befriedigenden Einblick in die Hinterlandseiten an der Steinbacher- und der Alvensleben-Straße will der Verfasser durch voll gehaltene Gartenmauern und durch Baumpflanzung verhindern. Diese Pflanzung könne aus



Obstbäumen bestehen und ihr Ertrag jedem Gartenbesitzer dadurch zugeführt werden, daß man die Gärten mit der schmalen Seite an die Straße stoßen lasse, sodaß jeder Garten 1 bis 2 Obstbäume erhalte. Jede Wohnung erhält einen Garten von 60 bis 70 qm Fläche, das Einfamilienhaus nach Typ IV einen solchen von 100 bis 120 qm. Außerdem befindet sich, in diesem Flächeninhalt nicht mitgerechnet, bei jedem Haus ein 2 bis 2,5 m tiefer Hof, der in der ganzen hinteren Länge des Gebäudes durchgeht. Wirtschaftswege von 1,5 m Breite vermitteln den hinteren Zugang zu den Gärten. Ein gemeinsamer Trockenplatz ist in der Nähe des oberen Hebel-Platzes, den der Verfasser durch die Ungunst der Verhältnisse nicht geeignet für eine Bebauung hält, gedacht. Ist ein solcher Platz nicht erwünscht, so könne der Platz Kinderspielplatz oder Grünanlage werden.

Die Grundrißformen sind nebenstehend dargestellt. Typ I hat an nutzbarer Grundfläche (ohne Gang und Abort) 29,5 qm; Typ II 41,5, Typ III 51 und Typ IV 59 qm. Es ergeben sich insgesamt an nutzbarer Wohnfläche für Typ I 710 qm, für Typ II 6972 qm, für Typ III 1200 qm und für Typ IV 3186 qm zusammen 12068 qm

### Holzbauweise System Meltzer (Mast- und Turmkonstruktionen).

Von Dipl.-Ing. S. Zipkes in Zürich. (Schluß aus No. 52.) Hierzu die Abbildungen Seite 301, 305 und 306.



Hochspannungs-Maste werden infolge der starken Beanspruchung durch den Zug der Drähte und durch Winddruck bei verhältnismäßig größerer Höhe stärker gebaut. Abbild. 6 a. f. S. gibt eine Zusammenstellung verschiedener solcher Maste mit wechselnder Höhe. Abb. 7 (No. 52) zeigt im Bild, Abbild. 8 in der Konstruktion 15 m hohe Hochspannungs-Maste ebenfalls vom Verschiebe-Bahnhof in Nürnberg. Aus den Abbildungen sind die Anordnung im Ganzen, die Fuß- und Kopfausbildung im Einzelnen, sowie die Stärke der einzelnen Stäbe zu entnehmen.

Ausschlaggebend für die Verwendung solcher Holzmaße ist ihr kleines Gewicht und die leichte Aufstellung. Handelt es sich darum, in entlegenen Orten bei schwierigen Transportverhältnissen Hochspannungs-Maste zu errichten, so können solche Konstruktionen daher mit Erfolg verwendet werden. Für Telefon- und Telegraphenlinien, für Masten von Drahtseilbahnen usw. kann die Anwendung dieser Bauweise empfehlenswert sein.

Funkenturme (Antennen-Träger) die eine bedeutende Höhe erhalten müssen, lassen sich ebenfalls in der genannten Bauweise ausführen. Abb. 9, S. 305, zeigt einen bei 37 m Höhe außerordentlich leicht wirkenden Mast dieser Art, der in Darmstadt errichtet worden ist und mit Drahtseilen verspannt ist. Derartige Konstruktionen werden oft wie hier, teleskopartig, das heißt ausziehbar ausgebildet. Sie sind zwar keine selbständig standfesten Konstruktionen,

nutzbare Wohnfläche. Bei 2297600 M. Baukosten stellt sich 1 qm nutzbarer Wohnfläche auf rund 190 M. ohne Land- und Straßenkosten. Die Grundriß-Einteilung ist so getroffen, daß bei den zwei- und dreiräumigen Typen das Treppenhaus nach der Straße liegt; durch Fortfall des Zugangsraumes zum Treppenhaus ergibt sich eine Raumersparnis. Der Zugang nach dem Garten erfolgt in diesem Fall durch das Untergeschoß. Der Typ III ist als Kopfhaus gedacht; der Zugang erfolgt durch seitlichen Zutritt von hinten. Für Typ I ist keine besondere Waschküche angenommen; der Spülraum im Erdgeschoß ist zugleich als Waschküche gedacht.

In der Ausführung ist das Sockelmauerwerk in Zementbeton angenommen, und die aufgehenden Mauern sollen in Ziegelstein gemauert werden. Die Schauseiten sind in einfachster Weise verputzt gedacht und zwar der Sockel in Zementputz. Die Dächer sollten Biberschwanzdeckung erhalten. Von der Anordnung stehender Dachfenster wurde aus Gründen der Sparsamkeit, auch hinsichtlich späterer Reparaturen, abgesehen. Fensterläden wurden angenommen zum Schutz gegen Einsicht und Sonne. —

aber erwähnenswert wegen der Anwendungsmöglichkeit in den Fällen, in denen Antennen-Träger rasch her- oder aufgestellt werden müssen. Etwas kräftiger ausgebildete Antennen-Träger in prismatischer Form, aber ebenfalls mit Verspannung von 30 und 37 m Höhe, sind in Abbildung 10 wiedergegeben. Sie wurden für die Funkstation in Wilhelmshaven hergestellt.

Turm-Konstruktionen für Gerüste, standfeste Funkstationen, bei denen verhältnismäßig große Lasten oder Windkräfte aufzunehmen sind, können ebenfalls mit Vorteil nach der Bauweise Meltzer zur Ausführung kommen. Die Abb. 11—13, S. 305 u. 306 zeigen einen derartigen Turm von 51 m Höhe für die Funkstation der Werft in Neumünster bei Kiel. Abbild. 11 zeigt die äußere pyramidenförmige Gestalt, Abbildung 12 gibt die Ausbildung der Konstruktions-Einzelheiten wieder sowie einen Kräfteplan. Aus der beigegebenen Tabelle sind ferner die Auswertung der wirkenden Kräfte und die Abmessungen der Konstruktions-teile zu entnehmen. Abbildung 13 schließlich zeigt ein Bild der Fußkonstruktion und der Fundamente des Turmes.

Aus diesen kurzen Mitteilungen, die nur eine weitere Illustration des in den erwähnten früheren Veröffentlichungen über die Holzbauweise Meltzer gemachten Angaben bilden sollen, dürfen günstige Schlüsse über die Bedeutung und Anwendungsmöglichkeit dieser Bauweise gezogen werden können. —

Funkenturm für die Werft in Neumünster bei Kiel.

Glieder	Kraft $P$	Knick- länge	Vorhandenes Träger- moment $J_1$	Er- forder- liches Moment $J_2$	Sicher- heits- grad gegen Knicken $\frac{J_1}{J_2}$	Quer- schnitt $F$	Stärke des quadrat. Einzel- stabes	$\frac{P}{F}$	Zulässige Knick- länge des Einzel- stabes bei 5facher Sicherheit	Bolzen		Leibungs- druck $K_l$	Schub- spannung $K_s$
	in kg	in cm	in cm <sup>4</sup>	in cm <sup>4</sup>		in qcm	in mm	kg/qcm	in cm	Anzahl $i$	Durchm. $d$ in mm	in kg/qcm	in kg/qcm
$O_1$ und $U_1$	10000	450	10000	1700	53	100	25	100	35	56	5	143	446
$O_2$ " $U_2$	10000	450	90000	1700	53	100	25	100	35	56	5	143	446
$O_3$ " $U_3$	12500	450	90000	2120	42	100	25	125	32	68	5	147	460
$O_4$ " $U_4$	16200	550	130000	4080	32	144	30	113	40	64	6	141	440
$O_5$ " $U_5$	22000	550	176000	5550	32	196	35	112	45	64	7	140	450
$O_6$ " $U_6$	27800	550	230000	7000	33	256	40	109	55	64	8	137	436
$O_7$ " $U_7$	34600	630	360000	11420	31	400	50	87	76	64	8	135	540
$O_8$ " $U_8$	43000	630	360000	14250	25	400	50	108	69	80	8	135	538
$O_9$ " $U_9$	52500												
$D_1$	2700					50	25	54	67	16	5	135	422
$D_2$	4200					50	25	84	54	24	5	140	440
$D_3$	6400					72	30	89	63	28	6	126	430
$D_4$	7000					72	30	97	61	28	6	140	465
$D_5$	8500					72	30	118	55	36	6	133	440
$D_6$	10900					98	35	111	66	32	7	140	415
$D_7$	12800					98	35	131	61	36	7	145	470
$V_1$	500	120				64	20	8	103	16	4	39	125
$V_2$	1400	180				64	20	22	62	16	4	110	350
$V_3$	2400	240				64	20	38	47	24	4	125	400
$V_4$	3400	320				64	20	53	40	32	4	133	425
$V_5$	4500	380				64	20	71	35	48	4	117	375
$V_6$	6000	460	32000	1060	28	64	20	94	30	64	4	118	375
$V_7$	7800	540	50000	1900	26	100	25	78	43	48	5	133	407
$V_8$	9000	650	50000	3200	15	100	25	37	56	56	5	129	400

## Fünfzig Jahre Binnenschifffahrts-Entwicklung in Deutschland.

Zum 50 jährigen Jubiläum des „Zentral-Vereins für deutsche Binnenschifffahrt“<sup>1)</sup>

**W**enn jetzt nach dem unglücklichen Ausgang des großen Krieges endlich das bisher in zwei völlig von einander getrennte Teile zerfallende deutsche Wasserstraßen-Netz die fehlende ost-westliche Verbindung erhalten soll, so wird damit eine Forderung erfüllt, die schon vor 50 Jahren erhoben worden ist, zu einer Zeit als infolge Ueberschätzung der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen der Ausbau unserer Binnenwasserstraßen fast vollständig ruhte. Zwar machten sich gegen die Monopolstellung der Eisenbahnen, gegen die hohen Frachten, mit denen sie Han-

nen bezweifelt und die Zeit zur Anlage neuer Kanäle als noch nicht gekommen bezeichnet wurde.

In diese Zeit fällt die Gründung des „Zentralvereins für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschifffahrt“, wie er anfangs etwas langatmig hieß, der von dem bekannten Groß-Industriellen Friedrich Har- kort zusammen mit 32 Männern aus verschiedenen mit der Binnenschifffahrt in Beziehung stehenden Berufszweigen durch einen Aufruf vom 18. Juni 1869 ins Leben gerufen worden ist und am 25. Juni 1869 zu Berlin seine erste be- gründende Versammlung abgehalten hat<sup>2)</sup>. Als Zweck wurde bezeichnet: „Der Verein soll den Mittelpunkt bilden für alle

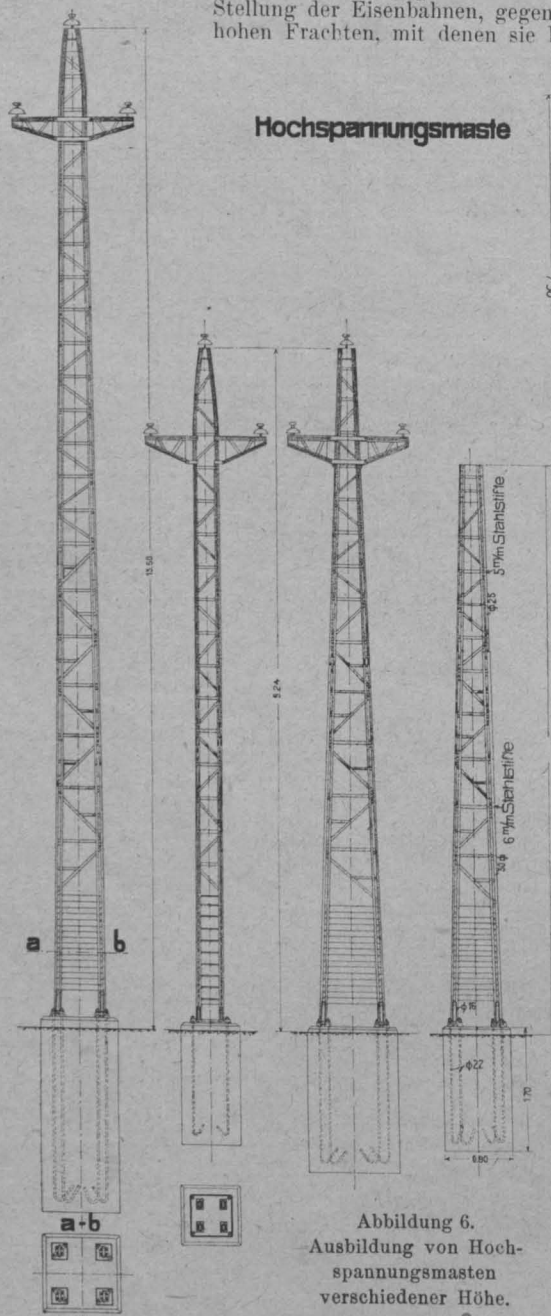


Abbildung 6.  
Ausbildung von Hoch-  
spannungsmasten  
verschiedener Höhe.

Holzbauweise System Meltzer (Mast- und Turmkonstruktionen).

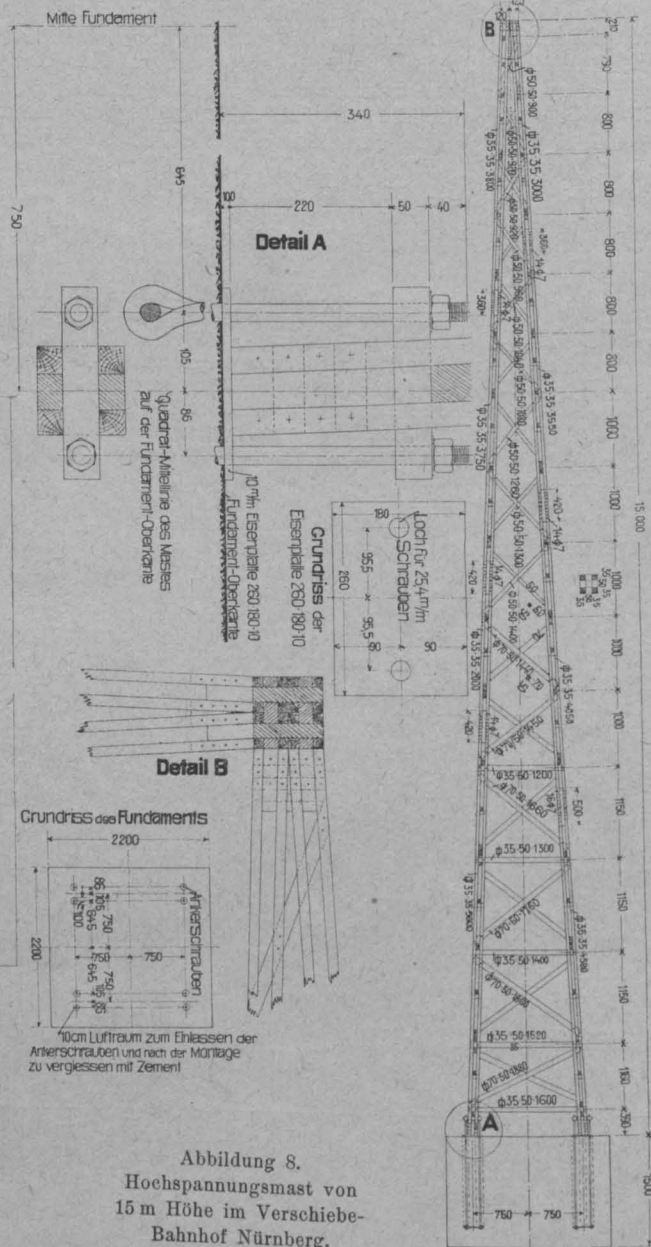


Abbildung 8.  
Hochspannungsmast  
von 15 m Höhe im Verschie-  
be-Bahnhof Nürnberg.  
(Vergl. Abbildung 7 in Nr. 52).

del und Industrie belasteten, bereits Ende der sechziger Jahre vor. Jahrh. im Norddeutschen Reichstag Widerstände und neue Forderungen geltend, das Interesse an den Wasserstraßen, von denen man Abhilfe erhoffte, begann wieder aufzuleben, gleichzeitig aber wurden im preuß. „Staatsanzeiger“ von amtlicher Seite Artikel veröffentlicht, in denen die Konkurrenzfähigkeit der Kanäle mit den Eisenbah-

vertretbaren Bestrebungen zur Verbesserung der bereits vorhandenen Wasserwege und zur Anlage von Schifffahrtskanälen in Deutschland; er versucht einen wirtschaftlichen Zusammenhang nicht nur der heimischen Wasserstraßen unter einander, sondern auch zwischen ihnen und denen der Nachbarstaaten herbeizuführen. Er nimmt die Interessen der Schifffahrt in der Gesetzgebung, sowie nach allen sonstigen Richtungen hin wahr.“ Das ist also ein Programm das den Zielen entspricht, wie sie jetzt von den breiteren Massen und den Regierungen als Notwendigkeit erkannt, vor dem Weltkrieg endlich ihrer Verwirklichung entgegen geführt werden sollten.

Durch seine Verhandlungen und Veröffentlichungen, durch Vorträge und Abhandlungen, durch Wanderversamm-

<sup>1)</sup> Vergl. Jubiläums-Nr. der Zeitschrift für Binnenschifffahrt zum Begründungstag des Vereins Jahrg. 1919, Heft 12 vom 25. Juni.

<sup>2)</sup> Vergl. die Ausführungen in der Festschrift von Dr. Reichelt „Aus der Geschichte des Zentralvereins“ und die Mitteilungen desselben Verfassers über die Mitgliederbewegung, die Vor- sitzenden usw.



lungen, durch Wort und Schrift hat der Verein, der in verschiedenen Teilen Deutschlands Zweigvereine begründete

nen des Bau-faches gestanden hat — wir nennen unter letzteren nur Schlichting, Bubendey, Flamm de

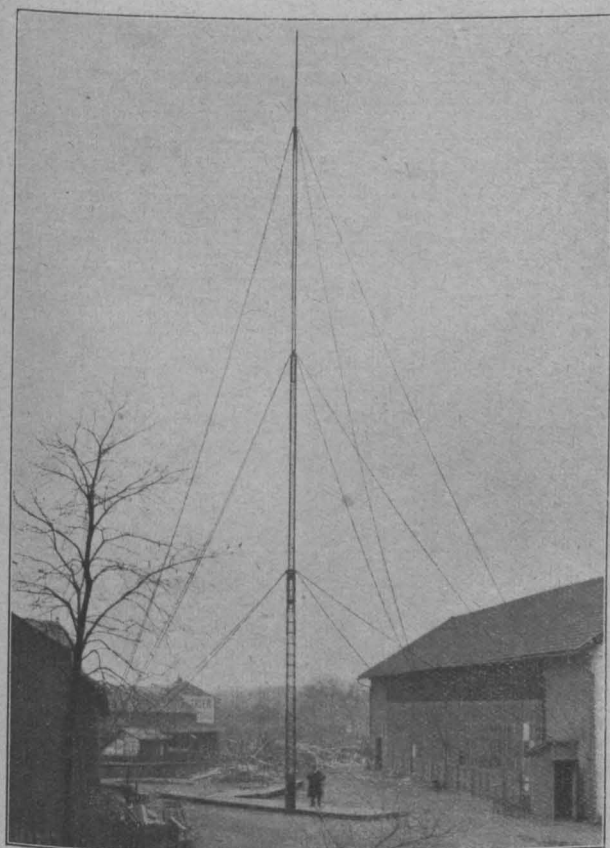


Abb. 9. Funkenmast (Antennenträger) für drahtlose Telegraphie aus Holzgitterkonstruktion mit Seilabspannung. Höhe 37 m.

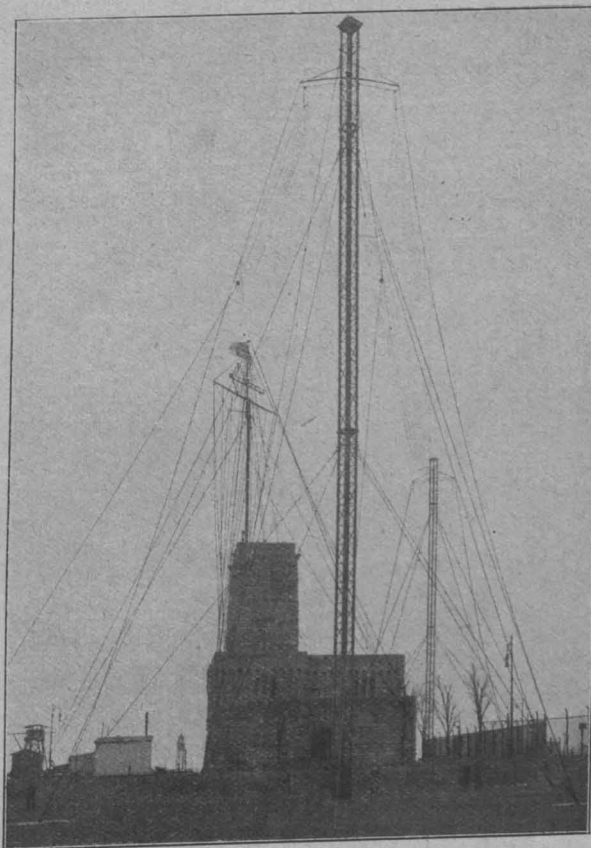


Abbildung 10. Funkenstation in Wilhelmshaven. Höhe der Funkenmaste 37 und 30 m.

und zu seinen Mitgliedern neben einzelnen Persönlichkeiten bald eine große Zahl von Körperschaften aller Art zählte (1915 an Einzelmitgliedern 793, an Körperschaften 379), dieses Ziel zu erreichen erstrebt, indem er den Regierungen und Behörden für vertretbare Bestrebungen und Vorlagen die Wege geebnet, Bedenken gegen Maßnahmen der Regierung, die nicht im Interesse der Allgemeinheit zu liegen schienen, mit Nachdruck vertreten, anderseits aber auch von sich aus Anregungen gegeben hat. Wie Hr. Minist.-Dir. Dr.-Ing. Sympher anerkennt<sup>3)</sup>, hat der Verein „in 50 frohen und trüben Jahren die staatliche Wasserbautätigkeit Deutschlands begleitet, gefördert und beeinflusst, meist in harmonischem Gleichklang, gelegentlich auch in lebhaftem Widerspruch, wenn die Wünsche der Beteiligten und die Notwendigkeiten staatlicher Verwaltung sich nicht deckten“. So darf der Verein, der stets unter ausgezeichnete Leitung von weitsichtigen Politikern, Wirtschaftlern und nicht zuletzt Män-

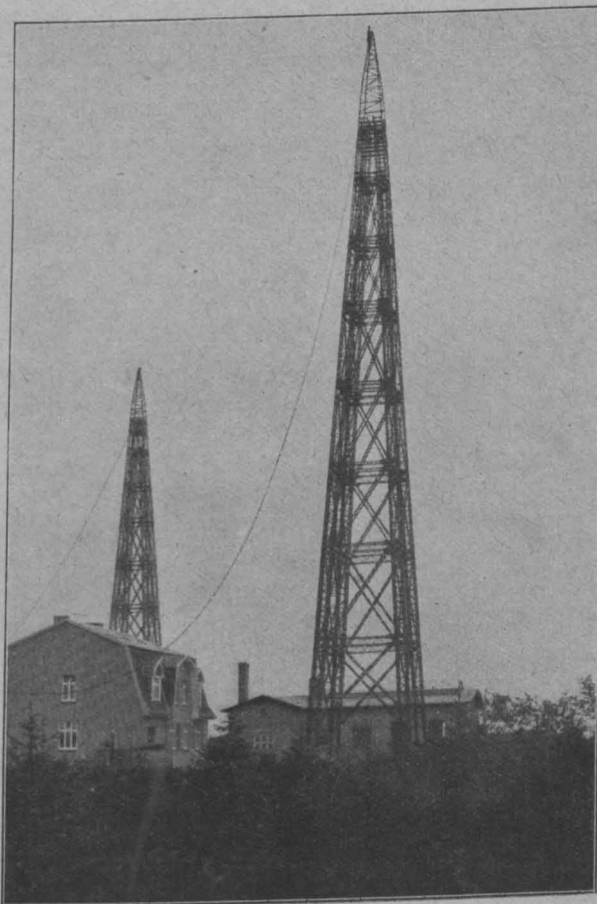


Abbildung 11. Funkenstation in Neumünster bei Kiel. Lichtpunkt-Höhe 51 m.

Holzbauweise System Meltzer (Mast- und Turmkonstruktionen).

Thierry — an der Entwicklung der deutschen Binnenwasserstraßen der letzten 50 Jahre durch seine Kundgebungen, Mahnungen und Vorarbeiten einen nicht zu unterschätzenden Anteil sich mit Fug und Recht zuschreiben und er erscheint ganz besonders berufen, beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft, die sich unter den denkbar schwersten und ungünstigsten Bedingungen vollziehen muß, als ein wichtiger Faktor mitzuarbeiten. Denn von dem zielbewußten Ausbau unter bestmöglicher Ausnutzung unserer Verkehrsmittel und nicht zuletzt unserer Wasserstraßen wird die Gesundung unseres Wirtschaftslebens in nicht geringem Maß abhängen. „Viel leicht erwirbt sich das neue Reich in seinen wirtschaftlichen Nöten gerade dadurch Vertrauen, daß es nach dem Verlust Hunderter von Milliarden noch einige wenige Milliarden für verbundene Anlagen aufzubringen versucht, zu denen auch in erster Linie die Schifffahrtswege gehören.“ Das ist die Hoffnung, der Min.-Dir. Dr.-Ing. Sympher am Schluß seiner Ausführungen in der Festschrift Ausdruck gibt.

Diesem Ausblick in eine noch dunkel vor uns liegende Zukunft sei ein Rückblick gegenübergestellt über das,

<sup>3)</sup> Vergl. den Aufsatz in der Jubiläums-Nr. von Dr.-Ing. Sympher „Der Zentralverein für deutsche Binnenschifffahrt und der Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes“.

was in 50jähriger Entwicklung für den Ausbau unserer Binnenwasserstraßen und die Hebung des Binnenschiffahrts-Verkehres geschehen und erreicht ist<sup>4)</sup>, um daraus die Forderungen abzuleiten, die noch zu erfüllen sind.

Im Jahr 1869 waren in Deutschland die wichtigsten Eisenbahnlinien ausgebaut, ihre Länge betrug 19 675 km und übertraf damit erheblich den Umfang des Wasserstraßennetzes, dessen volkswirtschaftliche Bedeutung gegenüber den Eisenbahnen verkannt, für dessen Instandhaltung und Erweiterungen während des Ausbaues der Eisenbahnen Mittel nur in gänzlich unzureichendem Umfang aufgewendet wurden. Die Binnenschiffahrt, die Jahrhunderte lang den Güterverkehr vermittelt hatte, konnte den Wettbewerb mit den Eisenbahnen nur noch bestehen, wo Massengüter zu befördern waren und besonders günstige Fahr-

ches mit einigermaßen ausreichender gleichmäßiger Tiefe bei Mittelwasser, wobei als technisches Mittel hauptsächlich die Buhne diente, die ihre Aufgabe nach Sympher auch im wesentlichen erfüllt hat, wenn auch für den feineren Ausbau des Niedrigwassers, der als eine Aufgabe der Zukunft noch zu erfüllen ist, wirksamere Mittel notwendig und inzwischen gefunden worden sind. Dem Ausbau der Flüsse durch Regelung folgte die Anlage neuer Schifffahrtskanäle oder die Kanalisierung solcher Flußstrecken, in denen durch Regelung allein eine hinreichende Fahrwassertiefe nicht geschaffen werden konnte. Durch Anlage leistungsfähiger, zum größten Teil übrigens städtischer Häfen, wurde gleichzeitig die Möglichkeit zum Gütertausch zwischen Wasserstraße und den sonstigen Verkehrswegen, sowie den Verbrauchsstellen geschaffen.

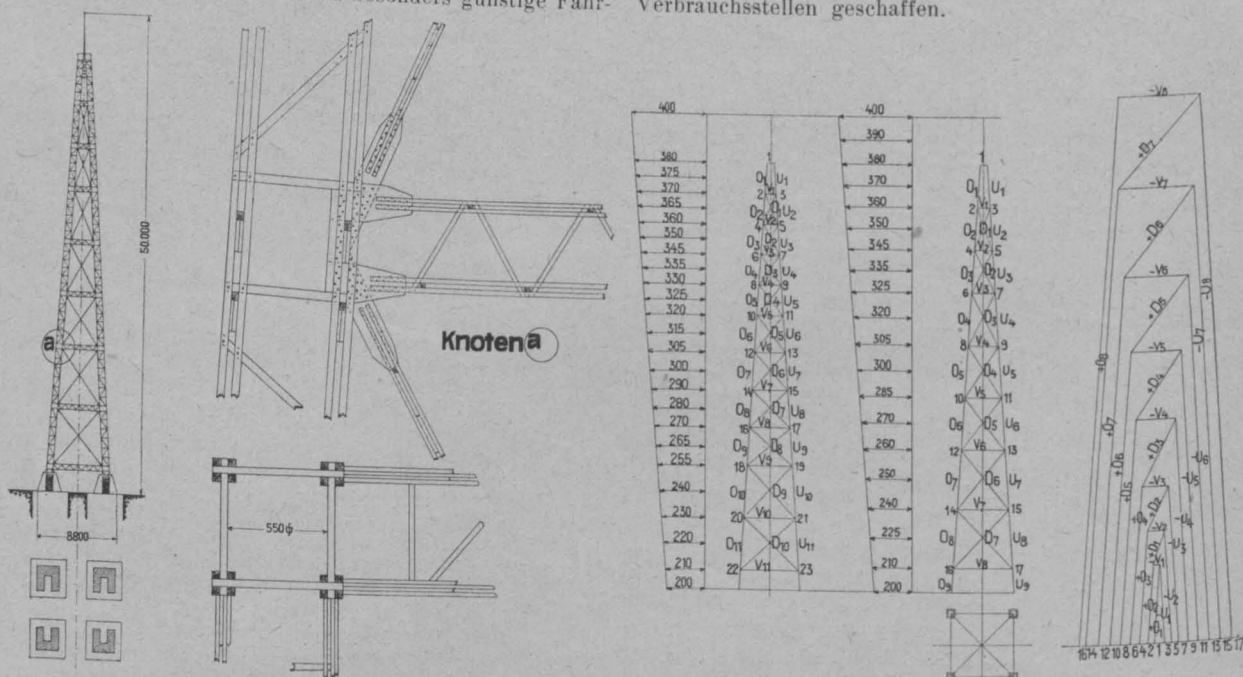


Abbildung 12. Funkenturm von 50 m Höhe auf der Werft in Neumünster bei Kiel.

wasser-Verhältnisse vorlagen, die durch Einstellung größerer Kähne und Einrichtung eines zweckmäßigen Schleppbetriebes die Selbstkosten zu vermindern und die Frachtkosten herabzusetzen gestatteten. Das gilt namentlich für Rhein und Elbe, und auch die märkischen Wasserstraßen konnten sich dank dem großen Güterverbrauch der Hauptstadt Berlin noch behaupten. Die anderen Wasserstraßen, die früher einen nicht unwesentlichen Schiffsverkehr aufzuweisen hatten, verödeten.

Mit dem Aufschwung von Handel und Industrie nach der Gründung des Deutschen Reiches setzt dann im Lauf der 70er Jahre vor. Jahr. ein Umschwung der Anschauungen ein, die Erkenntnis bricht sich Bahn, daß die Eisenbahnen die Wasserstraßen nicht voll ersetzen können, daß letztere ihre Daseinsberechtigung noch nicht eingebüßt hätten, allerdings eines zeitgemäßen Ausbaues bei gleichzeitiger Vervollkommenung des Schifffahrtbetriebes bedürften.

Zunächst tritt Preußen, dessen Wasserstraßen  $\frac{1}{5}$  aller deutschen Wasserstraßen umfassen, i. J. 1879 mit einem großgedachten Regulierungsplan seiner schiffbaren Ströme Weichsel, Oder, Elbe, Weser und Rhein und eines Teiles ihrer Nebenflüsse hervor, der mit großem Aufwand nach und nach zur Durchführung gelangte. Er beschränkte sich zunächst auf die Schaffung eines einheitlichen Stromschlau-

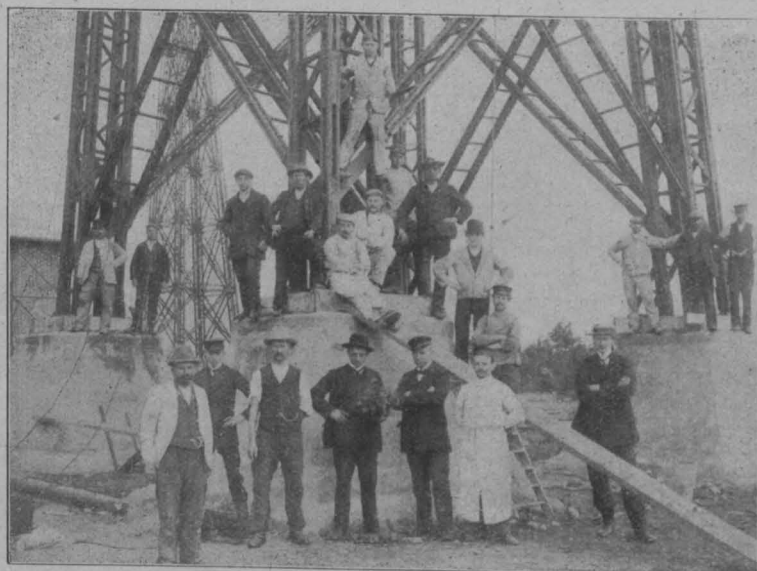


Abbildung 13. Ansicht des Turmfußes. Holzbauweise System Meltzer (Mast- und Turmkonstruktionen).

dem Seeverkehr.) Ist diese bauliche Leistung an sich auch nicht zu unterschätzen, so ergeben sich doch verteilt auf die letzten 50 Jahre nur einige 20 km neuer Kanäle auf das Jahr gegenüber 900 km, um die sich die deutschen Eisenbahnen (ohne die Kleinbahnen) seit 1869 durchschnittlich jährlich vermehrt haben.

Mit dem Ausbau der Wasserstraßen ist aber vor allem ihre Leistungsfähigkeit, wie sie in den Abmes-

In den letzten 50 Jahren ist ein neues Wasserstraßennetz von 1257 km Kanälen gebaut worden, während gleichzeitig 1113 km Flußstrecken kanalisiert wurden. Einige ältere Wasserstraßen mußten allerdings während dieser Zeit, da sie ihre Verkehrsbedeutung verloren hatten, als Schifffahrtsweg ausscheiden. Der Gesamtumfang der deutschen Schifffahrtsstraßen dürfte zur Zeit rd. 14500 km betragen, wovon aber ebenso wie 1875 nur rd. 10000 km für die Binnenschiffahrt als bedeutungsvoll in Betracht kommen. (Ein Teil des Restes dient übrigens vorwiegend

<sup>4)</sup> Vergl. den schon erwähnten Aufsatz von Dr.-Ing. Sympher und die Ausführungen in der Festschrift von Rechnungsrat Barche im preuß. Minist. der öffentl. Arb. über „Die Binnenschiffahrt von 1869—1919“. Den zahlreichen Tabellen des letzteren Aufsatzes sind namentlich die statistischen Mitteilungen entnommen, die wir hier wiedergeben.



sungen und der Tragfähigkeit der Schiffe zum Ausdruck kommt, beträchtlich gewachsen. Sah man vor 50 Jahren in Deutschland Schiffsfahrtswege für 300 t-Schiffe schon als stattliche an, so stellt sich das Verhältnis jetzt wie folgt:

Wasserstraßen für Seeschiffe mit 3000 t und darüber	615 km
..... Schiffe mit 1200—3000 t	1463 "
..... 600—1200 "	2064 "
..... 400—600 "	2607 "
..... 250—400 "	1705 "
..... 170—250 "	1565 "
..... mit geringerer Tragfähigkeit	4515 "

Ebenso ist entsprechend der gesteigerten Leistungsfähigkeit der Wasserstraßen der Gesamtinhalt unserer Binnenschiffahrtsflotte und ihrer Schiffsgröße gestiegen. Es liegen darüber zuverlässige statistische Angaben nur von 1877—1912 vor. Danach ist die Zahl der Schiffe (wobei

allerdings die Haff- und Küstenschiffe mit eingerechnet sind) von 17 653 mit zusammen 1,4 Mill. t Tragfähigkeit auf 29 533 mit zus. 7,4 Mill. t Tragfähigkeit gestiegen, d. h. die Zahl der Schiffe um 67, die Tragfähigkeit um 429 %. Im Jahr 1877 betrug die mittlere Schiffsgröße nur 80, 1912 dagegen 285 t, das ist eine Steigerung um das 3½-fache. Die größten Schiffe überstiegen 1877 nicht 800 t Tragfähigkeit, während diese 1912 auf 1600 t und darüber gewachsen war. Fast 1000 Schiffe besaßen eine Tragfähigkeit von über 1000 t. Die 1912 vorhandenen Schiffe waren etwa zur Hälfte hölzerne, zur Hälfte eiserne, aber die Tragfähigkeit der letzteren betrug mehr als das Doppelte der ersteren. Das größte eiserne deutsche Binnenschiff im Jahr 1912 besaß 3582 t Tragfähigkeit, das größte Holzschiff 907 t. Während 1877 nur 570 Schiffe mit eigener Triebkraft fuhren, verfügten 1912 bereits 4491 über eine solche. —

(Schluß folgt)

## Vermischtes.

**Die Begründung eines Deutschen Architektentages** hat am 27. Juni 1919 in Berlin stattgefunden und zu einer starken, eindrucksvollen Kundgebung des gesamten deutschen Architektenstandes geführt. Trotz der bestehenden großen Verkehrsschwierigkeiten, die sich in den Tagen vor der Tagung und am Tage der Tagung selbst geltend machten, war der Tag aus allen Teilen Deutschlands stark besucht, und auch aus Oesterreich waren Vertreter der Architektenschaft gekommen. Die Versammlung einigte das große Ziel, den Stand, der durch die Folgen des Zusammenbruches des Vaterlandes in seinen tiefsten Lebensbedingungen erschüttert und in seinem Dasein auf das Ernsteste bedroht ist, in seiner Lebensfähigkeit zu sichern, um ihn so zu befähigen, nicht nur die ihm in der natürlichen Entwicklung der Verhältnisse zufallenden Aufgaben zu lösen, sondern auch beim wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken. Die am 27. Juni stattgefundene Tagung wurde als die erste bezeichnet, der weitere je nach Bedarf und vermutlich in kurzen Zwischenräumen folgen werden. Als erste Tagung hatte sie nach den Beschlüssen des vorbereitenden Ausschusses grundlegenden Charakter, und es war auch das Programm hiernach aufgestellt. Es umschloß der Architektentag sowohl die im freien Berufsleben stehenden, wie die in amtlicher Stellung befindlichen, sowohl die selbständigen wie die angestellten Architekten. Am Vormittag fanden als Grundlage für den Aufbau des „Deutschen Architektentages“ Vorträge allgemeiner Natur statt, denen am Nachmittag ausgedehnte Beratungen über die Organisation und Mitteilungen über die bereits in ähnlichem Sinn erfolgten Schritte in verschiedenen Teilen des Reiches folgten. Schließlich fand nach dieser angeregten, die vielseitigsten Gesichtspunkte ergebenden Aussprache über die Notwendigkeit einer Arbeitsgemeinschaft sämtlicher deutschen und deutschösterreichischen Architekten die einstimmige Annahme einer Entschliebung statt, in der ausgesprochen wurde, die versammelten deutschen Architekten, selbständig und freischaffende, beamtete und angestellte, seien einmütig der Ueberzeugung, daß nur eine einheitliche Vertretung des Standes diesen in die Lage versetzen könne, die Interessen der deutschen Baukünstler im neuen Deutschland erfolgreich und würdig zu erhalten und im wirtschaftlichen Wiederaufbau des Vaterlandes tatkräftige Mitarbeit zu leisten. In der Erkenntnis, daß der ganze Stand in seinen tiefsten Lebensbedingungen erschüttert, gerade der Architektenstand aber seiner technischen und wirtschaftlichen Bedeutung entsprechend in erster Reihe berufen sei, an den kommenden Aufgaben mitzuwirken, begründeten die Versammelten den Deutschen Architektentag als eine dauernde Einrichtung und beauftragten ihn mit der Führung und Vertretung der gesamten deutschen Architektenschaft.

Damit war der Architektentag nach dem einhelligen Willen der Versammlung und unter dem lauten Beifall derselben begründet. Wir werden auf die Tagung noch ausführlicher zurückkommen. —

**Ehrendoktoren technischer Hochschulen.** Professor Hermann Jansen in Berlin wurde von der Technischen Hochschule Stuttgart zum Dr.-Ing. ehrenhalber ernannt. —

**25-jähriges Jubiläum des Ingenieurbüros H. Barth in Berlin.** Das in Architektenkreisen wie auch bei Baubehörden bekannte und geschätzte Ingenieurbüro Barth in Berlin blickte am 1. Juli d. J. auf ein Vierteljahrhundert seines Bestehens zurück.

Aus kleinen Anfängen heraus hat sein Begründer, Zivilingenieur Heinrich Barth, das Unternehmen in kurzer Zeit zu der heutigen angesehenen Stellung entwickelt. Wenn er diesen Erfolg zunächst auch seiner unermüdlichen

Arbeitskraft zu verdanken hatte, so unterstützte ihn hierbei in nicht geringem Maß der Umstand, daß die großen Aufgaben der neueren Zeit an die Architekten neben der rein künstlerischen Betätigung auch in konstruktiver Hinsicht Anforderungen stellten, die ihnen als Baukünstler weniger geläufig waren und deren Bewältigung sie deshalb den mit den Gesetzen der Statik vertrauten Bauingenieuren gern überließen. Nicht nur die älteren Architektenfirmen wie Ende & Böckmann, Kayser & v. Groszheim, Martens, Otzen, Ihne u. a. wußten Barth als zuverlässigen und ihren künstlerischen Ideen Rechnung tragenden Konstrukteur zu schätzen, auch mit den jetzt auf der Höhe des Schaffens stehenden Baukünstlern wie Bielenberg & Moser, Bodo Elhardt, Kuhlmann, Nitze, Jessen, Reinhardt & Süßenguth, Jürgensen & Bachmann u. a. steht Barth als beratender Ingenieur in dauernder Verbindung. Zahlreich sind die Bauten, deren Konstruktion er erdacht und berechnet hat. Von Groß-Berlin allein seien nur genannt das Marstallgebäude, die Baugruppe der Deutschen Bank, die Diskonto-Ges., die Rathäuser von Charlottenburg, Spandau und Schöneberg, das Theater des Westens (des ersten Theaters mit weit ausladenden Rängen ohne Außenstützen), verschiedene Bauten der Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen, die Fabrikanlagen A. Borsig, Flohr, Allgem. Elektr.-Ges., Deutsche Erdöl-A.-G., Knorrbremse A.-G. u. a. Auch von staatlichen und städtischen Baubehörden wurde Barths Mitwirkung häufig in Anspruch genommen. Beim Neubau des Kaiser Friedrich-Museums, der Schloß-Brücke in Charlottenburg, einer großen Zahl Geschäftsgebäude für die Reichsbank, bei zahlreichen Schulen, Kirchen und Badeanstalten war er als Konstrukteur beteiligt. So ist Barths Tätigkeit mit der Entwicklung des heutigen Berlin eng verknüpft. Daß seine umfassenden Kenntnisse und reichen Erfahrungen den Fachkreisen auch weiterhin erhalten bleiben mögen, ist daher ein wohl berechtigter Wunsch. — —n.—

## Wettbewerbe.

**Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Bau eines Gemeindehauses der St. Petri-Dom-Gemeinde in Bremen.** Es ist ein in seiner Bedeutung weit über das Weichbild Bremens hinaus greifender Wettbewerb, den die Bauherren der St. Petri-Dom-Kirche daselbst mit Frist zum 1. Sept. 1919 für die in Bremen ansässigen Architekten erlassen haben. Es handelt sich um die Gewinnung von Entwürfen für ein Gemeindehaus, das an die Stelle der 1915 abgebrannten Teile des Domanbaues treten soll. Bei dem Brand blieben die alten, aus Backstein erstellten Bauteile des früheren Klosters erhalten. Es ist nun beabsichtigt, den alten Kreuzgang des Domes, der bei der Errichtung des 1915 abgebrannten Gebäudes teilweise vernichtet wurde, teilweise aber auch eingebaut worden war, als Kreuzgang wieder erstehen zu lassen. Hierfür dienen die alten Reste als Ausgangspunkt. Es würde seitens der Domgemeinde lebhaft begrüßt werden, wenn es gelänge, dem Kreuzgang trotz der Beschränkung des Bauplatzes möglichst wieder einen der alten viereckigen Form sich nähernden Eindruck zu geben. Es ist dabei angeregt worden, den Kreuzgang mit dem Gartenhof, den er umschließt, dem alten Klosterhof, als eine Stätte stiller Andacht, als Gedächtnisstätte der Domgemeinde für den Weltkrieg auszubilden. Es sollen die einzelnen Joche des Kreuzganges im Lauf der Zeit mit Kunstwerken der Erinnerung geschmückt und es soll durch ein bedeutenderes Einzelkunstwerk im alten Klosterhof die Bestimmung der Stätte besonders zum Ausdruck gebracht werden. Auch der schön gewölbte Raum des ehemaligen Remters könnte zur Verwirklichung des Gedankens der Gedächtnisstätte mit heran gezogen werden. An der Stelle, wo der Remterflügel an den Dom anstößt, ist bei der Ueberbauung dafür Sorge zu tragen, daß die

Gefahr der Uebertragung eines Brandes auf den Dom so weit irgend möglich verringert wird.

Die Baumasse des neuen Gebäudes ist so abzustimmen, daß sie im Zusammenhang mit der Wirkung des Domes sowohl vom Markt wie von der Domscheide aus ein gutes Bild gibt. Dabei ist eine vorgeschriebene Baulinie streng einzuhalten. Da nun aber bei der Durcharbeitung eines Entwurfes sich als nötig erweisen könnte, die von der Stadterweiterung vorgeschriebene Linie, wie es die Domgemeinde schon früher beantragt hatte, zu überschreiten und den öffentlichen Verkehr durch eine zu bildende Arkade stattfinden zu lassen, so kann dieser Gedanke als Vorschlag bearbeitet werden und es behält sich die Domverwaltung vor, bis zu 3 Entwürfen dieser Art, die zum Wettbewerb an sich nicht zugelassen werden können, nach der Beurteilung der Preisrichter für je 2000 M. anzukaufen.

Um den Anblick der Türme des Domes nicht zu beeinträchtigen, darf die Hauptgesimshöhe des Neubaus 13,2 m nicht überschreiten. Gegen die Anordnung eines Giebels über dem Remterflügel bestehen keine Bedenken. Für Stil und Material werden keine Vorschriften gemacht, jedoch ist es der Wunsch der Domgemeinde, die alte Stimmung nach der Ansicht von 1857 wieder zum Ausdruck zu bringen. Ein Durchblick in das Innere des Klosterhofes kann als Zugang zu diesem am besten vom Markt aus angeordnet werden.

Der Neubau selbst soll praktischen Bedürfnissen der Domgemeinde dienen und einen Gemeindesaal für 5–600 Personen mit Nebenräumen, Lehrsäle, ein Dombüro, Verwaltungsräume für die Gemeindepflege, einen Uebungssaal für den Domchor von 110–120 qm, Wohnungen für den Domsekretär und den Hausmeister usw. enthalten. Erwünscht sind u. a. Räume für ein Dom-Museum. Die Zeichnungen sind 1:200 gefordert, ein Teilstück 1:50; dazu 3 perspektivische Ansichten. Es gelangen ein I. Preis von 6000, ein II. Preis von 5000, vier III. Preise von je 3000 M. zur Verteilung; hinzu treten 5 Ankäufe für je 1500 M. Im Preisgericht befinden sich als Fachleute die Hrn. Ob.-Brt. Ehrhardt und Arch. E. Gildemeister in Bremen, Geh. Brt. Dr.-Ing. h. c. Ludwig Hoffmann und Geh. Brt. Prof. Franz Schwechten in Berlin, Geh. Ob.-Brt. K. Hofmann in Darmstadt, Stadtbrt. Prof. Karl Roth in Mannheim und Baudir. Prof. Dr.-Ing. h. c. Fritz Schumacher in Hamburg. Ersatzpreisrichter ist Hr. Prof. E. Högg in Dresden. Es ist beabsichtigt, einem der Preisträger die Weiterbearbeitung der Aufgabe zu übertragen. Unter diesen Umständen und bei der vortrefflichen Vorbereitung zweifeln wir nicht daran, daß der Wettbewerb, der eine ebenso schwere wie dankbare Aufgabe stellt, eine lebhaftige Beteiligung erfahren wird.

**Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Kriegsmal bei Ulm** schreibt die Ortsgruppe des „Bundes für Heimatschutz“ in Ulm für Ulmer Künstler aus. Das Denkmal, welches das Andenken an die im Feld gefallenen oder dort gebliebenen Krieger zu erhalten bestimmt ist, soll an den Gestaden der Donau oder auf einer der Höhen um Ulm im Zusammenhang mit einer schönen Baumgruppe in einfacher Form aufgestellt werden.

**Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Stadttheater in Gelsenkirchen** beabsichtigt Nachrichten der Tagespresse zufolge die Stadt für die deutschen Baukünstler zu veranstalten. Das kohlen- und industrie-reiche Gelsenkirchen ist durch die industrielle Entfaltung und durch umfangreiche Eingemeindungen eine Stadt von fast amerikanischem Wachstum geworden, die nun auch den Museen ein würdiges Heim bereiten will.

**Einen Wettbewerb zur Erlangung von künstlerischen Ansichten der Stadt Karlsruhe und Umgebung** beabsichtigt der Verkehrsverein Karlsruhe auszuschreiben. Das gewonnene Bildmaterial soll zur Illustrierung von Werbeschriften zur Förderung des Besuches der badischen Landeshauptstadt dienen.

**Preis Ausschreiben für ein Stadtbild des mittelalterlichen Bautzen.** Der Kunstverein von Bautzen in Sachsen schreibt unter den bildenden Künstlern, die in der Stadt oder in der Amtshauptmannschaft Bautzen geboren sind oder daselbst ihren dauernden Wohnsitz haben, einen Wettbewerb aus zur Erlangung eines künstlerischen Stadtbildes des mittelalterlichen Bautzen. Als Preis sind 2000 M. ausgeworfen.

**Ein Preis Ausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für ein Friedens-Etikett** erläßt die Weinbau-Firma Geppert & Co. in Bühl in Baden mit Frist zum 31. Juli 1919. Es gelangen 3 Geldpreise von 1200, 600 und 300 M. zur Verteilung; ein IV. Preis besteht in einer Kiste Wein. Ein Ankauf nicht preisgekrönter Entwürfe ist vorbehalten. Das

Preisgericht besteht aus 3 Professoren der Technischen Hochschule Karlsruhe und 2 Weinfachleuten. Die Namen sind noch nicht genannt. Gegenstand der Darstellung der auf 11,5 cm Höhe und 9,5 cm Breite zu verkleinernden lithographisch zu vervielfältigenden Etiketten soll die Wiederaufrichtung des Reiches und des deutschen Wirtschaftslebens sein.

**Bei dem von der Viersener Spar- und Baugenossenschaft ausgeschriebenen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für Kleinwohnungen** waren 25 Entwürfe eingelaufen. Bei der Preisverteilung wurden zuerkannt: der I. Preis von 800 M. den Archit. Rosendahl & Fischer in M.-Gladbach, der II. Preis von 650 M. den Architekten Fischer & Nyßen in Rheydt, der III. Preis den Arch. Rosendahl & Fischer in M.-Gladbach. Ein Entwurf des Baugeschäftes F. u. Eigelshofen in Viersen wurde angekauft. Der Wettbewerb war auf Architekten beschränkt, die ihren Wohnsitz in M.-Gladbach, Rheydt und Viersen haben.

**In dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Errichtung von gemeinnützigen Wohnhausbauten in Verbindung mit einer katholischen Kirche in Dortmund-Nord** an der Münster-, Guthell- und Burgholz-Straße sind 21 Arbeiten rechtzeitig eingegangen. Den I. Preis von 3000 M. und den III. Preis von 1500 M. erhielt die Firma Strunck & Wentzler, den II. Preis von 2500 M. die Firma D. & K. Schulze, Mitarbeiter Emil Pohle, den IV. Preis von 1000 M. der Architekt W. von Im-Thurn. Zwei Entwürfe wurden zu je 500 M. angekauft und zwar einer von der Firma D. & K. Schulze, Mitarbeiter Otto Grooth und einer von dem Architekten Hermann Kessemeier. Der Wettbewerb war auf in Dortmund ansässige Architekten beschränkt.

**In einem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau eines staatlichen Lyzeums in Hamburg** liefen 122 Entwürfe ein. Den I. Preis von 4000 M. gewann Arch. Fritz Höger unter Mitarbeit des Architekten Peters; ein II. Preis von 2500 M. wurde dem Arch. A. Jacob, ein weiterer II. Preis von 2500 M. dem Arch. G. Hunger zuerkannt. Zwei III. Preise von je 1500 M. fielen den Architekten F. Walter und C. H. Höltig zu.

**In einem Wettbewerb zur Erlangung eines Entwurfes für einen Plakatkopf, den der Volksbildungsverein „Apolloneum“ in Wien** ausgeschrieben hatte, fielen die beiden Preise im Betrage von zusammen 500 Kronen an den Professor der Kunstakademie in Wien Dr. Herm. Heller und an den Maler Gottlieb Schmidt, beide in Wien.

**Der Strauchpreis des Architekten-Vereins zu Berlin für 1919** wurde Hrn. Stadtbaurat Rudolf Koch in Elberfeld zuerkannt.

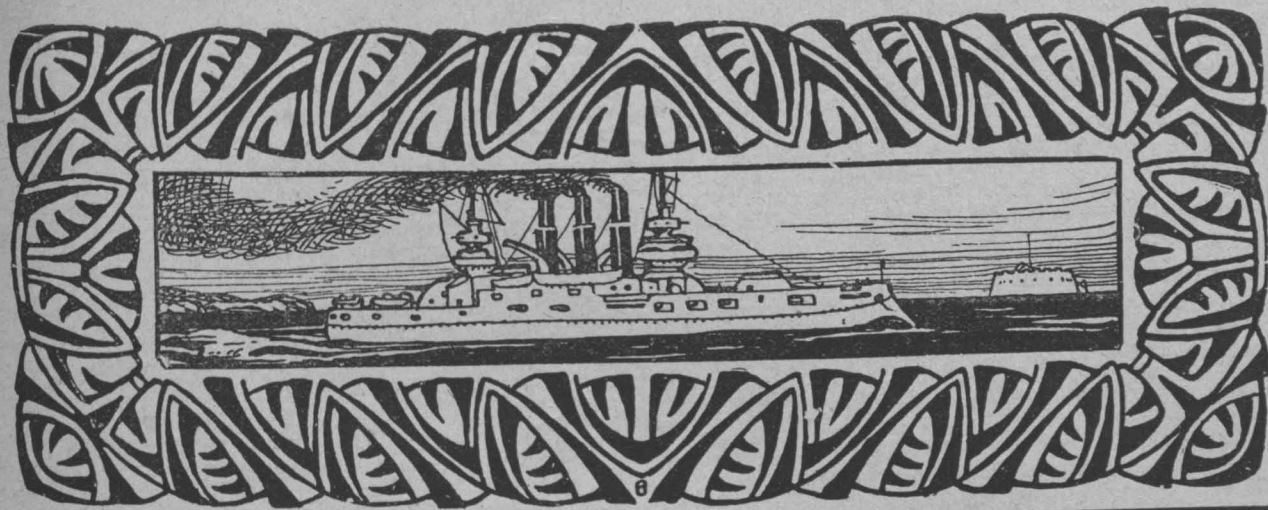
**In dem Wettbewerb zur Erlangung von Vorentwürfen für ein Verwaltungsgebäude der Sparkassen-Girozentrale Hannover** sind rechtzeitig 145 Entwürfe eingegangen, von denen das Preisgericht den mit dem Kennwort „Bienenstock“ des Hrn. Hofbrt. Mackensen in Hannover mit dem I. Preis von 3500 M. auszeichnete. Den II. Preis von 2500 M. errang der Entwurf „Pfeil im Kreis“ des Hrn. Arch. Karl Falge in Bremen; einen III. Preis von 1500 M. der Entwurf „Spare-Bezahl“ des Hrn. Arch. K. Siebrecht in Hannover, den zweiten III. Preis von 1500 M. der Entwurf „Gesichert und Ruhe“ des Hrn. Arch. Alfred Sasse daselbst. Für je 500 M. wurden angekauft die 15 Entwürfe der Hrn. Arch. Louis Thiele, Theod. Bachmann, F. W. Schick, Alfred Weber, Adolf Haro mit Georg Eser, Reg.-Baumstr. Rährbein, Ad. Gloeckner, Ludw. Stromeyer und Brüder Siebrecht in Hannover, Bildh. K. Retzlaff in Detmold, Malchow mit Bertram in Peine, Sepp Spannmacher in Bremen, sowie Höger, Max Meyer und Wald. Reiner in Hamburg. Ausstellung sämtlicher Entwürfe bis mit 6. Juli 1919 im Gewerbe-Verein am Georgs-Platz in Hannover.

**In einem Wettbewerb um die Ausführung bildnerischen Schmuckes für den Kurpark zu Gottleuba** erhielt den I. Preis Bildhauer Gustav Reißmann in Dresden, dem damit auch der Auftrag der Ausführung zufällt, während den Bildhauern Paul Berger, K. Dämmig, Hermann Fritz, Kreß & Glatter und Artur Lange je ein Geldpreis von 400 M. zuerkannt wurde.

**Inhalt:** Dresdener Siedelungs-Bestrebungen (Fortsetzung und Schluß). — Holzbauweise System Meltzer (Mast- und Turmkonstruktionen). (Schluß). — Fünfzig Jahre Binnenschiffahrts-Entwicklung in Deutschland. — Vermischtes. — Wettbewerbe.

**Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.** Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.





# DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 55. BERLIN, DEN 9. JULI 1919.

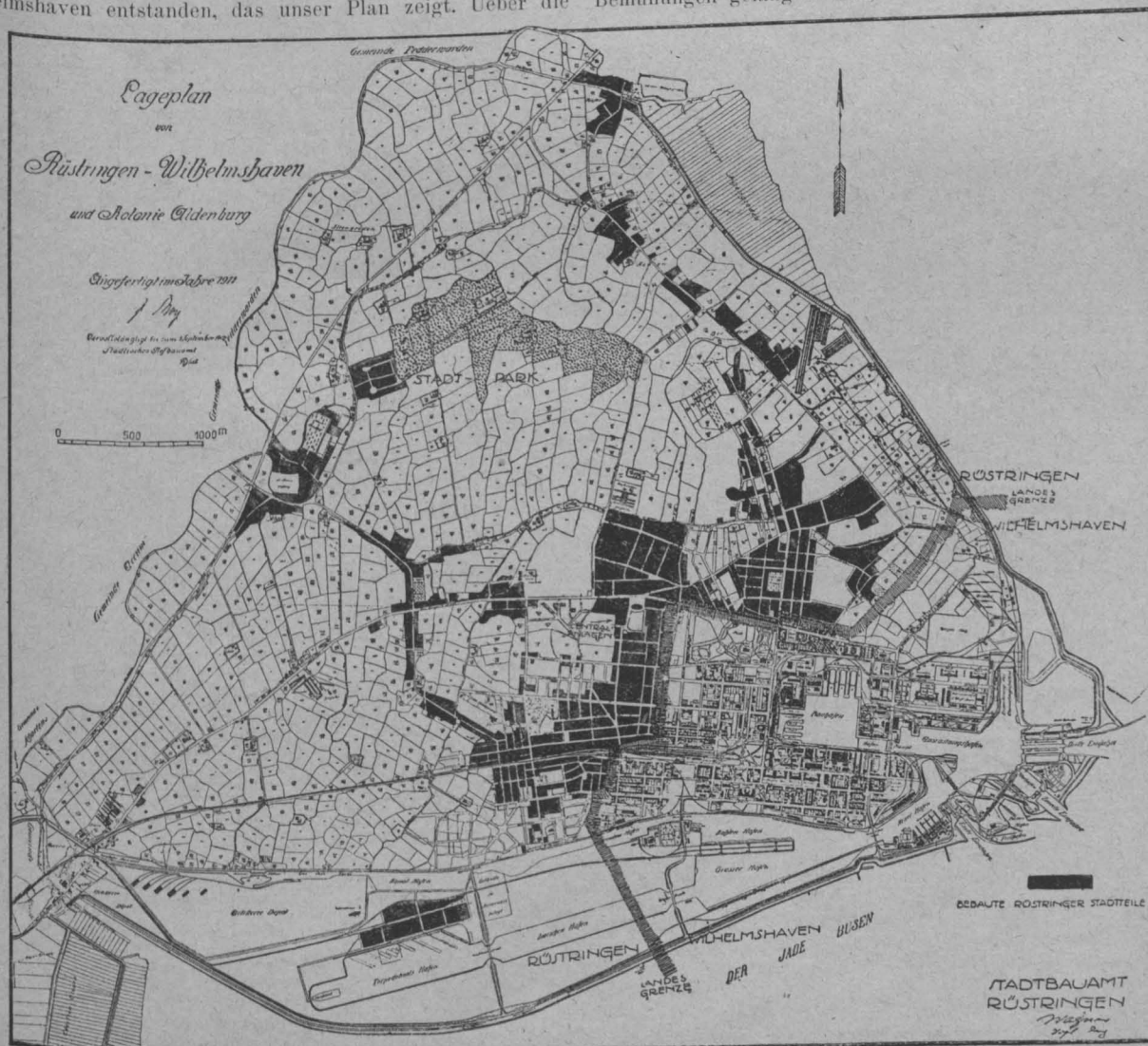
REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

## Zum fünfzigjährigen Bestehen von Wilhelmshaven.

**A**m 17. Juni 1919 waren 50 Jahre verflossen, seit die Eröffnung des Kriegshafens, die Namengebung der Stadt und die Grundsteinlegung zur ersten Kirche des neuen Gemeinwesens stattgefunden haben. Aus einer kleinen, weltabgeschiedenen Gruppe von Bauernhöfen ist in einem halben Jahrhundert das stolze Gemeinwesen Rüstringen-Wilhelmshaven entstanden, das unser Plan zeigt. Ueber die

Geschichte dieser 50 Jahre entnehmen wir einer Ausführung von Heine-Müller im „Schw. Merk.“ das Folgende:

Der Gedanke der Anlegung eines Kriegshafens an der Nordsee stammt vom Prinzen Adalbert von Preußen, der 1848 der Marinekommission des damaligen deutschen Reichstages angehörte und die Bedeutung einer Marine für das aufstrebende Preußen deutlich erkannt hatte. Nach langen Bemühungen gelang es ihm, das preuß. Kriegsministerium



für seine Pläne zu gewinnen. 1853 wurde das für den Kriegshafen bestimmte Gebiet von Preußen angekauft und 1854 endgültig übernommen. Es lag in der Nähe des oldenburgischen Dorfes Happens, fernab vom Weltverkehr, und hatte weder Bahnen noch Straßen. Auf dem ganzen Gebiet, auf dem heute die Doppelstadt Wilhelmshaven-Rüstringen und das weit ausgedehnte Gebiet des Kriegshafens mit mehr als 100 000 Einwohnern sich erheben, standen damals 4 einsame Bauernhöfe. Der Bau des Kriegshafens wurde 1856 begonnen und 1869 beendet. Bei der Eröffnung verlieh König Wilhelm den Ansiedlungen, die sich um den Hafen gruppiert hatten, den Namen „Wilhelmshaven“. Im Anschluß an die Eröffnung erfolgte die Grundsteinlegung zur ersten Kirche, der Elisabeth-Kirche, die 1873 von der Garnison-Gemeinde in Benutzung genommen wurde. Später fanden in ihr gastweise Aufnahme: die katholische Marinegemeinde und die evang. Zivilgemeinde. Schon nach Beendigung des französischen Krieges erwies sich der Kriegshafen als zu klein. Es wurde deshalb eine zweite Einfahrt gebaut und 1886 eröffnet. Eine umfangreiche Erweiterung, die dem

ganzen Stadtbild ein anderes Aussehen gab, erfuhr der Kriegshafen nach Annahme des Tirpitz'schen Flottengesetzes durch Schaffung einer dritten Werft und dreier Trockendocks, sowie Anlage eines 6 km langen Seedeiches. Der Bau dieser neuen Anlagen, die über 50 Mill. M. kosteten, nahm mehr als 10 Jahre in Anspruch. Die dritte Einfahrt wurde 1909 eröffnet und ermöglichte die Verlegung des 1. Geschwaders der Hochseeflotte nach Wilhelmshaven. Handel und Verkehr nahmen in Wilhelmshaven während der letzten Jahre einen riesigen Aufschwung. Bei Eröffnung des Kriegshafens gab es dort weder eine öffentliche Kasse, noch eine Bank. Jetzt bestehen dort die Reichsbank, 3 Privatbanken und eine städtische Sparkasse, die im letzten Jahr einen Gesamtumsatz von 6 Milliarden M. aufwiesen. Die Eisenbahn Oldenburg-Wilhelmshaven wurde 1867, die Straßenbahn 1913 eröffnet. Seit 40 Jahren unterhält die Stadt eine Dampferverbindung nach der oldenburgischen Halbinsel Butjadingen. Während der Sommermonate besteht zwischen hier und Wangeroog ein regelmäßiger Dampferverkehr. —

## Der Deutsche Architektentag.



ast zu gleicher Stunde, in der der schwächste Friede der Weltgeschichte unterzeichnet wurde, zeigte der erste „Deutsche Architektentag“ den einmütigen Willen des ganzen Architektenstandes, nicht zu verzagen, sondern mutig und entschlossen an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuarbeiten. Wenn gerade in der bittersten Stunde unserer Geschichte ein solches Zeugnis abgelegt wurde und trotz ernsterster Not, von der der ganze Stand vielfach betroffen ist, noch von Idealen gesprochen werden konnte, so gibt uns das die festeste Hoffnung, daß der zähe Wille und die entschlossene Kraft unseres Volkes, wie sie sich in dem langen Krieg und den Entbehrungen im Felde und in der Heimat so ruhmvoll gezeigt haben, noch nicht gebrochen sind und uns wieder einer besseren Zukunft entgegen führen werden, sobald die durch das Licht einer vermeintlichen Freiheit geblendeten Massen wieder zur Arbeit zurück gekehrt sein werden.

Was will der „Deutsche Architektentag“, der am 27. Juni 1919 im Künstlerhaus zu Berlin als eine ständige Einrichtung gegründet worden ist? Er ist die Berufsvertretung des gesamten Architektenstandes, denn er umfaßt alle dem Stand angehörigen Berufsgruppen, die selbständigen, beamteten und angestellten Architekten. Sämtliche bestehenden Vereine und Verbände die ganz oder teilweise aus Architekten bestehen, haben sich ihm angeschlossen, so der „Verband deutscher Architekten- und Ingenieurvereine“, die „Berufsvereinigung höherer Baubeamten“, der am 28. Juni 1919 im Anschluß an den Architektentag gegründete Bund aller selbständigen Privatarchitekten, der „Bund Deutscher Architekten“, die „Deutsche Freie Architektenschaft“, die „Dresdener Architektenschaft“, der „Architektenrat Bayern“, die „Zentralvereinigung Deutsch-Oesterreichischer Architekten“, der „Deutsche Werkbund“ und andere.

Der „Deutsche Architektentag“ soll als Arbeitsgemeinschaft der drei Berufsgruppen des Standes die Gegensätze zwischen ihnen ausgleichen und die gemeinsamen Interessen geschlossen vertreten. Der Architektentag will ferner an allen Fragen, die das öffentliche Bauwesen betreffen, mitwirken und zu dieser Mitarbeit alle geeigneten Kräfte des Architektenstandes heranziehen. Bei der Ueberfülle der Aufgaben, die dem Staat durch den Wiederaufbau unseres Vaterlandes und die völlige Neugestaltung seines Wirtschaftslebens gestellt sind, wird der Architektenstand durch seine Erfahrungen auf künstlerischem, technischem, wirtschaftlichem und organisatorischem Gebiet und durch seine Beziehungen zu allen Zweigen des Wirtschaftslebens dort wertvolle Hilfe leisten können, wo der Staat auf die tätige Mitarbeit aller organisierten Berufsstände notwendigerweise zurückgreifen muß.

Der erste „Deutsche Architektentag“ wies trotz der großen Verkehrsschwierigkeiten einen außerordentlichen Besuch auf. Von allen Teilen des Deutschen Vaterlandes, auch aus Bayern und den besetzten Gebieten waren Vertreter erschienen, sogar aus Deutsch-Oesterreich hatten sich die Vertreter der Zentralvereinigung deutsch-österreichischer Architekten angemeldet, die leider jedoch durch Verkehrsschwierigkeiten erst verspätet eintrafen. Die Tagung zeigte den einmütigen Willen der Versammelten und der durch sie vertretenen Vereine und Verbände zum Zusammenhalten in der Not der kommenden Zeiten. Nach einer Begrüßungsansprache durch den Vorsitzenden des vorbereitenden Ausschusses Professor Bodo Ebhardt, der die Notwendig-

keit des Zusammenschlusses aller Architekten hervorhob und zur mutigen, entschlossenen Mitarbeit an der Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes aufrief, und nach begrüßenden Worten des Geh. Ob.-Brt. Dr. J. Stübgen namens des Berliner „Architektenvereins“ zeigten eine Reihe von Vorträgen in großen Umrissen die Bedeutung des Architekten in der Vergangenheit und seine Aufgaben für die Zukunft.

Es sprachen: Dr. Albert Hofmann über „Der Architekt in Leben und Gesellschaft“; Peter Behrens über: „Die Wiederbelebung der Baukunst zur befruchtenden Gemeinschaft der Künste“; Dr. German Bestelmeyer über: „Die Erziehung des Architekten“; Friedrich Paulsen über: „Der Architekt im Aufbau der neuen Gesellschaft“ und Heinrich Lotz über: „Stellung und Aufgaben des Privatarchitekten in der Gegenwart“.

In der an die Vorträge anschließenden Aussprache wurden eine Reihe bedeutender Fragen berührt. Man sprach über die Selbstverwaltung der Berufsorganisationen, über die Form und die Ergebnisse der bereits erfolgten Zusammenschlüsse in einzelnen Landesteilen. Besonders interessante Ausführungen boten der Vertreter des Architektenrates Bayern, Architekt Noris aus München, und der Vertreter der ostpreussischen Architektenschaft, Architekt Göttgen. Man sprach über die Erfolge gemeinsamer Uebernahme großer Siedelungs-Aufträge durch eine Vereinigung von Architekten und ihre Verteilung unter sich, namentlich unter Berücksichtigung der wirtschaftlich schwachen Fachgenossen, über die Notwendigkeit, die Gebührenordnung als gesetzlich anerkannte Mindestnorm durchzusetzen, von der Baustofffrage und der Verteilung der verfügbaren Baustoffe unter Heranziehung der Architektenverbände. Reg.-Bmstr. Dr.-Ing. Schubart sprach ferner über die gewerkschaftliche Organisation der einzelnen Berufsgruppen und ihre Zusammenfassung durch den Architektentag, und Geheimrat Dr. Gurlitt hob die Bedeutung des Architektentages hervor als Organ der Selbstverwaltung des ganzen Architektenstandes, der, ohne in die Befugnisse der bestehenden Verbände einzugreifen, Kundgebungen allgemeiner Natur vorzubereiten und an allgemeinen Fragen die den ganzen Stand betreffen, mitzuwirken habe.

Die Versammlung war von der Notwendigkeit engsten Zusammenschlusses aller Fachgenossen überzeugt und nahm einstimmig folgende Entschliebung an:

„Die heute versammelten Architekten, selbständige, beamtete und angestellte, sind einhellig der Ueberzeugung, daß nur eine einheitliche Vertretung ihres Standes in der Lage sein wird, die Interessen der deutschen Baukünstler erfolgreich und würdig zu vertreten und am wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Vaterlandes tatkräftige Mitarbeit zu leisten. In der Erkenntnis, daß der ganze Stand zurzeit in seinen tiefsten Lebensbedingungen erschüttert ist und andererseits gerade der Architektenstand seiner technischen und wirtschaftlichen Bedeutung entsprechend in erster Reihe an den kommenden Aufgaben mitzuwirken berufen ist, gründen die heute Versammelten den „Deutschen Architektentag“ als eine dauernde Einrichtung und beauftragen und bevollmächtigen ihn zur Führung und Vertretung der gesamten Architektenschaft.“

Ein Zusatzbeschluß beauftragt dann den bisherigen Arbeitsausschuß mit der Geschäftsführung und regelt die Vertretung der bestehenden Verbände im Ausschuß.

Diesem Arbeitsausschuß gehören folgende Herren an: Bruno Ahrens, Berlin-Steglitz; Peter Behrens, Neu-



babelsberg; German Bestelmeyer, Charlottenburg; Bodo Ebhardt, Berlin-Grünwald; Eugen Fabricius, Köln; Felix Gentzen, Charlottenburg; Erwin Gutkind, Berlin-Grünwald; Friedrich Hartenstein, Hannover; Albert Hofmann, Potsdam-Wildpark; Otto Walter Kuckuck, Königsberg; Gustav Langen, Berlin-Grünwald; Heinrich Lotz, Lyck; Otto Michaelsen, Berlin; Heinrich Möller, Berlin-Schöneberg; Bruno Möhring, Berlin; Hans Noris, München; Bruno Paul, Berlin; Friedrich Paulsen, Berlin-Steglitz; Wilhelm Reinsch, Königsberg; Ernst Rentsch, Charlottenburg; Fritz Reuter, Dresden; Erich Richter, Berlin-Steglitz; Walter Schilbach, Berlin; Heinrich Schubart, Charlotten-

burg; Heinrich Straumer, Berlin; Bruno Taut, Berlin; Georg Thofehn, Berlin.

Anschriften für die Geschäftsstelle des „Deutschen Architektentages“ sind bis auf Weiteres zu richten an Reg.-Bmstr. a. D. Dr.-Ing. Felix Gentzen in Charlottenburg, Wilmersdorfer-Straße 28.

So beginne denn der „Deutsche Architektentag“ seine Arbeit! Sei er eine Stütze allen denen, die in der Zeit der Not um ihr Dasein kämpfen müssen, sei er ein Förderer der Ideale, die uns durch die dunkle Gegenwart in eine bessere Zukunft hinüber tragen sollen und sei er ein mutiger Mitarbeiter an der wirtschaftlichen und geistigen Wiederaufrichtung unseres geliebten Vaterlandes. — G. —

## Fünzig Jahre Binnenschiffahrts-Entwicklung in Deutschland. (Schluß)

Zum 50 jährigen Jubiläum des „Zentral-Vereins für deutsche Binnenschiffahrt“.

**D**er Umfang des Güterverkehrs auf den deutschen Binnenwasserstraßen (ausschließlich der auch von Seeschiffen befahrenen Flußmündungen) ist nach Sympher bei einer ungefähr gleich gebliebenen Länge des verkehrswichtigen Netzes von rd. 10 000 km (wobei natürlich in den einzelnen Stromgebieten Verschiebungen stattgefunden haben) von 1875—1910 von 20,8 Mill. t in Ein- und Ausgang auf 129,5 Mill. t, die Netto-Tonnenkilometer-Leistung von 2,9 auf 19 Milliarden, der Verkehr auf 1 km Länge von 290 000 t auf 1,9 Mill. t gestiegen. Der Güterverkehr auf den Binnenwasserstraßen betrug 1875 vom gesamten deutschen Güterverkehr 21 % gegenüber 79 % auf den Eisenbahnen, deren Gesamtlänge 26 500 km und deren Tonnenkilometer-Leistung 10,9 Milliarden war. Das Verhältnis der Verkehrsdichte stellte sich bei den Wasserstraßen zu den Eisenbahnen wie 7:10. Im Jahr 1910 war das Eisenbahnnetz auf 58 600 km, die Tonnenkilometer-Leistung auf 56,3 Milliarden angewachsen; während aber die Anteilnahme der Wasserstraßen am Gesamtgüterverkehr auf 25 % gestiegen war, sank derjenige der Eisenbahnen auf 75 %. Das Verhältnis der Verkehrsdichte auf den Wasserstraßen zu denjenigen auf den Eisenbahnen betrug jetzt 20:10. Das charakterisiert am besten die gewaltige Zunahme des Verkehrs auf den Wasserstraßen und deren gesteigerte Bedeutung. An dem Gesamtverkehr der deutschen Wasserstraßen nahmen die 7 großen deutschen Ströme Memel, Weichsel, Oder, Elbe, Weser, Rhein und Donau mit  $\frac{1}{3}$  teil, der Rhein allein mit fast  $\frac{1}{2}$ , Rhein und Elbe zusammen mit  $\frac{2}{3}$ .

Den Höhepunkt erreichte die deutsche Binnenschiffahrt nach der Reichsstatistik im Jahr 1913 mit 158 Mill. t in Ein- und Ausgang gegenüber 928 Mill. t Gesamtförderung der Eisenbahnen. Die Verkehrsdichte der Wasserstraßen ist weiter auf 2,1 Mill. t auf 1 km gestiegen.

Einen jähen Sturz brachte dann der Krieg, einerseits durch die Einberufung der Schiffmannschaften, sodaß ein großer Teil der Schiffe still gelegt werden mußte, anderseits durch die Unterbindung des Seeverkehrs, dem die Binnenschiffahrt einen sehr großen Anteil des Angebotes an Frachtgütern verdankt. Die Leistung betrug 1916 nur noch rd. 10 Milliarden tkm und war damit wieder auf den Stand von 1899 gesunken. Die zunehmende Ausdehnung des Kriegsschauplatzes führte dann behufs Entlastung der Eisenbahnen im weiteren Verlauf des Krieges allerdings wieder zu einer stärkeren Ausnutzung der Wasserstraßen. So leistete der Rhein-Weser-Kanal, der erst während des Krieges schrittweise bis Hannover in Betrieb genommen

werden konnte, bereits im ersten Jahr seines fertigen Ausbaues 1917 fast das, was von ihm nach fünfjährigem Betrieb planmäßig erwartet worden war. Es wurden auf ihm 9,45 Mill. t befördert und 927 Mill. tkm geleistet. Wenn dieser Torso des Mittelland-Kanales schon solche Leistungen unter den schwierigsten Verhältnissen aufzuweisen hatte, welche Bedeutung würde der vollendete Mittelland-Kanal für Deutschland im Kriege sowohl im militärischen Interesse wie für die innere Versorgung des Landes gehabt haben!

Seine Vollendung ist daher die erste Aufgabe, die auch ein zu Boden getretenes Deutschland für den Ausbau seines Binnenwasserstraßennetzes erfüllen muß. Es bleibt dann immer noch die Tatsache bestehen, daß das östliche und westliche Netz sehr große Ungleichmäßigkeiten nach Abmessungen und Leistungsfähigkeit zeigen, deren Beseitigung erst zu einer Höchstleistung führen könnte. Den notwendigen weiteren Ausbau des deutschen Wasserstraßennetzes hat Dr.-Ing. Sympher im Vorjahr vor dem Zusammenbruch in seinen Hauptlinien skizziert. Er erkennt den Wasserstraßen nur da Berechtigung zu, wo große Versand- mit großen Eingangsgebieten zu verbinden, wo Millionen von Tonnen Güter jährlich zu bewegen sind. Der Güterverkehr auf den deutschen Eisenbahnen mit seinen Richtungen des Haupt-Güterauschusses -Verkehres diene ihm dabei als Wegweiser. Die 3 großen Kohlen- und Erzgebiete Rheinland - Westfalens, Oberschlesiens und Lothringen-Luxemburgs sind ihm danach die Ausgangspunkte dieser Schiffsfahrtswege und diese haben sich zu erstrecken vom Ruhrgebiet nach Berlin mit Abzweigung nach dem Mitteldeutsch-sächsischen Industriegebiet, nach den deutschen Nordseehäfen an Weser und Elbe, nach Lothringen-Luxemburg, den Rhein und die Mosel hinauf, nach der Schweiz und dem Bodensee und über den schiffbar zu machenden Oberrhein, sowie schließlich nach der Donau; von Oberschlesien nach Berlin, nach der Donau bei Wien über den Donau-Oder-Kanal und schließlich nach West- und Ostpreußen über Posen. Was nach der Zerstückelung Deutschlands, nach der Losreißung wichtiger Wirtschaftsgebiete, nach der Einsetzung einer Kontrolle unserer Feinde über die deutschen Wasserstraßen von diesen Plänen noch verwirklicht werden kann, ist zurzeit eine unlösbare Frage. Es darf nur erhofft werden, daß die Lebensnotwendigkeiten, die für die Sieger ebenso gelten, wie für die Besiegten, sich für die Aufrechterhaltung der bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen wichtiger erweisen werden, als die Schranken neuer willkürlich gezogener Landesgrenzen. —

Fr. E.

## Vermischtes.

**Techniker als Bürgermeister.** Zu den betr. Ausführungen aus Karlsruhe S. 296 der „Deutschen Bauzeitung“ ist eine Äußerung des städtischen Nachrichtenamtes nachzutragen, die u. a. ausführt: „In einem Rundschreiben der „Vereinigung technischer Verbände“ an die Mitglieder des Bürgerausschusses wird die Wahl eines Technikers zum Oberbürgermeister oder Bürgermeister u. a. mit der Behauptung zu begründen versucht, der bisherige Oberbürgermeister hätte der Stadt schon nicht abschätzbaren Schaden zugefügt und ferner gesagt, er würde sich zu der Zuteilung der technisch-wirtschaftlichen Referate an einen mit genügender Selbständigkeit ausgestatteten Bürgermeister nie bequemen. Der Oberbürgermeister hat nun in einem Schreiben an die beteiligten technischen Vereinigungen darauf hingewiesen, er sei schon bisher immer dafür eingetreten, daß durch Aenderung der städtischen Verwaltungsorganisation die Anstellung eines hervorragenden Technikers als Bürgermeister ermöglicht werden sollte, und habe anläßlich der bevorstehenden Wahlen selbst angeregt, zur Ermöglichung der Wahl eines Technikers eine oder zwei weitere Stellen zu schaffen. Er habe natürlich auch

nichts dagegen, daß jetzt ein Techniker zum Oberbürgermeister gewählt wird, falls sich ein Bewerber findet, der sich für dieses Amt ebensogut oder besser eignet als der bisherige Inhaber. Er könne es aber nicht stillschweigend hinnehmen, daß die Forderung der Techniker nach Berufung eines der ihrigen zu stützen versucht wird durch wenig schöne Beschuldigungen seiner Person und Amtsführung, die erhoben werden, ohne sie durch Anführung einwandfrei festgestellter Tatsachen zu erhärten.“ Im übrigen sind die Verhältnisse in Karlsruhe über diese Fragen noch nicht geklärt; die politischen Parteien beraten noch über die Frage der Besetzung der Bürgermeisterstellen. Das Zentrum will einen geeigneten Kandidaten mit technischer Bildung vorschlagen, während andere Parteien für Kandidaten mit juristischer Bildung eintreten. Bisher ist eine Einigung nicht erzielt und daher beschlossen worden, die Stellen des Oberbürgermeisters, des ersten und des dritten Bürgermeisters zur Bewerbung öffentlich auszuschreiben. —

Die preuß. Stadt Zeitz mit etwa 45 000 Einwohnern muß die Stelle ihres ersten Bürgermeisters auf 12 Jahre neu besetzen. Einkommen 11 000 M., auf 16 000 M. steigend. Persönliche Gehaltszulagen nicht ausgeschlossen. „Geig-

nete“ Bewerber haben sich bis zum 10. Juli zu melden. Der allgemein gehaltene Ausdruck „geeignete“ läßt die Möglichkeit zu, daß sich auch Bewerber mit technischer Vorbildung melden können. —

**Berliner Siedelungs-Politik.** Eine am 3. Juni 1919 von mehr als 1200 Personen besuchte Versammlung von Mitgliedern aller führenden Gr.-Berliner Vereinigungen auf dem Gebiet des Wohnungswesens, von Kriegsbeschädigten und Wohnungsuchenden machte alle in Groß-Berlin verantwortlichen Stellen eindringlich auf die ersten Gefahren aufmerksam, die durch die Wohnungsnot bereits entstanden sind und noch entstehen. Im Bewußtsein der großen praktischen Schwierigkeiten war die Versammlung überzeugt, daß es außerordentlicher Maßnahmen organisatorischer, technischer und verwaltungsrechtlicher Natur bedürfe und daß jede Verzögerung der Siedelungstätigkeit von den unliebsamsten Folgen begleitet sein würde.

Die Versammlung forderte daher:

1. Uebertragung der Befugnisse des Finanzministers in Bezug auf die bereit gestellten Baukosten-Ueberteuerungszuschüsse und der des Landwirtschaftsministers in Bezug auf die ländliche Siedelung und die Hergabe fiskalischer Ländereien, allein auf den Staatskommissar für das Wohnungswesen.

2. Heranziehung von Persönlichkeiten für die fiskalischen Bodenfragen, die mit dem Terraingewerbe in keinerlei Interessengemeinschaft stehen.

3. Die Preisfestsetzung durch den Bezirks-Wohnungskommissar bei der Enteignung von Grund und Boden muß eine endgültige sein.

4. Keinerlei Reichs- und Staats-Mittel sollen mehr für Mietkasernen bewilligt und die für nicht gemeinnützige Hochbauten bereits bewilligten Zuschüsse zurückgezogen werden.

5. Keine Verzettlung der Baukosten-Ueberteuerungszuschüsse auf kleine zersplitterte Siedelungen, sondern Konzentration der Mittel auf lebensfähige Kleinhaus-Kolonien.

6. Hergabe der ursprünglich versprochenen 500 ha fiskalischen Geländes, insbesondere auch in Dahlem, für den Kleinhausbau.

7. Die Westseite des Tempelhofer Feldes dem Flachbau.

8. Diktatorische Lösung der Baustoff-Frage, schärfste Erfassung der Baustoffe und Unterdrückung des Schleihhandels in solchen.

9. Klärung der Frage der Bereitstellung von Baukosten-Ueberteuerungszuschüssen für 1920 bis zum 1. Oktober 1919. —

**Umwandlungen in den städtischen Verwaltungen der Provinz Hannover.** „In einer Notiz betitelt „Umwandlungen in den städt. Verwaltungen der Provinz Hannover“ in No. 46 der „Deutschen Bauzeitung“ wurde unter Anderem angegeben, daß in Linden und Hildesheim die Magistrats-Mitgliedschaft des Stadtbaurates noch nicht geregelt sei. Diese Angabe ist, soweit sie Hildesheim betrifft, unzutreffend. Der Unterzeichnete, der seit 1912 dem Stadtbauamt in Hildesheim vorsteht, ist von Anfang an vollberechtigtes Magistrats-Mitglied und seit 1914 auf Lebenszeit als solches eingestellt. Darüber hinaus ist kürzlich auch dem Leiter der städtischen Gas- und Wasserwerke die Magistrats-Mitgliedschaft in sichere Aussicht gestellt worden, sodaß alsdann in einer für Mittelstädte vorbildlichen Weise unter 6 besoldeten Magistrats-Mitgliedern sich 2 Techniker befinden werden.

Dabei sei mir gestattet, darauf hinzuweisen, daß die Hannover'sche Städteordnung nicht ganz so veraltet und unzumutbar sein dürfte, als es nach den Ausführungen in No. 46 den Anschein hat. In 2 Punkten enthält sie gerade auch für den Techniker wertvolle Bestimmungen, die es verdienen, in die neue Städteordnung übernommen zu werden. Das ist einmal die Bestimmung, daß jeder Beamte mit seiner Anstellung sofort auf Lebenszeit angestellt ist, was ihm die für eine unbefruchtete Wirksamkeit erforderliche Sicherheit seiner Stellung gibt. Und dann stellen die sogen. gemeinschaftlichen Sitzungen von Magistrat und Bürgervorsteher-Kollegium, bei denen beide Teile das gleiche Stimmrecht haben, unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters eine sehr gute Einrichtung dar, durch die jene in Altpreußen sehr häufigen Differenz-Beschlüsse nach Möglichkeit verringert werden. Auch einem technisch vorgebildeten Oberbürgermeister würde durch die Führung des Vorsitzes in diesen Sitzungen der im Interesse der Geschlossenheit der Verwaltung durchaus nötige Einfluß gewahrt werden.“ —

Köhler, Stadtbaurat in Hildesheim.

### Wettbewerbe.

Der Wettbewerb der Stadtgemeinde München zur Gewinnung von Gedanken über die Bebauung des Geländes

zwischen Blumen-Straße und Unteranger in München stellt eine künstlerisch außerordentlich dankbare, aber nicht leicht zu lösende Aufgabe. Es handelt sich um die Restbebauung des Geländes, auf dem ehemals die Schrankenhalle an der Blumen-Straße stand. Dieses Gelände erhält seine Bedeutung durch die Lage zwischen dem verkehrsreichsten Mittelpunkt der Stadt — es ist von Nordosten zugänglich vom Alten Rathaus und Thal über den Viktualien-Markt, von Süden von der Müller-Straße als Teil der großen Ring-Straße, die vom Maximilians-Platz bis nahezu zum Viktualien-Markt führt. Der westliche Teil des Geländes, der am Unteren Anger liegt, ist bereits mit einem großen, vielgeschossigen städtischen Verwaltungsgebäude bebaut. Ihm soll sich der nun beabsichtigte Neubau anschließen und die Geschäftsräume des Stadtbauamtes und des Städtischen Elektrizitätswerkes aufnehmen. Der verbleibende Teil des Schrankenhallen-Geländes liegt keilförmig zwischen der Blumen-Straße und dem Unteren Anger, am Zugang zum Anger von Süden her und bedeutet daher nach dem Programm „einen wichtigen Teil in der Gestaltung des Angers“. Es wird nicht leicht sein, dem lediglich als Verwaltungsgebäude aufgefaßten ersten geschlossenen großen Teilbau etwas anzuschließen, das eine flüssigere Gestaltung des Straßenbildes unter Erstrebung freundlicherer Züge erwarten läßt. Das hat man wohl auch an zuständiger Stelle empfunden; daher ist im Programm bemerkt, daß an einzelnen Teilen mit einer Ueberbauung des Gehweges durch Arkaden gerechnet werden könne, wenn das für die Gesamt-Gruppierung oder für die Aufteilung des Grundrisses wünschenswert erscheinen sollte. Man wird gespannt sein dürfen, wie sich die Teilnehmer des Wettbewerbes mit der architektonischen Gestaltung des abgeschrägten spitzen Winkels abfinden werden, der aus dem Zusammenstoß zwischen Blumen-Straße und Unterem Anger entsteht und seine abgeschnittene Stirnfläche gegen die Gartenanlagen der Blumen-Straße wendet. Die Achse und Sicht der Angertor-Straße werden hier gewisse Forderungen erheben, die von künstlerischem Einfluß sein müssen.

Der Neubau soll in Keller- und Erdgeschoß, in 4 Hauptgeschossen und einem Dachgeschoß die Räume für die sämtlichen Abteilungen des Stadtbauamtes und für die Städtischen Elektrizitätswerke aufnehmen. Die Anordnung der Räume soll im Korridor-System erfolgen, die Verteilung ist nur schematisch anzudeuten. Es werden gebraucht für die Abteilungen des Stadtbauamtes 5400 qm, für die Elektrizitätswerke 5000 qm Büroräume und 1500 qm Werkstätten und Lager. Weiter soll der Bauteil enthalten einen Sitzungssaal von 140 qm, Wohnungen für das Personal der Hausverwaltung, eine Automobilhalle, Ausstellungsräume, einen Wagenraum, eine Kantine und einen Saal für Vorträge, sowie eine Reihe Räume geringerer Bedeutung.

Es stehen 10 Auszeichnungen zur Verfügung: 5 Preise von je 2000 M. und 5 Ankäufe von je 800 M. Die Stadtgemeinde beabsichtigt, einen der ausgezeichneten Bewerber zur Bearbeitung oder zur Mitarbeit heran zu ziehen. Diese Aussicht wird eine starke Teilnahme der in München ansässigen nicht beamteten selbständigen Architekten herbeiführen. Die Zeichnungen sind 1:200 verlangt; die Einlieferung von Schaubildern ist den Bewerbern überlassen.

Im Preisgericht befinden sich u. a. Professor Richard Berndt, städt. Bauamtman August Blößner, Prof. Dr. h. c. Theodor Fischer, Prof. Dr. h. c. Hans Grässel, Geh. Hofrat Prof. Max Littmann und der noch zu berufende Vorstand des städtischen Hochbauwesens. Als Ersatzleute werden eintreten Prof. Otto Lasne, Prof. Richard Schachner und Dir. Richard Senf. Zu den vorgenannten Preisrichtern treten noch 6 Mitglieder des Stadtrates. Es wurde schon gelegentlich der Vorberatungen dieses Preisausschreibens dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß unter diesen 6 Mitgliedern auch einige technische Sachverständige sein möchten, um der Technik den nötigen Einfluß im Preisgericht zu sichern. —

In einem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für einen Umschlag der Zeitschrift „Der Bauanwalt“ liefen 56 Arbeiten ein. Den I. Preis erhielt ein Entwurf des Architekten Kretzner in Lötzen, der II. Preis fiel an die Malerin Lotte Haack in Königsberg, der III. Preis an den Architekten Max Ernst Schneiders in Graudenz. Angekauft wurde ein weiterer Entwurf des Architekten Kretzner in Lötzen. —

Inhalt: Zum fünfzigjährigen Bestehen von Wilhelmshaven. — Der Deutsche Architektentag. — Fünfzig Jahre Binnenschiffahrts-Entwicklung in Deutschland. (Schluß). — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Vereinsmitteilungen. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



## Versammlungen und Berichte.

**V**erein Leipziger Architekten. Der Verein hat zusammen mit der Ortsgruppe Leipzig des „Bundes deutscher Architekten“ eine Eingabe an das sächsische Gesamt-Ministerium gerichtet, die nach der Ansicht der beiden Vereine für den ganzen Stand der Privatarchitekten außerordentlich einschneidend ist und von der sie daher wünschen, daß sie öffentlich bekannt wird. Die Eingabe führt u. a. aus:

„Unter dem 19. Dez. 1918 hat das Finanz-Ministerium an die Landbauämter die Anweisung gerichtet, während der Uebergangszeit sich gegenüber dem Ministerium des Inneren der Mitarbeit an der den Gemeinden obliegenden Wohnungsfürsorge zu unterziehen und die staatlichen Baupolizeibehörden entsprechend zu verständigen.

Das Ministerium des Inneren hat durch Beschluß vom 28. Dez. 1918 den Baupolizeibehörden überlassen, auf die beratende Mitwirkung der Landbauämter hinzuweisen.

Durch diese Anordnungen der Ministerien und namentlich auch durch die in dem oben erwähnten Schreiben des Finanz-Ministeriums enthaltenen näheren Ausführungen wird der Berufsstand der Privatarchitekten schwer bedroht. Es kann den beiden Ministerien nicht verborgen geblieben sein, wie hart gerade die Privatarchitekten durch den Krieg getroffen worden sind. Das rücksichtslos durchgeführte Bauverbot entzog in einer Art und Weise, die von keiner Reichs- oder Landesgesetzgebung irgend einem anderen Stand gegenüber versucht worden ist, den Architekten die Möglichkeit, ihre Tätigkeit auszuüben und den Unterhalt für sich und ihre Familie zu erwerben. Wer von ihnen nicht in der Lage war, Ersparnisse aufzuzehren, geriet in Schulden, ohne daß die Behörden, die ihren eigenen Angestellten Gehalts-Aufbesserungen und Entschuldigungs-Beiträge gewährten, der Frage näher getreten wären, wie den durch einen Akt der Regierung Irotlos gewordenen Architekten wenigstens später geholfen werden könne. Die Architekten haben sich mit der ihnen zugefügten Unbill abgefunden in der Hoffnung, nach dem Krieg wieder lohnenden

Verdienst zu finden. Es würde auch trotz des Darniederliegens des Wirtschaftslebens nunmehr reichlich Arbeitsgelegenheit vorhanden sein. Gerade diese Arbeitsgelegenheit aber den Privatarchitekten zu entziehen, ist die vorausschbare Folge, wenn nicht sogar die Tendenz des eingangs erwähnten Schreibens des Finanz-Ministeriums vom 19. Dez. 1918, das als Anlage hier beigelegt ist. Die außerordentlich gesteigerten Kosten für Baumaterialien und die immer mehr ansteigenden Löhne führen dazu, daß in der nächsten Zeit im Wesentlichen nur diejenigen Neubauten errichtet werden können, die sich als unbedingt nötig erweisen. Das sind die Kleinwohnungsbauten. Die Förderung des Kleinwohnungsbauwesens ist als eine Aufgabe des Staates und der Kommunen erkannt worden und es werden deshalb sowohl Genossenschaften wie Privaten Beihilfen aus öffentlichen Mitteln gewährt. Gerade der Kleinwohnungsbau bietet daher in nächster Zukunft dem Privatarchitekten nahezu die einzige Betätigungsmöglichkeit. Aus ihr wird er durch die Anordnung des Finanz-Ministeriums, die das Ministerium des Inneren billigt, ausgeschaltet. Die sogenannte Bauberatung, die den Landbauämtern zur Pflicht gemacht wird, ist nichts Anderes, als die Beiseiteschiebung der Tätigkeit, die der Architekt beruflich ausübt. An dieser Feststellung wird auch durch die Erwägung nichts geändert, daß die Landbauämter die Arbeit des Architekten ihrem inneren künstlerischen Wert nach weder ersetzen können, noch nach der Meinung des Finanz-Ministeriums ersetzen sollen. Das Finanz-Ministerium weist ausdrücklich darauf hin, daß „vorhandene Typenanlagen, und zwar möglichst solche, die einheitlich für das ganze Land Anwendung finden können“, verwendet werden sollen.

Die unterzeichneten Verbände versagen es sich heute, auf die Verödung des Geschmacks besonders hinzuweisen, die hier vom Finanz-Ministerium als Ziel der Betätigung staatlicher Behörden aufgestellt wird. Um so stärker müssen aber die wirtschaftlichen Folgen betont werden, die durch solche außerhalb der dienstlichen Aufgaben des Finanz-Ministeriums liegende Anordnungen für den Stand der Privatarchitekten geschaffen werden. Während auf der einen Seite die Privatarchitekten ihre aus dem Krieg heimkehrenden früheren Angestellten wieder in ihre Dienste nehmen sollen, untergräbt das Finanz-Ministerium in einer schlechthin nicht zu rechtfertigenden Weise diesen Architekten selbst die Existenz. Daß diese Maßregel des Finanz-Ministeriums nicht geboten ist, läßt der scharfe Gegensatz erkennen, in dem sie sich zu der Stellungnahme des Reichskommissars für das Wohnungswesen befindet. Im Landeshaus der Provinz Brandenburg fand am 15. Januar 1919 eine Aussprache der Regierung mit geladenen Vertretern aus den Kreisen von Sachverständigen und solcher Körperschaften, die am Wohnungs- und Siedelungswesen Anteil nahmen, statt. Geladen und erschienen waren auch Vertreter des Berliner „Architektenvereins“, der „Vereinigung Berliner Architekten“ und des „Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieurvereine“.

Der Reichskommissar für das Wohnungswesen führte aus, daß er der Beihilfe des technischen Elementes bedürfe. Auch die baukünstlerischen Gesichtspunkte, die Freiheit des schaffenden Architekten, sollen keineswegs aus wirtschaftlichen Erwägungen zurückgedrängt werden, er wolle sie im Gegenteil mit allen Mitteln fördern. Für Kleinhausbauten seien die besten technischen und baukünstlerischen Kräfte gerade gut genug; es sei gänzlich verkehrt, hier mindere Kräfte heran zu ziehen, um an Architektenhonorar sparen zu wollen. Das räche sich später immer. Es ist bisher nicht bekannt geworden, daß das Sächsische Finanz-Ministerium nach dieser unbeabsichtigten, aber darum doch nicht minder deutlichen Kritik seiner Bestrebungen die bereits vorher erlassene Verfügung vom 19. Dezember 1918 einer nochmaligen Prüfung unterworfen oder gar, was dringend geboten erscheint, zurückgezogen hätte.

Die Quelle, aus der die ungewöhnliche Auffassung des Finanz-Ministeriums geflossen sein dürfte, scheint die Agitation des „Landesvereins Sächsischer Heimatschutz“ zu Dresden zu sein. Diese Annahme beruht auf der eindringlichen Empfehlung, die das Finanz-Ministerium in dem angezogenen Schreiben den von jenem Landesverein vertriebenen Typen und Normen mit auf den Weg gibt.

Die Tendenz dieses Landesvereins geht dahin, durch Bearbeitung von Normenheften und Bereitstellung von Typenzeichnungen im Maßstabe 1 zu 50 alle schöpferische Entwurfsarbeit abzutöten und durch seine eigene Tätigkeit zu ersetzen.

Schon in früheren Jahren sind fortwährend Klagen bei dem „Landesverein Sächsischer Heimatschutz“ gegen dessen die freie Architektenschaft schädigende Tätigkeit vorgebracht worden. Sie haben schon bisher keine verständnisvolle Aufnahme, geschweige denn eine gerechte Würdigung ge-

funden. Nunmehr aber, mit Hilfe der bedenkenlosen Propaganda, die das Finanz-Ministerium für jenen Landesverein macht, baut er sich zu einer Art Zentralstelle der Architektur aus und maßt sich das Recht an, in allen Architekturfragen die entscheidende Stimme abzugeben. Leiter und maßgebende Mitarbeiter des Landesvereins sind sächsische Staatsbeamte in ehrenamtlicher Tätigkeit, die vielleicht im Besitz ihrer Dienstbezüge nicht das rechte Verständnis für die Not eines freien Standes, wie sie schon durch den Krieg hervorgerufen worden ist, besitzen. Bisher hat der Landesverein die Auffassung zu verbreiten gewußt, daß er nur Bauberatungsstelle sei, und sich gegen die ihm vorgehaltene Behauptung, daß er Pläne fertige und damit in die eigentliche Tätigkeit der Architekten eingreife, energisch verwahrt. Er wird seine Entschuldigungsversuche nicht fortsetzen können angesichts des hier als Anlage B beigelegten Schreibens, das er im Januar 1919 an den Kleinwohnungsbauverein in Dresden-Alstadt gerichtet hat. Darin wird zu dem Schleuderpreise von 60 M. Architektenarbeit angeboten. Es wird ausdrücklich betont, daß nach dem Plansatz unmittelbar gebaut werden könne. Daß der Landesverein den Mut findet, den Plansatz als Markstein neuzeitlicher Wohnkultur anzupreisen, sei nur wegen der daraus hervorleuchtenden geflüsterten Geringschätzung der Tätigkeit selbständiger freier Architekten hervorgehoben. Der am Schluß des Schreibens enthaltene Hinweis auf den Normenausschuß der deutschen Industrie kann leicht irreführen. Dieser Normenausschuß, Arbeitsausschuß für das Bauwesen, Abteilung Sachsen, der die Sächsischen Normenhefte herausgibt, ist weiter nichts als eine Abzweigung des „Landesvereins Sächsischer Heimatschutz“, er ist auf Anregung des „Landesvereins Sächsischer Heimatschutz“ ins Leben gerufen worden. In dessen Räumen in Dresden tagt dieser Normenausschuß. Dort werden des letzteren Geschäfte geführt. Er setzt sich zusammen aus Vertretern des „Landesvereins Sächsischer Heimatschutz“, der „Sächsischen Landesstelle für Kunstgewerbe“, der Stadträte von Dresden, Leipzig und Chemnitz, dem „Verband der gemeinnützigen Bauvereinigungen in Sachsen“, der „Innung der Baumeister“ in Dresden. Nur derjenige Stand, der nach der heutigen Kulturauffassung allein oder doch in erster Linie berufen ist, Baupläne zu schaffen, der Stand der Privatarchitekten, ist von dem „Normenausschuß“ ausgeschlossen.

Im Namen unserer wirtschaftlich schwer getroffenen Mitglieder, im Interesse unserer durch das Vorgehen des Finanz-Ministeriums der Erwerbslosigkeit entgegen gehenden Angestellten, nicht zuletzt zum Schutz der aufs Höchste gefährdeten Kunst beantragen wir: das Gesamt-Ministerium wolle auf Zurückziehung der seitens des Finanz-Ministeriums den Landbauämtern mit dem Schreiben vom 19. Dez. 1918 erteilten Anordnung hinwirken.

Unsere Beschwerde kann sich aber, nachdem jenes Schreiben einmal hinaus gegangen und nachdem die in gleicher Richtung sich bewegende Agitation des „Landesvereins Sächsischer Heimatschutz“ zum Nachteil der Architekten zugelassen worden ist, nicht auf den eben ausgesprochenen Antrag beschränken. Wir bitten vielmehr, das Finanz-Ministerium und das Ministerium des Inneren zu veranlassen, im Sinne des Reichskommissars für Wohnungswesen die ihnen nachgeordneten Landbauämter und Baupolizeibehörden auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß gerade auch beim Kleinwohnungsbau die Tätigkeit der freien künstlerisch schaffenden Privatarchitekten in Anspruch zu nehmen sei.

Endlich halten wir es für geboten, daß die Befugnisse, die sich der „Landesverein Sächsischer Heimatschutz“, Abteilung für Bauberatung und für Architekturfragen annahm, durch entschiedene Verständigung auf zulässigen Umfang eingeschränkt werde.

Unabweisbar erscheint uns auch eine Versagung der bisher jenem Landesverein zugebilligten, zum Schaden des Standes der Privatarchitekten verwendeten Staatsbeihilfen.

Leipzig, den 17. März 1919.

Verein Leipziger Architekten.

Orts-Gruppe Leipzig  
des „Bundes deutscher Architekten“.

Anlage A.

Sächs. Finanzministerium. Dresden, den 19. Dez. 1918.

Das Finanz-Ministerium hat im allgemeinen staatlichen Nutzen dem Ministerium des Inneren während der Uebergangszeit die Mitarbeit der staatlichen Hochbauverwaltung an der den Gemeinden obliegenden Wohnungsfürsorge angeboten, das Ministerium des Inneren hat dieses Anerbieten dankbarst begrüßt und angenommen. Die Landbauämter werden daher hiermit angewiesen, sich dieser Mitarbeit im nachverzeichneten Rahmen zu unterziehen, wozu bemerkt wird, daß das Ministerium des Inneren die Ge-



meinden und die staatlichen Baupolizei-Behörden entsprechend verständigen.

An der gesetzlichen Stellung der Baupolizei-Behörden und ihrer Bausachverständigen wird durch die Mitwirkung der Landbauämter nichts geändert. Den Landbauämtern wird empfohlen, den um Rat Nachsuchenden gegenüber ausdrücklich hervorzuheben, daß die Landbauämter die Baupolizei-Behörden nicht ersetzen. Die Tätigkeit der Landbauämter hat den Charakter der Bauberatung zu wahren und als Ziel eine beschleunigte Durchführung aller Neu- und Umbauten, die zur Behebung örtlichen Mangels an Kleinwohnungen seitens der Gemeinden, Baugenossenschaften oder Einzelpersonen geplant werden. Die Förderung schneller Hilfe schließt jede zerräubernde Planungsarbeit, sowie die damit mehr oder weniger zusammenhängende Betonung persönlicher künstlerischer Ansichten seitens der an der Bauberatung beteiligten Baubeamten aus und zwingt zur Verwendung vorhandener Typenanlagen und zwar möglichst solcher, die einheitlich für das ganze Land Anwendung finden können. Letzteres ermöglicht Handwerkern und Industrie-Unternehmungen, einzelne Bauteile, wie Fenster, Türen, Oefen, Beschläge, Dachrinnen und Fallrohre usw. nach gewissen Normalien mit der sicheren Aussicht auf Absatz in einem entsprechend großen Absatzgebiet schon vor der Inangriffnahme der Gebäude selbst auszuführen und auf Lager zu halten. Das ist deshalb von hohem Wert, weil die Bautätigkeit auf den Baustellen selbst erst nach Behebung des jetzigen Kohlen- und Ziegelmangels und nach Ablauf der Frostzeit einsetzen kann, die neben der Wohnungsnot gegenwärtig auch zu bekämpfende Arbeitslosigkeit aber die sofortige Beschaffung von Arbeit für die in Werkstätten und Fabriken arbeitenden Betriebe bedingt.

Aus allen diesen Gründen und Erwägungen heraus ist es unbedingt notwendig, daß die Landbauämter ihrer bauberatenden Tätigkeit die fertig vorliegenden Typen und Normen des Normenausschusses der Deutschen Industrie, Arbeitsausschuß für das Bauwesen, Abt. Sachsen (Geschäftsstelle: Landesverein Sächs. Heimatschutz, Dr.-A., Schießgasse 24) zugrunde legen. Zu diesem Zweck erhalten die Landbauämter in den Beilagen einen Satz dieser Pläne, auch werden ihnen die von genanntem Ausschuß mit Unterstützung des Ministeriums des Inneren herausgegebenen „Sächsischen Normenhefte“ je nach ihrem Erscheinen zugehen.

Die Anwendung dieser Typen und Normen ist von den Landbauämtern den wegen der Errichtung von Kleinwohnungsbauten an sie herantretenden Gemeinden, Baugenossenschaften, Architekten und Baumeistern angelegentlichst zu empfehlen, ihre Kenntnis in diesen Kreisen nach Möglichkeit zu verbreiten und im Sinne der Schriftsätze: „Der Wert von Einheitsformen für den Hausbau“ und „Leitsätze bei Verwendung von Einheitsformen für den Hausbau zu Kleinwohnungen“ in beiliegender No. 6, Jahrg. 1918 der „Sächsischen Heimatschutz-Nachrichten“, Seite 2 und 3 zu wirken.

Hinsichtlich der beiliegenden Typenpläne werden die Landbauämter auf die sparsame und zweckmäßige Ausführung der Dachgebäude hingewiesen, deren Begründung den Landbauämtern bereits aus dem ihnen zugestellten Buch „Grundlagen für das Bauen in Stadt und Land“ von Arch. Georg Steinmetz, Berlin, bekannt sein wird. Die den Landbauämtern noch zugehenden Sächsischen Normenhefte werben außer den Wiedergaben der Typenpläne mit zugehörigen Erläuterungen Normen mit genauen Zeichnungen der Einzelheiten enthalten und zwar für Fenster, Türen, Oefen, Dachrinnen und Fallrohre, Beschläge, Beleuchtungskörper usw. Diese Normen sind übrigens nicht nur anwendbar für Kleinwohnungshäuser, die nach den beifolgenden Typenplänen errichtet werden, sondern können auch in anderen Fällen verwendet werden. Die Bauberatung der Landbauämter wird sich außerdem auf alle mit der Gewährung von Baukosten-Zuschüssen zusammenhängenden Fragen (vergl. die vom Ministerium des Inneren im „Sächsischen Staatsanzeiger“ vom 2. Dez. 1918 veröffentlichten Richtlinien für die Durchführung des Beihilfeverfahrens zur Festsetzung von Baukostenzuschüssen) auf die Begutachtung bzw. Empfehlung von Bauplätzen, sowie die Unterstützung bei der Auswahl der zweckmäßigsten Bauweisen und Baustoffe und bei der Zusammenstellung der Haustypen zu Gruppen und Siedelungen zu erstrecken haben. Bei größeren Siedelungen sind den Bewerbern zunächst geeignete Architekten und Baumeister zur Aufstellung von Aufteilungs- bzw. Bebauungsplänen zu empfehlen. Auf ein gutes Einvernehmen und geordnetes Zusammenarbeiten mit diesen Kreisen ist unbedingt Bedacht zu nehmen und jeder Druck zur Mitarbeit der Landbauämter an diesen Aufgaben zu unterlassen.

9. Juli 1919.

Die landbauamtliche Beratung soll nach Möglichkeit mündlich erfolgen und darf selbstverständlich nie die Dringlichkeit dieser Arbeiten aus dem Auge verlieren. Es bleibt den Landbauamts-Vorständen überlassen, die gesamte Bauberatungstätigkeit ihres Baukreises einzelnen Beamten, die sich hierzu besonders eignen, zu übertragen.

Insoweit die Bauämter bei diesen Arbeiten auf Schwierigkeiten stoßen, können sie sich mit dem „Landesverein Sächsischer Heimatschutz“, der bekanntlich auf diesem Gebiet seit vielen Jahren mit Erfolg tätig ist, in Verbindung setzen oder aber die betreffenden Bauwerber unmittelbar an ihn, bei Fragen der Geldbeschaffung an die Zentralstelle für Wohnungsfürsorge beim „Landesverein Sächsischer Heimatschutz“ verweisen. Die Bauberatungstätigkeit der Landbauämter hat naturgemäß unentgeltlich zu erfolgen, etwaige Reisen sind so einzurichten, daß auf ihnen auch dienstliche Angelegenheiten, die ohnehin die Reise bedingen, erledigt werden.

Die Landbauämter werden schließlich angewiesen, auch bei der ihnen obliegenden Planung staatlicher Kleinwohnungsbauten — für die Forstverwaltung, Domänenverwaltung usw. — die Normen des Normenausschusses und die den besonderen Bedürfnissen der Forstverwaltung Rechnung tragenden mitfolgenden Typenpläne des Hochbauamtes (bez. H. B. 651, 652 und 653) als Grundlage der Verhandlungen mit den betreffenden Verwaltungen zu benutzen.

Finanz-Ministerium, III. Abteilung.

Beschluß des Ministeriums des Inneren, II. Abteilung  
vom 28. Dezember 1918.

Abschriftlich an die Baupolizeibehörden  
denen überlassen bleibt, die Gemeinden, soweit nötig, auf die beratende Mitwirkung der Landbauämter hinzuweisen.

Anlage B.

Landesverein Sächsischer Heimatschutz.

Dresden-A., den 14. Jan. 19.

An den Kleinwohnungs-Bau-Verein Dresden-A.

Der unterzeichnete Normenausschuß gestattet sich hiermit, die geehrte Baugenossenschaft darauf aufmerksam zu machen, daß die in den zurzeit erscheinenden „Sächsischen Normenhefte“ etwa im Maßstab 1:200 enthaltenen Typen für Kleinwohnungshäuser auch als Plansatz im Buchdruck im Maßstab 1:50 herausgegeben werden.

Es sind 37 Blatt Zeichnungen, die wegen des großen Maßstabes natürlich erhebliche Vorteile bieten gegenüber den kleinen Abbildungen in den Normenheften. Der Plansatz ist unmittelbar nach den Originalzeichnungen angefertigt und ermöglicht daher schnell einen gründlichen Ueberblick namentlich für den, der im Lesen von Zeichnungen, besonders solchen in sehr kleinen Maßstäben, nicht genügend bewandert ist. Außerdem kann nach ihm unmittelbar gebaut, bezw. können etwa erforderliche bautechnische Berechnungen ohne weiteres angestellt werden. Zudem gestatten die Zeichnungen je nach den herrschenden Anschauungen die Eintragung etwaiger Aenderungen und Ergänzungen und ersparen somit viel zeichnerische mechanische Uebertragungsarbeit. Es kann daher auch aus diesem Grunde ihre Anschaffung nur warm empfohlen werden, zumal die Zeichnungen Anspruch erheben können, als Markstein neuzeitlicher Wohnkultur hinsichtlich des Kleinwohnungswesens zu gelten.

Der Preis ist äußerst niedrig bemessen und beträgt im Hinblick auf die teuren Papierpreise für den Plansatz

60 M.

Es wird hierzu bemerkt, daß die in den einzelnen Plänen niedergelegte Arbeitsleistung nicht in Ansatz gebracht worden, sondern zu Lasten des Normenausschusses der Deutschen Industrie, Arbeitsausschuß für das Bauwesen, gegangen ist. Bestellungen nimmt die Geschäftsstelle des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz, Dresden-A., Schießgasse 24 entgegen.

Mit deutschem Gruß

Landesverein Sächs. Heimatschutz.  
Normenausschuß der Deutschen Industrie.  
Arbeitsausschuß für das Bauwesen  
Abteilung: Sachsen.

Kramer, Finanz- u. Baurat, Vorsitzender.

Der „Landesverein Sächsischer Heimatschutz“ hat nun den Versuch unternommen, sich zu recht fertigen. Es geschah das am 3. Jan. 1919 als Antwort auf eine Zuschrift des „Dresdner Architekten-Vereins“ vom 27. Dez. 1918, die ausführt:

„Auf das am 12. Nov. an uns gerichtete Schreiben mit dem Ersuchen um Weiterverbreitung der vom Normenaus-

schoß aufgestellten Typen und Normen, gestatten wir uns zu erwidern, daß die „Interessengemeinschaft Sächsischer Privatarchitekten“ bereits in der gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Heimatschutz am 22. April d. J. darauf hingewiesen hat, daß sie eine Typisierung der Gebäude als eine Schädigung der Interessen der Privatarchitekten betrachten muß, und daß man schon damals gebeten hat, davon Abstand zu nehmen. Wenn auch anerkannt werden muß, daß eine Typisierung einzelner Bauteile wie Fenster, Türen usw. in der jetzigen Zeit notwendig ist, so kann man doch eine solche für ganze Gebäude als notwendig nicht anerkennen, schon aus dem Grunde nicht, weil dadurch jeder besseren Lösung der Riegel vorgeschoben wird. Es kann aber auch nicht anerkannt werden, daß die Typen für ganze Gebäude, wie sie aufgestellt worden sind, einwandfrei und in jeder Beziehung mustergültig sind. Ein Vergleich mit den verschiedenen Veröffentlichungen über Kleinwohnungsbauten beweist das ohne Weiteres, desgleichen die Urteile anerkannter Fachleute, ganz besonders aber die Praxis wird den Beweis erbringen. Aus diesem Grund erachten wir es auch nicht als angängig, daß als Grundlage zur Beleihung mit Hypotheken nur die Typen des Heimatschutzes und der Bauberatungsstelle des Dresdner Baupolizeiamtes dienen können und dürfen. Sie können höchstens zum Vergleich herangezogen werden bei Beurteilung anderer Entwürfe. Die genannten Typen nebst Details und Kostenanschlägen den gemeinnützigen Bauvereinen aber so zu sagen zur Ausführung vorzuschreiben, dagegen müssen wir aus volkswirtschaftlichen Gründen und aus Gründen des Selbsthaltungstriebes ganz entschieden Einspruch erheben. Wir erheben auch Einspruch im Namen der vielen arbeitslosen Architekten und Bautechniker in Stadt und Land, denen durch den Verkauf der Pläne ganzer Hausprojekte im Maßstab 1:50 mit Details und Kostenanschlägen die Möglichkeit zum Broterwerb genommen wird, denn der Kleinwohnungsbau ist für die nächste Zeit die einzige und hauptsächlichste Erwerbsmöglichkeit für dieselben.

Der Vorstand des D.A.V.  
gez. Reuter, gez. Theodor Richter.

Die Erwidern des „Landesverein Sächsischer Heimatschutz“ hierauf lautet:

„Daß unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen zur raschen Versorgung der Bevölkerung mit den erforderlichen Kleinwohnungen die Normierung einzelner Bauteile wie Fenster, Türen usw. nicht ausreicht, sondern die Typisierung ganzer Gebäude hinzutreten muß, dürfte, wie die zahlreichen Auslassungen berufener Fachmänner in der technischen Literatur erkennen lassen, Ansicht der überwiegenden Mehrheit der Baufachleute sein. Eine abermalige Begründung an dieser Stelle erübrigt sich daher. Es sei aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß gerade die hervorragendsten Verfechter des Typisierungsgedankens, wie Muthesius, Peter Behrens, Högg, Paulsen, Mewes, M. Wagner und viele andere, dem Privatarchitektenstand angehören oder aus ihm hervorgegangen sind. Selbst wenn, was trotz der Ansicht des D.A.V. noch keineswegs als erwiesen anzusehen ist, die Durchführung dieser Maßnahmen mit einer wirtschaftlichen Schädigung einzelner oder der Mehrzahl der Privatarchitekten verbunden wäre, kann von einem Verzicht auf die Anwendung aller Mittel, die zur Abwendung einer für die Volksgesundheit und Volkswohlfahrt verhängnisvollen Wohnungsnot dienen und hierzu erforderlich sind, unmöglich die Rede sein. Das Wohl des Ganzen muß, darin wird der D.A.V. mit dem unterzeichneten Ausschuß übereinstimmen, vorangehen. Die Ansicht des D.A.V., daß die Aufstellung von Typen jeder besseren Lösung einen Riegel vorschleibe, ist eine völlige Verkennung des Wesens der Typen. Diese sind, das möge hier eingefügt werden, wiewohl es bereits dem D.A.V. aus dem in No. 6 der „Heimatschutz-Nachrichten“ veröffentlichten Vorwort zu den „Sächsischen Normenheften“ bekannt sein dürfte, keine Normen, sondern Entwicklungsformen und damit Grundlagen oder Ausgangspunkte zu einer Fortentwicklung. Mit der Typisierung wird — im Gegensatz zur Normierung der Einzelbauteile — wie Fenster, Türen usw. — angestrebt, eine gesunde Grundlage zur Weiterentwicklung, einen einheitlichen Ausgangspunkt hierfür zu schaffen. Jedem Bauherrn und jedem Architekten ist es völlig freigestellt, die Typen ungeändert oder geändert anzuwenden oder selbst sogar neue Typen aufzustellen. Der Kernpunkt der Frage ist nicht, welche Typen ausgeführt werden, sondern daß solche zur Anwendung gelangen. Der unterzeichnete Ausschuß ist erst zur Aufstellung der Typen geschritten, nachdem feststand, daß seitens der verschiedenen Architektenverbände eine solche Arbeit nicht zu erwarten und es höchste Zeit war, daß etwas in dieser Richtung geschah. Der erst bei Abschluß dieser Typisierungsarbeit einsetzende Einspruch des D.A.V. hiergegen muß übrigens sehr befremden, da doch Herr

Hofrat Reuter als Vertreter dieses Vereins von Anbeginn an allen Beratungen des Vertrauensausschusses der Verbands-Bauvereinigungen in Dresden Stadt und Land teilnahm, eines Ausschusses, der die Typisierungsarbeit auf dem für den D.A.V. besonders in Betracht kommenden Interessengebiet — Dresden Stadt und Land — durchführte und dessen Arbeitsergebnis vom unterzeichneten Ausschuß übernommen wurde. Von dem mit dem D.A.V. in der Interessengemeinschaft sächsischer Privatarchitekten verbundenen B.D.A. ist ein solcher Einspruch hier bisher noch nicht eingegangen; ein solcher steht auch kaum zu erwarten, da der Vorsitzende der Ortsgruppe Dresden desselben, Herr Professor Oswin Hempel, an den Ausschüßarbeiten ebenfalls von Anbeginn an beteiligt war und in keiner dieser Sitzungen hiergegen Stellung genommen hat.

Daß der D.A.V. die vom unterzeichneten Ausschuß aufgestellten Haustypen nicht als einwandfrei und in jeder Beziehung mustergültig anerkennt, bedauert der genannte Ausschuß zwar sehr lebhaft, sah diese Stellungnahme aber voraus und gibt dringend anheim, sie bei der Verwertung in der Praxis durch die Mitglieder des D.A.V. zu verbessern. Der unterzeichnete Ausschuß würde sich hierüber im Interesse der Sache nur aufrichtig freuen und bei einer etwaigen späteren Neuveröffentlichung der Typen von diesen Verbesserungen gebührend Kenntnis nehmen.

Daß Baugenossenschaften oder Baugeldgeber die Typen des unterzeichneten Ausschusses als Grundlage für die Beleihung wählen oder vorschreiben, kann derselbe nicht hindern, wohl aber begrüßen und als Zeichen dafür ansehen, daß diese Typen keineswegs so mangelhaft sind, als der D.A.V. vermeint. Es ist wohl anzunehmen, daß die an der Güte des Planungsmaterials vor allem interessierten Geldgeber und Genossenschaften sich auch den aus dem Kreis des D.A.V. zu erwartenden Planungsverbesserungen gegenüber zugänglich und dankbar erweisen werden. Jedenfalls kann aus einem solchen, jede Stagnation ausschließenden Wettkampf nur das Beste für unsere zurzeit im Argen liegende Wohnkultur erhofft werden.

Was die Aufstellung von Einheits-Kostenanschlägen endlich betrifft, so ist eine solche Maßnahme zur Ermöglichung der Prüfung der Anschläge für solche Bauten, welche die von Reichs-, Staats- und Gemeindewegen zu gewährenden Baukosten-Zuschüsse in Anspruch nehmen wollen, durchaus unentbehrlich, da anderenfalls die Prüfungsarbeit in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit gar nicht geleistet werden kann. Derartige Anschläge sind im übrigen bereits vor längerer Zeit — soviel hier bekannt ohne Widerspruch des D.A.V. — von der Innung der Baumeister in Dresden und den Arbeitgeberverbänden für das Baugewerbe in Sachsen und in der Kreishauptmannschaft Dresden gemeinschaftlich aufgestellt und von der Gewerkekammer in Dresden empfohlen worden und haben sich in der Praxis recht gut bewährt. Da sie indessen nicht auf den Kleinwohnungsbau zugeschnitten sind, ist es nicht zweckmäßig, sie hierfür ohne weiteres zugrunde zu legen, so daß an eine Neubearbeitung solcher für den Kleinwohnungsbau — und zwar nicht nur für die Typen des unterzeichneten Ausschusses — geeigneter Unterlagen herangegangen werden mußte. Diese Unterlagen umfassen Anschlagsvordrucke, einheitliche Bestimmungen über die Berechnung von Massen und solche über die in den Preisen enthaltenen Leistungen, also Unterlagen, die längst schon zur Entlastung der Architekturbüros von fruchtlosem überflüssigem Schreibwerk hätten geschaffen werden sollen, und die für die Architekten infolgedessen eine Verminderung des Büroaufwandes, also bei gleichbleibendem Honorar eine Erhöhung des Verdienstes bedeuten, keinesfalls aber eine Schmälerung desselben. Die Architektenschaft sollte, wenn sie ihre Stellung in der gesamten Volkswirtschaft richtig auffaßt, kein Verlangen darnach tragen, mechanische Arbeit als einen wesentlichen Bestandteil ihrer Tätigkeit hinzustellen, sondern über diese hinauswachsen und in die Tätigkeit hineinwachsen, die die anderen geistigen Arbeiter am Volkswohl für sich in Anspruch nehmen, ohne sich gehemmt und geschädigt zu fühlen, wenn ihnen die Kärnerarbeit abgenommen wird.

Nach diesen Darlegungen ist anzunehmen, daß der D.A.V. seinen Einspruch als von falschen Annahmen ausgehend anerkennt und zurückzieht und mit dem Normenausschuß am Wohl der Gesamtheit zu arbeiten sich bereit finden wird. Er würde damit — nach Dafürhalten des Ausschusses — am meisten der Hebung des Architektenstandes dienen.

Landesverein Sächsischer Heimatschutz.  
Normenausschuß der Deutschen Industrie.  
Arbeitsausschuß für das Bauwesen,  
Abteilung: Sachsen.

(gez.) Prof. Dr.-Ing. Gehler. (gez.) Finanzrat Kramer.  
(gez.) Dr. Ing. Schmidt, Geh. Baurat.





# DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 56. BERLIN, DEN 12. JULI 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

## Krieger-Ehrung im Großherzogtum Baden.

Von A. Stürzenacker in Karlsruhe. (Hierzu die Abbildungen Seite 318 und 319.)



och während der Krieg weiter tobt und alles in Spannung und Sorge erhält, macht sich im Volke das Bedürfnis bemerkbar, den Männern, die in unerhörten Anstrengungen mit dem Opfer ihres Lebens oder ihrer Gesundheit die Heimat beschirmt haben, ein dauerndes Zeichen dankbaren Gedenkens zu stiften und eine Erinnerung

an das große Völkerringen der Nachwelt zu vermachend. In schlichter Schönheit und natürlicher Einfachheit, würdig der großen und ernsten Zeit, soll das Denkmal, das an den heutigen Krieg erinnert, ein Wahrzeichen deutschen Wesens sein: Das Denkmal deutscher Heldenzeit soll Ausdruck deutscher Kultur werden.“

Mit diesen Worten leitete die Landesberatungsstelle für Krieger-Ehrung im Großherzogtum Baden ihre Ratschläge über die Gestaltung künftiger Krieger-Denkmal und Soldatengräber ein; die Ratschläge sollten, wie es an anderer Stelle heißt, keineswegs eine Aufmunterung darstellen, da und dort jetzt schon an die Herstellung von öffentlichen Denkmälern zu denken, vielmehr nur Denen, die über solche Fragen mit zu entscheiden berufen sind, das Gewisse schärfen und verhüten, daß sich Erscheinungen wiederholen, wie sie dem deutsch-französischen Krieg aus edelster Begeisterung für die Opfer des Volkes folgten. Die Erfahrungen, die damals gemacht wurden, sollen der Öffentlichkeit das Recht geben, dieses Mal Ähnliches zu verbieten.

Die Ehrung der Gefallenen des großen Krieges von heute muß im Gegensatz zu früher andere Ausdrucksformen suchen; das liegt in der ganzen künstlerischen Entwicklung der Zeit, in dem Streben nach Einfachheit und Sparsamkeit und in dem durch die Verhältnisse gebotenen Zwang, auf bestimmte Materialien, die auch nach dem Krieg noch geraume Zeit fehlen werden, ganz oder doch lange Zeit zu verzichten. An die Stelle des Bestrebens, Bedeutung und Schönheit eines Denkmals durch seine monumentale Sprache und seinen Aufwand an edlen Materialien auszudrücken, muß heute der Wunsch nach Einfachheit treten. An der Stelle sich immer wiederholender reizloser Gedanken müssen die Ursprünglichkeit, das individuelle Anpassen an die gegebenen Verhältnisse und die Vereinigung des Ma-

les mit der Umgebung, die Verwertung gegebener natürlicher Elemente, der Natur oder vorhandener Bäume in wirkungsvollster Weise für den Endzweck nutzbar gemacht werden. Das Denkmal von heute darf darum nur bescheiden in Form und Erscheinung sein.

Baden kann heute schon auf manches einfache Denkmal alter guter Zeiten verschiedensten Zweckes stolz sein, das trotz der mitunter anderen Bestimmung doch auch jetzt noch vorbildlich ist und solchen Gesichtspunkten Rechnung trägt. In der Nähe von Donaueschingen steht, umrahmt von zwei mächtigen Pappeln eigenartigen Wuchses, die Schächer-Kapelle — Verbindung von Natur und Menschenhand. (Abbildung S. 319.) Die Zeit der Entstehung geht zweifellos in's 18. Jahrhundert zurück. Als einzigen Schmuck trägt sie in runder Tafel die Worte:

„In Sturm und Wetter  
Sei Gott mein Retter,  
In Krieg und Frieden  
Sei uns sein Schutz beschieden.“

In Kappelwindeck bei Baden-Baden steht auf herrlichem Platz, umrahmt durch die alte katholische Kirche mit alten schönen Grabmalen, den Friedhof und alte Fachwerkbauten die sogenannte Maria Theresia-Linde der Gemeinde, unbekannten Ursprunges, ein Naturdenkmal von überwältigender Größe und Schönheit. Der Baum mag ein Alter von etwa 300 Jahren haben und ist somit weit früher gepflanzt, als die Jahreszahl 1737 auf dem einen Stein der Umfassungsmauer vermuten läßt. (S. 319.) Die Mächtigkeit des Baumwuchses hat schon seit Jahrzehnten dazu geführt, den unteren Teil mit einem Holzgestell zu stützen, das nicht etwa befremdend wirkt, der ganzen Platzanlage vielmehr einen Reiz eigener Art gibt und an die Male der Marktstätten frühester Zeit erinnert. Die Wilhelmshöhe bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch, nicht weit von Heidelberg, trägt einen säulenartig ausgebildeten Stein mit der Inschrift „Wilhelmshöhe“; sie ist 1838 entstanden. Früher mag an dem schön gelegenen Punkt Wartbühel eine Mal- oder Gerichtsstätte gewesen sein, vielleicht war die Höhe aber auch Wacht punkt oder Auslug. Das Denkmal entstand im Jahre 1838 zu Ehren des Markgrafen Wilhelm von Baden, des Führers der badischen Truppen in den Napoleon'schen und den Freiheitskriegen. (S. 319.) —

(Schluß folgt.)

## Die Kunstdenkmäler der Stadt Aschaffenburg.



Es ist bereits eine lange Reihe von Heften, die über den Denkmälerschatz des ehemaligen Königreiches Bayern erschienen sind und diesen verzeichnen. Es liegt etwa die Hälfte der gesamten Arbeit vor. Vom Kreis Oberbayern, den noch Gustav v. Bezold und Berthold Riehl bearbeiteten, sind sämtliche Bezirksämter und Städte in das Verzeichnis aufgenommen und in 3 Bänden mit 3027 Seiten und 286 Lichtdrucktafeln erschienen. Vom Kreis Oberpfalz, herausgegeben von Georg Hager, liegen

herrühren, umfaßt 339 Seiten Text, mit 43 Tafeln, 263 Abbildungen im Text und einem Lageplan. Der Band ist während des Krieges entstanden und erschienen und bei der Schönheit seiner Ausstattung ein bewundernswertes Zeugnis fortgeschrittener deutscher Buchtechnik\*).

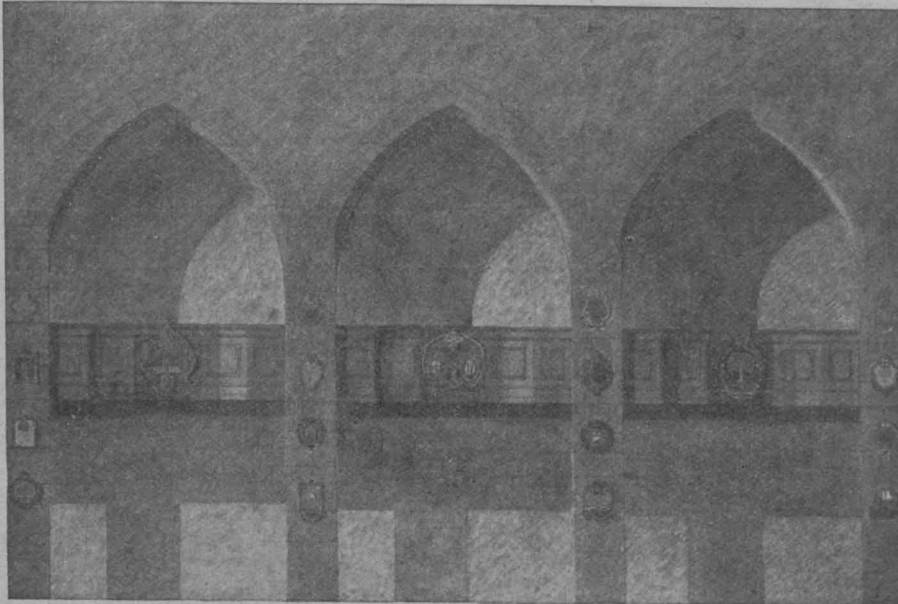
Aschaffenburg! Sie ist wenig besucht und weniger als verdient gekannt, die wundersame Stadt am Main an der äußersten nordwestlichen Grenze Bayerns! Wie herrlich breitet sie sich am Mainbogen aus, mit dem Schloß, dem gewaltigen Zeichen kurfürstlicher Macht zur Zeit der Renaissance als Mittelpunkt. Die Stadt, über deren Namen je nach der Annahme des keltischen, römischen oder germanischen Ursprunges des Ortes die verschiedensten Deutungen schweben, war, wie etwa Würzburg und Hammelburg, ursprünglich ein fränkisches Kastell, das von den Franken, als diese seit dem 6. Jahrhundert in dem eroberten Thüringen sich festsetzten, neben einer schon vorhandenen Volksburg errichtet wurde. Wahrscheinlich ist, daß die fränkischen Könige vom Kastell aus Jagd im Spessart trieben. Unter dem Schutz des Kastells entstand dann eine offene Siedelung, in ihr schon im 8. Jahrhundert ein dem heil. Michael geweihtes Benediktiner-Kloster, das sich wahrscheinlich an der Stelle der heutigen Stiftskirche befand und durch königliche Schenkung fast über den ganzen heutigen Spessart verfügte. Gründer des Klosters war ein Mitglied des karolingischen Königshauses, vielleicht die 885 gestorbene Königin Luitgard.

In dem Mönchtum fand der Gründer eine wohlorganisierte Arbeiterschaft zur Kolonisierung der Gegend. In der alten Burg, dann im St. Michaelis-Kloster und insbesondere im Kollegiatstift St. Peter und Alexander lagen bereits Anhaltspunkte zur städtischen Entwicklung. Einen weiteren Anstoß hierzu ergab die Erbauung einer Brücke über den Main. Der Ort wurde Zollstätte.

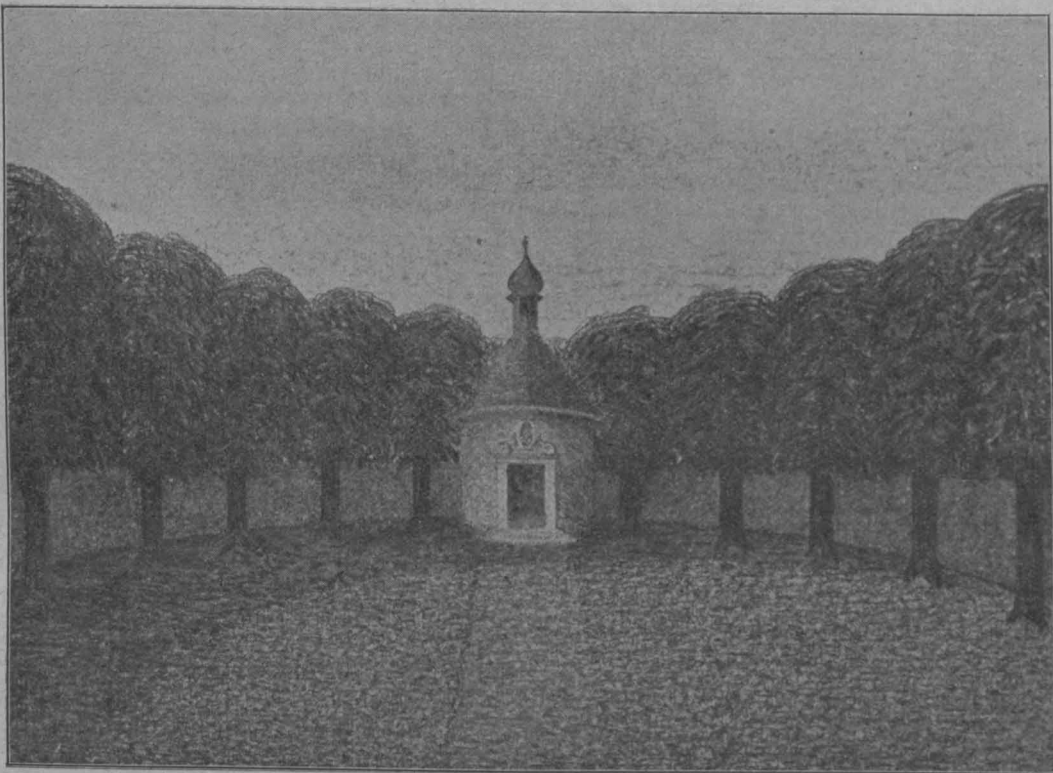
Aschaffenburg entwickelte sich zur Brückenstadt, der Plan ist von dieser Entwicklung völlig beeinflußt. „Die Grundform Aschaffenburgs zeigt nicht den „Normaltypus“ der planmäßig gegründeten Städte, in denen sich die Straßen, von einem quadratischen oder recht-

eckigen Marktplatz ausgehend, im rechten Winkel schneiden, sondern ein scheinbar unentwirrbares Straßennetz, das uns erst verständlich wird, wenn wir die Entwicklung des Ortes „zur Brückenstadt“ ins Auge fassen: gleich links von der Brücke weg führte die eigentliche Hauptstraße, in die von links und rechts die kleinen, engen Gassen einmündeten, durch die „obere“ oder „Altstadt“, nämlich durch den Windfang und

\*) München 1918. Kommissionsverlag von R. Oldenbourg.



Krieger-Ehrung im Inneren der evangelischen Stadtkirche in Wertheim im Taubergrund.



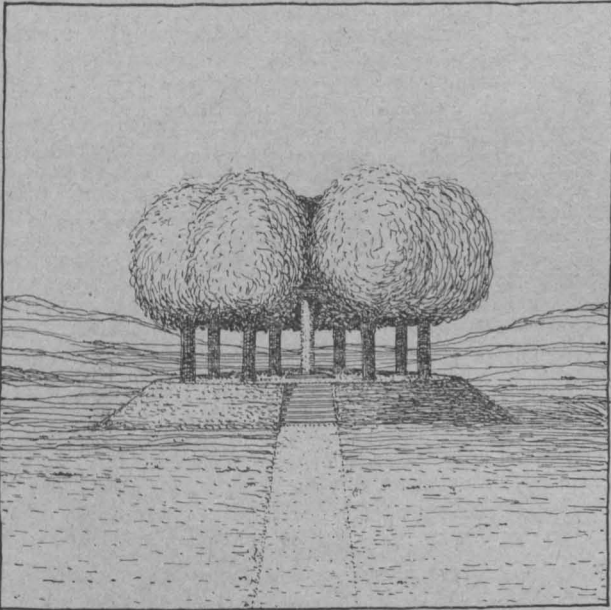
Krieger-Ehrung von Neustadt im badischen Schwarzwald.

21 Hefte fertig vor; vom Kreis Unterfranken, herausgegeben von Felix Mader, 19 Hefte, und vom Kreis Niederbayern, gleichfalls von Felix Mader herausgegeben, 2 Hefte. Ein Heft III über die Stadt Passau ist im Erscheinen begriffen. Als XIX. Heft des Kreises Unterfranken ist nach der Bearbeitung von Felix Mader vor einiger Zeit Stadt Aschaffenburg erschienen. Der stattliche Band, dem Hans Ring eine geschichtliche Einleitung gegeben hat und dessen zeichnerische Aufnahmen von Georg Lösti

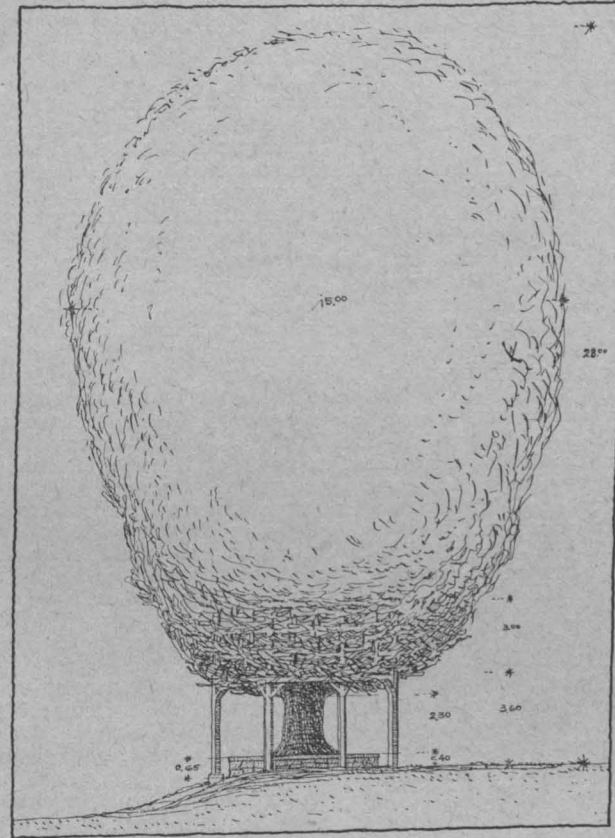


die Große Metzgergasse (heute Dalberg-Straße) zum Markte hinauf, „zwischen den Toren“ herunter zum „Scharfen Eck“; vom „Scharfen Eck“ aus liefen die Straßen, von denen die nach der Würzburger Straße führende Schmied- oder Sandgasse am belebtesten war, nach allen Seiten zu den Stadttoren hinaus.“ Die alte Hauptstraße war die große Pulsader der Stadt und mit Wirtshäusern, Krämer-, Metzger- und Bäckerläden besetzt. Nach Anlage der Eisenbahn veränderte sich ihr Bild, der Verkehr nahm die Richtung zum Bahnhof an. Aschaffenburg ist also nicht wie zahlreiche andere bayrische Städte neben einer schon vorhandenen älteren Siedelung als selbständige Handelsniederlassung planmäßig ge-

ren Siedelung, „aus Dörfern, in denen Kaufleute sich niederließen und ein regelmäßiger Marktverkehr sich ausbil-



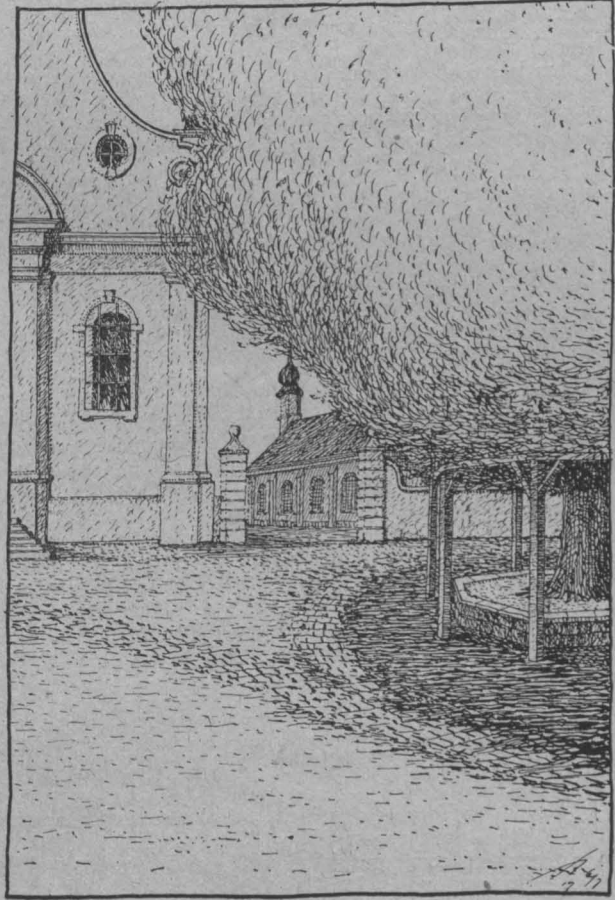
Bestehende Anlage Wilhelmshöhe bei Wiesloch 1837.



Kaiserin Maria Theresia-Linde bei Kappelwindeck.



Schächerkapelle bei Hüfingen  
Amtsbezirk Donaueschingen.



Platz der Kaiserin Maria Theresia-Linde  
bei Kappelwindeck.

Krieger - Ehrung im Großherzogtum Baden.

gründet worden, wie etwa Schweinfurt, Kissingen, Kempten, Eichstätt, Bamberg, Freising, Landshut, München, sondern es gehört zu den Städten, die unmittelbar aus der ältesten Siedelung, „aus Dörfern, in denen Kaufleute sich niederließen und ein regelmäßiger Marktverkehr sich ausbildete“, schon im frühen Mittelalter erwachsen sind. Die bisherige Forschung kennt als Beispiel für diese Art der Städteentwicklung außer den alten Römerstädten am Rhein und

gründet worden, wie etwa Schweinfurt, Kissingen, Kempten, Eichstätt, Bamberg, Freising, Landshut, München, sondern es gehört zu den Städten, die unmittelbar aus der ältesten Siedelung, „aus Dörfern, in denen Kaufleute sich niederließen und ein regelmäßiger Marktverkehr sich ausbildete“, schon im frühen Mittelalter erwachsen sind. Die bisherige Forschung kennt als Beispiel für diese Art der Städteentwicklung außer den alten Römerstädten am Rhein und

an der Donau nur Würzburg. Dieser eigenartige Charakter Aschaffenburgs ist das, was das Stadtbild heute noch so überaus anziehend macht.

Im 12. Jahrhundert befestigte Erzbischof Adalbert von Mainz den Markt Aschaffenburg, um eine Bollwerk gegen Kaiser Heinrich V. zu haben. Im 14. Jahrhundert wurden diese Befestigungsanlagen bedeutend verstärkt und erweitert. Aschaffenburg blieb bis zur Auflösung des Erzstiftes eine Mainzische Territorialstadt und der wichtigste militärische Stützpunkt für den Mainzer Anteil am Spessart und am Maingau. Es wurde in steigendem Maß neben Mainz Residenzstadt der Erzbischöfe; es wurde damit ein religiöser und geistiger Mittelpunkt des Erzstiftes. Ihren Höhepunkt erreichte die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt im 15. und 16. Jahrhundert. Der viel gereiste Nürnberger Arzt Hieronymus Münzer rühmt 1495 in der „vornehmen Stadt“ vor allem die herrliche Burg, die stolzen Gebäude in ihrer Pracht, das reiche Kollegiatstift mit seinen hochgelehrten Insassen. Der prächtige Hofstaat des vornehmsten Kurfürsten des Reiches, die ständig ein- und ausgehenden Fürsten, Gesandten, geistlichen und weltlichen Herren brachten Prunk und Glanz in die Stadt; Handel und Gewerbe blühten. Maler, Goldschmiede und Seidensticker erhielten reiche Aufträge, das Zunftwesen stand in seiner höchsten Entwicklung. Auf dem Main herrschte zwischen Aschaffenburg und Frankfurt ein ununterbrochener Personen- und Güterverkehr. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts ließ sich Erzbischof Johann Schweickhard durch Georg Ridinger von Straßburg an der Stelle des 1552 abgebrannten Schlosses eine neue, zeitgemäße Residenz errichten — da traf der Dreißigjährige Krieg die Stadt am Lebensmark. Erst in der Zeit der großen politischen Umwälzungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts, als Aschaffenburg nach Auflösung des Kurfürstentums Mainz die Hauptstadt eines neuen Fürstentums geworden war, erhob es sich wieder und erhielt durch Erzbischof Dalberg tatkräftigste Förderung. Von 1808—14 bestand hier die Universität Mainz, es wurden zahlreiche geistliche Anstalten begründet, es entstanden die neue Kaserne, das Komödienhaus, später durch Ludwig I. das Pompejanum. Von 6590 Seelen des Jahres 1812 hob sich die Stadt auf etwa 35 000 in unseren Tagen.

Ihr vornehmstes kirchliches Bauwerk ist die Stiftskirche St. Peter und Alexander, eine reiche Baugruppe, die in langer Bauzeit entstand. Es ist eine Gründung des Herzogs Otto von Schwaben. Der Kirchenbau des Stifters ist nicht erhalten. Ende des 12. Jahrhunderts entstand das neue Langhaus, um die Mitte des 13. Jahrhunderts begann der Bau des neuen Chores im Stil der Frühgotik. Der Zeit des Chorbaues gehören auch die Vorhallen an der West- und der Nordseite der Kirche, sowie der Kreuzgang an. Der Turm wurde ab 1415 erbaut. Um 1530 wurde

### Vermischtes.

**Preußisches Wohlfahrts-Ministerium.** Der Reichs- und preußische Staatskommissar für das Wohnungswesen, Geh. Reg.-Rat Scheidt, ist zum Unterstaats-Sekretär des in der Bildung begriffenen preußischen Wohlfahrts-Ministeriums ernannt worden. Es werden die Geschäfte des Staatskommissariates von dem neuen Wohlfahrts-Ministerium übernommen werden, sodaß die Wohnungsfürsorge in Preußen auch weiterhin der Aufsicht des bisherigen Staatskommissars unterstellt bleiben wird. Unterstaatssekretär Scheidt wird voraussichtlich auch die Geschäfte des Reichskommissars für das Wohnungswesen nebenamtlich weiterführen, nunmehr namentlich aber an leitender Stelle aufbauend bei dem neuen Ministerium zu wirken haben. —

### Tote.

**Landesbaurat O. Techow †.** Die Provinzialverwaltung von Brandenburg, die erst kürzlich den Tod des Leiters ihres Hochbauwesens zu beklagen hatte, verlor am 28. Juni d. J. nun auch den Leiter ihres Tiefbauwesens, den Landesbaurat Geh. Baurat Otto Heinrich Techow, an den Folgen eines Automobil-Unfalles im 72. Lebensjahr. Der Verstorbene hat über 32 Jahre im Dienst der Provinzialverwaltung zunächst als Landesbauinspektor, seit 1902 als Landesbaurat gestanden und hat als solcher das Straßen-, Wasser- und Eisenbahn-Bauwesen der Provinz in muster-gültiger Weise geleitet. Er hat sich dabei namentlich um das Meliorationswesen und den Bau von Kleinbahnen in der Mark hervorragende Verdienste erworben. Seiner Betriebsleitung waren 8 Kleinbahnen der Provinz unterstellt, von denen er 4, nämlich die Oderbruchbahn, die Kreisbahn Beeskow-Fürstenwalde, die Müncheberger und die Jüterbog-Luckenwalder Kleinbahn selbst gebaut hat. Zwei weitere Kleinbahnen waren bei seinem Hinscheiden im Bau.

Techow entstammt selbst der Provinz, der er so lange erfolgreiche Dienste geleistet hat. Am 26. Januar 1848 in Brandenburg a. H. geboren, studierte er in Berlin, wurde

mit Benutzung spätromanischen Materiales die Westempore angelegt. Anstelle des romanischen Lettners erbaute man einen neuen in spätgotischen Formen. 1606—1611 fand eine Wiederherstellung des Chores statt; aus ihm wurden verschiedene „Ingebeu“, die ihn verfinsterten, entfernt und er wurde neu ausgemalt. Der Hochaltar wurde verändert, ein neues Chorgestühl aufgestellt. Weitere einschneidende bauliche Veränderungen erfolgten 1719—22; 1723 erhielt die Kirche die Monumentaltreppe an der Nordseite. Von 1880—82 fand eine durchgreifende Wiederherstellung der Kirche durch Denzinger statt, bei der die Kirche sehr gelitten hat.

Die Stiftskirche liegt in beherrschender Lage an der Ostspitze des Höhenzuges, um den sich die älteste Stadtanlage gruppiert. Nur an der Westseite und an der westlichen Hälfte der Nordseite liegt die Kirche frei, an den übrigen Seiten ist sie umbaut. Es ist eine dreischiffige Basilika mit einschiffigem Chor. Das Inventarwerk enthält eine ausführliche und sehr sorgfältige Einzelbeschreibung. Wie in ihrer baulichen Gestalt, so ist sie auch an Kunstschätzen außerordentlich reich, es sei nur an die Bronzwerke Peter Vischers erinnert.

Neben der Stiftskirche verzeichnet das Inventar die bescheidenere kleinere Pfarrkirche St. Agatha, einschiffig mit Westturm, die in das 13. Jahrh. zurück geht. Die Gründung der Kirche hängt mit dem Wachstum der Stadt in dieser Zeit zusammen. Die Jesuiten-Kirche, die Kapuzinerkloster-Kirche, die St. Laurentius-Kirche, die Muttergottes-Pfarrkirche und die Sand-Kirche sind weitere, kleinere, teils in das Mittelalter zurück reichende, teils später entstandene Gotteshäuser, die das Stadtbild beleben, in allem aber übertrifft werden durch die großartige Schloßanlage, das Monumentalwerk der Renaissance in Deutschland. Die Ursprünge des Schlosses gehen auf Erzbischof Adalbert und seinen Streit mit Kaiser Heinrich V. zurück. Der Erzbischof hatte 1122 das „castrum antiquum“ neu befestigt. Nach und nach erfolgten Vergrößerungen; durch Erzbischof Johannes Graf von Nassau (1397—1419) entstand der mächtige Bergfried und Erzbischof Konrad III. (1419—1434) erweiterte die Burg selbst und stattete sie prächtiger aus. Diese Bestrebungen setzte Theoderich von Erbach fort, bis das Schloß 1552 durch Brand teilweise zerstört wurde. Die Anlage lag an der Stelle des heutigen Schlosses und war gleichfalls rechteckig im Grundriß. Das Bild des mittelalterlichen Schlosses war ein außerordentlich reiches und malerisches. Es scheint aber, daß die vielen Fachwerk-Aufbauten mit der Zeit verfielen und als Ruinen zu den Brandruinen der Mitte des 16. Jahrhunderts traten, denn wir erfahren, daß Erzbischof Johannes Schweickard von Kronburg bei seiner Wahl im Anfang des 17. Jahrhunderts die Verpflichtung übernahm, an Stelle der Ruine ein neues Schloß zu erbauen. — (Schluß folgt.)

im Sommer 1878 zum Reg.-Baumeister ernannt, war zunächst bei der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, dann von 1882 bis Frühjahr 1887 im Tiefbauwesen der Stadt Berlin mit Straßen- und Brückenbauten beschäftigt und trat dann, zunächst kommissarisch, bald fest übernommen, als Landesbauinspektor bei der Prov.-Verwaltung ein, um am 1. April 1902 zum Landesbaurat aufzurücken. Im Jahr 1906 wurde er zum Geheimen Baurat ernannt.

Der Verstorbene war auf seinem Sondergebiet ein anerkannt tüchtiger Fachmann und ein gewandter Verwaltungsbeamter, der sich bis zu seinem unerwarteten Tode volle Frische und Tatkraft bewahrt hatte. — Fr. E.

### Wettbewerbe.

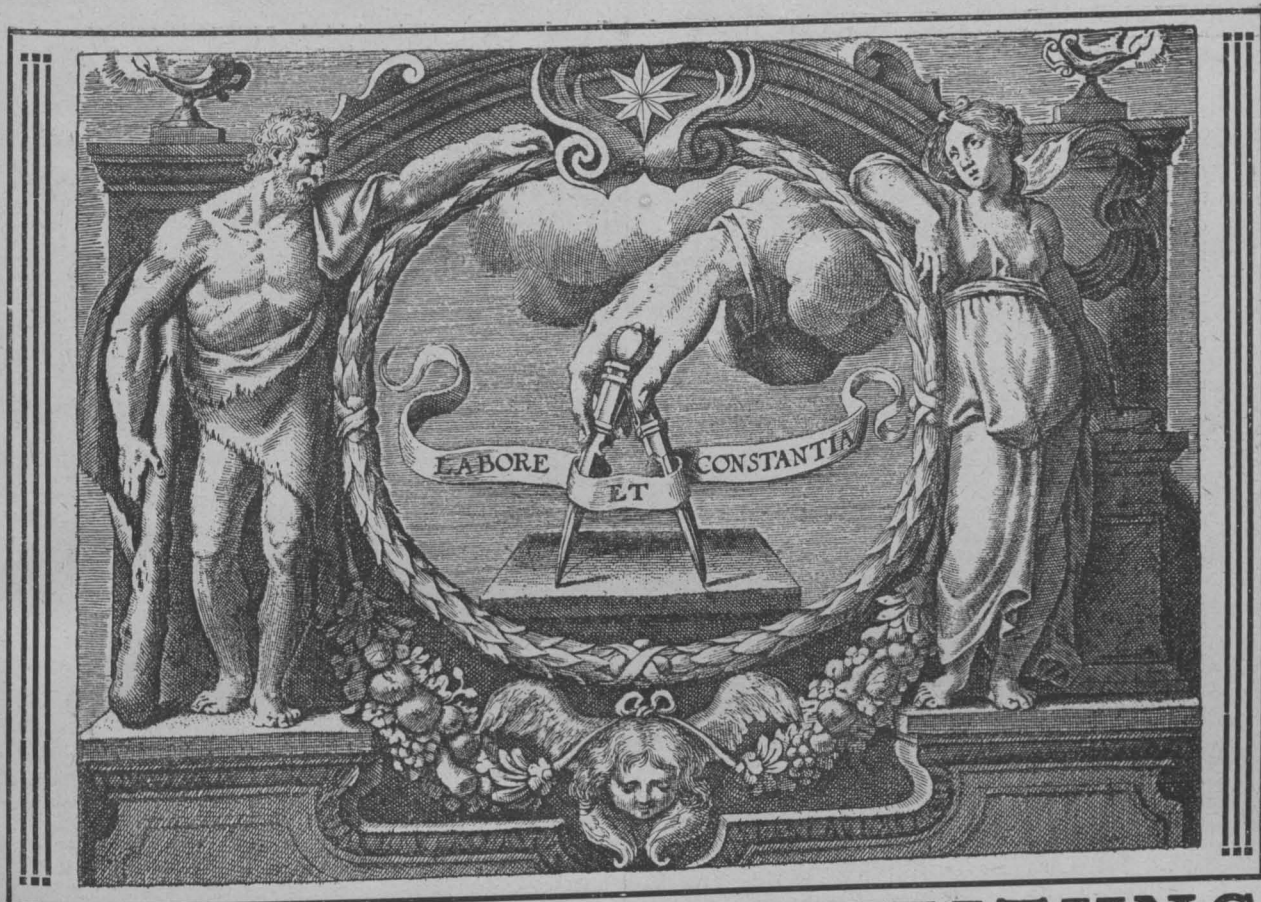
**Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen zu Plaketten der Großen Berliner Kunstausstellung** hat der Magistrat von Berlin erneut zum 1. Sept. 1919 ausgeschrieben, nachdem die erste Ausschreibung im Juni 1914 infolge Ausbruches des Krieges wieder zurückgezogen worden war. Die Plaketten sollen den Künstlern überreicht werden, die auf der Großen Berliner Kunstausstellung durch den Ehrenpreis der Stadt Berlin ausgezeichnet wurden. Die Preise bewegen sich zwischen 1000 und 3000 M. Bedingungen durch die städtische Kunst-Deputation in Berlin. —

**In einem beschränkten Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Doppel-Bürgerschule am Riederwald in Frankfurt a. M.** erhielt den I. Preis von 2200 M. Architekt Franz Thyriot, den II. Preis von 1500 M. Architekt L. Bernouilly, beide in Frankfurt a. M. Mit den Entwürfen für das Schulgebäude selbst waren Entwürfe für die Gestaltung des benachbarten Geländes verbunden. —

Inhalt: Krieger-Ehrung im Großherzogtum Baden. — Die Kunstdenkmäler der Stadt Aschaffenburg. — Vermischtes. — Tote. — Wettbewerbe. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.





# DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. NO 57. BERLIN, DEN 16. JULI 1919.  
REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

## Straßenbrücke über die Eider bei Friedrichstadt.



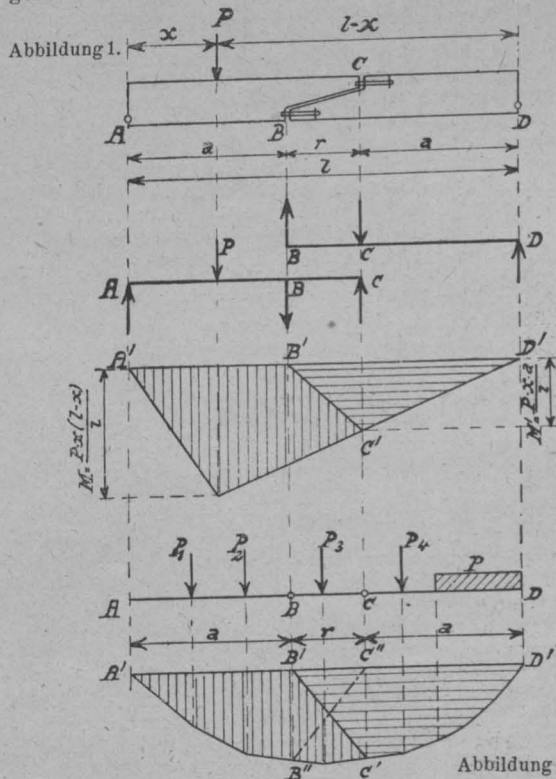
u dem in den Nrn. 35 u. 36, 38—40 und 42 erschienenen gleichnamigen Aufsatz erhielten wir aus unserem Leserkreis eine Zuschrift, welche die Standfestigkeit der Klappbrücke, die in geschlossenem Zustand als einfache Balkenbrücke wirken soll, bezweifelt, da die gegen einander versetzten beiden Riegel nur bei beiderseitiger fester Einspannung in die Balkenhälften im Stand seien, diesen beiden getrennten Teilen wieder den Charakter und die Tragfähigkeit eines einheitlichen Balkens zu verleihen. In ihrer jetzigen Form könne die Klappbrücke die Verkehrslast nur auf Kosten übergroßer Kantenpressungen in den einfachen Riegellagern, vielleicht auch durch Gewölbewirkung der beiden Klappen tragen. Der Einsender hat diese Kritik aber selbst als irrig erkannt und wieder zurückgezogen. Die Verfasser des Entwurfes halten aber doch eine kleine Ergänzung für wünschenswert, da auch von anderen Seiten das hier vorliegende Problem trotz seiner Einfachheit wiederholt mißverstanden worden sei. Die nachstehenden Ausführungen dürften daher zur weiteren Aufklärung beitragen:

„Durch die gewählte Anordnung von 2 einseitig eingespannten gegen einander versetzten Schubriegeln werden die beiden Brückenflügel in theoretisch und praktisch einwandfreier Weise zu einem biegungsfesten Träger verbunden.

Die durch irgend welche Belastungen  $P$  an der Verbindungsstelle entstehenden Momente und Querkräfte, vergl. Abbildung 1, werden in Form von zwei lotrechten Kräften  $B$  und  $C$ , die sich statisch eindeutig berechnen lassen, von einem Flügel auf den anderen übertragen. Wirkt z. B. auf den linken Brückenflügel die Einzellast  $P$  im Abstand  $x$  vom Auflager  $A$ , während der rechte Flügel unbelastet bleibt, so entstehen die Auflagerdrücke  $A = P \cdot \frac{l-x}{l}$ ,

$D = P \cdot \frac{x}{l}$ . Der in der rechten Trägerhälfte angreifende Auflagerdruck  $D$  erzeugt im Punkt  $B$  einen Riegedruck  $B = D \cdot \frac{a}{r} = P \cdot \frac{x}{l} \cdot \frac{a}{r}$  und im Punkt  $C$  einen Riegedruck

$C = D \cdot \frac{a+r}{r} = P \cdot \frac{x}{l} \cdot \frac{a+r}{r}$ . Dieselben Riegedrucke ergeben sich auch aus den an der linken Trägerhälfte an-



greifenden Kräften  $A$  und  $P$ . Der Riegedruck  $B$  ist an der rechten Trägerhälfte aufwärts, an der linken abwärts

gerichtet, der Riegedruck  $C$  an der rechten Trägerhälfte abwärts, an der linken aufwärts.

Für eine an der rechten Trägerhälfte angreifende Last  $P$  wird

$$B = A \cdot \frac{a+r}{r} = P \cdot \frac{l-x}{l} \cdot \frac{a+r}{r}, \quad C = A \cdot \frac{a}{r} = P \cdot \frac{l-x}{l} \cdot \frac{a}{r}.$$

Hieraus folgt die auf S. 226 in Nr. 42 der Veröffentlichung in der „Deutschen Bauzeitung“ beschriebene Konstruktion der Einflußlinie für den Riegedruck.

Die Momentenflächen für die beiden Trägerhälften infolge irgend einer Belastung werden gefunden, indem man die Momentenfläche für den ganzen Träger durch die Gerade  $B' - C'$ , deren wagrechte Projektion

dem Riegelabstand  $r$  entspricht, in zwei Teile zerlegt. Im Fall Abbildung 2 ist die Gerade  $B' - C'$  oder  $B'' - C''$  maßgebend, je nachdem die zwischen  $B$  und  $C$  liegende Last  $P_3$  an der linken oder an der rechten Trägerhälfte angreift.

Die Riegedrucke  $B$  und  $C$  werden umso größer, je geringer der wagrechte Abstand  $r$  der beiden Riegel gewählt wird. Für  $r=0$ , d. h. für zwei lotrecht übereinander angeordnete Riegel, würde  $B=C=\infty$ , d. h. dieser Fall wäre, wie man ohne weiteres einsieht, für eine biegungsfeste Verbindung der beiden Brückenflügel unbrauchbar.“ —

Fr. Voß und H. Schwyzer in Kiel.

## Die Kunstdenkmäler der Stadt Aschaffenburg. (Schluß.)



Als Architekt des neuen Schlosses wurde Georg Ridinger aus Straßburg berufen. Es scheint aber, daß er von 1618 nicht mehr in mainzischen Diensten stand, daß er in Mathias Erb einen Nachfolger fand und daß nach Erbs Tod 1627 auch Mathias Abel noch Restarbeiten auszuführen hatte. Der Entwurf geht jedenfalls auf Ridinger zurück. Der Bau begann 1605; am 17. Februar 1614 wurde er, dessen Inneneinrichtung aber noch nicht ganz vollendet war, geweiht. Was Ridinger schuf, ist in ihrem Organismus die heutige quadratische Anlage, die in reichster deutscher Renaissance ausgeführt und auch im Inneren mit entsprechendem Reichtum geschmückt wurde. Unter Erzbischof Friedrich Karl Joseph von Erthal (1774—1802) begannen große innere Umbauten, die erst unter Karl von Dalberg vollendet wurden. Der leitende Architekt war Emanuel Joseph Diricoyen. Gegenüber dem, was die Renaissance und die Barockzeit im Inneren geschaffen hatten, kann man diese späteren Arbeiten, die auch in den architektonischen Organismus eingriffen, ruhig ein Zerstören nennen. Unser Werk führt aus: „Die Ausstattung der Räume unter Erthal und Dalberg erfolgte in einem ungewöhnlich nüchternen Klassizismus.“ Es ist eine überaus eindrucksvolle Baumasse, die sich auf dem Höhenrand des Mainbogens erhebt und mit ihren vier gewaltigen Ecktürmen nicht nur das ganze Main-Tal, sondern auch das Stadtbild beherrscht. Nicht nur der Beschauer, der vom Flußufer zur Schloßanlage aufblickt, sondern auch der Wanderer, der sich ihr aus den Straßen der Stadt nähert, hat von ihr den Eindruck eines gewaltigen Architekturwerkes. Es ist ein Beispiel der glanzvollsten Zeiten der geistlichen Hierarchie in Deutschland. Das Werk beschäftigt sich sehr eingehend mit dem Bauwerk, das seit 1814 Eigentum der königlichen Ziviliste war. Das beigegebene Plan- und Bildmaterial ist des Gegenstandes würdig.

Im Schloßgarten, dessen Anlage unter Friedrich Karl von Erthal erfolgte, erhebt sich ein klassizistischer Pavillon mit Ausblick auf das Main-Tal und es wurde auf dem Platz südlich vor dem Schloß durch Karl von Dalberg 1805 eine strenge, klassizistische dorische Halle erbaut. Es wäre erwünscht gewesen, die Abbildungen des Schlosses durch einen Lageplan seiner nächsten Umgebung zu ergänzen.

Eine beachtenswerte Schloßanlage findet sich auch im Park Schönbusch, eine halbe Stunde südlich von Aschaffenburg auf dem linken Ufer des Main. Erzbischof Friedrich Karl Joseph von Erthal erbaute hier ein Sommerschloß-

chen und legte einen großen Park an. Friedrich Ludwig Skell war der Künstler der Anlage, die 1776 begann. Die Architekten der Bauten des Parkes waren der mainzische Landbaudirektor Ludwig Schneider und Emanuel Jos. Diricoyen. Der Park umfaßt 400 Morgen im englischen Stil. Zu dem Schloß treten, verstreut im Park, ein vierpaßförmiger Pavillon als Speisesaal, ein Freundschaftstempel mit jonischem Prostylon, die Philosophenschule, ein quadratischer Pavillon und verschiedene andere Architekturteile, wie Brücken, monumentale Ruhebänke usw.

Von den sonstigen Bauwerken der Stadt seien erwähnt das von Ludwig I. von 1842—49 erbaute Pompejanum, das klassizistische Rathaus mit seinem schönen dorischen Vorbau, das Gymnasium, Stadttheater und Kasino, vor allem aber der Schönborn-Hof, den der mainzische Obersthofmarschall Melchior Friedrich Freiherr von Schönborn zwischen 1668 bis 1681 durch den als Architekt tätigen Kapuzinerpater Mathias von Saaburg errichten ließ, eine stattliche Barockanlage mit drei zweigeschossigen Flügeln, die einen auf der Straßenseite liegenden Innenhof umschließen. Beachtenswert ist auch der Dalberghof, ein 1805 durch den Mainzer Domprobst Philipp Karl von Ostein erbauter, später an die Dalberg übergegangener schöner klassizistischer Bau mit siebenachsiger strenger Hauptfassade.

Nicht unbedeutend sind die profanen Baureste des Mittelalters wie der interessante romanische Steinbau des „Stäbelerhauses“ und der Hof Starkenburg in der Pfaffengasse mit seinem schönen Holzfachwerk. Eine Reihe schöner Fachwerkhäuser an der Stricker- und Sand-Gasse stammen aus der Zeit der beginnenden Renaissance. Durch prächtige Stuckornamente ausgezeichnet ist das Bechtoldhaus. Auf die klassizistische Zeit geht eine größere Reihe von Bürgerhäusern zurück.

Im Großen und Ganzen gruppiert sich der sehr reiche Denkmälerbestand Aschaffenburgs um die beiden großen Monumentalschöpfungen der Stadt: um die Stiftskirche und um das Schloß; das sind die beiden Höhepunkte. Ortseingesessene Künstler werden wenig genannt, die bedeutenderen Schöpfungen der Stadt sind von auswärtigen Kräften geschaffen worden.

Der Band Aschaffenburg des bayerischen Inventarwerkes ist nach Inhalt und Ausstattung zu den sorgfältigsten bearbeiteten und schönsten Denkmälerbänden zu zählen, die nach dem Entschluß, die deutschen Kunstdenkmäler systematisch zu verzeichnen, entstanden sind. —

## Die Zukunft der fürstlichen Schlösser und des übrigen fürstlichen Kunstbesitzes.



Am 7. und 8. Juli hat in Berlin eine Sitzung des erweiterten Ausschusses des „Tages für Denkmalpflege“ stattgefunden, in der zwei Fragen von großer Bedeutung und Tragweite für den deutschen Kunstbesitz behandelt wurden. Es war am ersten Tag die Frage der Zukunft der fürstlichen Schlösser und des sonstigen ehemaligen fürstlichen Kunstbesitzes, und am zweiten Tag die Frage der Bedeutung der Trennung von Kirche und Staat für die Denkmalpflege. Zu beiden Fragen sprachen zahlreiche Redner. Aus den Reden ergab sich ein klares, anschauliches Bild über die gegenwärtige Sachlage in beiden Fragen, sodaß Entschlüsse gefaßt werden konnten, von denen zu hoffen ist, daß sie die ernste Beachtung der Reichsregierung finden.

Die Versammlungen fanden im Sitzungssaal der Akademie der Künste am Pariser Platz statt und erfreuten sich der erfahrenen Leitung des Geheimen Rates Prof. Dr. A. von Oechelhaeuser aus Karlsruhe. An ihnen nahmen zahlreiche Vertreter von Regierungen der deutschen Bundesstaaten, wie von Preußen, Bayern, Sachsen, Baden, thüringischen Fürstentümern und von deutschen Körperschaft-

ten, wie des „Bundes Deutscher Architekten“, des „Bundes Heimatschutz“, des „Vereins deutscher Gartenkünstler“ usw. teil. Nach der Begrüßung der Versammlung durch den Vorsitzenden, in der dieser den Regierungen für die Entsendung von Vertretern dankte, dann aber darauf hinwies, daß es eine Ehrenpflicht auch des jetzigen Deutschland sei, für die Erhaltung und Pflege der Kunstdenkmäler zu sorgen, nahm zunächst Prof. Dr. Georg Mackowsky aus Berlin das Wort zu Ausführungen über den preußischen Kunstbesitz an Schlössern und dessen Schicksal. Im Mittelpunkt steht das Schloß von Berlin, ein Gebäude von großem Umfang und, mit Ausnahme der Teile gegen die Spree, von einheitlichem Charakter des Äußeren, aber großer Verschiedenartigkeit der Innenräume. Aus dem Umstand, daß die Stadt Berlin bereits versucht hat, Hand auf das Schloß zu Verwaltungszwecken zu legen, betonte Redner, daß es vornehmste Pflicht aller zuständigen Stellen sei, darüber zu wachen, daß die Schlösser nicht zu profanen Zwecken mißbraucht werden, denn sie seien sowohl Denkmäler der Geschichte, wie der Herrscher und Künstler. Bei der Auseinandersetzung des neuen Staates mit dem fürstlichen Kunstbesitz ist darauf zu achten, daß die Bauwerke einer würdigen neuen Bestimmung zugeführt werden und daß wirk-



lich Bedeutendes auch an seiner Stelle erhalten bleibt. In diesem Sinn trat Redner dafür ein, einen Vergleich mit dem Louvre in Paris zu ziehen und aus dem ehemals königlichen Schloß in Berlin ein Museum preußischer Geschichte und der Geschichte der Hohenzollern zu machen. Hier könnten neben anderen Erinnerungen die Werke von Schadow, Rauch und Schinkel aufstellung und Verwahrung finden. Namentlich das jetzt in der Technischen Hochschule zu Charlottenburg untergebrachte und für die Öffentlichkeit so gut wie vergrabene Schinkel-Museum wünschte Redner so gut wie vergraben, ein Gedanke, der nur Beifall verdient, denn er würde endlich einmal dazu führen, daß die reichen Schätze dieses Museums eine würdige Entfaltung finden könnten. Ein Einspruch gegen diesen Gedanken, den der Verwalter des Schinkel-Museums, Geh. Reg.-Rat Dr. Zimmermann am folgenden Tag schriftlich erhob, indem er darauf hinwies, daß das Schinkel-Museum im Verband der Technischen Hochschule bleiben müsse, um hier in erster Linie den Studierenden zu dienen, fand in der Versammlung keinen Widerhall. Die Prachträume des Schlosses sind in ihrem Zustand, etwa wieder bereichert durch für sie entstandene Kunstgegenstände, an sich zu erhalten. Die einfacheren Räume jedoch könnten, ohne an die Würde des Gebäudes zu rühren, Museumszwecken dienstbar gemacht werden, was der Grundriß des Gebäudes ohne Weiteres ermöglicht, während dieser für Verwaltungs- oder andere Zwecke durchaus ungeeignet wäre. Der Grundsatz, daß Kleines unter Umständen verschoben, wirklich Bedeutendes aber unbedingt an seiner Stelle zu lassen ist, gilt namentlich für Sanssouci, in dem jedes Stück an seinem Platz bleiben muß, soll ihm nicht die historische Resonanz fehlen und soll es damit nicht an Wirkung einbüßen. Gemälde ersten Ranges können in die Staats-Galerien eingebracht werden, dagegen sind Sammlungen wie die Schack-Galerie, die Wagner'sche Sammlung geschlossen zu erhalten. Unter den modernen Bildern der Schlösser kann eine Auswahl getroffen werden. Der Verzicht des Königshauses auf ein Nutzungsrecht an den Schlössern trifft auch die Schlösser in den Provinzen wie die zu Cassel, Königsberg, Münster, Liegnitz, Koblenz usw. Die würdige Erhaltung des Schlosses von Wilhelmshöhe und seiner Umgebung führt zu der Mahnung, darüber zu wachen, daß auch die Parkanlagen in ihrer alten Bestimmung erhalten und nicht zu Stätten der Volksbelustigungen herabgedrückt werden sollten. Die Burgen und Schlösser am Rhein, wie Stolzenfels, Rhein-stein, der Königsstuhl von Rhense und andere Werke, die, aus romantischen Neigungen wieder erstanden, Bestandteile landschaftlicher Schönheit sind, müssen vor dem Schicksal der Burgen an der Mosel und in Tirol bewahrt werden, damit sie nicht in Privatbesitz übergehen und profaniert werden. Unbedenklich können die Jagdschlösser einer neuen Bestimmung zugeführt und wirtschaftlich ausgenutzt werden. Auch Bauwerke der Wilhelm-Straße zu Berlin, wie das Gebäude des Hausministeriums, ein ausgezeichnetes Werk des Barock, oder das Palais des Prinzen Leopold am Wilhelm's Platz, ein vornehmes Werk Schinkels, sind unberührt zu erhalten. Dasselbe empfiehlt sich auch für andere charakteristische Werke aus dem alten Berlin, wie das Haus der Behren-Straße in der Achse der Markgrafen-Straße. Vor allem aber empfiehlt sich dieser Grundsatz für die aus königlichem Willen entstandenen Gebäude und Straßen in Potsdam. Alle diese Werke sind oft in kostbarster Form Erinnerungen an den früheren Staat und die frühere Regierung. Vieles hat in den Zeiten der Revolution Schaden gelitten, aber es ist nichts Unersetzliches zerstört worden. Nach dem Wunsch des Redners sollte aller Kunstbesitz fürstlicher Herkunft zum Nationalbesitz erklärt und unter eine Verwaltung gestellt werden. —

Cornelius Gurliitt wußte aus Sachsen zu berichten, daß hier in Bezug auf den ehemals fürstlichen Kunstbesitz sehr verwickelte Verhältnisse bestehen, daß aber die jetzige Regierung einen Ausgleich in großem Sinn anstrebe. Er kommt zu sprechen auf die Verhältnisse der Secundogenitur, auf die 1831 erfolgte Trennung zwischen dem Staatsbesitz und dem des königlichen Hauses, auf den Privatbesitz des Königs und auf den aus der Ziviliste erworbenen Besitz und berührt die rechtlichen Verhältnisse in diesen schwierigen Fragen. Er tritt für die Geltendmachung des Grundsatzes ein, daß bei der Erhaltung und Pflege der Kunstdenkmäler die Geschichte gebührend berücksichtigt werden müsse. Ein Teil von dem, was man für die Erhaltung des fürstlichen Kunstbesitzes wünsche, sei in Sachsen schon erreicht. Sorgfältig sei zu prüfen, welche Gegenstände für Museen geeignet sind und welche an der ursprünglichen Stelle zu verbleiben haben. Museen sollten nach ihren einzelnen Werken und nicht nach ihrem Umfang beurteilt werden. Einzelner Gegenstand könne an der ursprünglichen Stelle interessanter wirken, als in einer Reihe ähnlicher Gegen-

stände im Museum. Der jetzige Zustand der Schlösser müsse gewissermaßen als eine Urkunde betrachtet werden.

Zu diesen Fragen nahm am folgenden Tag noch Herzog Georg zu Sachsen das Wort, um zu erklären, daß er bemüht sein werde, den ihm verbleibenden Kuntsbesitz soweit als möglich der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, und erläutert die Verhältnisse der Secundogenitur.

Auch Generalkonservator Dr. Georg Hager aus München, der über die Verhältnisse in Bayern spricht, tritt dafür ein, daß keine Zusammenhänge zerstört werden. Er ist für die weiteste Zugänglichkeit der Schlösser für das Volk, zu mehr und auch zu anderen Stunden als jetzt, damit sich die Bevölkerung in ihrer freien Zeit an dem Genuß der Kunstwerke erfreuen könne. Die Nachmittage der Sonntage und die Abende der Wochentage sind für den Besuch frei zu geben, die Abende zumal auch aus dem Grund, als ja die meisten Innenräume für die Wirkung bei künstlichem Licht geschaffen seien. Der Eintritt müsse unentgeltlich sein und die Besichtigung ohne Führer in freiem Verkehr stattfinden können. Redner fordert die größte Liberalität in der Zugänglichkeit. Die praktische Ausnutzung müsse vor bedeutenden Kunstschöpfungen Halt machen. Die Schlösser seien zu Faktoren der Volksbildung zu machen und es sei die allgemeine Zugänglichkeit einzuführen, sobald es die politischen und andere Verhältnisse irgendwie erlauben.

Konservator Prof. Dr. Jos. Sauer aus Freiburg machte zunächst nach einem schriftlichen Bericht des am Erscheinen verhinderten Landeskonservators Dr. Gradmann in Stuttgart Mitteilungen über die entsprechenden Verhältnisse in Württemberg, insbesondere über das Alte und das Neue Schloß in Stuttgart, über den Rosenstein und die Wilhelma bei Stuttgart, über das Schloß in Ludwigsburg und das Favorite-Schloßchen daselbst. Im Neuen Schloß in Stuttgart soll ein kunsthistorisches Museum eingerichtet werden, das Alte Schloß soll die Altertums-Sammlungen aufnehmen. Für ein geeignetes Schloß ist ein Theater-Museum geplant.

Die fürstlichen Schlösser in Baden haben schwer unter dem Schicksal des Kunstbesitzes eines Grenzlandes zu leiden gehabt. In den Jahrhunderte zurückgehenden Kämpfen gegen Frankreich wurden die ehemaligen Schlösser in Pforzheim, Durlach, Heidelberg usw. teils gänzlich, teils bis auf geringe Reste zerstört. Von den bestehenden Schlössern waren Zwingenbourg am Neckar, Schloß Eberstein im Murgtal und die Mainau im Privatbesitz des Großherzogs und sind ihm verblieben. Nach der Auseinandersetzung wurden das Schloß in Baden-Baden, das Palais in Freiburg und das Palais in Badenweiler der großherzoglichen Familie zugewiesen. Das Schloßchen Favorite im Murgtal, die Schlösser in Karlsruhe, Rastatt und Mannheim sind an den Staat übergegangen. Der praktischen Verwendbarkeit zu Verwaltungszwecken setzen die Grundrißanlagen Schwierigkeiten entgegen. Bei der Verwendung als Museen handelt es sich bei den vornehmsten Räumen entweder um völlige Aufgabe der Raumanordnung, oder um den Verzicht auf eine klare und übersichtliche Aufstellung des Museumsgutes. Hier ist ein Mittelweg zu wählen und darin zu finden, die Mittelbauten der Schlösser tunlichst zu erhalten, die Räume wieder mit den Gegenständen — Gemälden, Gobelins, Möbeln — auszustatten, die meist für sie geschaffen, aber im Lauf der Zeit verständnislos oder aus anderen Ursachen aus ihnen entfernt wurden und so aus ihnen Prunkräume im Charakter ihrer Entstehungszeit wieder herzustellen. In diesen Räumen könnten dann auch die Perlen der Sammlungen aufstellung finden. Das geringere Museumsgut kann dabei in den weniger bedeutenden Räumen eine seiner Individualität tunlichst entsprechende und dem Studium entgegen kommende Aufstellung finden. Das bezieht sich z. B. auf das Schloß in Karlsruhe, das nunmehr die kulturhistorischen Sammlungen und die Sammlungen des Kunstgewerbe-Museums aufnehmen soll, aber auch auf die Schlösser in Bruchsal und Rastatt.

Das Schloß in Bruchsal ist gut erhalten im Äußeren, dagegen vernachlässigt und verwahrlost im Inneren. Die Verwaltungen, die in ihm herbergten, sind nicht pfleglich mit ihm umgegangen. Hier gilt es, den Mittelbau des Corps de logis mit seinen Prunkräumen zu erhalten und letztere durch die in ihnen einstmals vorhanden gewesen und noch erhaltenen Kunstwerke neu zu beleben. Die Kammerflügel können Verwaltungen eingeräumt werden. Ähnliches gilt für das Schloß in Rastatt, das der unter dem Namen „Türkenlouis“ bekannte Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden durch Domenico Egidio Rossi erbauen ließ. Auch hier wäre das Corps de logis mit seinen Monumentalräumen zu erhalten, diese müßten aber die Türkenbeute wieder als Ausstattung erhalten, die sich einst in ihnen befand, aber an andere Stellen übertragen wurde. Auch wäre dafür Sorge zu tragen, daß sich das Schloß durch die Wiederher-

stellung der zerstörten Gartenanlagen an der Ostseite wieder in das Gesamtbild der Stadt einordnet, von dem es jetzt öde Flächen trennen. In Schwetzingen sind der Park und die in ihm errichteten Baulichkeiten, sowie auch das Schloß wohl erhalten. Hier wie auch in Mannheim wären die Mittelbauten mit ihren Prunkräumen, nach der Herstellung der Ausstattung, wie sie beim Entstehen der Räume geplant war, zu erhalten und zu pflegen; die übrigen Bauteile dagegen könnten praktischen Zwecken, die sich mit ihnen vertragen, zugänglich gemacht werden. Namentlich das Schloß in Mannheim könnte so durch Zurückbringung der alten pfälzischen Kunstwerke zu einem Mittelpunkt pfälzischer Kunst gemacht werden.

Redner führt aus, es könne dem Volk kein größerer Dienst geleistet werden, als wenn ihm durch Zurückkehren der Schlösser in seinen Besitz eine ideale Sphäre der Kunst gegeben werde. Agitatorischen Vorschlägen Derer, die nichts aus der Geschichte gelernt haben, solle man grundsätzlich Widerstand entgegen setzen. Das Schicksal der Klosterbauten in der Zeit der Säkularisation sollte hier ein Mahner sein. Wie die Klöster damals vielfach dem Dienst des Merkantilismus anheim fielen, so sollten jetzt die Schlösser dem Dienst des Volkes übergeben werden. Bronnbach, Frauenalb und Allerheiligen sind Zeugen der Vergangenheit für ein Schicksal, das die Schlösser nicht erleben dürfen. Verderblich aber wäre es auch, wenn diese wahllos dem Volk überlassen würden. Redner fordert ein Sperrgesetz gegen die Verschleppung des Kunstbesitzes der Schlösser ins Ausland. In ihm ist im Strudel unserer Tage ein wertvolles Stück deutscher Kultur bedroht.

Im Anschluß hieran berichtete Prof. Dr. Klopfer aus Weimar über die Schlösser in den thüringischen Landen, in erster Linie Sachsen-Weimar-Eisenach und sprach über die Wartburg, die Schlösser in und bei Weimar, die Schlösser in Saalfeld und Hildburghausen, in Coburg, über die Veste Coburg, auf der dem Herzog ein Wohnungsrecht eingeräumt wurde, über das Schloß in Altenburg, das ein Heimatmuseum werden soll, usw. Prof. Ostermeyer erörterte die Verhältnisse in Anhalt, Geh. Rat Prof. Dr. Paul Meier die in Braunschweig und Freiherr Dr. von Biegeleben die in Hessen.

Mit großer Aufmerksamkeit nahm die Versammlung Ausführungen des künstlerischen Beraters des preußischen Finanzministeriums, Dr. Hübner, entgegen, die im Einverständnis mit dem Minister gemacht wurden. Es konnte den Ausführungen die beruhigende Gewißheit entnommen werden, daß so groß auch oft die Schwierigkeiten im Hinblick auf die widerstreitenden Interessen anderer Verwaltungen sind, für die neue Regierung in Preußen für die Erhaltung und Pflege der ehemals königlichen Schlösser in erster Linie die anerkannten Grundsätze der Denkmalpflege in Frage kommen. Als in Preußen nach den Novembertagen die Verwaltung der etwa 65 Schlösser dem Finanzministerium zugewiesen wurde, traten an dieses Ministerium von allen Seiten Vorschläge heran, diese Bauten praktischen Zwecken als Krankenhäuser und dergleichen dienstbar zu machen. Der Gedanke aber habe sich schon aus der Grundrißanlage als undurchführbar erwiesen. Die Kosten etwaiger Umbauten würden ungeheuer sein, ohne daß damit den Zwecken gut gedient wäre. Wenn einzelne Teile für Verwaltungszwecke brauchbar sind und auch schon zur Verfügung gestellt wurden, so wird doch eine Erhaltung an sich oder durch museale Verwertung das praktisch Beste sein. Unter allen Umständen müßte eine Zersplitterung des Kunstbesitzes in den Schlössern verhindert werden, was nicht ausschließt, einzelne, für die Entwicklung der Kunst wichtige Werke in besonderen Fällen Museen zuzuweisen. Es wäre auch die Möglichkeit gegeben,

aus erlesenen Einzelstücken aus der Zeit der Könige Friedrich Wilhelm III. und IV. geschlossene Räume zusammen zu stellen, die der neuberlinischen Kunst des Innenraumes Anregungen zu geben vermöchte. So ergeben sich von selbst Gesichtspunkte dafür, die Schlösser als das zu erhalten, was sie sind, als vorbildliche Denkmäler der künstlerischen und kulturgeschichtlichen Entwicklung der Zeiten, in denen sie entstanden und ihre weitere Ausbildung erfahren haben. Das schließt natürlich nicht aus, die Jagdschlösser im Grunewald, bei Springe usw. Zwecken des Volkswohles zuzuführen, soweit sie geeignet dafür sind. Bei größeren Schloßbauten, wie beim Stadtschloß in Potsdam, beim Schloß in Breslau, in Brühl konnte und kann man einzelne Bauteile ohne besonderes künstlerisches Gepräge praktischen Nutzungszwecken zuführen, die dem Schloßbau als Ganzes nicht entgegen stehen. Im Großen und Ganzen aber werden die Schlösser mit ihrem wertvollen Inhalt als Schlösser zu erhalten und zu pflegen sein. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen sprach dann noch Prinz Johann Georg, Herzog zu Sachsen, über die Verhältnisse des Kunst-Besitzes der Sekundogenitur in Dresden und über seine eigene vermittelnde Stellung hinsichtlich seines privaten Kunstbesitzes, den er soweit möglich, der Allgemeinheit zugänglich machen will. Gartendirektor Barth aus Charlottenburg, Vertreter des „Deutschen Vereins für Gartenkunst“, trat warm für Erhaltung und Pflege der Schloßgärten ein und sprach den Wunsch aus, daß keine Gärten mit architektonischem Charakter praktisch nutzbar gemacht und damit zerstört werden. Geh. Brt. Georg Frentzen aus Aachen, Vorsitzender des „Bundes Deutscher Architekten“, äußerte einen Gedanken, der schon vor mehreren Jahren in der „Deutschen Bauzeitung“ ausgesprochen wurde, auf einem der deutschen Schlösser eine deutsche Villa Medici einzurichten.

Es folgten zum Schluß noch Mitteilungen des Vorsitzenden v. Oechelhaeuser und von Cornelius Gurlitt über die Vorkehrungen zum Schutz der Kunstdenkmäler im Krieg. Als das Ergebnis eingehender Beratungen wurde von den etwa 70 Teilnehmern die folgende Entschliebung einstimmig gefaßt:

„Die Teilnehmer der erweiterten Ausschußsitzung des Tages für Denkmalpflege treten dafür ein:

1. daß bei der Auseinandersetzung zwischen den fürstlichen Häusern und den Staaten die bislang im Besitz der Fürsten befindlichen Baudenkmäler, vor allem die Schlösser und sonstigen fürstlichen Wohnsitze, mit ihren Gartenanlagen sowie der darin befindlichen künstlerisch bedeutungsvollen Ausstattung, als Zeugnisse deutscher Kunst- und Kulturentwicklung dauernd erhalten bleiben, um den Kunst- und Natursinn des Volkes zu stärken und die Volksbildung nach allen Richtungen zu fördern;

2. daß nach Maßgabe vorstehender Grundsätze die Denkmäler, die dem Staate aus fürstlichem Besitz zufallen, nicht verwandt werden dürfen zu einem Zweck, der ihre künstlerische und geschichtliche Bedeutung beeinträchtigt oder ihre Erhaltung gefährdet;

3. daß bei der Auseinandersetzung zwischen fürstlichem und staatlichem Besitz dahin gewirkt werde, daß auch die im Besitz der fürstlichen Familien verbleibenden hervorragenden Kunstdenkmäler nach Möglichkeit entsprechend ihrer geschichtlichen und künstlerischen Eigenart erhalten bleiben;

4. daß, da nunmehr der staatliche Besitz an Bau- und Kunstdenkmälern einen überaus wertvollen Zuwachs erhalten wird, der alten Forderung der Vertreter der Denkmalpflege Rechnung getragen werden soll, wonach auch dieser Besitz der Zuständigkeit der berufenen Organe der Denkmalpflege zu unterwerfen ist.“

### Wettbewerbe.

**Im Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Bauten des Walchensee-Kraftwerkes**, der vom bayerischen Staat für die Architekten Bayerns ausgeschrieben worden war, liefen 90 Arbeiten ein. 15 gleiche Preise von je 1000 Mark wurden zuerkannt den Hrn. Dipl.-Ing. Berndt, Prof. Biber & Hollweck, Prof. Buchert, Delisle & Ingwersen, Eickmeyer & Pilartz, Jos. Griesauer, Huppert, Prof. O. O. Kurz, Prof. O. O. Kurz mit M. Wiederanders, Theo. Lechner mit Fr. Norkauer, Dipl.-Ing. W. Leonhardt, Dr. Fr. Lömpel, M. H. Mayer in Nürnberg, J. Schweighardt & Wechs in Augsburg, sowie P. Vorhölzer in München.

**In einem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Heimstätten-Siedlung München-Obersendling** erhielten gleiche Preise von je 500 M. die Arbeiten der Hrn. Prof. Buchert, Prof. Biber & Hollweck, Prof. Jäger, Prof. O. O. Kurz, Fr. Landauer, Brühl & Lang, J. Schmidt, Karl Trambauer und M. Wiederanders, sämtlich in München. Der Wettbe-

werb war ausgeschrieben von der Ortsgruppe München des „Bundes Deutscher Architekten“ für dessen Mitglieder.

**Wettbewerb Sparkassen-Giro-Zentrale Hannover.** Verfasser des angekauften Entwurfes „In Schwerer Zeit II“ ist Arch. Fr. Brinkmann in Pivitsheide bei Detmold.

**In einem Wettbewerb betr. Entwürfe für eine Kleingewohnungs-Anlage der Münchener Straßenbahn-Gesellschaft**, veranstaltet unter den Mitgliedern des „Bundes Deutscher Architekten“, erhielt den I. Preis und die Ausführung der Architekt Prof. O. O. Kurz in München. Eine lobende Erwähnung fanden die Entwürfe der Hrn. Dr. Lömpel, J. Rosenthal, Th. Veil, Hansen in München, sowie Brendel & Krayl in Nürnberg.

**Inhalt:** Straßenbrücke über die Eider bei Friedrichstadt. — Die Kunstdenkmäler der Stadt Aschaffenburg. (Schluß.) — Die Zukunft der fürstlichen Schlösser und des übrigen fürstlichen Kunstbesitzes. — Wettbewerbe. — Wirtschaftliche Beilage.

**Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.** Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.





## WIRTSCHAFTLICHE \*\*\*\*\* BEILAGE. \*\*\*\*\*

### Ein ernstes Wort zur Wohnungsnot.

**W**er die Entwicklung der Wohnungsfrage in Deutschland in unseren Tagen mit nüchternem Blick betrachtet, kann sich unmöglich der Wahrnehmung verschließen, daß wir heute, nach dreivierteljähriger Beendigung des Krieges, in der Bekämpfung der Wohnungsnot nicht nur kaum einen ernsthaften Schritt weiter gekommen sind, daß vielmehr die Verhältnisse täglich schlimmer zu werden drohen, eine immer größere Unzufriedenheit erzeugen und schließlich einer Katastrophe zu treiben werden, wenn nicht mit aller Beschleunigung Maßnahmen getroffen werden, die, weit ab von allen theoretischen Erwägungen, zu denen jetzt keine Zeit mehr ist, geeignet sind, das Uebel bei der Wurzel zu erfassen und eine wirkliche Abhilfe zu schaffen. An die Stelle des Raten müssen endlich Taten treten, statt zu verhandeln muß gehandelt werden. Es müssen Stimmen aus dem praktischen Wirtschaftsleben gehört und beachtet werden, wenn nicht auch in einer so brennenden Frage wie der Wohnungsnot die wenigen jetzt noch verbleibenden Möglichkeiten neben der verlorenen wertvollen Zeit gleichfalls verloren gehen und vollends anarchische Zustände herbeigeführt werden sollen. Wir hatten dieser Tage Gelegenheit, diese Fragen mit einem hervorragenden Finanzmann zu besprechen, mit einem Mann von scharfem Blick, praktischen Gesichtspunkten, einem Mann der Tat, der sich nicht scheut, den Finger an die Stelle der Wunde zu legen, die wirklich schmerzt. Er gehört zu den Menschen, die nicht nur Kritik an bestehenden Zuständen üben, sondern auch in der Lage sind, praktische, aus der Lebenserfahrung hervorgegangene Vorschläge zur erfolgreichen Bekämpfung der wirklichen Notstände zu machen. Das Ergebnis dieser Besprechung erscheint uns so wertvoll und so unmittelbar an das Uebel heran zu treten, daß wir nicht zögern möchten, es der Öffentlichkeit und namentlich den Stellen zur Beachtung zu übergeben, die es in erster Linie angeht. Denn darüber dürfte doch in dieser Stunde alle Welt einig sein, daß in der Führung der Wohnungsfrage nicht ferner mehr die Zügel am Boden schleifen dürfen, sondern daß fest zugegriffen werden muß, sollen wirtschaftliche und politische Zwischenfälle ernstester Art verhindert werden. Hier das Ergebnis der Besprechung:

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot werden seitens des preussischen Kommissars für das Wohnungswesen und seitens aller Gemeinden jetzt Maßnahmen getroffen, die sich im Wesentlichen nach zwei Richtungen erstrecken. Erstens denkt man an die Errichtung von Behelfsbauten. Da Holz und Steine sehr knapp sind, glaubt man zu Ersatzbauten greifen zu sollen. An Stelle



von Massivbauten will man Holzbauten, Lehmziegelbauten, Eisenfachwerkbauten, Betonbauten oder dergleichen als Ersatzbauten verwenden. Die Arbeitslöhne für diese Ersatzbauten sind genau dieselben, wie die für Dauerbauten. Es werden zudem auf diesem Weg aber Bauten geschaffen, die an sich schon wenig geeignet sind, der Wohnungsnot abzuweichen, jedenfalls aber eine Finanzierung sehr erschweren oder gar unmöglich machen. Denn es dürfte sich kein Hypothekengläubiger finden, der Holzhäuser, die jeden Tag abgebrochen und entfernt werden können, oder Lehmziegelbauten, die der beständigen Schwammgefahr ausgesetzt sind, erst- oder nachstellig beleiht. Bauten aus Gipsplatten oder ähnlichen Baustoffen halten keinen Nagel aus und können deshalb für eine Beleihung wohl überhaupt nicht in Betracht kommen.

Die Maßnahmen in der zweiten Richtung gehen darauf hinaus, größere Wohnungen und Villen, welche von den Besitzern als zweiter Wohnsitz benutzt werden, einer größeren Anzahl von Personen dienstbar zu machen. Die größeren Wohnungen in Berlin, etwa von 8 Zimmern aufwärts, dürften aber sämtlich mit einem Kostenaufwand hergestellt sein, welcher einen Mindestzimmerpreis von 500—1000 M. bedingt, während die Wohnungen, die in Arbeitervierteln gebaut werden, mit einem Kostenaufwand gebaut sind, welcher eine Miete von 200—300 M. für das Zimmer in Friedenszeiten rechtfertigt. Bei Teilung größerer Wohnungen würden daher nach dem Einheitspreis für das Zimmer Mietpreise entstehen, welche der Arbeiter nicht zahlen kann. Außerdem aber sind die wenigsten größeren Wohnungen oder Villen für mehrere Familien bewohnbar, ohne daß erhebliche Umbaukosten aufzuwenden wären; das bezieht sich in erster Linie auf die Küchen- und Toiletten-Anlagen.

Es ist das Schlimme, daß diese Frage weniger vom Standpunkt des Architekten und Finanzmannes aus, als von dem sogenannten sozialen Empfinden behandelt wird. Die übelsten Ausschreitungen, die auf dem Bau-, Wohnungs- und Terrain-Markt vorgekommen sind, werden als das Normale erachtet und man will schlechthin mit allen kapitalistischen Ideen aufräumen. Bezeichnend ist ja auch, daß der preussische Kommissar für das Wohnungswesen zunächst vom preussischen Arbeitsministerium losgelöst und dem Reichsamt des Inneren unterstellt wurde, unter gleichzeitiger Ernennung zum Reichs-Kommissar für das Wohnungswesen. Dann ist dieses Kommissariat beim Reichswirtschaftsamt gewesen, um darauf wieder ein preussisches Amt zu werden und jetzt bei dem neuen preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt zu enden. Aus den antikapitalistischen Grundsätzen heraus verquiekt man die Frage der Beschaffung von Notwohnungen immer noch mit der Frage der Kosten für Gelände und mit dem Mietpreis der notwendigen Wohnungen. Man vergißt vollkommen, daß das Existenzminimum für jeden Menschen drei Lebensbedingungen erfordert: Essen, Kleidung und Wohnung. Bei der Kleidung und beim Essen hat man im Wesentlichen eine Reichswirtschaft eingeführt und Höchstpreise zugestanden, die die Friedenspreise um ein Vielfaches übersteigen. Da die Rationierung aber in keiner Weise, weder bei der Kleidung, noch beim Essen ausreicht, hat sich in ganz Deutschland ein schwunghafter Schleichhandel entwickelt, und man kann wohl sagen, daß die Preise für Kleidung und Essen zwischen dem Doppelten und Zehnfachen der Friedenspreise schwanken. Dementsprechend werden alle Arbeiter-Löhne und Angestellten-Gehälter nach oben hin reformiert. Die hohen Arbeiterlöhne bewirken wiederum, daß die Baukosten für die Herstellung der notwendigen Wohnungen auf das drei- bis vierfache gestiegen sind. Ein Kubikmeter Mauerwerk kostet bei den hohen Löhnen und Steinpreisen heute 60—90 M., gegen 12—15 M. in Friedenszeiten, eine Tonne Eisenkonstruktion 800—1200 M., gegen 200 M. in Friedenszeiten. Dieselben Preissteigerungen sind bei allen Arbeiten und Materialien des Innenbaues vorhanden; man rechnet deshalb allgemein, daß eine Arbeiterwohnung in einer Arbeiterkolonie, die früher 5000 M. kostete, heute einen Aufwand von 20 000 M. bedingt. Der Preis für Grund und Boden, der früher oft teure Wohnungen verursachte, ist den hohen Baukosten gegenüber gänzlich in den Hintergrund getreten, die Bodenpreise sind dieselben, wie im Jahr 1913. Die steuerliche Belastung der Terrangesellschaften ist ungeheuer gestiegen, und so sehen wir, daß große Firmen, wie die Neue Boden-Aktiengesellschaft, die Union-Baugesellschaft und die Berliner Mörtelwerke zu Sanierungen schreiten müssen, die ganz erhebliche Aufwendungen für die Aktionäre erfordern.

Spielt so der Preis für den Grund und Boden bei der Siedelungsfrage nicht mehr die Rolle wie früher, so hat man auf der anderen Seite die Mietpreisfrage mit in die Siedelungsfrage hinein gezogen. Die Ueberteuerungs-Zuschüsse von Staat, Reich und Kommune kommen nur dann

zur Festsetzung und Auszahlung, wenn der Wohnungserbauer sich bestimmte Mietpreise festsetzen läßt. Diese stehen aber in keinem Verhältnis zu den hohen Kosten. Die Gemeinden und Mieteinigungsämter wollen in den meisten Fällen nur Erhöhungen von 15—20 % der Friedensmietpreise bewilligen. Darin liegt natürlich kein Anreiz, sondern ein Hemmschuh für den Bauherrn. Wer wird ein Wagnis eingehen, wenn er bei dem hergestellten Werk an bestimmte Vermietungs-Grundsätze und -Bedingungen gebunden ist? Bei Ueberschreitung der Baukosten können die festgesetzten Mietpreise unter Umständen nicht einmal die Verzinsung der investierten Kapitalien bringen, geschweige denn dem Erbauer ein wenn auch noch so bescheidenes Entgelt für Mühe und Wagnis gewähren.

Dazu kommt, daß die Realkredit-Institute bei ihrer Sachkenntnis die heutigen Kriegspreise für den zu gewährenden Kredit nicht als maßgebend ansehen und auch nicht ansehen können. Gesteht man schon eine Steigerung von 50 % der Preise als dauernde gegenüber den Friedenspreisen zu, so fallen die übrigen oft 300 % und noch mehr der Zeitpreise bei der Wertermittlung vollkommen unter den Tisch. Ein Bauwerk, das in Friedenszeiten einen Herstellungspreis von 200 000 M. einschließlich Grund und Boden, oder bei 50 000 M. Bodenwert rd. 150 000 M. Bauwert hatte, wird heute einen Herstellungswert von 500 000 M. haben. Der Bodenwert bleibt unverändert, die Baukosten betragen aber mindestens das 3fache, der Brutto-Mietertrag von vielleicht 14 000 M. in Friedenszeiten wird bei den heute zugestandenen Sätzen sich jedoch vielleicht auf zeitlich 17 000—18 000 M. stellen. Statt einer erststelligen Beleihung von 130—140 000 M. wird der Eigentümer zurzeit vielleicht nur bis zu 180 000 M. erhalten, wenn man von den Herstellungskosten 50 000 M. als Kosten für den Grund und Boden und 225 000 M. Bauwert annimmt. Was will das aber heißen bei 500 000 M. Herstellungskosten? Der Bauhandwerker wird von so gewagten Geschäften die Hand lassen und sich auf Ausbesserungsarbeiten und ähnliche Geschäfte beschränken, die bei heutigen Preisen einen lohnenden Gewinn abwerfen.

Mit Verhandlungen ist bisher in übelster Weise die Zeit vergeudet worden. Die Behörden können zu Entschlüssen nicht kommen, keiner will die Verantwortung übernehmen; es wird wegen der Ueberteuerungs-Zuschüsse verhandelt, etwas gebaut wird aber nicht. Schon 7 Monate lang zählt man an Stelle von Beschäftigung Erwerbslosen-Unterstützung, die für Berlin allein täglich 1 000 000 M. beträgt. Das sind Zustände, die nach Abhilfe förmlich schreien.

Was kann nun aber vernünftiger Weise geschehen, um dem bestehenden Uebel abzuhelfen?

1. Man räume mit den vielen unnützen Behörden auf, oder verweise sie aus Wohnungen in frei stehende Läden oder Geschäftsräume; desgleichen mit den Räumen, die Spielklubs, der Vollzugsrat und ähnliche unnötige Einrichtungen heute in Anspruch nehmen. Vor allem müßten die vielen Kriegsgesellschaften ihre Räume herausgeben. Diese können in kurzer Zeit zu Kleinwohnungen umgebaut werden, da meistens ganze Häuser, selbst ganze Häusergruppen frei gemacht werden können. Können die Kriegsgesellschaften noch nicht aufgelöst werden, was das Beste wäre, so verweise man sie in Baracken. Für einen nur 7-stündigen Aufenthalt bei Tag sind diese für Behörden weit geeigneter, denn als Dauerräume für Familien.

2. Man zahle Bauzuschüsse, ohne dem Bauherrn Vorschriften wegen der Mietpreise zu machen. Werden Wohnungen zahlreich hergestellt, so verschwindet der Mietwucher ganz von selbst; der Mietpreis regelt sich dann auf natürlichstem Weg.

3. Man beschränke sich nicht auf das Ideal, sondern trage gegebenen Verhältnissen Rechnung. Natürlich ist die Einzelsiedelung der Mietkasernen vorzuziehen. Aber es läßt sich auch bei Mehrwohnungsbauten etwas Vernünftiges schaffen und vor allem kann man durch sie viel mehr Wohnungsgelegenheit in kurzer Zeit herstellen.

4. Man gebe seitens der Gemeinden Baulustigen unter Umständen Ueberteuerungs-Zuschüsse nicht in bar, sondern durch andere Vergünstigungen. Man erlaube das Bauen an unregulierten Straßen, verlange keine Anliegerbeiträge, gewähre Wasser, Gas, Elektrizität, Kanalisation usw. umsonst, mache die Pflasterarbeiten, wenn es nötig ist, als Notstandsarbeiten und dergleichen.

5. Für Einzelsiedelungen verzichte man auf alle erschwerenden Bedingung und behandle die Ansiedler so, wie man vor 50 Jahren auf dem Dorf das Bauen erlaubt hat, also nicht Ueberhygiene bezüglich Be- und Entwässerung und ähnlicher Fragen. In wieviel märkischen Dörfern ist heute noch kein Pflaster usw.



6. Den Mietern der Mietkasernen erleichtere man den vorübergehenden Aufenthalt in den Laubenkolonien. Wen schädigt es außer den Laubenkolonisten selbst, wenn eine ohne polizeiliche Erlaubnis angelegte Feuerstelle einmal einen Brand verursacht? Zur Errichtung solcher Lauben und ähnlicher Kleinbauten sollte überhaupt keine polizeiliche Erlaubnis notwendig sein.

7. Man beherzige die alten Sprichwörter: „grau, Freund, ist alle Theorie“ und „bis dat, qui cito dat“. Man ziehe den alten Praktiker, den Privatarchitekten, zu Rate, statt daß man ihn zur Untätigkeit und Auflösung seines Büros zwingt. Man mache nicht Versuche unter Ausschaltung des „Kapitalismus“ sondern benutze diesen und seine Träger. Man lasse das „propter invidiam“ einmal fallen und stelle sich auf den Boden der Wirklichkeit. Man verhandle nicht, sondern handle. Man zahle einen Verhandlungsbau dem Unternehmer zu einem bestimmten Prozentsatz der Selbstkosten, genau wie man im Krieg die Kriegslieferungen „zu gleitenden Preisen“ vergeben hat.

### Technische Mitteilungen.

**Ein Tarifvertrag für Bautechniker.** Während bisher Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nur für Arbeiter im engeren Sinn abgeschlossen worden sind, hat der „Deutsche Techniker-Verband“ auch die Frage des Abschlusses solcher Verträge Ende v. J. für Bautechniker angeregt. Richtlinien für den Abschluß solcher Verträge aufgestellt und mit dem „Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin“ den Abschluß eines derartigen Vertrages erreicht, der begrenzt ist auf Gr.-Berlin und zunächst auf die Zeitdauer vom 1. Januar 1919 bis 30. September d. J. Geregelt werden die Arbeitszeit, die Bezahlung von Ueberstunden, die Sonntags- und Nacharbeit, die Frage des Urlaubes, Kündigungsbedingungen und Zeugnisausstellung, die Vertretung der Angestellten in den Betrieben, sofern nicht ohnehin durch Gesetz die Bildung von Angestellten-Ausschüssen vorgesehen ist, die Einführung eines Schlichtungsausschusses für Streitigkeiten und vor allem auch die Höhe des Mindestgehaltes nebst Teuerungs- und Sonderzulagen. Als Mindestgehalt sind für Anfänger unmittelbar nach Verlassen der Baugewerkschule 160 M. monatlich für Techniker unter, 180 M. für solche über 24 Jahre Alter festgesetzt; nach 1jähriger Tätigkeit steigt es auf 180 und 220 M., nach 2jähriger auf 220 und 250 M., für fertige Techniker nach mehr als 3jähriger Tätigkeit in einem technischen Betrieb auf 280 M. und auf 300 M., sobald dieser Techniker mehr als 1 Jahr im Dienst derselben Firma steht. Im übrigen soll die Festsetzung der Gehälter für technische Angestellte nach Leistung und auf Grund freier Vereinbarung erfolgen. Als Teuerungszulage werden ohne Abstufung 120 M. für den Monat gewährt. Sonderzulagen sind bei auswärtigen Bauten besonders zu vereinbaren.

Auf Techniker mit akademischer Bildung und solche, deren Jahreseinnahmen mindestens 10 000 M. betragen, sind die Bestimmungen des Tarifvertrages nicht anwendbar.

Zeigt der Tarifvertrag auch gegenüber den ursprünglichen Forderungen, wie sie in allgemeinen Richtlinien aufgestellt sind, wesentliche Einschränkungen nach allen Richtungen, so sind die Bedingungen immerhin derart, daß ihre Uebertragung auf Architekturbüros für die ohnehin schon stark belasteten Privatarchitekten zu großen Schwierigkeiten führen müssen. Eine solche Uebertragung wird aber erstrebt. Bereits hat sich der Techniker-Verband an den „Verband deutscher Arch. und Ing.-Vereine“, den „B.D.A.“ und die „Deutsche Freie Architektenschaft“ mit dem Ersuchen gewendet, mit ihr über die Frage in Verhandlung treten zu wollen. Die Schwierigkeit, solche Verhandlungen überhaupt mit bindender Wirkung führen zu können, liegt aber vor allem darin, daß keiner der genannten Verbände als maßgebende und zu derartigen Handlungen berechtigte Vertretung der Architektenschaft angesehen werden kann. Ueber die Zweckmäßigkeit des Abschlusses solcher Verträge und deren Form gehen die Meinungen in Architektenkreisen noch auseinander. Man wird sich aber kaum der Ansicht verschließen können, daß grundsätzlich der Ruf der Techniker nach solchen Verträgen eine Berechtigung besitzt und zwar auch für die Dienststellen der Gemeinden und des Staates. —

**Synthetischer Asphaltstein.** Dr. Zimmer von der Aktiengesellschaft Johannes Jeserich in Charlottenburg hat ein Verfahren ausgearbeitet, welches uns in Zukunft in die Lage setzt, den Asphaltstein synthetisch herzustellen, wodurch wir mit dem Bezug dieses Rohmaterials vom Ausland unabhängig sein werden. Das Verfahren ist durch Patente in fast allen Kulturstaaten ge-

Man richte Feldbrandziegeleien ein und reiße unbrauchbare Ringöfen ab. Dann gibt es Steine, ohne daß man Kohle braucht, da für Feldbrandziegel Stubben in jedem Wald zu haben sind. Man blicke auf die großen alten Bauwerke in Tangermünde, Lübeck, Rostock usw., die sämtlich mit Feldbrandziegeln gebaut sind. Man treffe Maßnahmen, die dem Bauhandwerker wieder sofort Arbeit verschaffen, und höre mit der Erwerbslosen-Unterstützung auf. Das hierfür verwendete Geld ist als Bautenzuschuß viel besser verwendet und vor allem ist dann die Möglichkeit, Wohnungen zu schaffen, gegeben.

Übrigens besteht in Frankreich und Italien derselbe Wohnungsmangel und in der auseinander gefallenen Donaumonarchie ist es noch trostloser. Aber auch Neutrale leiden unter denselben Mängeln, vornehmlich Dänemark und die Ostschweiz. Der Wohnungsmangel ist eine Erscheinung, die der Krieg überall mit sich gebracht hat. Dabei liegen die Verhältnisse in Deutschland noch verhältnismäßig günstig, bei uns ist nicht annähernd so viel wie in anderen kriegführenden Staaten vernichtet worden. —

schützt. Zur Verwertung dieser Erfindung ist der Bau einer neuen Fabrik in Velten bei Berlin im Gang. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten für den Bau dieser Anlage lassen es aber noch nicht übersehen, wann mit der Fabrikation des synthetischen Asphaltes begonnen werden kann. Die für dieses neue Verfahren gegründete „Gesellschaft synthetischer Asphalte“ m. b. H. Charlottenburg beabsichtigt, den synthetischen Stampfasphalt der gesamten Asphaltindustrie zugänglich zu machen. —

**Gewerbesteuer- und Umsatzsteuerpflicht für freie Berufe?** In den „Mitteilungen des Verbandes deutscher Gutachterkammern E. V.“ No. 28/19 gibt Ing. K. Perlewitz auf Grund eines Einzelfalles, in dem ein Gewerbesteueramt neuerdings eine Versteuerung des Ertrages aller Gutachten, die auf privaten oder behördlichen Antrag abgegeben werden, sowie auch der schiedsrichterlichen Tätigkeit fordert, eine Zusammenstellung von Gutachten bedeutender Kommentatoren der einschlägigen Gesetze, vielfach fußend auf Oberverwaltungsgerichts-Entscheidungen. Aus der Zusammenstellung geht hervor, daß die bisherige Rechtsprechung keineswegs einheitlich ist. Die Mehrheit der Entscheidungen stimmt jedoch darin überein, „daß die freien Berufe mit Erwerbstätigkeit auf wissenschaftlicher Grundlage, also Architekten, leitende Ingenieure, Zivilingenieure, Patentanwälte, sowie Chemiker, Analytiker, Feldmesser, Geologen, Markscheider weder der Gewerbesteuer noch der Umsatzsteuer unterliegen, soweit sich ihre Tätigkeit nicht etwa auf Bauunternehmungen oder direkte Handelsgeschäfte erstreckt“. —

### Personal-Nachrichten.

**Deutsches Reich.** Versetzt sind: Der Brt. Gerhardt in Hagenau als Vorst. des Mil.-Bauamtes nach Glogau; die Reg.-Bmstr. Petersen in Spandau als techn. Hilfsarb. zur Int. der milit. Inst. nach Berlin und Fromm in Berlin desgl. zur Int. der Luftstreitkräfte.

Der Geh. Ob.-Brt. Schultze, vortr. Rat im Kriegsmin., ist mit Wahrnehmung der Stelle des Abt.-Chefs der Bauabt. beauftragt. Der Reg.-Bmstr. a. D. Friedheim in Altona a. E. ist gestorben. Hessen. Die Reg.-Bfhr. Heinrich Biel, Bernhard Engroff, Otto Keller, Walter von der Leyen und Josef Schäfer sind zu Reg.-Bmstrn. ernannt.

Der Brt. Klump in Darmstadt ist zum vortr. Rat in dem Landes-Arbeits- und -Wirtschaftsamt und Landeswohnungsinsp. mit dem Tit. Ob.-Brt. ernannt.

**Preußen.** Der Reg.-u. Brt. Hermann in Hannover ist der Elektrizit.-Verw. bei dem Ob.-Präs. das., der Brt. Bode in Cassel der Reg. das. und der Reg.-Bmstr. Ortman in Hannover dem neuerricht. Wasserbauamt I (Wasserstr.-Dir.) überwiesen. — Dem Brt. Karl Schmidt in Berlin ist die Vorst.-Stelle des Hochbauamtes Potsdam III und dem Reg.-Bmstr. Loll in Hannover die Vorst.-Stelle des neuerricht. Wasserbauamtes I (Wasserstr.-Dir.) übertragen.

Planmäßige Stellen sind verliehen: Dem Reg.-u. Brt. Velte in Danzig als Mitgl. der Eisenb.-Dir.; — dem Reg.-Bmstr. Straßer in Neuß als Vorst. des Eisenb.-Betr.-Amtes, Walter König in Berlin-Schöneberg als Vorst. des Werkstättenamtes; — den Reg.-Bmstrn. Jos. Müller in Düsseldorf, Geier und Frankenberg in Elberfeld und Reese in Magdeburg, Hempel (M.) in Hannover.

Versetzt sind: Die Reg.-u. Brte. Graebert in Danzig als Mitgl. der Eisenb.-Dir. nach Essen, Voegler in Koblenz, desgl. nach Berlin und Huber in Euskirchen als Vorst. eines Werkstättenamtes bei der Eisenb.-Hauptwerkst. nach Krefeld-Opum; — die Reg.-Bmstr. Ranafier in Nienburg als Vorst. der neuerricht. Eisenb.-Bauabt. nach Wormditt, Spanaus in Bremen, desgl. nach Czersk 2, Dr.-Ing. Remy in Königsberg, desgl. nach Pr.-Eylau und Karl Fröhlich in Czersk in den Bez. der Dir. nach Halle a. S.; Dr.-Ing. Heumann (M.) in Berlin als Vorst. eines Werkstättenamtes bei der Eisenb.-Hauptwerkst. nach Stargard i. Pom., Heinrich Eggers in Metz als Vorst. des Eisenb.-Maschinenamtes nach Euskirchen, Grahl in Berlin nach Charlottenburg zur Vertr. des Vorst. eines Werkst.-Amtes bei der Hauptwerkst. in Grunewald, Streuber in Köln zur Vertr. des

Vorst. des Eisenb.-Maschinenamtes nach Elberfeld, Heilbronn in Beuthen, desgl. nach Altona a. E., Hanebuth in Magdeburg in den Bez. der Dir. Kattowitz und Klinke in Braunschweig, desgl. nach Cassel; — die Reg.- u. Brte. Kühn in Bielefeld an die Reg. nach Düsseldorf und Gehm in Berlin, desgl. nach Bromberg, der Geh. Brt. Hauptner in Posen an die Reg. nach Stralsund; die Reg.-Bmstr. Leyendecker in Kreuznach als Vorst. des Hochbauamtes II nach Cassel, Marx in Wesel nach Hildesheim (Ob.-Präs. in Hannover, Weser-Elbe-Kanal), Dr.-Ing. Thurnau in Hemfurth als Vorst. des Wasserbauamtes I nach Cassel (Wasserstr.-Dir. in Hannover), Borchers an die Reg. in Münster i. W., Morin in Hannover, desgl. nach Cassel, Schlegelmilch in Kattowitz als Vorst. des Hochbauamtes nach Tarnowitz und Seltzer in Tapiau nach Insterburg.

Der Reg.- u. Brt. Dr. Emil Friedrich ist zum Geh. Brt. und vortr. Rat im Min. für Volkswohlfahrt ernannt.

Der Reg.- u. Brt. Marx in Erfurt ist mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Ref. bei den Eisenb.-Abt. des Min. der öff. Arb. beauftragt.

Der Ob.-Brt. Geh.-Brt. Muttray ist zum Wasserbaudir. bei der Wasserstraßendir. in Hannover ernannt. — Der Reg.- u. Brt. Starkloff in Marienwerder ist nach Merseburg an die Reg. versetzt.

Der Reg.- u. Geh.-Brt. Froebel in Sigmaringen ist in den Ruhestand getreten.

Versetzt sind: Die Reg.-Bmstr. Pröbß in Essen nach Wittenberge und Wiener in Magdeburg nach Saalfeld, Riemann in Posen in den Bez. der Eisenb.-Dir. nach Erfurt, Karl Vogt (M.) in Duisburg zur Dir. nach Breslau; — der Reg.- u. Brt. Dr. Winter in Stettin als Mitgl. der Eisenb.-Dir. nach Mainz; die Reg.-Bmstr. Scheunemann in Kattowitz als Vorst. der Eisenb.-Bauabt. nach Gleiwitz, Jos. Müller in Elberfeld desgl. nach Düsseldorf I und Ebeling in Elberfeld in den Bez. der Dir. nach Köln, Hecker (M.) in Duisburg, desgl. —

Der Reg.-Bmstr. Heintze ist der Elbstrom-Bauverw. in Magdeburg zur Beschäftigung überwiesen.

Dem Reg.-Bmstr. Buchholz in Cassel ist die Stelle des Vorst. des neuerricht. Elektrizitätsamtes und dem Reg.-Bmstr. Heymann in Hannover desgl. das. übertragen.

Überwiesen sind die Reg.-Bmstr.: Funk aus Danzig der Reg. in Potsdam und Eichmann aus Hirschgarten dem Meliorat.-Bauamt in Charlottenburg.

Die Reg.-Bfhr. James Wolfsohn, Georg Weber, Eduard Froitzheim und Bruno Weigang (Hochbch.), Alfred Hold (Eisenb.- u. Straßenbch.), Heinz Tietze und Friedr. Schulz (Hochbch.), Gg. Düring (Eisenb.- u. Straßenbch.), haben die Staatsprüfung bestanden.

Der Geh. Brt. Otto Koppen früher in Oppeln, der städt. Bauinsp. a. D. George Peters in Hannover, der Geh.-Brt. Jungfer früher in Hirschberg, der Reg.- u. Brt. Slevogt in Erfurt, der Brt. Arnold Hartmann in Berlin-Grünwald und der Stadtbrt. a. D. Heinrich Grüder in Posen sind gestorben.

**Sachsen.** Ernannt sind: Die Brte. Puschmann in Chemnitz und Wangemann im Hochbauamt zu Fin.- u. Brtn.; die Bauamt. Mühlnert und Dr.-Ing. Wilde beim Hochbauamt, Dr.-Ing. Rüdiger in Bautzen, Dr.-Ing. Goldhardt in Meißen und Heise in Dresden I zu Brtn.; der Reg.-Bmstr. Dr.-Ing. Conert zum planm. Reg.-Bmstr. beim Neubaumt Gemäldegalerie in Dresden.

Der Brtn. Rud. Pfeiffer, Sixtus und Schauer in Dresden, Poppe in Leipzig und Heinig in Chemnitz, Benndorf in Chemnitz, Berndt und Dr.-Ing. Speck in Bautzen ist die Dienstbezeichnung Fin.- u. Brtn., der Bauamt. Großer in Pirna, Grohmann in Chemnitz, v. Glaßer in Annaberg und Goldhan in Auerbach die Dienstbezeichnung Brt. beigelegt.

Versetzt sind: Die Fin.- u. Brte. Fritzsche in Leipzig zum Bauamt Dresden-A., Besser in Dresden als Vorst. zum masch.-techn. Büro; die Brte. Kirsten in Dresden zum Entwurfsbüro, Augustin in Leipzig zur Betr.-Dir. Leipzig I, Pfeiffer in Leipzig als Vorst. zum Bauamt Leipzig II, Fischer in Leipzig als Vorst. zum Neubaumt Wurzen; die Bauamt. Zetzsche in Glauchau zum Neubaumt Klingenberg, Braune in Dresden desgl. nach Wurzen; die Reg.-Bmstr. Büttner in Zwickau zum Neubaumt Olbernhau, Hofmann in Freiberg zum Bauamt Döbeln II, Dr.-Ing. Ullrich in Dresden desgl. nach Riesa und Ebel in Dresden zum Bauamt Leipzig I.

Der Reg.-Bmstr. Lampe beim Bauamt Freiberg ist zum Bauamt. ernannt. Der Reg.-Bmstr. Andrae bei den Reichseisenb. ist als Bauamt. beim Bauamt Annaberg angestellt.

In den Ruhestand sind getreten: Dr. Ulbricht, Dr.-Ing. Präs. der Gen.-Dir. der Staatseisenb.; die Ob.-Brte. Lindner in Dresden, Degener in Engelsdorf und Menzner in Leipzig.

Der Prof. Alex. Winkler, Oberlehrer an der Staatsbauschule in Leipzig ist gestorben.

**Württemberg.** Die Bez.-Bauinsp. tit. Brt. Fröhner in Heilbronn und Rimmelle in Ellwangen sind gegenseitig versetzt.

Der Eisenb.-Bauinsp. Aschenbrenner in Ulm ist zum Bauinsp. des inn. Dienstes bei der Gen.-Dir. der Staatseisenb. und Dr.-Ing. Fuchs bei der Gen.-Dir. zum Eisenb.-Bauinsp. als Vorst. der Hochbauabteilung I in Cannstatt befördert.

Den Reg.-Bmstrn. Roller bei der Eisenb.-Bausektion Ludwigsburg, Scherrer bei dem Betr.-Amt Leutkirch und Dr.-Ing. Karl Zimmermann bei der Gen.-Dir. der Staatseisenb. ist je eine Abt.-Ing.-Stelle übertragen.

Dem Eisenb.-Bauinsp. Schiller bei der Gen.-Dir. der Staatseisenb. ist die Stelle des Vorst. der Eisenb.-Werkst.-Insp. Cannstatt und dem Eisenb.-Bauinsp. Hertneck in Rottweil eine Bauinsp.-Stelle bei der Gen.-Dir. übertragen. Der Eisenb.-Bauinsp. Welte in Rottweil ist zum Vorst. der Eisenb.-Bauinsp. Heilbronn mit der Dienststellung eines Brts. befördert.

Der Ob.-Brt. Veigele in Stuttgart ist auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt.

Der Ob.-Brt. Johs. Friedr. Zimmer in Reutlingen ist gestorben.

## Brief- und Fragekasten.

Die Beantwortungen und Auskünfte im Briefkasten erfolgen ohne jede Gewähr seitens der Redaktion.

**Hrn. Arch. C. M. in Frankfurt.** (Entschädigung im Wettbewerbs-Verfahren.) Da die Angelegenheit bereits auf das Jahr 1908 zurück geht, so dürfte wohl schon eine Verjährung des Entschädigungs-Anspruches eingetreten sein. Der Anspruch würde sich auf Entgang eines Preises durch das Verfahren der vorprüfenden Stelle zu stützen haben und an den Magistrat zu richten sein. Nun hat aber der Entwurf in der Verhandlungsschrift eine so wenig günstige Beurteilung erfahren, daß nicht anzunehmen ist, daß er für eine Preiszuerkennung in Frage gekommen wäre, selbst wenn das Versehen nicht vorgekommen wäre. Wir empfehlen daher, von einer weiteren Verfolgung der Angelegenheit abzusehen. —

**Hrn. Bauing. F. R. in Stettin.** (Holzpflasterfirmen.) Mit der Herstellung von Holzpflaster zu Straßen usw. befassen sich von uns bekannten Firmen Heinrich Freese in Berlin-Niederschönhausen, außerdem die Rütgers'sche Holzpflasterungs-G. m. b. H. in Berlin. Ihnen im Briefkasten Auskunft über Holzpflasterung zu geben, sind wir nicht in der Lage, nur sei bemerkt, daß zur Herstellung eines dauerhaften Holzpflasters genaue Kenntnis der Eigenschaften der zu verwendenden Hölzer, sorgfältigste Auswahl des Materiales, gute Imprägnierung, sorgfältigste und durchaus sachgemäße Herstellung gehören, sonst ist der Erfolg ein zweifelhafter. Ihre weiteren Fragen sind solche, die nur durch den Inseratenteil zu beantworten sind. —

**Hrn. Arch. B. D. A. S. in Schwerte.** (Honorarfragen.) Die Tätigkeit des Architekten, der nur Bauten entwirft und ihre Ausführung überwacht, fällt mindestens bezüglich des ersten Teiles seiner Tätigkeit nach derzeitiger Rechtsanschauung unter den Begriff des Werkvertrages. Sie haben daher auch nach § 632 B.G.B. zweifellos für die Entwurfsbearbeitung Anspruch auf Honorar, ganz einerlei, ob der Bau nachher ausgeführt ist oder nicht. Denn es heißt dort: „Eine Vergütung gilt als stillschweigend vereinbart, wenn die Herstellung des Werkes — (also hier des Entwurfes) — den Umständen nach nur gegen eine Vergütung zu erwarten ist“. Da der Architekt, der nicht selbst Unternehmer ist, seinen Lohn aber lediglich in dem Honorar findet, so trifft diese Voraussetzung unbedingt zu. Weiter heißt es in demselben Gesetzesparagrafen: „Ist die Höhe der Vergütung nicht bestimmt, so ist in Ermangelung einer Taxe die übliche Vergütung als vereinbart anzusehen.“ Als Taxe kann nun zwar die Geb.-O. für Architekten und Ingenieure nicht bezeichnet werden, denn sie hat keine allgemeine Gesetzeskraft, sie ist als „üblicher Preis“ aber schon durch eine ganze Reihe von Oberlandesgerichts- und auch Reichsgerichts-Entscheidungen anerkannt worden. Selbstverständlich können Sie nur die Preise in Ansatz bringen, die zur Zeit des Entwurfes Gültigkeit hatten.

Der Fall lehrt übrigens wieder, daß die Architekten Aufträge möglichst sogleich schriftlich festlegen sollten. Dann können Streitfragen dieser Art nicht immer wieder entstehen. —

**Hrn. Dipl.-Ing. H. in Leipzig.** (Bau- oder Ingenieur-Anwalt.) Die Bezeichnung als „Ingenieur-Anwalt“ ist bisher wohl noch gänzlich ungewöhnlich, dagegen wird die Bezeichnung „Bau-Anwalt“ schon häufiger gebraucht. Wir haben uns dazu schon mehrfach im Briefkasten geäußert. Daß ein Rechts- oder Patent-Anwalt dagegen Einspruch erheben könnte, erscheint uns gänzlich ausgeschlossen, wenn die Bezeichnung auch diesen Berufen in einer nicht ganz die Tätigkeit des Architekten oder Ingenieurs treffenden Weise nachgebildet ist. Als Bau-Anwalt, d. h. als Vertrauensmann des Bauherrn sollten sich — abgesehen von der als selbstverständlich vorausgesetzten entsprechenden Leistung — nur der Architekt oder Ingenieur bezeichnen, der ausschließlich planend oder beratend, nicht aber auch zugleich als Unternehmer tätig ist. —

**An verschiedene Frager.** (Taylor-System.) Es gibt Arbeiten Taylors auch über das Bauwesen. Bericht darüber gibt die ausführliche Broschüre „Die Anregungen Taylors für den Baubetrieb“ von Dr. Max Mayer (Berlin 1915, Julius Springer), deren zweite Auflage in Vorbereitung ist. —

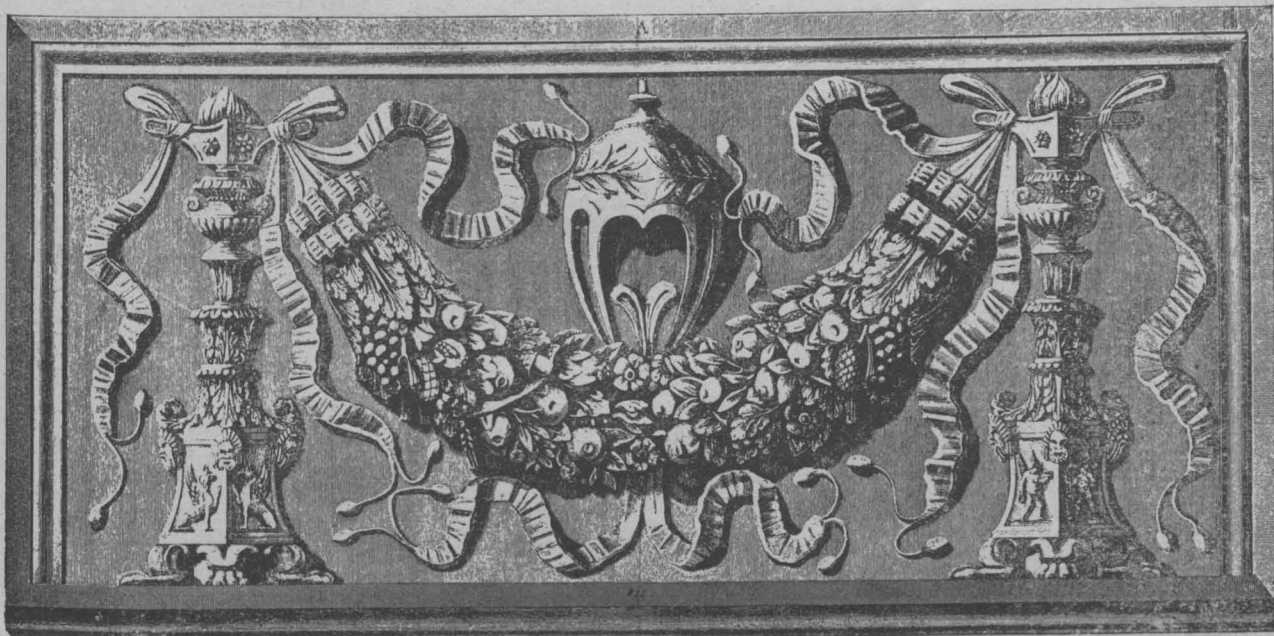
**Fragebeantwortungen aus dem Leserkreis.**  
Zur Anfrage 2 in No. 51. (Harmonisches Glockengeläute einer Stadt.) In Heft 9—12, Bd. VII. Jahrg. 1918 der „Mitteilungen des Landesvereins Sächs. Heimatschutz“, Dresden, ist ein Aufsatz von Prof. Biehle enthalten „Die Glocke als heimatlicher Wert“, in dem der angefragte Gegenstand behandelt ist und in dem auch auf weitere Literatur hingewiesen wird. — B. in L.

## Anfragen an den Leserkreis.

In einer Strickgarn-Spinnerei befinden sich unter der Färberei Kellerräume, die zur Aufbewahrung von Garn und dergl. dienen. Die Färberei-Abwässer sammeln sich innerhalb der Färberei in Schnittgerinnen und fließen von da in einer Anzahl von Fallrohren ab, die durch genannte Kellerräume, teils offen zutage liegend, teils eingemauert, führen. Da sowohl sauer als alkalisch und auch mit Helyotonfarben (Hydrosulfidfarben) gefärbt wird, lassen sich weder Eisen- noch Blei- oder Kupferrohre zu den Abflüssen verwenden, weil die Farblösungen die Rohre nach kurzer Zeit zerstören. Die hohe Temperatur der Abwässer schließt auch asphaltierte Metall- und glasierte Tonrohre aus, da die letzteren sofort platzen. Die Folge ist, daß das Mauerwerk trotz der wenigen Jahre, die die Fabrik in Betrieb ist, stellenweise schon stark angegriffen wurde.

Ich bitte um Auskunft, welches Rohmaterial geeignet ist, den zerstörenden Einflüssen genannter Chemikalien auf die Dauer zu widerstehen, und wer derartige Rohre herstellt. Von besonderem Interesse wäre mir, eine oder mehrere Färbereien zu erfahren, die unter gleichen Verhältnissen mit entsprechenden Entwässerungsanlagen seit längerer Zeit schon einwandfrei arbeiten. — W. F. in Altb.





# DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. NO 58. BERLIN, DEN 19. JULI 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

## Krieger-Ehrung im Großherzogtum Baden.

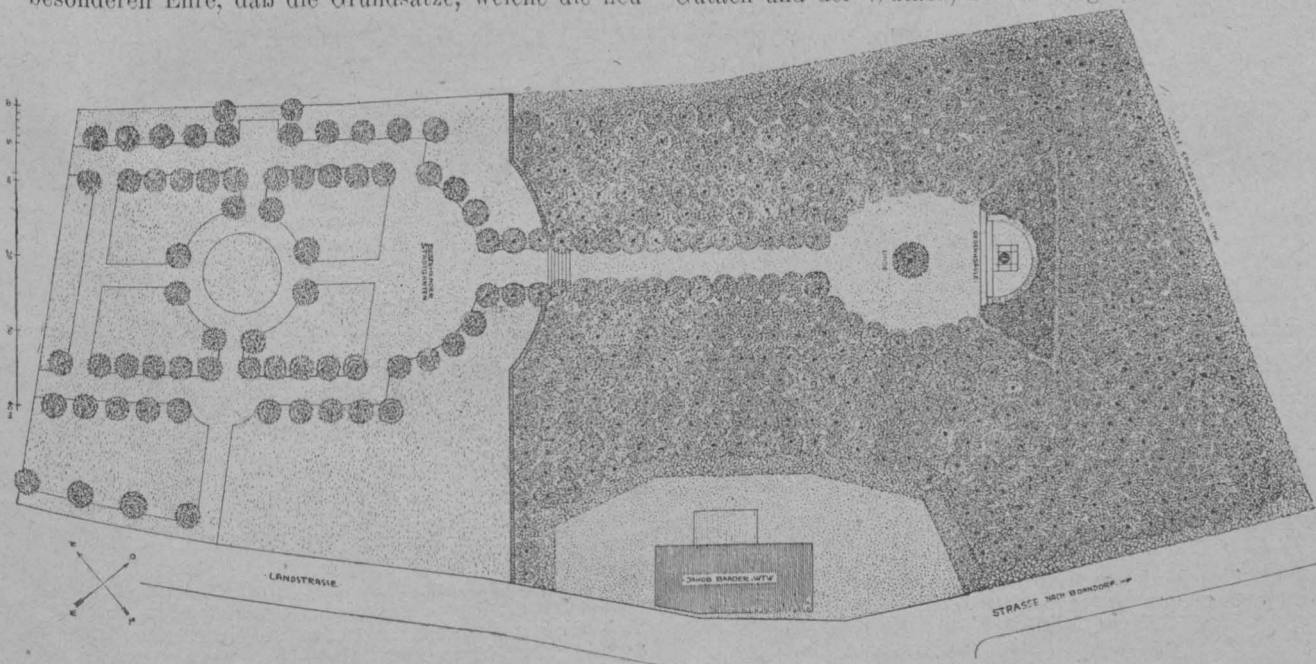
Von A. Stürzenacker in Karlsruhe. (Schluß aus No. 56) Hierzu die Abbildungen Seite 332 und 333.)



Das Großherzogtum Baden ist als mittelbares Grenzland während der Dauer des Krieges in mancher Hinsicht stärker an die Wirkungen dieses Krieges gemahnt worden; da und dort wird heute schon der Wunsch laut nach einer Ehrung der Gefallenen, in Einzelfällen hat er sich zur Herstellung von ausführungsfähigen Gedanken und Plänen verdichtet, deren Verwirklichung der harten Zeit wegen aber noch unterbleiben mußte. Es gereicht Denen, von welchen der Wunsch nach einem Denkmal ausgeht und damit dem Land zur besonderen Ehre, daß die Grundsätze, welche die heu-

tige Denkmal-Ehrung tragen sollen, bei den Verhandlungen mit den Beteiligten eine ungeteilte Würdigung fanden, zum Teil sogar von diesen bewußt oder unbewußt als programmatische Leitsätze für die Arbeit ausgegeben wurden: in keinem der hier mitgeteilten Fälle sind Wünsche laut geworden, die eine Zurückweisung notwendig machten. Das läßt immerhin auf eine erfreuliche Gesundung der Empfindungen und Anschauungen auf diesem Gebiet in den weitesten Kreisen des Volkes schließen.

Lenzkirch, auf einer Höhe von 800 m, ist ein im schönsten Tal des badischen Schwarzwaldes gelegener, im Sommer viel besuchter Aufenthaltsort; der Schlüssel zu den Tälern der Hölle, des Schluchsees, der Gutach und der Wutach, allseits eingebettet von kräf-



Heldenhain Lenzkirch

tigen Berghängen, die bis zu 1400 m ansteigen. Die Stiftung eines Straßburgers, dessen Familienbeziehungen in Lenzkirch wurzeln, Major Siebler-Ferry, der schon viel Gutes für Lenzkirch getan hat, der Gemeinde auch einen eigenen Stadtgarten schenkte, ermöglichte es, daß hier ein Heldenhain in Bälde entsteht; wenn er nicht als erster entstehen konnte wie es der sehnliche Wunsch des Stifters war, so liegt das an der Ungunst der Zeitverhältnisse. Daß dabei die Natur in ihrer vollen Schönheit ausgewertet werden mußte, war selbstverständlich, und darum ebenso selbstverständlich, daß die Architektur erst in zweiter Linie kommen durfte; ein kräftiges, aber nicht aufdringliches Mal an besonderer, weiheartig gestalteter Stätte. Nicht jedem Gefallenen soll nach dem Gedanken, der so manchmal vertreten wird, ein Baum als Erinnerung gepflanzt werden; die Allgemeinheit der Bäume soll die Allgemeinheit der Gefallenen ehren. Den architektonischen Mittelpunkt der Anlage bildet eine Granitsäule von 9 m Höhe, in einem chorartig durch Bäume gebildeten Halbrund am einen Ende des Platzes aufgestellt, den natürlichen Mittelpunkt die Friedenslinde im Mittelpunkt des elliptisch gehaltenen Platzes. Ein stilles Wasser durchzieht den Platz, den Boden unter den Bäumen werden künftig Moos, Gräser und Waldblumen wild durcheinander deken. Das herrliche Granitmaterial der Säule findet sich in unmittelbarer Nähe; auf der Säule stehen die einfachen Worte „Zum Gedenken unserer Helden 1914 bis 1918“. Die Weihe des Platzes und das Stille, Traumhafte wird verstärkt durch eine 2 m breite, die Anlage umschließende Tannenhecke, die mit der Zeit 3 m hoch werden wird und dem Besucher des Platzes den unmittelbaren Ausblick auf die nächste Umgebung zwar verwehrt, auf die kräftigen und machtvollen Berghöhen dagegen gestattet. (Abbildung S. 333.)

An anderer Stelle des Schwarzwaldes, in unmittel-

barer Nähe einer kleineren Stadt, erhebt sich aus dem Gesamtmassiv des urwüchsigsten und schönsten Schwarzwald-Gebirges eine Bergkuppe bis zu der Höhe von nahezu 1100 m, oben flach gerundet, die sich die Gemeinde voraussichtlich für die Ehrung der Gefallenen wählen wird. Es soll hier kein Denkmal des üblichen Sinnes — Steinhäufen — entstehen, sondern eine einfache Kapelle mit auserwähltem Inhalt, der auf die Leiden und Ehren des Krieges in Wort, Bild und Stein hinweist; davor ein runder Platz, der gegen außen durch Mauer oder Erdwall abgeschlossen wird; rings um den Weiheplatz werden die Erinnerungssteine an die Gefallenen Aufstellung finden. Nicht Bändigen der Natur, sondern Zusammenarbeiten mit ihr und Betonen ihrer Eigenart sollen oberster Grundsatz sein. (S. 318 und 332.)

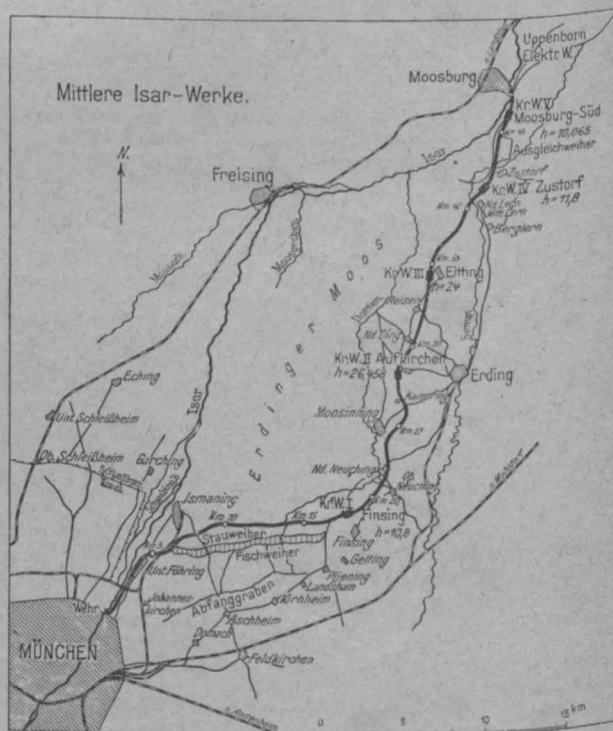
In der evangelischen Stadtkirche Wertheim im Tauberland, einer durch Denkmale der spätgotischen und Barockzeit reich gesegneten Stadt, soll die Erinnerung an die große Zeit und die in dieser Gefallenen durch Ehrenschilder an den Wänden teils aus Holz und bemalt, teils reich geschmückt an den Brüstungen der Empore ihren Ausdruck finden. Auch diese Kirche ist nach ihrem Aeußeren ein wertvolles spätgotisches Baudenkmal; das Innere hat im Lauf des letzten Jahrhunderts sehr gelitten und verrät nichts mehr von der schönen Patina der Zeiten und dem Wert des Alters; grau in grau ist die Farbe, trüb in trüb ist die Stimmung; es wirkt darum keineswegs erfreulich. Die Ausführung in der bisher angenommenen Form, die namentlich die kräftige Unterstützung des Geistlichen findet, wird dazu beitragen, dem Inneren die Stimmung und Weihe zu geben, die der Mensch in einem Kirchenraum finden muß, um hier, dem Alltagsleben fern, seelische Erholung und innere Erbauung zu finden. (Abbildung S. 318 in No. 56.) —

## Die Ausnutzung der Wasserkräfte der mittleren Isar und das Erdinger Moos.

**D**ie Ausnutzung der Wasserkräfte der mittleren Isar, d. h. der 51,5 km langen Strecke zwischen München und Moosburg ist von der bayerischen Regierung beabsichtigt. Der Finanzausschuß des bayerischen Landtages hat den Plan, der einen Kostenaufwand von 115 Mill. M. verursachen würde, Ende März d. J. gebilligt, und anfangs April hat bereits die Vergebung des ersten Bauleses stattgefunden. Der „München-Augsburger Abendzeitung“, die eine eingehende Darstellung des Planes bringt, entnehmen wir die nachstehenden Angaben. Die Strecke hat etwa 88 m Gefälle, eine mittlere Wasserführung unterhalb München von 90 cbm/Sek., bei H.-W. eine solche bis 1300 cbm/Sek., bei N.-W. sinkend bis auf 20 cbm/Sek. Durch 5 Niederdruckkraftwerke von 11–26 m Gefälle soll das vorhandene Gefälle fast vollkommen ausgenutzt, durch einen Wasserspeicher von 32 Mill. cbm im Erdinger Moos erreicht werden, daß die Wasserführung am ungünstigsten Wintertage des wasserärmsten Jahres nicht unter 63 cbm/Sek. sinkt, so daß eine Kraftleistung von über 500 Mill. Kilowattstunden im Jahr gewonnen werden kann. Neben diesem Hauptausgleichsweier ist noch ein kleiner Stauweier von rd. 3 Mill. cbm Inhalt für die Ausgleichung von Tagesschwankungen vorgesehen.

Der Plan sieht den Einbau eines Walzenwehres in der Isar unterhalb München vor, der das Mittelwasser von 100 cbm/Sek. um 4,65 m aufstauen soll. Von hier zweigt ein 47 km langer Werkkanal ab, an dem die 5 Kraftstufen eingebaut sind. Der Kanal durchquert das Erdinger Moos, verläuft über Finsing, Aufkirchen, Zustorf und mündet bei Moosburg in den Oberkanal des Münchener Uppernborn-Kraftwerkes. Der kleine Ausgleichsweier ist zwischen Zustorf und Moosburg angeordnet. Die normale Ges.-Sommerleistung der Kraftanlagen wird 110 000, die Winterleistung 64 000, die mittlere Jahresleistung 87 000 PS. betragen. Die mit Francis-Turbinen auszustattenden Kraftwerke sollen Drehstrom von 25 000 Volt Spannung erzeugen, der also unmittelbar dem mit der gleichen Spannung arbeitenden Münchener Netz zugeführt werden kann. Der Plan sieht auch eine Verbesserung der Wasserführung des Erdinger Moores vor, die dessen Kulturverhältnisse verbessern würde. Seine Durchführung bedingt aber auch neue Anlagen für die Beseitigung der Münchener Abwässer, da diese nun nicht mehr ungereinigt dem Isarstrom zugeführt werden

dürfen, dessen selbstreinigende Kraft nicht mehr genügen würde. Es ist diese Aufgabe bei den gegebenen örtlichen Verhältnissen aber in ziemlich einfacher Weise durch die Anlage von Abwasser-Fischteichen zu lösen, aus denen dann das geklärte Wasser dem Werkkanal unbedenklich



zugeführt werden kann. Auch zu landwirtschaftlichen Zwecken können die Abwässer auf den Oedländereien an beiden Ufern der Isar ausgenutzt werden. Die Vorarbeiten und die Planung sind durch die „Mittlere Isar G.m.b.H.“ durchgeführt worden, deren Büro unter der Leitung von



Reg.-Bmstr. Dr.-Ing. Rümelin gestanden hat. Der Staat hat dann aber unter Uebernahme des Planes die Aufgabe zu seiner eigenen gemacht und als Staatskommissar Reg.- und Bt. Krieger bestellt. Durch die Ausführungen des Planes werden nicht nur wertvolle Kraftquellen erschlossen, sondern es wird damit gleichzeitig auch eine Entwässerung des Erdinger Moores geschaffen, wodurch größere Landflächen der Kultur erschlossen werden können. —

Die bayerische Landesstelle für Gewässerkunde (früher Hydrotechnisches Büro) hat seit 6—8 Jahren ausgedehnte Messungen und Untersuchungen über das Grundwasser des Erdinger Moores und dessen Einzugsgebiet und über die Einwirkung der Wasserkraft-Ausnutzung der Isar zwischen München und Moosburg („Mittlere Isar“) auf diese Grundwasserverhältnisse betrieben. Darüber macht Hr. Reg.- und Bt. Mayr die folgenden bemerkenswerten Mitteilungen:

Der zur Ausführung bestimmte Plan für die Kraftausnutzung der Isar zwischen München und Moosburg sieht die Führung des Werkkanales rechts der Isar quer über den obersten Teil des Erdinger Moores hinweg in der Richtung Unterföhring-Finsing vor, wo zur Ausgleichung der Werkwassermenge und der Krafterzeugung die Anlage eines großen Speicherbeckens in Form eines rd. 10 km langen und durchschnittlich 1 km breiten Sees von etwa 32 Mill. cbm Wasserinhalt geplant ist. Es ist weiterhin beabsichtigt, die infolge der Isar-Ableitung notwendig werdende Beseitigung oder Unschädlichmachung der Münchener Abwässer nach der Methode Hofer in nutzbringender Weise durch Anlage von Fischeichen zu bewerkstelligen, die in entsprechender Flächenausdehnung dem Stausee vorgelagert sein werden.

Für die Zeit der großen Bauarbeiten sind eine möglichst kräftige Senkung des im Bereich des Moores verhältnismäßig seicht unter der Bodenoberfläche befindlichen mächtigen Grundwasserstromes der Münchener Schotterfläche rechts der Isar sowie die Ableitung der vorhandenen wasserreichen Grundwasserbäche, See-Bach, Goldach und Dorfen erforderlich, welchem Zweck die Anlage eines rd. 10 km langen Grundwasser-Abfangkanales von Johanneskirchen bis Pliening, der bei mittlerem Grundwasserstand durchschnittlich 8 m in den unterirdischen Strom einschneidet, dienen wird. Die Ausführung dieser Arbeiten und der spätere Betrieb der Gesamtanlage bedingen tiefgreifende und dauernde Eingriffe in den Wasserhaushalt des gesamten Erdinger Moores.

Das Erdinger Moos — eine leicht gewellte mit ungefähr 2,7:1000 nordnordöstlich geneigte schiefe Ebene — ist im Großen begrenzt im Süden und Osten durch die Linie Daglfing-Aschheim-Finsing-Moosinning-Schwaig-Berglein-Moosburg, im Norden und Westen durch den rechtseitigen Talrand der Isar von Moosburg über Freising, Erching, Ismaning bis zurück nach Daglfing. Bei einer Länge von rd. 33 km (zwischen Riem und Gaden) und einer von 6—10 km wechselnden Breite besitzt das Moos rd. 240 qkm (= 24 000 ha oder rd. 70 400 bayer. Tagwerk) Fläche und steht hinsichtlich seiner Entstehung und wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten vollständig unter der Herrschaft jenes mächtigen unterirdischen Stromes, der seinen Ursprung hat südlich von München in den Schotterlagern entlang den Höhen des Moränengürtels östlich von Wolfratshausen über Aufhofen-Linden-Otterfing bis zum Mangfallknie bei Grub. Die anfängliche Breite dieses Stromes von etwa 24 km in der so eben angegebenen Linie nimmt, je weiter der Strom sich nach Norden bewegt, mehr und mehr ab. In Höhe Deisenhofen (Ursprung des Hachinger-Baches) Höhenkirchen-Pfarrern beträgt sie noch 19 km, in Höhe Zamdorf-Feldkirchen-Neufarn 14 km und in der Höhe von Freising lediglich nur noch 11 km. Der Grundwasserstrom wird getragen von einer undurchlässigen Fflinschicht, deren Oberfläche eine wellenartige Gestalt hat, sozusagen aus kleinen Hügeln und Tälern besteht.

Man stellt sich den Grundwasserstrom am besten vor als ein einem Tagesstrom gleichartiges Gebilde, dessen Bett aber mit Kies oder anderem Material ausgefüllt ist, durch dessen Hohlräume das Wasser sich talwärts bewegt. Entsprechend dem großen Widerstand, den dieses Bett dem durchfließenden Wasser entgegen stellt, ist die Fließgeschwindigkeit des Wassers eine sehr kleine; sie beträgt im Durchschnitt nur  $\frac{1}{2}$  mm in der Sekunde, also im Tag rd. 43 m. Da die Länge des Grundwasserstromes von Otterfing bis zur Isar unterhalb von Freising rd. 56 km beträgt, so braucht ein Tropfen dieses Grundwassers bis er von Otterfing zur Isar gelangt, etwa  $3\frac{1}{2}$  Jahre.

Der Grundwasserstrom steigt und fällt wie der offene Strom, nur viel langsamer; ein größtes Steigen des Grundwassers betrug im Juli 1909 75 cm; im Tag durchschnittlich 2,5 cm, ein größtes Fallen im September 1914 20 cm, im Tag  $\frac{2}{3}$  cm.

Wie der offene Fluß seine Hochwasser hat, so auch der Grundwasserstrom. Die Hochwasser-Anschwellungen brau-

chen zu ihrer Bildung beim Grundwasserstrom Jahre, so dauerte ein Grundwasseranstieg von 2,4 m Erhebung von Mitte Juni 1909 bis Anfang April 1911, also fast 22 Monate.

Die Erscheinung von Höchst- und Tiefstständen ist auch dem Grundwasserstrom eigen; der tiefste Stand unseres Grundwasserstromes ist ziemlich sicher nachweisbar in Eglfing 1865 aufgetreten, er lag etwa 523 m über dem Meer. Der höchste Stand wurde seitdem erreicht in Eglfing 1900 mit etwa 527,5 m über dem Meer, die Gesamtschwankung beträgt somit ungefähr 4,5 m.

Der Spiegel des Grundwasserstromes ist in der Strecke von Otterfing bis zur Linie Daglfing-Aschheim-Finsing nicht sichtbar. Die Schotterauffüllung seines Bettes überragt den Spiegel stellenweise bis zu 40 m (Sauerlach), bei Neubiberg beträgt sie noch 12 m, bei Trudering nur mehr etwa 4 m, in der Strecke Daglfing-Aschheim-Finsing tritt bei hohem Grundwasserstand der Spiegel förmlich zu Tag und es beginnt damit das Erdinger Moos.

Die Wassermengen, welche der im Mittel 12 m mächtige Grundwasserstrom im Profil Berg a. L. - Eglfing - Wolfesing führt, berechnen sich bei Hochwasser bis zu 24 cbm, bei Niederwasser zu etwa 12—15 cbm in der Sekunde. Da der Grundwasserstrom beim Eintritt in das Erdinger Moos im Vergleich zu den im Gebiet der Schotterfläche waltenden Verhältnissen sowohl ein kleineres Gefälle, wie auch einen an Breite und Tiefe verkleinerten Durchfluß-Querschnitt antrifft, so muß je nach dem Verlauf der Grundwasserstände ein mehr oder minder großer Grundwasser-Ueberschuß, welchen die Moor-, Alm- und Kiesschichten des Moores nicht zu fassen und weiter zu leiten vermögen, über der Bodenoberfläche zum Abfluß gelangen. Es geschieht in der Form zahlreicher Quellschümpfe und eines engmaschigen Netzes kleiner Rinnale, die sich in der Hauptsache zu drei größeren Bachsystemen, dem See-Bach, der Goldach und der Dorfen vereinigen. Durch die Quell-Austritte wird der Grundwasserstrom bei Niederwasser um 6—7 cbm, bei Hochwasser um etwa 13 cbm in der Sekunde entlastet, den verbleibenden Rest von durchschnittlich 9 cbm/Sek. hat das Erdinger Moos selbst abzuführen. Unter der Wirkung dieser Wassermenge sowie dem Einfluß der dem Moosgebiet an und für sich eigenen Niederschläge von durchschnittlich 800 mm im Jahr stehen die Grundwasserverhältnisse und untrennbar mit diesen verknüpft die landwirtschaftliche Benutzung der großen weiten Ebene östlich von den Toren Münchens an bis hinab nach Freising und Moosburg. Ueber 100 Jahre weit zurück reichen die Bestrebungen zur Erringung der Herrschaft über das Wasser, zur durchgreifenden und dauernd gesicherten Beseitigung des die Kultivierung hindernden Wasserübermaßes. Entwässerungs-Einrichtungen im ausgedehntesten Umfang wurden getroffen und doch werden in regelmäßigen Zeitabschnitten immer wieder Klagen laut über die Unzulänglichkeit oder das Versagen dieser Anlagen, jedesmal erschallt von neuem der Ruf nach weiterer Entwässerung, wenn in periodisch wiederkehrenden Zeiten langjährigen Grundwasserhochstandes die für die Kultivierung aufgewendeten Kosten und Mühen unwirksam zu werden drohen. Man sollte meinen, durch die Anlage eines Grabennetzes von weit über 150 km Länge, in welcher Zahl die kleineren Wasserabzugsgräben nicht inbegriffen sind, müßte eine jederzeit ausreichende Entwässerung zu erzielen gewesen sein. Der Augenschein lehrt jedoch, daß nur an einzelnen Stellen bei besonders intensiver Bewirtschaftung und nur in Jahren mit ausnahmsweise günstiger Niederschlags-Verteilung örtliche Erfolge zu verzeichnen sind.

Im Zusammenhalt der Forschungsergebnisse Thiems, dessen Arbeiten für eine Grundwasser-Versorgung Münchens aus den Jahren 1876—1879 heute noch als grundlegend und richtunggebend für das Studium des Grundwasserproblems anzusehen sind, mit den von der Landesstelle für Gewässerkunde angestellten langjährigen Untersuchungen über die Grundwasserverhältnisse der Münchener Schotterfläche und im Besonderen aus dem Studium der Wasserführung des Hachinger-Baches und der sämtlichen Gewässer des Erdinger Moores, wofür als einwandfreie Unterlagen mehr als tausend planmäßig durchgeführte Reihenwasser-Messungen zur Verfügung stehen, ist festzustellen, daß man mit dem bisherigen Verfahren nicht Herr über den Wasserhaushalt des Erdinger Moores wird, so lange nicht, als die Wasserstandsverhältnisse und das Gewässernetz des Moores den Wirkungen des aus einem rd. 600 qkm großen Einzugsgebiet stammenden mächtigen Grundwasserstromes, der zum Durchfließen des Moores einen Zeitraum von wenigstens zwei Jahren braucht, unterworfen sind.

Es liegt die Frage nahe, ob eine Wendung dieser von der Natur gegebenen ungünstigen Verhältnisse überhaupt möglich ist. Vom technischen Standpunkt aus lautet die Antwort: Ja. Das Mittel hierfür besteht in der Befreiung

des Erdinger Moores vom Grundwasserstrom der Schotterfläche. Das ist möglich dadurch, daß man diesen Strom vor seinem Eintritt in das Moos in seiner ganzen Quere, also entlang des südlichen Moosrandes, durch einen möglichst tiefen Graben anschneidet, mit ihm die 12—24 cbm/St., welche ober- und unterirdisch das Moosgebiet durchfließen,

1. Der Grundwasser-Absenkung im Interesse einer ungestörten und leichteren Durchführung der bei der Durchquerung des Erdinger Moores notwendigen umfangreichen Bauarbeiten.

2. Der Gewinnung von möglichst viel Wasser mit verhältnismäßig hoher und gleichbleibender Temperatur zur wirksamen Abwehr der Vereisung des Werkkanales.

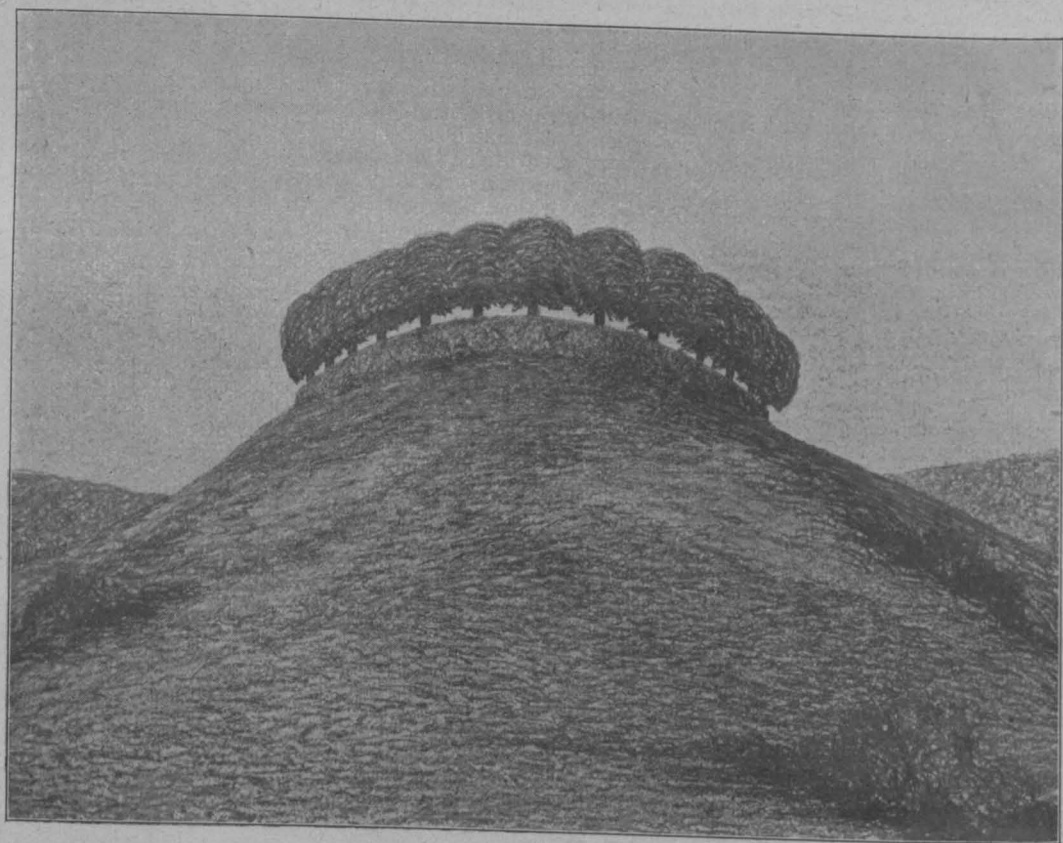
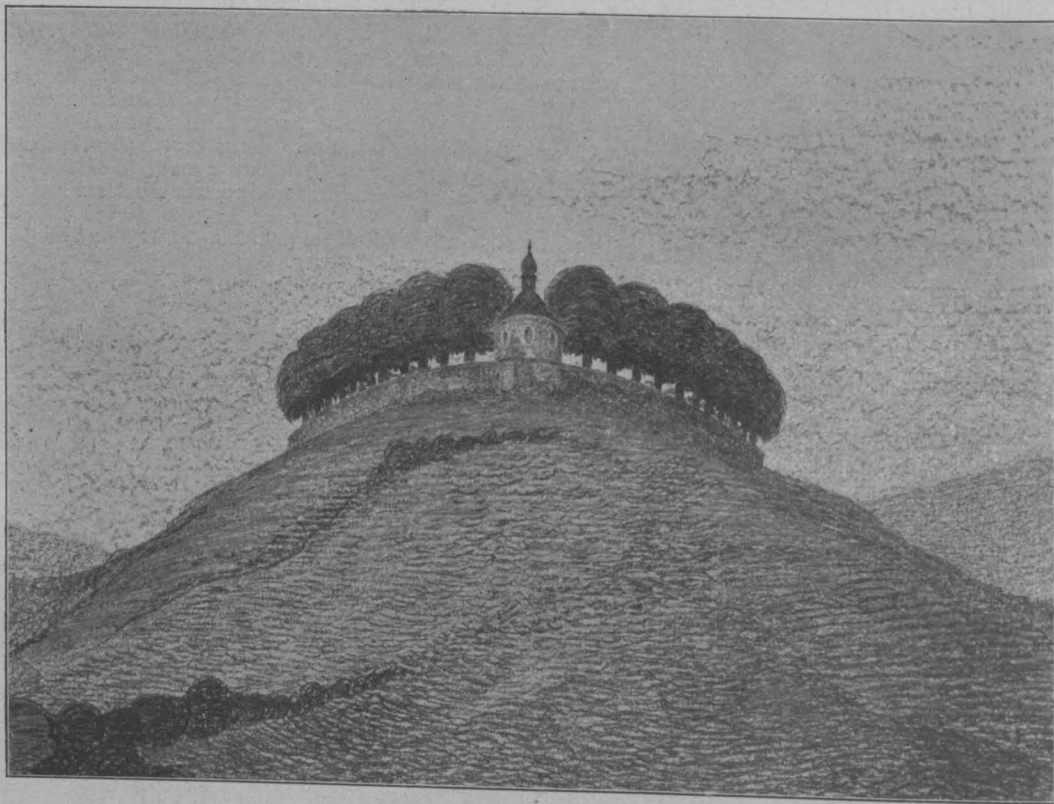
3. Der Kraftausnutzung des Grundwasserstromes in sämtlichen Kraftstufen von zus. 80 m Gefälle.

4. Der Vermehrung und Ausgleichung der Wassermengen in den regelmäßig wiederkehrenden Zeitabschnitten niedriger Wasserführung der Isar.

Auf diese Weise arbeitet der Plan der mittleren Isar der Kultivierung des Erdinger Moores nicht nur vor, sondern schafft sogar die einzig mögliche Vorbedingung für eine durchgreifende und dauernde Kultivierung, die über kurz oder lang ja doch kommen muß, wenn man in Erwägung zieht, daß bei einer richtigen Bewirtschaftung der Gesamtmoosfläche es möglich ist, ungefähr ein Fünftel bis ein Viertel des Bedarfs der Stadt München an Getreide, Milch und Kartoffeln (zugrunde gelegt sind die im Dez. 1916 zugewiesenen Mengen) im Erdinger Moos zu erzeugen.

Es wird vielleicht die Frage aufgeworfen werden, ob denn nicht die Beseitigung des Grundwasserstromes eine zu weitgehende Austrocknung des Bodens zur Folge haben werde und damit die Kultivierung eher behindere als fördere. Demgegenüber ist hervorzuheben, daß im Bereich des Moores reichliche Niederschläge — im Mittel 800 mm im Jahr — anfallen und daß die Gefahr einer Austrocknung schon

deshalb nicht als so hoch betrachtet werden darf, weil die sichere Möglichkeit besteht zur Einrichtung einer großen zielbewußt planmäßigen Bewässerung in allen jenen Gebietsteilen, in denen die Sicherung und Steigerung der Erträge mittels Bewässerungs-Vorkehrungen als dringlich notwendig oder vorteilhaft erkannt werden. Für diese besondere Form intensiver Kultivierung ist es jedoch vor-



Krieger-Ehrung bei Neustadt im badischen Schwarzwald.

ganz oder zum größten Teil abfängt, und das erschlossene Wasser außerhalb des Moores zu dem natürlichen Vorfluter, der Isar, oder in irgend einer anderen Weise ableitet.

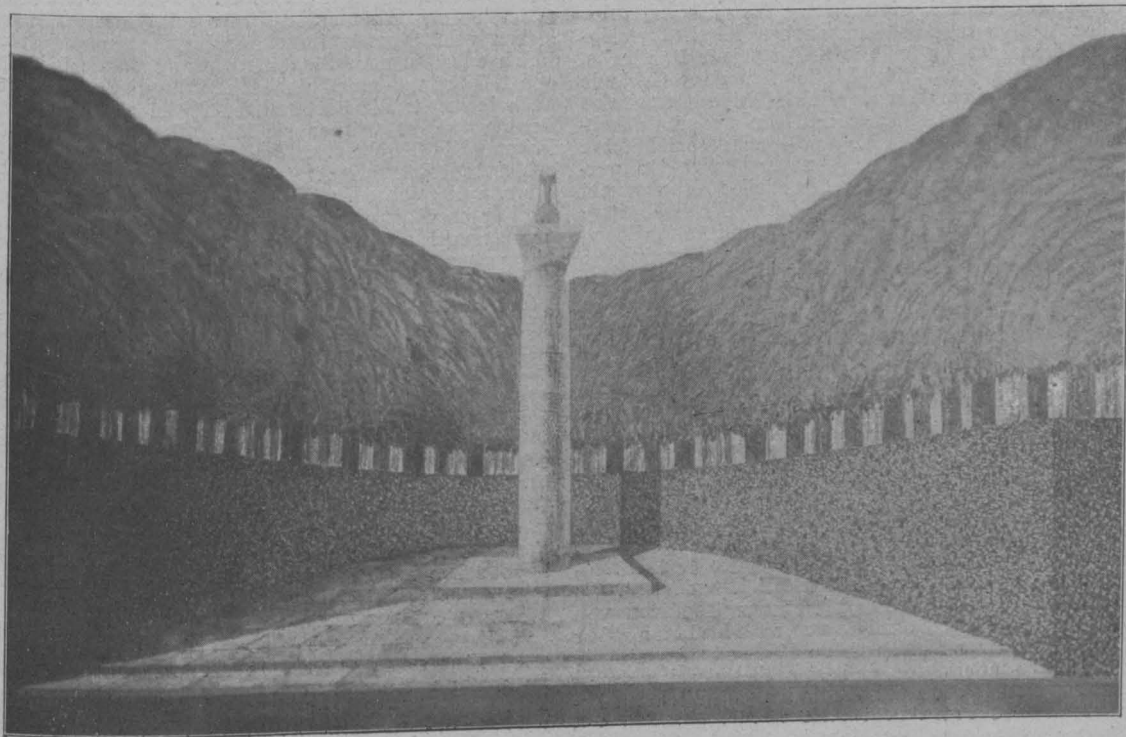
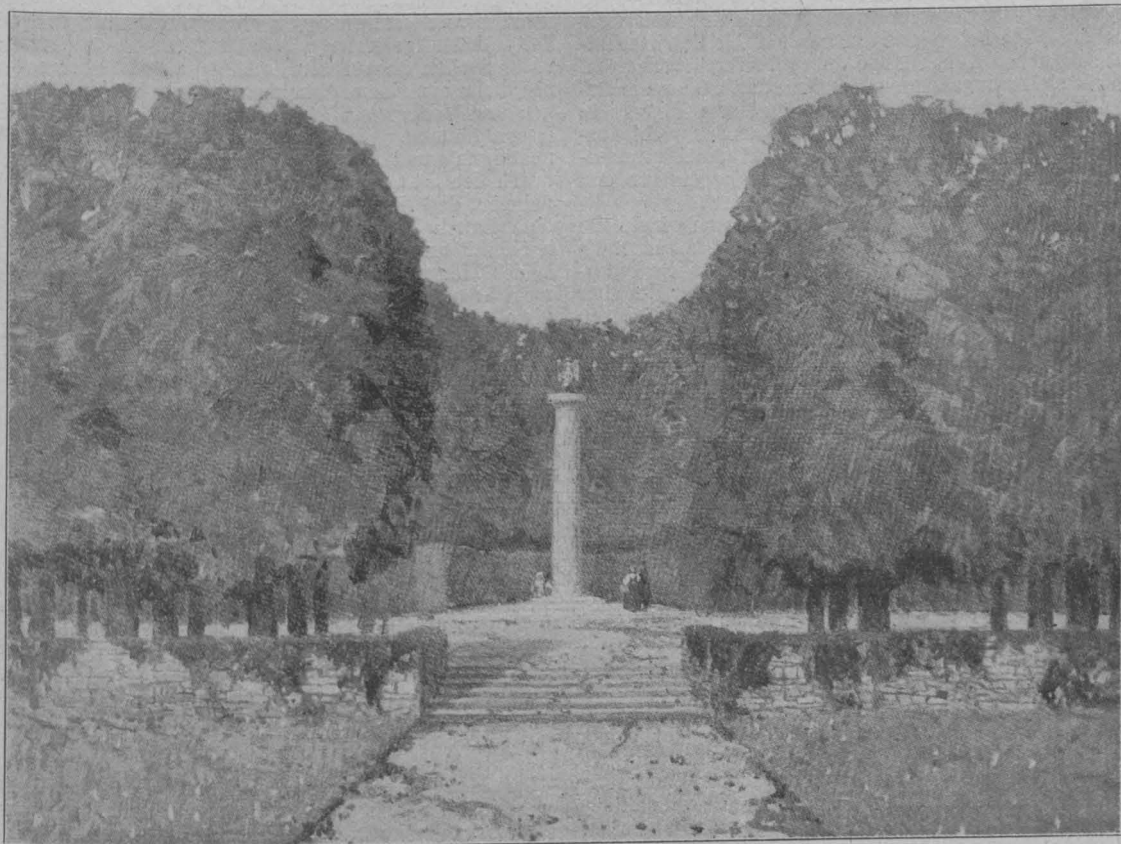
Einen solchen Graben führt nun das Unternehmen zur Ausnützung der Wasserkräfte der mittleren Isar als wesentlichen Bestandteil des bereits in Angriff genommenen Planes aus und zwar zu dem Zweck:



erst ratsam, durch eingehende Beobachtungen der Umwandlungsvorgänge im künftigen Wasserhaushalt des entsumpften Moores, sowie durch regelrechte Versuche auf ausgewählten größeren Flächen ausreichende Unterlagen für eine sachgemäße Beurteilung der Frage der Wiederbewässerung zu beschaffen, wenn ja ein Bedürfnis hierfür in einem

dem Werkkanal und dem Speichersee, aus dem Abfluß der Fischweiher oder aus dem Grundwasser-Abfanggraben. Für den Fall eine düngende Bewässerung als vorteilhaft erscheint, lassen sich auch noch die Münchener Abwässer mit in den Bewässerungsplan einbeziehen.

Kommt somit der endgültigen Befreiung des Erdinger



Krieger-Ehrung. Heldenhain Lenzkirch im badischen Schwarzwald.

ausnehmend trockenen Jahr oder mehr noch in periodisch wiederkehrenden Jahresreihen mit unzureichenden Niederschlägen sich herausstellen sollte.

Die anderwärts bei der Aufstellung neuer Bewässerungspläne meist schwierige Frage der Wasserbeschaffung scheidet im vorliegenden Fall völlig aus, da hier das Wasser in jeder nötigen Menge zur Verfügung steht, sei es aus

Mooses von der Herrschaft des Grundwasserstromes vom Standpunkt der Kulturtechnik und Landwirtschaft aus schon eine hohe Bedeutung zu, so erst recht, wenn der bereits aufgegriffene Gedanke einer Beschaffung von Siedlungsland im Großen im Moos zur Verwirklichung gelangen soll. Auch hier schafft der Plan der Mittleren Isar vermöge der tiefgreifenden Umgestaltung der Grundwasserverhält-

nisse die unumgänglich notwendigen Vorbedingungen für eine ausreichende und dauernde Entsumpfung der künftigen Besiedelungsgebiete, wie sie im Interesse gesundheitlich einwandfreier und in ihrem baulichen Bestand gesicherter Wohnstätten gefordert werden muß, vornehmlich auch in jenen Zeiten, wenn in langen Reihen niederschlagsreicher Jahre, wie beispielsweise von 1882—1890, von 1894—1900 und von 1910—1916, die Grundwasserstände sich weit über die normalen Maße heben und auf solchen der Bewirtschaftung unzuträglichen Höhen lange Jahre hindurch verharren. Es kann als sicher angenommen werden, daß ohne die Beseitigung des Grundwasserstromes vor seinem Eintritt in das Moos die Frage der Besiedelung im Großen wohl auszuschneiden hätte, da im vorliegenden Fall die Entwässerungs-Einrichtungen im landläufigen Sinn gegenüber den angestrebten Zielen gänzlich versagen müßten.

Von welcher weittragenden Bedeutung eine glückliche Lösung der Münchener Abwasserfrage ist, ist bekannt. Es zählt mit zu den wichtigsten Vorteilen des großen Unternehmens, daß es möglich war, diese Frage in der denkbar wirtschaftlichsten Weise durch Einfügung in den Rahmen des Planes aus der Welt zu schaffen. Lassen sich doch mit der Anlage von Abwasser-Fischteichen auf etwa 300—400 ha des Erdinger Moores und gegebenenfalls durch Verwendung der Abwässer für Bewässerung erhebliche Teile der bisher ungenutzten, in mancher Beziehung für den Fluß sogar

schädlich wirkenden in die Isar abgeschwemmten Dungstoffe, deren theoretischer Wert sich nach Dr. Strell auf nicht weniger als 5½ Mill. M. im Jahr bemißt, für die Volksernährung wieder zurück gewinnen. Nebenbei bemerkt wird durch Zufuhr der Münchener Kanalwässer eine im Winter nicht zu verschmähende Erhöhung der Kraftleistung um rund 1600 P.S. erzielt.

Die „Mittlere Isar G. m. b. H.“ hat trotz der widrigen Zeitverhältnisse unter der Mitwirkung staatlicher und privater Stellen im verhältnismäßig kurzen Zeitraum von wenig mehr als einem Jahr ihre umfangreichen Untersuchungen und Vorarbeiten bis zu einem baureifen Plan gedeihen lassen können. Wenn der Vorlage dieses Planes die Genehmigung und die Uebernahme- und sofortige Ausführung durch den Staat unmittelbar nachgefolgt ist, so ist anzunehmen, daß dieses zwar bis zu einem gewissen Grad unter dem Druck der wirtschaftlichen Nöte geschah, daß aber auch mit ausschlaggebend war die Erkenntnis, in welcher Weise hier rationelle Wasserwirtschaft zum allgemeinen Wohl getrieben werden kann und muß, nachdem so viele wirtschaftlich wichtige Probleme, wie Kraftgewinnung, Landeskultur, Unschädlichmachung und Verwertung der städt. Abwässer, Gewinnung von Siedelungsland, Arbeitsbeschaffung usw. in dem einen Unternehmen nebeneinander laufen, die bei zielbewußtem Zusammenfassen in ihrer Gesamtheit zu einer glücklichen Lösung zu bringen sind.

## Die Trennung von Kirche und Staat in ihrer Bedeutung für die Denkmalpflege.

In der zweiten Sitzung des erweiterten Ausschusses des „Tages für Denkmalpflege“ am 8. Juli 1919 wurde die außerordentlich wichtige Frage der Bedeutung der durch die neue Verfassung ausgesprochenen Trennung von Kirche und Staat für die Denkmalpflege beraten. Die Verhandlungen hierüber wurden eingeleitet durch einen sorgfältigen und umfassenden Bericht des Provinzial-Konservators Baurat Schmid aus Marienburg, der überzeugend die möglichen Folgen darlegte, die aus der Trennung der beiden Herrschaftsgebiete sich ergeben werden. Die Trennung ist noch nicht vollzogen; daher ist es von größter Bedeutung, für den Fall ihres Eintretens schon jetzt alle erdenkliche Vorsorge zu treffen. Die Trennung bedeutet, daß alle staatlichen Gesetze über die Kirche aufhören und alle Entschädigungen und finanziellen Leistungen, die der Staat bisher an die Kirche oder an die privilegierten Korporationen der katholischen und evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden leistete, entfallen. Es fehlt in Zukunft jede Handhabe, auf die Maßnahmen der Kirche hinsichtlich ihrer Gebäude und Kunstschatze einzuwirken. Gleichgültige Gemeinden werden daher ihre Gotteshäuser und die anderen kirchlichen Bauwerke, selbst wenn sie von kunstgeschichtlicher Bedeutung sind, verfallen lassen. Andere Gemeinden werden nach Ansicht des Redners aus finanzieller Not versucht sein, Teile ihres unbeweglichen wie beweglichen Besitzes zu verkaufen, um vor allem die religiösen und gottesdienst-

lichen Forderungen der Gemeinde bestreiten zu können. Bei aller Wachsamkeit und Belehrung würde so vieles alte Kulturgut verschwinden, meist auf dem Wege des Handels ins Ausland gelangen, da das Inland bei der unglücklichen Finanzlage nicht mehr die Mittel aufzubringen vermag, anzukaufen, was aus künstlerischen und vaterländischen Gründen der Erhaltung in Deutschland wert wäre. Es würde nach vollzogener Trennung jede Handhabe fehlen, hier einzuwirken. Wohl hatte die Kirche ein gesetzliches Veräußerungsrecht, dieses aber war durch das Veräußerungsgesetz vom Jahr 1875 erheblich eingeschränkt. Ein Veränderungsverbot aber fehlte in den staatlichen Bestimmungen für die Kirchengemeinden, sodaß das Kunstgut der Kirche auch schon früher nicht vor gewaltsamen Eingriffen bewahrt blieb.

Es entsteht nun die bedeutsame Frage: Welcher Art können die Folgen einer Trennung von Kirche und Staat für die Erhaltung und Pflege der Kunstdenkmäler und der anderen Kunstschatze der Kirche sein? Eine Ablösung der bisher vom Staat getragenen Verpflichtungen durch das Reich oder die neue Staatsverwaltung würde bei der jetzigen Finanzlage unmöglich sein. Da die Gemeinden aber auch ihrerseits die notwendigen Mittel nicht zu beschaffen vermöchten, so würden sie ihren Denkmalbesitz verfallen lassen. Die Kirchen würden nach und nach in einen so schlechten Zustand geraten, daß Verhältnisse entstünden wie vor 100 Jahren, als man den Dom von Goslar abbrach, weil er baufällig war und nach der damaligen Ansicht und aus Mangel an Mitteln nicht wieder hergestellt werden

## Max Herz-Pascha †.

Nicht lange nach seinem bedeutenden, um die arabische Kunst in höchstem Maß verdienten Vorgänger Julius Franz-Pascha, der am 20. März 1915 starb (Deutsche Bauzeitung, 1915, S. 172 und 193) ist kürzlich auch der Nachfolger im ägyptischen Dienst, Max Herz-Pascha, im Alter von 63 Jahren gestorben. Er hatte schon vor dem Krieg Ägypten und den ägyptischen Staatsdienst verlassen und sich in Zürich niedergelassen. Er war als Deutscher in der ungarischen Hälfte der Donau-Monarchie geboren und machte seine architektonischen Studien in Wien, und, wenn wir nicht irren, auch in Berlin, wo er zu Friedrich Adler und anderen Lehrern in Beziehungen trat. Es war im Jahr 1881, daß durch Dekret des Khediven von Ägypten in Cairo das „Komitee zur Erhaltung der Denkmäler der arabischen Kunst“ (Comité de conservation des monuments de l'art arabe) als eine Unterabteilung des Ministeriums der Wakfs hauptsächlich auf Betreiben von Julius Franz gegründet wurde, der sich seit seinem schon frühen ägyptischen Aufenthalt der arabischen Kunstdenkmäler des Landes und der anderen Länder arabischer Kunst mit dem höchsten Eifer und dem größten Verständnis angenommen hatte. Trotz des allgemeinen Unverständnisses, auf das er bei dem gänzlich verwahrlosten Zustand der arabischen Baudenkmäler und der anderen Kunstdenkmäler dieser Kunstepoche stieß, trotz des Umstandes, daß er selbst in den gebildeten Kreisen des Landes in seinen Bestrebungen verlacht wurde, blieb er diesen treu und sah sie im Lauf der Zeit in einem solchen Maß von Er-

folg gekrönt, daß als er 1888 aus dem Komitee ausscheiden sollte, dieses einstimmig beschloß, an den Khediven das Ersuchen zu richten, ihn, weil er dem Komitee so große Dienste geleistet habe, weiter als Mitglied zu bestätigen. „La collaboration de Franz pacha à l'oeuvre du Comité lui étant excessivement précieuse“, wie der Sitzungsbericht sagt, weil die Mitarbeit von Franz Pascha dem Komitee so über alle Maßen kostbar sei. Die Veranlassung war, daß Max Herz mit Dekret des Khediven vom 21. November 1888 der Verwaltung der Wakfs zugeteilt worden war und im Komitee an die Stelle von Franz Pascha treten sollte. Dieses Komitee ist ein internationales. Ihm gehörten vor dem Krieg unter Anderen an der Präsident des ägyptischen Ministerrates Mustapha Fehmy Pascha, der Direktor des technischen Büro's der Generalverwaltung der Wakfs, der Ingenieur der Verwaltung der Staatseisenbahnen J. Barois, der Chefarchitekt des Komitees und Konservator des Arabischen Museums in Cairo Max Herz-Bey, der Minister der öffentlichen Arbeiten Hussein Fakhry-Pascha, der Rat im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Sir William E. Garstin, der Direktor der khedivialen Bibliothek Dr. B. Moritz, der Generaldirektor der ägyptischen Museen G. Maspero, der Direktor der Kasse der öffentlichen Schuld O. von Mohl, der Direktor des Institutes für orientalische Archäologie P. Casanova usw. Unter den Ehrenmitgliedern des Komitees befinden sich Friedrich Adler in Berlin, der Architekt Sommers Clarke in London, Prof. Max van Berchem von der Universität in Genf usw. In diesem Komitee hat Max Herz eine lebhaftige Tätigkeit ausgeübt und sich auch sonst um die neuere Architektur in Ägypten große Verdienste er-



konnte. Da vielleicht das religiöse Leben kräftiger pulsieren wird, so wäre es aber immerhin denkbar, daß sich religiös denkende Gemeinden ihrer Gebäude opferwillig annehmen; jedoch es könnte das immer nur in sparsamster Weise geschehen. Ein Beispiel dafür ist die Marienkirche in Danzig. An ihr sind bisher immer nur kleine Mittel verwendet worden und es sind dadurch im Lauf der Zeit Schäden entstanden, die zu dem großen Entschluß drängen, das Gotteshaus einer gründlichen Wiederherstellung zu unterziehen. Dazu aber ist die große Gemeinde nicht in der Lage; sie vermag nicht die Mittel aufzubringen, an einem so umfangreichen Gebäude durchgreifende Erhaltungsarbeiten durchzuführen. Können hier die staatlichen Faktoren nicht helfend eingreifen; so bleiben, da auch der Parochialverband Hilfe nicht bringen kann, nur zwei Möglichkeiten. Entweder es geht das Gotteshaus seinem langsamen oder schnellen Verfall entgegen, oder die beweglichen Kunstwerke, welche die Kirche besitzt, werden nun wirklich in Bewegung gebracht, um verkauft zu werden und um mit dem Erlös die notwendigen Arbeiten zu bestreiten. In den meisten Fällen wird die Gemeinde gegenüber dem Ansinnen, ihren Kunstschatz zu erhalten, sagen, die religiösen und die gottesdienstlichen Erfordernisse gehen uns vor und sie wird die bescheidenen Mittel, über die sie verfügt, nur hierzu verwenden. Das aber bedeutet den Fortfall jeglicher Denkmalpflege-Organisation und damit die Verschlechterung der Materie. Wohlhabende Gemeinden werden vielleicht in der Lage sein, nach wie vor einen Diözesanbaumeister anzustellen und durch ihn ihren Denkmälerbesitz überwachen lassen. Das werden jedoch Ausnahmen sein; in der Regel würde der Kunstbesitz unbeaufsichtigt und ungepflegt sein und daher verfallen.

Wird es nun dazu kommen? Da die Trennung noch nicht ausgesprochen ist und die neuen Regierungen sich bisher nicht als kulturfeindlich, sondern im Gegenteil als kulturfreundlich erwiesen haben, so hat Redner die Hoffnung, daß sie sich auch offen zum Denkmalschutz bekennen und damit die nötigen Mittel bewilligen werden; daß der neue Staat die von den alten Einzelstaaten getragenen Verpflichtungen anerkennt oder versuchen wird, sie abzulösen. Bestehen für die staatlichen Beziehungen somit immerhin einige Aussichten, so sind die Verhältnisse zweifelhaft bei den privaten Patronaten. Bei der starken Vermögensabgabe wird hier wenig Neigung vorhanden sein, über das Allernotwendigste hinaus Mittel zu gewähren. Hier drohen wirkliche Gefahren, die vielleicht im Verhältnis zwischen Staat und Kirche gebannt werden können. —

Die rechtlichen Verhältnisse, die durch die Trennung von Kirche und Staat, soweit die Kunstdenkmäler in Betracht kommen, berührt werden, sollte Geh. Justizrat Prof. Dr. Kahl von der Universität Berlin darlegen. Da er aber durch wichtige Beratungen der National-Versammlung in Weimar festgehalten wurde, trat an seine Stelle der Kirchenrechtslehrer der Berliner Universität Geh. Justiz-Rat Prof. Dr. Stutz. Nach seinen Ausführungen hat die katholische Kirche zu Pfingsten 1918 ein neues großes Gesetzbuch erhalten. Für die Frage, wie stellt sich der neue Kodex zur Pflege der kirchlichen Kunstdenkmäler, kommen zwei

Stellen darin in Betracht und zwar Kanon 1497 und 1280. Eine Veräußerung von kirchlichem Kunstgut hat das Kirchenrecht stets verboten. Hatte eine solche doch stattgefunden, dann konnte nach der Entscheidung der Sedes Apostolica bei Gegenständen im Wert von mehr als 30 000 Franken eine Klage auf Rückerstattung angestrengt werden. Bei einem Wert von 1000—30 000 Franken war in diesem Fall der Bischof nach Anhörung des Domkapitels zuständig. Veränderungen an den „*imagines preciosae*“ bedürfen der Einwilligung des Bischofs. Sollen sie stattfinden, so müssen Sachverständige zu Rat gezogen werden. Die Kirche betont stets sehr stark ihr Selbstverwaltungsrecht; es zeigt der Kodex keinerlei demokratische Tendenzen, sondern er stützt sich ausschließlich auf die kirchliche Autorität. Dagegen wird ein Patronatsbaurecht in ihm anerkannt. Es kann aber das Patronat nach dem Wunsch des kirchlichen Gesetzgebers abgekauft werden. Seit mehr als 1000 Jahren ist das Patronatsrecht ein Eigenkirchenrecht; das fränkische Recht hat das Patronat aufgenommen. Das staatliche Recht tritt ein, wenn ein Wert von kirchlichen Kunstgegenständen auch nur vermutet werden kann. Hier ist bei Veränderungen die Genehmigung der Kreisregierung notwendig. Heute gibt es keine Kirchen mehr im Sinn des bisherigen deutschen Staatsrechtes. Es gibt ferner weder Privilegien, noch auch eine staatliche Kirchenaufsicht mehr. Die Kirchen werden zu öffentlichen Körperschaften. Der Redner ist der Meinung, daß die besten Gesetze nicht nützen, wenn der Staat nicht auch die nötigen Mittel bewilligt. Diese Hoffnung ist noch nicht zu schanden geworden, denn die Denkmalpflege ist nach Ansicht des Redners eine Blüte höchster Kultur.

Generalkonservator Dr. G. Hager aus München berichtet aus Bayern, daß hier die Verhältnisse, die sich aus der Trennung von Kirche und Staat ergeben werden, noch nicht irgendwie übersehbar sind.

Konservator Prof. Jos. Sauer aus Freiburg gab Einzelheiten aus Baden zu dieser Frage. In der Diözese Freiburg ist das Patronat fast vollständig beseitigt, soweit es standesherrlich oder grundherrlich ist. Gegen unerlaubte Veräußerung von kirchlichen Kunstdenkmälern steht die suspension *eo ipso*. Wenn eine Trennung zwischen Kirche und Staat erfolgen sollte, dann entsteht die Frage, wie getrennt werden soll. Eine radikale Trennung wie in Frankreich, bei der der eine Teil rechtlos zur Tür hinaus geworfen wird, kann sich Redner nicht denken. In Deutschland werde wohl keine Partei für eine solche radikale Trennung eintreten. Wenn aber eine Scheidung in rücksichtsvoller Weise vorgenommen werden sollte, dann darf man die Hoffnung haben, daß auch das Ideal der Denkmalpflege hochgehalten wird. Es darf das Kirchengut heute nicht das Schicksal erleben wie zur Zeit der Säkularisation. Die Öffentlichkeit, das Volk müßten zum Denkmalpfleger gemacht werden. Es wäre eine grundsätzliche Aeußerung der Reichsregierung über diese wichtige Frage dringend erwünscht. Vor allen Dingen aber wäre notwendig ein Sperrgesetz gegen die Ausfuhr beweglichen Kunstgutes. Es komme unter den neuen Verhältnissen in erster Linie auf

worden. Er errichtete z. B. den Neubau des Arabischen National-Museums am Bab el-Chalk und an der Shäpia Mehemed Ali auf einem keilförmigen Gelände, ein Neubau, in dem auch die Khedivial-Bibliothek untergebracht wurde. Nach Franz-Pascha wurde Herz-Bey Direktor dieses Museums. Im Jahr 1903 überführte er hierher die von Franz-Pascha unter den dürtigsten Verhältnissen zusammen gebrachte kostbare Sammlung arabischer Kunst und brachte sie hier zu voller und mustergültiger Entfaltung, nachdem sie Jahrzehnte lang in der alten Hakim-Moschee in magazinartiger Aufstapelung ein verborgenes Dasein führte. Er verfaßte auch über die Sammlungen einen wissenschaftlich bedeutenden Katalog, der ausgezeichnet ist durch eine Reihe selbständiger Aufsätze über die arabische und islamische Kunst. Herz-Bey war hierzu durch seine eingehende Kenntnis der Denkmäler in weitgehendem Maß befähigt, das bezeugen unter Anderem auch die zahlreichen Aufsätze, mit denen er die alljährlichen Rechenschaftsberichte des Komitees für die Erhaltung der Arabischen Baudenkmäler schmückte. Es sind Darstellungen in Wort und Bild, die zu dem wertvollsten Material über die Kenntnis der arabischen Kunst gehören. Als eine größere selbständige Veröffentlichung gab er 1899 die Sultan Hassan-Moschee in Cairo heraus. Jedoch nicht allein den Baudenkmälern, sondern auch dem islamischen Kunstgewerbe wandte der Verstorbene seine Aufmerksamkeit zu. Auch hier trat er in die Fußtapfen seines Vorgängers und Lehrers Franz-Pascha. Als eine Arbeit dieses Gebietes sei eine Studie über die figürlichen Holzschnitzereien der mamelukischen Periode der islamischen Kunst erwähnt.

Bei den zerrütteten politischen und Finanz-Verhältnissen, die in Aegypten bis zur Besitzergreifung des Landes durch die Engländer herrschten, kann es nicht überraschen, daß sich die öffentlichen Baudenkmäler, namentlich die Kultgebäude, von denen man es am Wenigsten annehmen sollte, in einem beklagenswerten Zustand des Verfalles befanden. Nach dem Eintritt einer geordneten Verwaltung erhielt Max Herz den Auftrag, im Lauf der Jahre zahlreiche Moscheen wieder herzustellen. Er sah aber, nicht von Doktrinarität angekränkt, in diesen Bauwerken keine unberührt zu lassenden toten Dokumente, sondern lebendige Denkmäler für die täglichen Kultübungen des Volkes und richtete die Wiederherstellungsarbeiten danach ein. Das hat ihm, zu Unrecht, manchen Vorwurf eingetragen, der aber an der tiefen Kenntnis der arabischen Kunst zerschellte, mit welcher Herz die Wiederherstellungen zum gottesdienstlichen Gebrauch vornahm. Denn es galt nicht, das Ueberkommene passiv zu erhalten, sondern es aktiv lebendigen Zwecken zuzuführen.

Gleich Julius Franz hat auch Max Herz die Beziehungen zur Heimat stets aufrecht erhalten und gepflegt. Für die Ausstellung islamischer Kunst in München 1910 hat er in Aegypten eifrig gewirkt und es verstanden, diese Ausstellung durch wertvolle Gaben zu bereichern. Mit dem Heimgang von Max Herz hat, wie es scheint, eine Periode erfolgreichster deutscher Kulturarbeit in Aegypten ihren vorläufigen Abschluß gefunden, denn es ist nicht anzunehmen, daß deutsche Kunstwissenschaft nach diesem Krieg in Aegypten wieder die Stelle einnehmen wird, die sie vor dem Krieg hier einnahm. —

—H.—

das verständnisvolle Zusammenarbeiten zwischen Kirche und Staat an, auf eine Persönlichkeit, welche die Brücke zwischen beiden bilden könnte.

Nachdem noch Superintendent Dr. Wiesener aus Fritzlar als ein eifriger Verfechter von Zusammenbleiben von Kirche und Staat aufgetreten war, Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Paul Clemen aus Bonn auf Pius II. hingewiesen hatte, der die Vernichtung von Kunstgut der Kirche mit Exkommunikation bedrohte, Staatsminister a. D. Dr. Schmidt einen Neuaufbau der Denkmalpflege wie nach den Befreiungskriegen gefordert hatte, vereinigte sich die Versammlung einstimmig zu den folgenden beiden Entschlüssen:

„Die kirchliche Denkmalpflege als das weitaus bedeutungsvollste Gebiet der Denkmalfürsorge darf durch die Trennung von Staat und Kirche nicht beeinträchtigt werden.

Die Sorge für die kirchlichen Denkmäler wird auch fernerhin in erster Linie den Kirchen obliegen. Sie bildet vom Standpunkt der Kirchen und ihrer Glieder aus eine Forderung des Gottesdienstes und der kirchlichen Tradition.

Die staatliche Einwirkung auf die Denkmalpflege wurzelt in der allgemeinen Verpflichtung zur Fürsorge und Erhaltung des nationalen Denkmälerbesitzes. Diese staatliche Einwirkung kann auch für die Zukunft nicht entbehrt werden. Die Pflege der Heimatliebe, die der Kunst- und Naturdenkmäler als wertvollster, der ganzen Nation gehörender idealer Besitztümer ist heute mehr denn je eine Notwendigkeit ebenso wie für unser staatliches Gemeinleben, wie für unsere Geltung als Kulturvolk.

Soll bei einer Trennung von Staat und Kirche einem Verfall der kirchlichen Baudenkmäler und einer Verschleuderung des sonstigen kirchlichen Kunstbesitzes vorgebeugt werden, so muß der Staat bei der finanziellen Auseinandersetzung die Kirche so ausstatten, daß sie ihren Aufgaben

nach diesen Richtungen im Interesse der Allgemeinheit voll genügen kann.

Zugleich ist ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten der kirchlichen und der staatlichen Organe der Denkmalpflege auch für die Zukunft unerlässlich, wobei nach wie vor auf die finanzielle Hilfe des Staates gerechnet werden muß.

Endlich ist bei der gesetzlichen Regelung der Denkmalpflege, deren endliche Inangriffnahme, soweit noch ausreichende Bestimmungen fehlen, den Regierungen und Einzelstaaten eindringlichst zu empfehlen, auf die Wahrung der angeführten allgemeinen Gesichtspunkte Bedacht zu nehmen.“ —

„Mit großer Besorgnis sieht der erwähnte Ausschuß des Tages für Denkmalpflege, daß nach wie vor keine rechtliche Handhabe besteht, die Abwanderung deutschen Kunstgutes in das Ausland zu verteidigen. Angesichts der wachsenden Mißstände und Erfahrungen auf diesem Gebiet begrüßt der Tag für Denkmalpflege den Beschluß des Verfassungsausschusses in Artikel 147 No. 2 des Entwurfes einer Verfassung des Deutschen Reiches. Er bittet die Reichsregierungen, nunmehr ungesäumt die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen zu treffen.“ —

Aus der Annahme dieser beiden und der schon im ersten Teil wieder gegebenen Entschlüssen geht hervor, daß der erweiterte Ausschuß des Tages für Denkmalpflege an den beiden Sitzungstagen erfolgreiche Arbeit geleistet hat. Die Beratungen standen unter dem Eindruck des Artikels 147 der Verfassung des Deutschen Reiches, welcher lautet: „Die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und der Natur sowie die Landschaften genießen den Schutz und die Pflege des Staates.“ —

### Wettbewerbe.

**Ein Ideen-Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Gedächtnismal in oder bei Ulm** wird unter in Ulm geborenen oder wohnhaften Bewerbern mit Frist zum 15. Sept. 1919 ausgeschrieben. Das schlichte Gedächtnismal dauernder Natur soll das Andenken festhalten an die in fremder Erde ruhenden, im Feld gefallenen Söhne der Stadt Ulm. Für die Aufstellung soll ein von Natur durch Höhenlage oder Lage zur Stadt oder durch besonderen Baumwuchs und dergleichen hervorstechender Punkt der Umgebung oder des Stadtbildes gesucht werden. Genannt wurden in dieser Beziehung bereits die Barbara-Linden beim Fort Oberer Kuhberg, der Buchenbestand auf dem Festungswall bei der Wirtschaft Höhenblick, der Eingang zum Talfinger Wald. In Betracht kämen auch andere Stadt und Donau beherrschende Höhen. Das Programm sagt, über dem Ganzen solle ein Hauch vom schwäbischen Volkslied, wie z. B. „Morgenrot, Morgenrot...“ ausgebreitet sein. Obwohl auch die Form des Denkmals selbst anzugeben ist, ist doch die Feststellung eines geeigneten Platzes für den klaren künstlerischen Gedanken die eigentliche Aufgabe des Wettbewerbes. Das Preisgericht setzt sich u. a. zusammen aus je einem Vertreter der Stadt Ulm, des Bundes für Heimatschutz, des Gewerbemuseums, des Kunstvereins, des Kunst- und Altertumsvereins und aus sonstigen zu gewinnenden Persönlichkeiten. Die Festsetzung der Zahl und Höhe der Preise und Ankäufe erfolgt nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel (bis jetzt 1000 M.) durch das Preisgericht, dessen Mitglieder man sobald als möglich bekannt machen möge. —

**Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für Mittelstandsheime im Bezirk Zürich** wird von der „Zürcher Volkszeitung“ mit Frist zum 5. Aug. 1919 für im Bezirk ansässige Fachleute erlassen. Für 4—5 Preise sind 10 000 Franken ausgesetzt, die an solche Bewerber verliehen werden, die sich verpflichten, allein oder mit Anderen oder einer Gesellschaft je mindestens 10 Wohnungen in Form von Einfamilienhäusern mit Gärten im Mietwert von 700—1600 Franken rasch in Angriff zu nehmen unter Benutzung der von Bund und Kanton zu erwartenden Erleichterungen. Neben den Entwürfen an sich wird hier also auch die Tat ausgezeichnet, ein Vorgang, der Nachahmung verdient. —

**Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen zu Schmuckgegenständen** erläßt die Silberwarenfabrik P. Bruckmann & Söhne in Heilbronn durch das Landesgewerbe-Museum in Stuttgart für deutsche Bewerber zum 15. Okt. 1919. Es gelangen 3 Preise von 1000, 600 und 400 M. zur Verteilung und es sind Ankäufe zu je 100 und 50 M. vorbehalten durch ein Preisgericht, dem als künstlerische Sachverständige angehören die Hrn. Prof. Karl Groß, Direktor der Kunstgewerbeschule in Dresden, Adolf von Mayrhofer in München, Bernhard Pankok, Direktor

der Kunstgewerbeschule in Stuttgart und Dr. Gustav Pazaurek, Direktor des Landesgewerbe-Museums in Stuttgart. Es handelt sich um Entwürfe für silbernen Schmuck mit und ohne Verwendung von Halbedelsteinen, Elfenbein oder ähnlichen Stoffen. Eine etwas merkwürdig zusammen gesetzte Bedingung des Preisausschreibens sagt: „Alle Kopien und äußerliche Entlehnungen alter Motive, namentlich die Herübernahme von Elementen der historisch gewordenen Stilarten, sind unbedingt ausgeschlossen.“ Ueber diese Beschränkungen, die sich auch an anderen Stellen zeigen, wird noch zu sprechen sein. —

**Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen zur gärtnerischen Ausgestaltung des Pferdemarktes in Bottrop** erläßt der Amtmann unter Bewerbern Rheinlands und Westfalens zum 10. Aug. 1919 bei 3 Preisen von 1500, 600 und 300 M. Für 3 Ankäufe sind je 200 M. vorgesehen. Im Preisgericht u. a. Magistrats-Baurat Strobbe in Dortmund, Gemeindebaumeister Möllers, Gemeindegeldmessen W. Weber und Landmesser Beckers, letztere sämtlich in Bottrop. Unterlagen gegen 3 M., die zurück erstattet werden, durch das Bauamt in Bottrop. —

**In einem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Volksschule in Stuttgart**, für ein Gelände an der Ecke der Kniebis- und der Stromberg-Straße, gelangten Entwürfe von Storz & Lang und F. Seeger in Stuttgart an die erste Stelle. —

**In einem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Gartenstadt bei Genf**, auf einem 240 000 qm umfassenden Gelände am Abhang zur Rhone, erhielten die beiden I. Preise die Architekten Rittmeyer & Furrer in Winterthur und Hans Schmidt in Basel. Auf dem Gelände sollen, überwiegend in Einfamilienhäusern, 500 Wohnungen, ein Ledigen- und ein Altersheim, ein Gebäude für Versammlungen, eine Hauswirtschaftsschule, eine Gastwirtschaft, eine Badeanstalt und Gebäude mit Läden untergebracht werden. Das Gelände besteht aus Aekern, Weinbergen und alten Parkanlagen und hat eine weite Aussicht. —

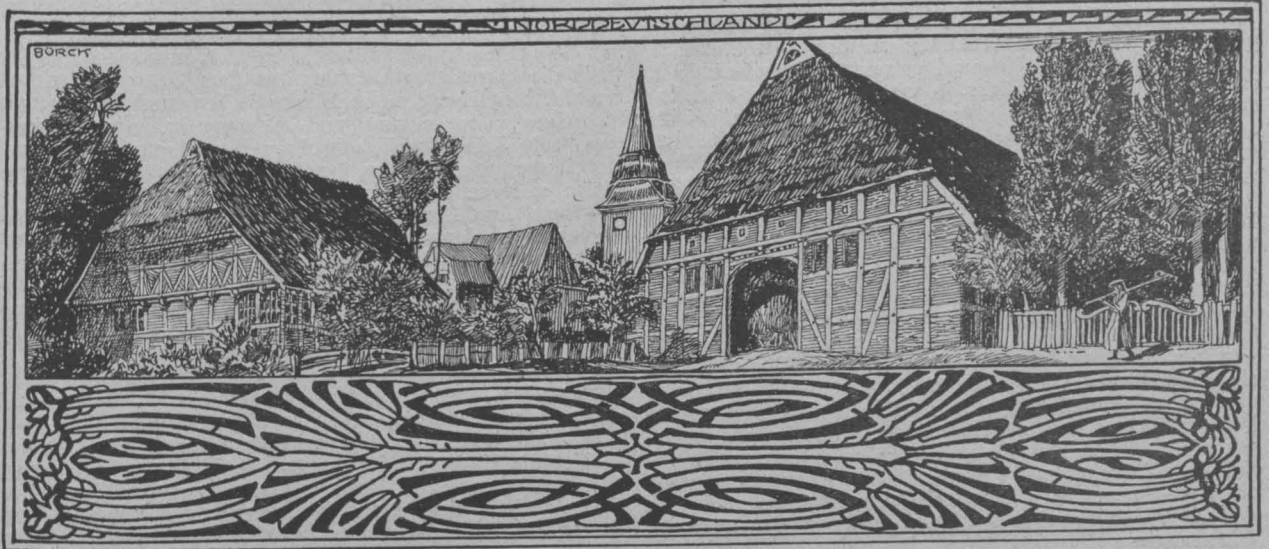
### Chronik.

**Eine Einfamilienhaus-Siedlung am Blücherpark in Cöln-Ehrenfeld** wurde von der Ehrenfelder Arbeiterwohnungs-genossenschaft errichtet. Diese hat von der Stadtgemeinde ein Gelände von rd. 3 ha Größe zum Preise von 4 M/qm Rohland erworben und wird 85 Einfamilienhäuser, sowie eine Reihe größerer Miethäuser ausführen. An anderer Stelle in Ehrenfeld hat die Genossenschaft weitere 12 Miethäuser mit 83 Wohnungen im Bau. —

Inhalt: Krieger-Ehrung\* im Großherzogtum Baden. (Schluß.) — Die Ausnutzung der Wasserkräfte der mittleren Isar und das Erdinger Moos. — Die Trennung von Kirche und Staat in ihrer Bedeutung für die Denkmalpflege. — Max Herz-Pascha †. — Wettbewerbe. — Chronik. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.





# DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 59. BERLIN, DEN 23. JULI 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

## Das elastische Kleinhaus mit elastischer Parzellierung.

Von Regierungs-Baumeister Dr.-Ing. Moritz Wolf, Stadtbaurat in Brandenburg an der Havel.  
Hierzu die Abbildungen S. 339.

**D**ie Grundforderung bester Wirtschaftlichkeit verlangt unter den heutigen Verhältnissen beim Kleinwohnungsbau nicht bloß Anwendung aller gesundheitlich und technisch vertretbaren Vereinfachungen, sondern auch die Einschränkung der Zahl der Wohnräume auf ein Maß, das dem Wohnbedürfnis der einzelnen größeren und kleineren Familien eben noch gerecht zu werden vermag. In Bezug auf den ersteren Gesichtspunkt kann man beim Grundriß durch die Anordnung der Haupt- und Nebenräume, durch die Lage der Treppen, durch die Festlegung der Installations-Anschlüsse in Küche, Spülküche und Bad, durch die Wahl des Heizungssystems und damit zusammenhängend der Schornstein-Anlage, sowie durch die Zahl und Anordnung der Türen und Fenster einigermaßen noch sparsamer wirtschaften, als es bislang geschieht. Einen beachtenswerten neuen Gedanken für die Raumanordnung bringt nun der „Raumspargbau Willuweit“, indem er die einzelnen Räume nicht, wie bisher allgemein gebräuchlich, in Keller-, Erd- und Obergeschoß verteilt, sondern sie in Differenz-Geschossen derart unterbringt, daß die vordere Haushälfte gegen die hintere um etwa halbe Geschoßhöhe in der Vertikallage versetzt ist (Abbildung 1). Die Vorteile dieser Anlage sind insbesondere bei fallendem Gelände in die Augen springend und verdichten sich zu einer etwa 30 % igen Einsparung, wobei allerdings eine allzu geringe Untergeschoßhöhe und ein sehr niedriges Dach angenommen sind, sowie die Bodentreppe weggelassen ist. Durch Vornahme entsprechender Verbesserungen läßt sich aber auf diesem Grundgedanken ein recht brauchbarer Spargrundriß erzielen (Abbildung 2).

Aber auch unter Beibehaltung der bisher gewohnten Geschoß-Unterteilung läßt sich ein wirtschaftlicher Grundriß unter folgenden Erwägungen herausarbeiten:

Wo man in den dringendsten Wohnungsbedarfs-Gebieten es versäumt hat, sofort nach Aufhebung des militärischen Bauverbotes die Errichtung von Flachsiedelungen unter Ausnutzung der damals schon grundsätzlich zugesagten Bauzuschüsse in Angriff zu nehmen (bei einem Kostenbetrag von 45–50 M. für 1 <sup>cbm</sup> umbauten Raum), muß heute das dringend notwendige Kleinhaus auf einer Grundlage gebaut werden, die aus zwei maßgebenden Faktoren entspringt: einmal, daß mit einem Kostenbetrag von durchschnittlich 60 M. für 1 <sup>cbm</sup> umbauten Raum zu rechnen, und weiter, daß nach sicheren Mitteilungen seitens des Staatskommissariates höchstens noch ein Bauzuschuß von 15 000 M. für die Wohnung zu erwarten ist.

Da für eine 4- bis 5räumige Kleinwohnung eine Jahresmiete von kaum mehr als rd. 600 M. angesetzt werden kann, so berechnet sich deren kapitalisierter Ertragswert bei 7 % zu etwa 9000 M. Hierzu kommen 15 000 M. Zu-

schüsse aus öffentlichen Mitteln (falls diese inzwischen — wenigstens die 500 Millionen Reichsmittel — nicht schon aufgebraucht sind), sodaß eine Kleinwohnung heute unter keinen Umständen mehr als 9000 + 15 000 = 24 000 M. im Ganzen kosten darf. Davon fallen auf Grundstückserwerb- und Straßenbaukosten und sonstiges etwa 4000 M., sodaß als reine Hausbaukosten für die Wohnung 20 000 M. verbleiben. Bei 60 M. für den <sup>cbm</sup> umbauten Raum ergeben sich dann 20 000 : 60 = rd. 330 <sup>cbm</sup> umbauter Gesamttraum. Unter Einhaltung der baupolizeilich zulässigen geringsten und hinsichtlich des Kellers praktisch noch brauchbaren Maße für Geschoßhöhen errechnet sich ein Gesamthöhenmaß von 2,10 m (Keller einschl. Decke bei halber Unterkellerung)

+ 2,8 (Erdgeschoß m. D.) + 2,7 (oberes Vollgeschoß m. D.) = 6,65 m, sodaß die größtmögliche überbaute Einfamilienhaus-Fläche 330 : 6,6 = 50 qm betragen darf. Bei einer Haus-tiefe von 8,5 m ergibt sich so eine Hausfront von etwa 5,5 bis höchstens 6 m. Der in der Abbildung 3 gegebene Grundriß versucht diese Höchstfläche mit 4–5 Räumen bestwirtschaftlich auszunutzen, namentlich auch durch vereinfachte Heizungs- und Installations-Anlage.

Nun gibt es aber viele wohnungsuchende Familien, die heute mit 2–3 Räumen auf Jahre hinaus auskommen können, und die auch das Geld für die Möbelbeschaffung für 4–5 oder gar 6 Räume nicht aufbringen. Es wäre daher unwirtschaftlich, ganz allgemein heute mit lauter 4–6 räumigen neu zu errichtenden Wohnungen rechnen zu wollen. Wir müssen in dieser Beziehung den beachtenswerten Ausführungen des Architekten Konert-Hannover über „Kleinhausbau und Baustoffknappheit“ („Deutsche Bauzeitung“, 1919, No. 33) rückhaltlos zustimmen. Er sagt dort:

„Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß gegenwärtig etwa 50 % aller Wohnung-Suchenden oder Wohnungslosen aus jungen Haushalten bestehen, die während der Kriegszeit gegründet, oder jetzt, nach Beendigung des Krieges, gebildet werden sollen. Dieser Haushalt, der vorläufig die kleinste Zahl (2 Personen) darstellt, kommt auch in den ersten Jahren mit der bescheidensten Wohnung, bestehend aus Wohnküche und Schlafzimmer aus, ganz abgesehen davon, daß bei vielen jungen Haushalten die Möbelbeschaffung für weitere Zimmer zu den gegenwärtig hohen Preisen kaum in Frage kommt. Schon aus diesem Grund würde es eine Verschwendung von Geld und Baustoffen bedeuten, wenn man auch für diese kleinsten Haushalte gleich fertige Kleinhäuser mit 4–6 Räumen herstellen wollte, die zum Teil leer und unbenutzt stehen würden. Mit dem Wachstum der Familie kann dann später die Vergrößerung des Hauses erfolgen und zwar unter günstigeren Bedingungen als in der gegenwärtigen Zeit.“

Der Vorschlag des Architekten Konert, das Kleinhaus zwecks Anpassung der Wohnung an das fortschreitende Wachstum der Familie in zwei getrennten Bauabschnitten zu errichten, trifft allerdings in wirtschaftlicher Beziehung ebenso wenig das Richtige wie in künstlerischer Hinsicht; denn es liegt auf der Hand, daß die zersplitterte Errichtung von lauter halben Kleinhäusern eine erhebliche Verteuerung des Bauvorganges bedeutet. Der springende Punkt liegt daher nicht in einer späteren Vergrößerung des Hauses, sondern der Wohnung. Die beiden Bauabschnitte dürfen nicht das einzelne Haus, sondern müssen die Siedelung in der Fertigstellung trennen.

Die Lösung dieses Problems bringt uns das elastische Kleinhaus, das vorläufig der Aufnahme zweier Familien zu dienen hat und später dem eigentlichen Zweck als Einfamilienhaus zugeführt wird. Wir bringen also auch die kleineren Familien in ganz normal gebauten Einfamilienhäusern unter, jedoch bevölkern wir letztere bis auf Weiteres mit zwei Familien, die sich je auf das Erdgeschoß und auf das voll ausgebaute Obergeschoß verteilen. Der Grundriß eines solchen elastischen Kleinhauses weicht, wie aus Abbildung 3 zu ersehen ist, kaum merklich vom normalen Kleinhaus ab: Bei einer Haustiefe von 8,5 m läßt sich ein gesonderter Flur abtrennen, der den für beide Familien gemeinsamen Abort, die Treppe und den gemeinsamen Kellereingang enthält. Für die Erdgeschoß-Wohnung kommen ebenso wie für die Obergeschoß-Wohnung zwei Haupträume, die Wohnküche und das Schlafzimmer, und als Nebenraum die Spülküche mit Bad, Waschkessel und Spülstein in Frage. Die Spülküche der Erdgeschoß-Wohnung hat Ausgang in den hinteren Garten, wie er sich aus der elastischen Parzellierung\*) ergibt (Abbildung 5), die auf die Wahrung des Eigenheim-Charakters beider Wohnungen durch Hausgarten-Zugabe besondere Rücksicht nimmt.

Tritt nach Jahren das Bedürfnis nach Vergrößerung der Wohnung auf, so wandert eine der beiden Familien aus dem Kleinhaus ab und bezieht das inzwischen in der erweiterten Siedelung (zweiter Bauabschnitt) geschaffene Eigenheim oder eine der neu errichteten Mietwohnungen im Klein- oder Mittelhaus. Das elastische Kleinhaus braucht bei Umgestaltung zum Einfamilienhaus nur folgende geringfügige Änderungen durchzumachen: (Abbildung 4) im Erdgeschoß wird die Verbindungstür zwischen Wohnküche und Schlafzimmer in die Flurwand versetzt, im Obergeschoß wird die bisherige Spülküche in eine Kammer verwandelt durch Herausnahme der Installations-Gegenstände und unter Umständen noch durch Versetzen der 7 cm starken Dienenwand zwecks Vergrößerung der Kammer. Herd, Badewanne, Spülstein und Waschkessel lassen sich ebenso wie die abgenommenen Wasser-Steigleitungen in dem neu zu schaffenden Erweiterungsteil der Siedelung sehr gut wieder verwenden. In Westfalen wird man sich mit diesem Wandersystem ohne Weiteres abfinden, da hier so wie so schon die Sitte vorherrscht, beim Wohnungswechsel immer wieder Herd und Ofen wie eigene Möbel mitzunehmen. Gerade auf Westfalen wird aber der hauptsächlichste Siedelungsbedarf in der Zukunft entfallen, da hier die Kohle in verstärktem Grad abgebaut werden muß, nachdem die Saarkohle und die Oberschlesische Kohle für Deutschland leider verloren zu gehen scheinen.

Aber auch in anderen Gegenden läßt sich das elastische

\*) Näheres über die elastische Parzellierung und die damit zusammenhängende Wechsel-Parzellierung siehe die durch den „Groß-Berliner Verein für Kleinwohnungswesen“, Charlottenburg, Joachimstalerstr. 10, herausgegebene Broschüre „Der wirtschaftliche Kleinwohnungsbau“ von Dr.-Ing. Wolf, Dortmund.

### Vermischtes.

Die 44. Abgeordneten-Versammlung des „Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ soll in diesem Jahr am 22. und 23. August in Bamberg stattfinden. Da die Rückverlegung der bayerischen Regierung nach München für die nächste Zeit in Aussicht genommen ist, dürften der Abhaltung der Versammlung an genanntem Ort Schwierigkeiten wohl nicht mehr im Wege stehen. Die Versammlung wird sich, abgesehen von Haushalts- und inneren Fragen des Verbandes, zu denen namentlich auch eine Neuorganisation gehört, um ihn arbeitsfähiger zu machen, mit einer Stellungnahme zur Neuordnung in Staat und Gemeinden in ihrer Rückwirkung auf die Stellung der Techniker, ferner zu den verschiedenen seit der Revolution entstandenen Neuorganisationen in den Kreisen der Architekten und Ingenieure, mit Fragen des Wohnungs- und Siedelungswesens, ferner mit den neuen Entwürfen für die Gebührenordnung der Architekten und Ingenieure und der Neugestaltung der Wettbewerbsgrundsätze zu befassen ha-

Kleinhaus unschwer als stärkster Spartyp einführen, wenn nur die örtlichen und provinziellen Bauberatungsstellen jeweils die besonderen Erfordernisse dem Ganzen einzupassen sich bemühen. Sind doch diese Stellen durch planmäßige Sammlung, Vergleichung und Sichtung zahlreicher praktisch seit Jahren wohl erprobter Neuanlagen in Muster-siedelungen wie Hellerau, Staaken, Steenkamp, Wedau und vielen anderen ebenso wie durch mehrfache weniger gut bewährte Ausführungen in der Lage, für das elastische Kleinhaus noch weitere einwandfreie Grundrißentwürfe als Sparmustertypen heraus zu arbeiten. Führende Organisationen wie der Groß-Berliner „Verein für Kleinwohnungswesen“, die Bauabteilung der Angestellten-Versicherung und die provinziellen Bauberatungsstellen haben sich in verdienstvoller Weise ähnlicher Arbeit bereits unterzogen. Ich verweise nur auf die in jüngster Zeit von den sehr eifrigen Bauberatungsstellen von Westfalen, Rheinland und Sachsen herausgegebenen „Vorschläge für Einheitsformen und -Maße bei Kleinwohnungsbauten“. Sie sind auf diesem Gebiet die Vorläufer der inzwischen ins Leben getretenen Sonderabteilung des Normen-Ausschusses der Deutschen Industrie, nämlich des Arbeitsausschusses für das Bauwesen, dessen Hauptaufgabe in der Ausarbeitung von Normen für die einzelnen Bauelemente auf der Grundlage einer Reihe von Ideal-Haustypen besteht. Die Schaffung der Einheitsformen und -Maße soll dabei vollkommene Gleichförmigkeit in der Grundriß-Entwicklung bedeuten. Eine solche wäre fehlerhaft, weil die verschiedenen Bedürfnisse der Wohnungsinhaber selbst in ein und derselben Siedelung auch eine gewisse Abwechslung in Anzahl und Größe der Räume bedingen.

Die wirtschaftlich hohe Bedeutung der Normung von Konstruktionsteilen gerade für das elastische Kleinhaus als stärkster Grundtyp liegt auf der Hand: aus der Norm der Einzelteile wächst der Typ der Fertigerzeugnisse, und dieser wiederum führt zur Spezialisierung, d. h. zur Arbeitsteilung der Erzeuger, von der Walter Rathenau in seinem Buch „Die neue Wirtschaft“ wörtlich sagt: „Gelänge es in Deutschland — und es wird gelingen, wenn auch nicht auf dem Wege des freien Spieles —, die Normalisierung und Typisierung soweit durchzuführen als ein wissenschaftlicher Arbeitsprozeß es erfordert, so wäre bei geeigneter Arbeitsteilung von Werk zu Werk zum mindesten eine Verdoppelung der Erzeugung bei gleichbleibender Einrichtung und gleichbleibenden Arbeitskosten gesichert.“ Eine 100 %ige Verbilligung tut uns aber beim Kleinwohnungsbau unter den derzeitigen Teuerungsverhältnissen sehr not. Als Meilensteine auf dem Weg zu diesem Ziel sind die Normung des Holzbalkens sowie der Entwurf von Normalblättern für Holzzwischendecken, Türen und Fenster zu bezeichnen. Anschließend daran sind auch Normblatt-Entwürfe für Treppen und Dachstühle, für Schornsteine und Öfen, für Glas und für Beschläge und sogar für Kanalisationsgegenstände wie Ton- und Zementröhren u. a. m. in Bearbeitung.

Ob der Arbeitsausschuß für das Bauwesen auch mit seiner Absicht, besondere Aufmerksamkeit der Frage der wirtschaftlichen Betriebsführung im Baugewerbe nach System Taylor und Gilbreth zuzuwenden, für den Kleinwohnungsbau und besonders für den Kleinhäusbau viel praktischen Erfolg zu erzielen vermag, erscheint mit Rücksicht auf die besonders gearteten Flachsiedelungs-Verhältnisse zweifelhaft. Nach den Erfahrungen, die uns von ländlichen Siedelungen aus der Praxis vorliegen, verspricht doch eher die Mitarbeit der Siedler die Art der wirtschaftlichen Betriebsführung, die wir heute zur Ausschaltung der ungemein hohen Löhne nötig haben. —

ben. Die Tagesordnung ist also eine sehr reichhaltige und es sollen die beiden Versammlungstage daher ausschließlich den Beratungen vorbehalten bleiben. —

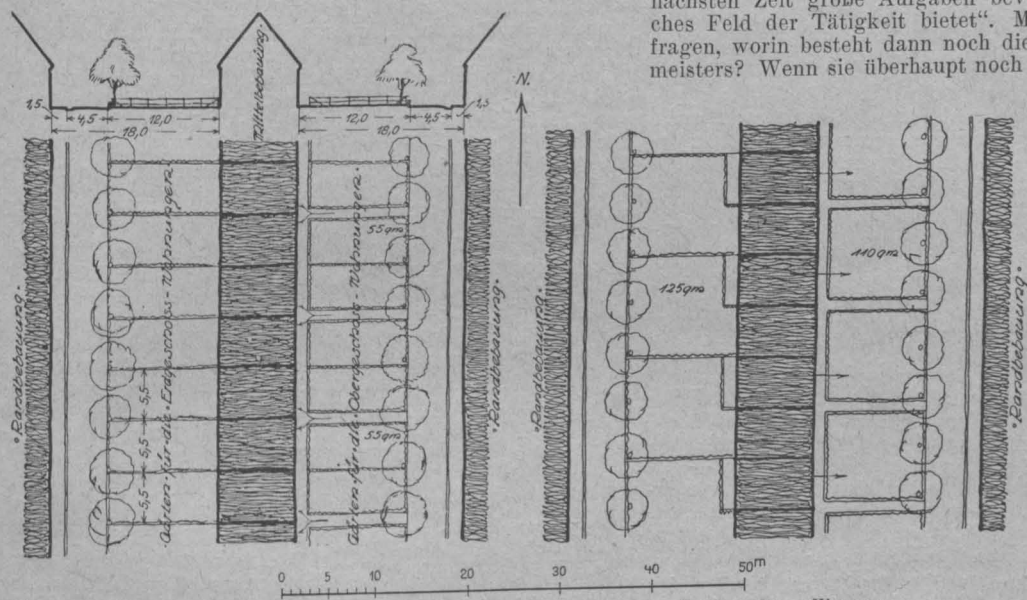
Eine Gedächtnisfeier der Technischen Hochschule in Darmstadt zur Ehrung des Andenkens ihrer für das Vaterland gefallenen Angehörigen wurde am 8. April 1919 in der Paulus-Kirche in Darmstadt abgehalten. Es ist eine leider lange Liste von Mitgliedern des Lehrkörpers und von Studierenden, die Opfer des Krieges geworden sind. In sichtlicher Bewegung folgten die Teilnehmer der stimmungsvollen Feier, deren Mittelpunkt eine Ansprache des Rektors Geh. Brt. Prof. Friedrich Pützer bildete, die umrahmt war von Orgelmusik und Männerchören. Ueber zweihundertfünfzig Opfer der Hochschule, führte der Rektor aus, ruhen „auf den Blutgefilden Belgiens und Frankreichs, in den klagenden Steppen Rußlands, am kühlen Waldhang der Karpathen, in den kahlen Schluchten des Balkans, am sonnenverklärten Fuß der Alpen, in der zitternden Glut asiatischer Wüste, unter den ewigen Wellen des Weltmeeres.“



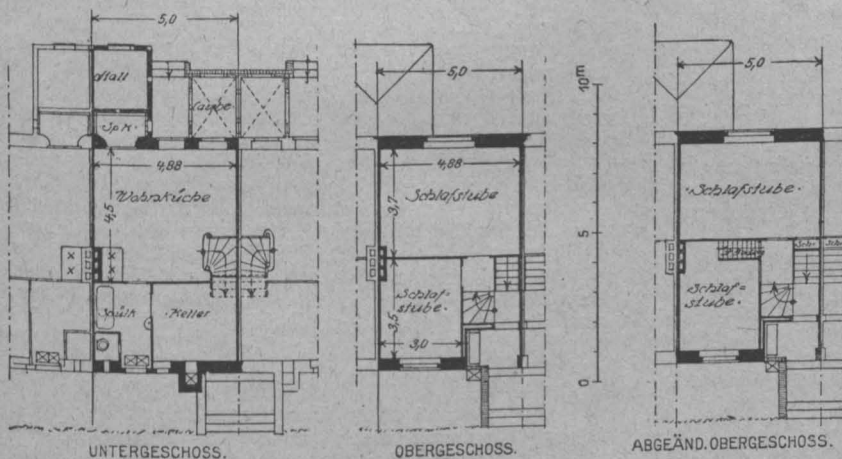
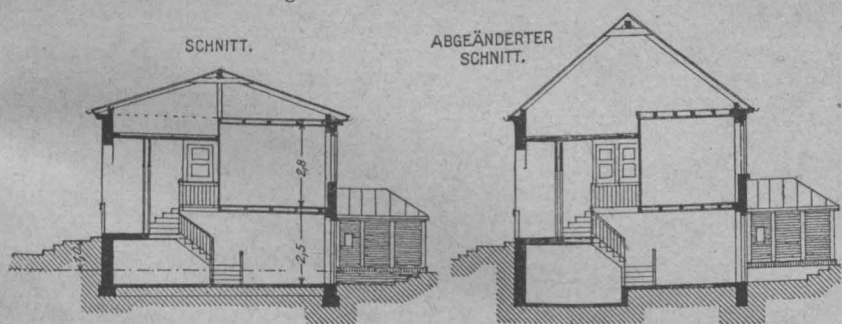
Jeder der Gefallenen ein vor der Erfüllung zerstörtes Menschenschicksal, eine ringende Seele, ein strebender Geist, gehütet von der heißen Liebe der Seinen, gestärkt am klaren Quell deutschen Volkstums, erfüllt von dem Bewußtsein der heiligen Notwendigkeit selbstlosen Opfers . . . In Ehrfurcht beugen wir uns vor diesen Helden größter Liebe!“

**Techniker als Bürgermeister.** Nicht nur größere, sondern auch mittlere und kleinere Städte gehen dazu über, aus der Wandlung der Anschauungen ihre Folgerungen zu ziehen und ihre leitenden Verwaltungsstellen Bewerbern

schlagend bewiesen würde, u. a. durch eine Anzeige bekräftigt, die der Magistrat von Hersfeld erläßt. In dieser wird zur Entlastung des Bürgermeisters ein Regierungs-Baumeister gesucht „insbesondere für die Bearbeitung der Angelegenheiten der städtischen technischen Werke (Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk), des Hoch- und Tiefbaues sowie des Wohnungs- und Siedlungswesens, der Verwaltung des städtischen Grundbesitzes, der Land- und Forstwirtschaft, des Gesundheitswesens u. A.“ Die Anzeige sagt ferner: „Der Stadt stehen auf genannten Gebieten in der nächsten Zeit große Aufgaben bevor, sodaß sich ein reiches Feld der Tätigkeit bietet“. Man darf billiger Weise fragen, worin besteht dann noch die Tätigkeit des Bürgermeisters? Wenn sie überhaupt noch in nennenswertem Umfang vorhanden ist, so tritt sie jedenfalls zurück hinter die technischen Maßnahmen der Verwaltung. Es wird sicher vielfach Fälle geben, in denen altbewährten Bürgermeistern mit nichttechnischer Bildung infolge ihrer Verdienste das Vertrauen nicht entzogen werden kann und soll, sodaß zu Auswegen wie der vorstehende geschritten werden wird. Im Großen und Ganzen aber gehört die Zukunft in der städtischen Verwaltung dem Bürgermeister mit technischer Vorbildung. Im Uebrigen

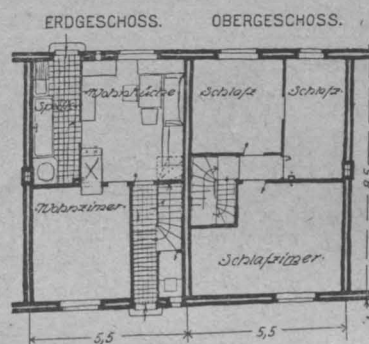


Jetztige Parzellierung. Spätere Parzellierung.  
Abbildung 5. Elastische Parzellierung für das elastische Kleinhaus.

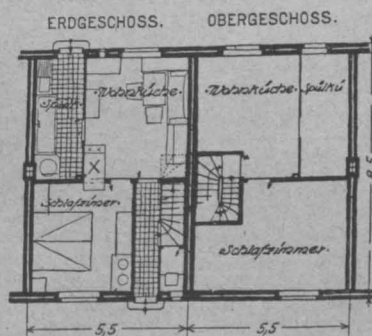


Raumparbau. Abbildung 1 und 2.

Das elastische Kleinhaus mit elastischer Parzellierung.



beim Einfamilienhaus.



beim Zweifamilienhaus.

Abbildung 3 u. 4. Elastisches Kleinhaus.

aus allen Berufszweigen zu öffnen. So schreibt die Stadt Friedberg in Hessen die Stelle ihres Bürgermeisters auf 12 Jahre aus und ladet „geeignete“ Bewerber, also auch Techniker, ein, Gesuche einzusenden. Das Gehalt beträgt 8000 M. und steigt auf 10000 M. Hierzu treten Teuerungszulagen. Die Bewerber sollen mit Erfolg im Verwaltungsdienst oder in größeren Betrieben tätig gewesen sein oder die Befähigung zum höheren Justiz- und Verwaltungsdienst besitzen. —

Wie sehr in der Verwaltung der Städte in Zukunft die technischen Fragen eine Hauptrolle spielen werden, wird, wenn es nicht schon durch die allgemeine Entwicklung

soll der gesuchte Regierungs-Baumeister nach Ablauf eines Jahres Anstellung als besoldeter Beigeordneter finden. —

**Zur Notlage der Privatarchitekten in Groß-Berlin** erhielten wir die folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung, einer Bitte, der wir umso lieber nachkommen, als uns die große Notlage der Privatarchitekten in Berlin und seiner Umgebung schon seit längerer Zeit bekannt ist. Es ist eine Lage, die die ernste Aufmerksamkeit der zuständigen Kreise verdient. Der in der Zuschrift ausgesprochenen Bitte schließen wir uns auf das Wärmste an:

„Auf dem 1. „Deutschen Architektentag“ in Berlin erfuhr man, wie den freien Architekten von einzelnen große

ren Städten und Landschaften Arbeit und Brot zur Linderung ihrer wirtschaftlichen Notlage geboten wird.

Voll bitteren Neides müssen dagegen die Privatarchitekten Groß-Berlins, vor allem die zurückgekehrten, wirtschaftlich schwachen Kriegsteilnehmer trostlos mit ansehen, wie alle hiesigen Siedelungs- und kommunalen Bauaufgaben, ohne Berücksichtigung der Notlage der Privatarchitekten, denen sich heute überhaupt kein Arbeitsfeld bietet, mit geringen Ausnahmen von Stadtbauämtern, Behörden und Verbänden gelöst werden.

Vor dem Krieg ist die Bedeutung der Groß-Berliner Privatarchitektenschaft dadurch auf ein Mindestmaß herabgedrückt worden, nun, da es sich aber um das Letzte handelt, was der Privatarchitektenschaft Groß-Berlins genommen werden kann, nämlich das tägliche Brot, wenden wir uns, um schnelle Hilfe zu erreichen, unter Ausschluß der Körperschaften unmittelbar an die maßgebenden Persönlichkeiten mit der Bitte, sich ihrer inschwerer Not befindlichen Kollegen zu erinnern!

Durch die Not der mit wirtschaftlichen Sorgen belasteten Kollegen veranlaßt:

Henry Groß, Peter Jürgensen, Otto Michaelson, Heinrich Möller, Dr.-Ing. Riesenfeld, Karl Wenzke, Felix Wilde.

### Wettbewerbe.

In dem Wettbewerb zur Erlangung von Vorentwürfen für die Neugestaltung des Vorplatzes am Potsdamer Bahnhof in Berlin, den wir in Jahrg. 1914, S. 316 ausführlich besprochen haben, ist bei sonst gleichen Bedingungen — abgesehen von der durch Todesfall veränderten Zusammensetzung des Preisgerichtes — die Frist zur Einsendung der Entwürfe nunmehr auf den 15. Okt. 1919 festgesetzt worden. Unterlagen kostenlos durch die Eisenbahn-Dir. Berlin. —

Ein Preisausschreiben der Landesgruppe Preußen des „Bundes für deutsche Kachelwerkunst“ in Berlin betrifft Entwürfe für Kachelöfen für einfache Siedlerhäuser. Das Preisausschreiben wird erlassen von der Veltener Ofenfabrik-Aktiengesellschaft Richard Blumenfeld. Es verheißt 5 Preise und 20 Ankäufe. Frist: 30. Aug. 1919. Im Preisgericht u. a. die Hrn. Prof. Peter Behrens, Prof. P. Mebes, Prof. Br. Möhring, Prof. Schmarje und Prof. Schmutz-Baudiß. Ersatzmann ist Hr. Prof. Heinrich Straumer. —

Ein Preisausschreiben der städtischen Kunstdeputation von Berlin zur Erlangung künstlerischer Modelle zu Plaketten für die mit einem Ehrenpreis der Stadt Berlin auszuzeichnenden Künstler wird unter in Deutschland ansässigen Bewerbern zum 1. Sept. 1919 ausgeschrieben. Die Plaketten von runder oder anderer Form sollen denjenigen Künstlern verliehen werden, die auf den alljährlichen großen Kunstausstellungen der Berliner Künstler-Vereinigungen mit einem Ehrenpreis der Stadt Berlin ausgezeichnet werden. Es gelangen ein I. Preis von 3000 M., ein II. Preis von 2000 M. und drei III. Preise von je 1000 M. zur Verteilung. Im Preisgericht befinden sich u. a. Stadtbaurat Geh. Bt. Dr.-Ing. h. c. Ludwig Hoffmann, Bildhauer Prof. Jos. Rauch, Stadtverordneter Wilhelm Kimbel, Bildhauer Prof. Klimsch und Prof. Dr. h. c. Max Liebermann. Es ist in Aussicht genommen, den mit dem I. Preis ausgezeichneten Künstler mit der Herstellung des Ausführungs-Modelles zu betrauen. —

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Kleinhaus-Siedelung in Halle a. S. schrieb die Stadt für die selbständigen Architekten Halle's mit Frist zum 15. Mai 1919 aus. Es handelte sich um die Bearbeitung eines Gebietes, das von der Güterumgehungsbahn, der Kassel-Thüringer Eisenbahn, der Artillerie-Straße und der alten Leipziger Landstraße begrenzt wird. Das sich an das zukünftige südliche Industriegebiet anschließende Gelände ist vorwiegend für die Anlage von Schreber-Gärten in Aussicht genommen, mit Bauwerken, welche alle Arten von Bauten von der einfachen Laube mit oder ohne Geräteraum, Kleinvieh-Stallungen, Bauten mit 1—2 Wohnräumen, Schlafräumen und Wohnküchen mit einer Feuerstelle zum vorübergehenden Aufenthalt einer Familie, bis zum normalen Einfamilienhaus zum dauernden Wohnen darstellen. Für das Randgebiet an der Artillerie-Straße und der alten Leipziger Landstraße kommen später Mehrwohnhäuser in Betracht. Es waren für die Einfamilienhäuser Möglichkeiten besonderer Verbilligung unter Verwendung von Ersatzstoffen vorzuschlagen, Verbilligungen, die geeignet sind zur Selbsthilfe der auf einem Teil des Geländes bereits angesiedelten Gartenbesitzer. Es waren zu fertigen A) eine Gelände-Aufteilung mit Entwürfen zu Einfamilienhäusern und B) Entwürfe zu Lauben und Gartenhäuschen

mit Geräteraum und Kleinvieh-Stallungen. Das Preisgericht bestand u. a. aus den Hrn. Arch. Giese, Stadtb. Jost, Reg.-Bmstr. Kallmeyer, Stadtb. Lammers, Reg.-Bmstr. Neue und Reg.-Bmstr. Ziertmann.

Es waren 12 Arbeiten eingelaufen. Der I. Preis von 1000 M. wurde nicht verteilt. Der II. Preis von 600 M. wurde zuerkannt dem Entwurf „Ost-West-Licht“ des Hrn. Arch. Frede. Der eine III. Preis von 400 M. fiel dem Entwurf „Voll-Kriegers ungebrochene Kraft“ des Hrn. Arch. Otto Glaw, der andere dem Entwurf „Doppel-Perspektive“ des Hrn. A. Heiser zu. Einen dritten III. Preis von 400 M. gewann der Entwurf „Volkskraft“ des Hrn. O. Boecke. Trostpreise von je 240 M. wurden zugesprochen den Entwürfen „Grüne Rose“, „Mai 1919 I“, „Eigene Scholle“, „In magnis . . .“, „Mai 1919 II“. Zum Ankauf empfohlen wurden die Laubenentwürfe der Arbeiten „Voll-Kriegers . . .“ für 250 M., „Doppel-Perspektive“ für 150 M., „Grüne Rose“ für 150 M., „Durch“ für 150 M. und „Produktiv“ für 100 M. Von den noch verfügbaren 1200 M. erhielt jeder Teilnehmer des Wettbewerbes 100 M. als Entschädigung für Unkosten. —

In einem Wettbewerb der „Gemeinnützigen Heimstätten-Baugesellschaft m. b. H.“ in Darmstadt zur Erlangung von Entwürfen für eine Kleinwohnungs-Kolonie liefen 33 Arbeiten ein. Der I. Preis fiel dem Entwurf „Ganze Arbeit“ der Hrn. Arch. Heinrich Stumpf und Karl Osterrath in Darmstadt zu. Den II. Preis gewann der Entwurf „Intermezzo“ der Hrn. Reg.-Bmstr. Emil Hofmann und Reg.-Bthr. Georg Blaß in Darmstadt. Der III. Preis wurde dem Entwurf „Sonniger Tag“ des Hrn. Arch. J. H. Pinaud in Darmstadt zuerkannt. Angekauft wurden Entwürfe der Hrn. Reg.-Bmstr. Josef Gerlach, Arch. Karl Stief mit Arch. Feldmann und Arch. Wilh. Koban. —

Im Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Durchbruch der König Friedrich August-Straße in Crimmitschau sind 52 Arbeiten eingegangen. Den I. Preis von 3000 M. errang der Entwurf „Einheit im Ganzen, Freiheit im Einzelnen“ des Hrn. Arch. Hans Heinrich Grotjahn in Leipzig-Gohlis. Der II. Preis von 2250 M. wurde dem Entwurf „Li-Lu-Wa“ des Hrn. Arch. Jos. Otto Schreiner in Dresden-A. zuerkannt. Der III. Preis im Betrag von 1500 M. fiel an den Entwurf „Sächsisch“ des Hrn. Friedrich Max Krautschick in Dresden-N. Zum Ankauf für je 500 M. wurden empfohlen die Entwürfe „Aha“ des Hrn. Arch. Emil Rößler in Plauen und „Straßenbilder“ des Hrn. Arch. W. Schönfeld in Chemnitz. Weiter wurden zum Ankauf empfohlen die Entwürfe mit den Kennworten und Kennzeichen „Balneae“ und „H. E. D. E. 1919“. Es ist Aussicht vorhanden, daß der an erster Stelle preisgekrönte Verfasser als künstlerischer Berater an der Ausführung der neuen Anlagen beteiligt wird. —

Wettbewerb Krematorium mit Urnenhain Döbeln. Wir hatten im I. Halbband des Jahrganges 1914 der „Deutschen Bauzeitung“ über die Ausschreibung eines Wettbewerbes zur Erlangung von Entwürfen für ein Krematorium mit Urnenhain in Döbeln in Sachsen berichtet: Der Wettbewerb ging aus vom „Verein für Feuerbestattung“ in Döbeln. Bald nach der Ausschreibung brach der Krieg aus und es beschloß der Verein, den auf 14. Sept. 1914 angesetzt gewesenen Termin für die Einsendung der Entwürfe bis einen Monat nach Friedensschluß zu verschieben. Dieser Zeitpunkt ist nunmehr heran gerückt. Auf eine entsprechende Anfrage eines Teilnehmers am Wettbewerb erhielt dieser nun unter dem 9. Juli 1919 die Mitteilung, „daß der Bau des Krematoriums infolge der durch den Krieg geschaffenen Erschwerung des Bauens und der ungünstigen wirtschaftlichen Lage auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben worden“ sei. Am Tag darauf, am 10. Juli, erging die weitere Mitteilung, „daß der Wettbewerb sich erledigt hat, weil das Krematorium nicht ausgeführt wird. Es findet also überhaupt kein Wettbewerb mehr statt“. Daß der Verein unter den gänzlich veränderten Verhältnissen das Krematorium mit Urnenhain nicht ausführen will und vielleicht kann, wird von den an der Angelegenheit Beteiligten kaum als unnatürlich empfunden werden können. Denn darüber steht dem Verein die freie Entscheidung zu. Die gleiche Auffassung läßt sich aber nicht halten gegenüber dem ausgeschriebenen Wettbewerb. Dieser hat die Bedeutung eines Vertrages zwischen dem Verein und den Teilnehmern am Wettbewerb, welche das Recht haben zu verlangen, daß der Wettbewerb mit Preisentscheidung ordnungsmäßig durchgeführt wird. —

Inhalt: Das elastische Kleinhaus mit elastischer Parzellierung. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Vereinsmitteilungen. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



## **Versammlungen und Berichte.**

**A**rchitekten-Verein zu Berlin. (Fortsetzung aus No. 47.) In einem Vortrag allgemeiner Art ging Dir. Dr. Fr. A. Pinkerneil, Stellv. Vorsitz. des „Reichsausschusses der Akademischen Berufsstände“, auf die „Zukunftsaufgaben der Akademischen Berufsverbände“ ein. Redner führte einleitend aus, daß die Art der deutschen Kultur und die Verwaltung in der verflossenen Zeitperiode nicht besser bezeichnet werden können, als durch die Tatsache, daß der Akademiker in Deutschland eine Monopolstellung eingenommen habe. Diese sei durch die Revolution vom 9. November beseitigt; nicht ohne Schuld der Akademiker, die zwar ihre wissenschaftliche Aufgabe in vollem Maß erfüllt, als Lehrer und Führer des Volkes aber versagt hätten, weil sie sich abschlossen und die Interessen des Volkes nicht erkannten. Jetzt wolle man die Führer in der deutschen Geistesarbeit zu Werkzeugen erniedrigen, die auf den deutschen Hochschulen Gebildeten dürften aber auf die Dauer nicht ausgeschaltet werden, wenn sich Deutschland nicht selbst aus seiner Großmachtstellung ausschalten wolle. Die Akademiker, die keine Klasse sondern einen Berufsstand bilden, müßten danach streben, im wahrsten Sinn des Wortes Lehrer und Führer des Volkes zu werden; damit dienten sie der Allgemeinheit. Zugleich aber hätten sie zunächst um ihr Dasein zu kämpfen und das sei nur möglich durch engeren Zusammenschluß, den man dem Handarbeiter zwar gern gestatte, dem Geistesarbeiter aber am liebsten verwehren möchte. Redner charakterisiert dann die drei Richtungen der bisher bestehenden akademischen Berufsverbände, von denen die einen ausschließlich oder vorwiegend die wissenschaftlichen, die andere sowohl die wissenschaftlichen wie die wirtschaftlichen, die dritte schließlich in erster Linie die wirtschaftlichen Fragen des engeren Berufes vertreten. Alle hätten segensreich gewirkt sowohl für die engeren Interessen der betreffenden Gruppen als auch für die Allgemeinheit. Ein fester Zusammenschluß gegenüber der Zersplitterung der Vergangenheit sei aber

nötig, denn heute entscheidet nun einmal bis zu gewissem Grad die Masse. Notwendig sei da zunächst eine homogene Zusammensetzung der Berufsverbände; bleiben müsse zur Unterscheidung von den vielen anderen Verbänden, die ausschließlich die materiellen Interessen in den Vordergrund stellen, als vornehmste Aufgabe die Förderung der wissenschaftlichen Berufsaufgaben im engen Zusammenhang mit den Hochschulen, mit denen die im praktischen Leben Stehenden vielfach die Fühlung verloren hatten, im Zusammengehen mit den Professoren sowohl wie mit der heranwachsenden studentischen Jugend. Aber auch die materiellen Interessen müssen die Berufsverbände vertreten und sie sollten das nach Ansicht des Redners besser können, als die aus der Not entstandenen rein wirtschaftlichen Verbände von Sondergruppen, die Redner an sich nicht als Segen betrachten kann. Soziale und wirtschaftliche Fragen müssen mit Nachdruck in den Berufsverbänden behandelt werden. Der Akademiker muß, um Lehrer und Führer des Volkes sein zu können, politisiert werden, sich staatsbürgerlicher Schulung unterwerfen. Gleichzeitig müsse der Akademiker hinausgehen in das Volk, von ihm lernen und ihm von seinem Wissen mitteilen. Das alles aber könne nur erreicht werden durch eine umfassende Organisation, der jeder Akademiker angehört, für die aber auch die staatliche Anerkennung wie für die Gewerkschaften erreicht werden müsse. Mitglieder der Regierung hätten erklärt, daß das ja nicht ginge, weil die Akademikerverbände Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichzeitig umfassen. Darin sieht Redner für den akademischen Berufsstand aber gerade einen besonderen Vorzug, denn beide Gruppen könnten hier sehr wohl gemeinschaftliche Interessen verfolgen. Mit der Hoffnung, daß der „Reichsausschuß der Akademischen Berufsstände“ die anerkannte Zentralorganisation der akademischen Berufsstände werden möge, schloß Redner seine von warmer Begeisterung getragenen Ausführungen.

Die Bodenreform behandelte ein von zwei berufenen Vertretern entgegengesetzter Richtung gehaltener Doppelvortrag. Redner waren der Bodenreformer A. Damaschke, der sich das allgemeine Thema „die Bodenreform, die Versöhnung zwischen Sozialismus und Individualismus“, und Prof. Dr. R. van der Borcht, der „das Ziel der Bodenreform“ gewählt hatte. Der erste Redner ging davon aus, daß die Revolution, in der wir noch stehen, wesentlich sozialer Natur sei, daß ihre Ursache in den großen Versäumnissen der herrschenden Schichten auf sozialem Gebiet gesucht werden müßten. Es war bisher nicht möglich, einen gerechten Ausgleich, eine Versöhnung zwischen Sozialismus und Idealismus zu finden. Möglich wird dieser Ausgleich nach Ansicht des Redners nur, wenn man zunächst die Grenzlinien scharf bestimme und gerecht ziehe. Auf seinem Sondergebiet will er das versuchen. Er gibt dazu zunächst einen kurzen Rückblick bis zur neuzeitlichen Entwicklung, die nach dem Grundsatz der wirtschaftlichen Freiheit schließlich auch den Boden unter das freie Warenrecht stellte. Die Bodenreformer erkennen nun zwar in der Lehre von der wirtschaftlichen Freiheit ebenfalls eine große Wahrheit, wollten sie auch erhalten, wo sich nicht ihr Segen in das Gegenteil verkehre, wo nicht der freie Wettbewerb durch den Monopolcharakter der in Betracht kommenden Güter tatsächlich ausgeschaltet werde. Das gelte aber in besonderem Maß vom Grund und Boden. Bei diesem müsse an Stelle des Individualismus, der in der Industrie wohl zu technischen und kulturellen Fortschritten geführt habe, hier aber nur der Bereicherung des Einzelnen auf Kosten der Allgemeinheit zugute komme, das soziale Recht treten.

Redner greift dann aus dem großen Gebiet der Einzelfragen die Kriegerheimstätten heraus, die entstanden seien auf den Lehren von 1871, aus dem damaligen Wohnungselend mit seinen Folgen für die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Am 20. März 1915 gründete der „Verein für Bodenreform“ zusammen mit 28 befreundeten Organisationen den „Hauptausschuß für Kriegerheimstätten“, dem zurzeit 3700 Behörden und Organisationen verschiedener Art angehörten, die mehr als 5 Millionen deutsche Familien umfassen. Das dringlichst geforderte und ersehnte Heimstätten-Gesetz, für das auch die oberste Heeresverwaltung lebhaft eintrat, sei aber nicht zu erreichen gewesen, infolge der Widerstände aus den Kreisen des Grundbesitzes und der Bedenken der Bürokraten. Als sich nach Kenntnis des Redners an der maßgebenden Stelle ein Umschwung der Anschauungen vollzogen habe, sei es leider zu spät gewesen. Redner schließt mit den Worten, daß ohne feste ethische Grundsätze auch im Wirtschaftsleben, wie sie die Bodenreform zur Geltung bringen wolle, eine Gesundung nicht zu erwarten sei.

Der zweite Redner steht auf entgegengesetztem Standpunkt wie der Vorredner, wenn es auch schwer sei, sich

dem Eindruck seiner Worte ganz zu entziehen. Vor allem sei es falsch, das heutige Bodenrecht so gewissermaßen als die Quelle alles Übels zu betrachten, da dieses vor allem den Boden doch wesentlich anders als eine Ware behandle. Man könne keineswegs alle sozialen Mißstände auf das Bodenrecht zurück führen, sondern letzten Endes sei die Aenderung unserer Produktionsweise und die Verschiebung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Grund und Boden, auf dem der Sozialismus erwachsen sei. Bei aller Anerkennung des Verdienstes der Bodenreformer um die Verbreitung der Heimstätten-Bewegung könne man sie doch nicht als die Urheber der Idee bezeichnen. Auch die Bekämpfung des Wohnungselendes könnten die Bodenreformer nicht allein für sich in Anspruch nehmen. Auch sei das Kleinhaus, für das der Vorredner besonders eingetreten sei, trotz seiner großen Vorzüge namentlich als Eigenheim nicht das Allheilmittel gegen das Wohnungselend, ebenso wenig wäre aber das größere Wohnhaus das „Massengrab der Volkswohlfahrt“, wie das in Schriften der Bodenreformer behauptet würde. Redner zerlegt dann das Programm der Bodenreformer, von dem sein Vorredner heute nicht gesprochen habe. Es sage, daß der Boden unter ein Recht gestellt werden müsse, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte fördert, jeden Mißbrauch ausschließt und die Wertsteigerung, die er ohne Arbeit des Einzelnen erhält, möglichst dem Volksganzen nutzbar macht. Redner führt zunächst aus, daß wir auch unter dem heutigen Recht die Grundlagen für eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse hätten legen können, daß auch das heutige Bodenrecht grundsätzlich den Mißbrauch ausschließe, wendet sich aber dann hauptsächlich der dritten Forderung zu, die auf dem Gedanken beruhe, daß die Grundwerte allein ein Produkt der Zusammenarbeit Aller seien, also der Gesamtheit gebührten. Redner erklärt die Voraussetzungen dieses Gedankenganges für falsch und begründet seine Ansicht im Einzelnen. Namentlich führt er bezüglich der Ueberschätzung des Einflusses des Bodenwertes auf die Mieten Zahlen an, ebenso über die Steigerung der Mieten, die keineswegs mit derjenigen der Arbeitslöhne Schritt gehalten hätten, ferner die Verbesserung der allgemeinen Lebenshaltung der breiteren Volksschichten, die gegen die „Damaschke'sche Verelendungstheorie“ sprächen. Gegen die Sozialisierung der Grundrente, auf welche die Bodenreformer besondere Hoffnung setzen, wendet sich Redner dann mit Nachdruck. Sie sei früher angestrebt worden durch einfache Ersetzung des Privateigentums am Boden durch das Gemein-Eigentum; jetzt wolle man sie auf dem Wege der Besteuerung erreichen, die schließlich einer allmählichen Wegsteuerung der Grundrente, also einer Enteignung ohne Entschädigung gleichkomme. Damit wäre das Eigentum am Boden aufgehoben. Die Sozialisierung der Grundrente sei nach seiner Meinung aber nicht die Versöhnung zwischen Sozialismus und Individualismus, sondern der Sieg des ersteren über den letzteren. Wer, wie Redner, der Ansicht sei, daß wir in der jetzigen Zeit nichts weniger gebrauchen können als die Sozialisierung des Wirtschaftslebens, der müsse in der Bodenreform eine Gefahr erblicken. Diese sei nicht etwa gleichbedeutend mit Wohnungsreform; an der letzteren könnten vielmehr auch die Kreise mitarbeiten, die auf anderem Standpunkt ständen als die Bodenreformer.

Gingen diese beiden Vorträge schon ins politische Gebiet über, so bewegten sich die Ausführungen des Stadt- bmr. Jentsch in Charlottenburg über „Die Entwicklung der Arbeiterräte und deren Einfluß auf die Techniker“ ganz auf letzterem Gebiet. Sie gipfeln darin, daß die Techniker, mag ihre politische Stellungnahme sein wie sie will, sich einer Mitwirkung nicht entziehen dürfen, daß sie aber gegenüber der großen Masse der Arbeiter und Angestellten nur dann etwas erreichen und eine führende Stellung behalten können, wenn sie sich fest zusammen schließen unter Beiseitesetzung der Unterschiede im Gang der Ausbildung und der Verschiedenheit in der Art der Beschäftigung.

Fr. E.

(Schluß folgt.)

**Berufsverein höherer Staatsbaubeamter in Preußen.** Am 30. und 31. Mai 1919 hatten sich die Vertreter des „Berufsvereins höherer Staatsbaubeamter in Preußen“ unter Vorsitz des Hrn. Ministerialdir. Dr.-Ing. Sympher im Herrenhaus zu einer zweiten Hauptversammlung zusammen gefunden. Trotz aller Hindernisse waren die Provinzen, soweit es die politische Lage zuließ, vertreten.

Der Berufsverein hat bereits erfolgreiche Arbeit durch die Vertretung der Interessen seiner Fachgruppen, die sich aus den Beamten des Hoch-, Wasser-, Meliorations- und der Provinzial-Bauverwaltungen zusammen setzen, zu verzeichnen und wird, sobald alle Kräfte vereint sind, was in kur-



zer Zeit zu erwarten steht, zum Wohl der Allgemeinheit auch den höheren, unmittelbaren und mittelbaren Staatsbaubeamten das ihnen zukommende Ansehen verschaffen.

Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses sich immer weiter Bahn bricht und daß sich der Berufsverein, gestützt auf seine große Zahl von Mitgliedern, mit Recht als die Vertretung der höheren Staatsbaubeamten in Preußen bezeichnen darf.

Als Ergebnis seiner Verhandlungen wurde folgende Entschliebung angenommen:

„In letzter Zeit treten immer deutlicher und häufiger Bestrebungen einer Gruppe im freien Berufsleben stehender Architekten hervor, die Baubeamten in ihrem Ansehen zu schädigen und in ihrem Arbeitsgebiet zu beschränken. Mit allen Mitteln wird versteckt oder offen gegen die beamteten Architekten gearbeitet. Die Abneigung großer urteilsloser Massen gegen das Beamtentum im Allgemeinen wird in geschickter Weise ausgenutzt, um Ziele zu erreichen, die weit weniger im Interesse der Allgemeinheit, die vielmehr persönlicher Vorteile wegen aufgestellt werden.“

Der Berufsverein höherer Staatsbaubeamter in Preußen, in dem die preußischen Staatsbeamten zusammen geschlossen sind, tritt mit aller Entschiedenheit diesen Bestrebungen entgegen. Er weist die gegen die Baubeamten gerichteten Angriffe auf technischem, künstlerischem und wirtschaftlichem Gebiet als sachlich nicht begründet zurück.

Die Gerechtigkeit und die Notwendigkeit, einer großen verdienten Beamtenschaft die Arbeitsfreudigkeit zu erhalten, lassen es erforderlich erscheinen, daß alle maßgebenden Stellen an der Hand des vorliegenden Beweismaterials — es sei besonders an die Erfahrungen, die bei dem Wiederaufbau Ostpreußens gemacht sind, erinnert — überall da, wo von nichtbeamteten Technikern unbegründete Vorwürfe erhoben werden, ihnen entgegen treten.

Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß insbesondere auch die gut gesinnten Kreise der nichtbeamteten Techniker jenen ungerechtfertigten Angriffen entgegen treten und es den Baubeamten ermöglichen werden, mit ihnen vereint in selbstloser sachlicher Arbeit an dem Wiederaufbau des Vaterlandes zu schaffen.

Der „Berufsverein höherer Staatsbaubeamter in Preußen“ hält es ferner für geboten, daß die Staatsbeamten zum Wohl der Allgemeinheit möglichst von allen hindernden Beschränkungen befreit und ihnen die Stellung gewährt wird, die ihnen nach Vorbildung, Wissen und Können zukommt. Auch in der Staatsbauverwaltung müssen die höchsten Stellen den Staatsbaubeamten offen stehen. So würde er, wenn die Absicht bestände, den Posten des Ministerialdirektors für Hochbau mit einem außerhalb der Verwaltung stehenden Techniker zu besetzen, darin eine ungerechtfertigte Zurücksetzung und Benachteiligung der höheren Staatsbaubeamten erblicken.

Er wendet sich weiterhin gegen die bereits eingetretene und weiter drohende Zersplitterung der technischen Verwaltungszweige. Es sollte vielmehr eine möglichst enge Zusammenfassung gewahrt oder geschaffen werden, um die Erfahrungen der Bauverwaltungen einheitlich und nutzbringend verwerten zu können.

Als der berufene Vertreter der preußischen Staatsbauverwaltung erwartet er, daß ihm, soweit möglich, von beabsichtigten wichtigen Maßnahmen rechtzeitig Kenntnis gegeben und seine Stimme bei Vorbereitung aller Maßnahmen, die das Arbeitsgebiet und die Stellung der Baubeamten betreffen, gehört werden.“ —

(Nachschrift der Redaktion. Wir geben den Bericht so wieder, wie er uns zugegangen ist, glauben aber, es hätte mehr im Interesse der durch den Verein vertretenen Berufskreise gelegen, wenn die Entschliebung namentlich in ihrem ersten Teil eine glücklichere Fassung erhalten hätte.)

**Württembergischer Verein für Baukunde.** Am 31. Mai 1919 stattete der Verein zusammen mit Angehörigen des „Württ. Ingenieur-Vereins“, sowie des „Diplomingenieur-Vereins“ dem unter Leitung von Hrn. Brt. Nägels erbauten neuen Rangierbahnhof Kornwestheim einen Besuch ab. Wegen Erkrankung des Erbauers übernahm für den tiefbaulichen Teil Hr. Bauinsp. Gauger, für den hochbaulichen Hr. Bauinsp. Schwab die Führung. Zunächst erläuterte der erstere an Hand eines Ueberichtsplanes die Gesamtanlage. Hiernach sind zwei verschiedene Gleissysteme mit entgegengesetzten Bewegungsrichtungen vorgesehen. Der jetzt fertig gestellte und am 1. Juni in Betrieb genommene westliche Teil hat vorerst noch den gesamten Anfall an Güterwagen aufzunehmen, später, nach Fertigstellung des östlichen Gleissystemes, wird dieses mit südnördlicher Rangierrichtung die Güter

für die Richtung Ludwigsburg aufnehmen, während das erstere mit nordsüdlicher Rangierung alsdann bloß noch dem Güterverkehr der Richtungen Zuffenhausen und Untertürkheim dient. Der Bahnhof ist durch eine nördliche und eine südliche Zufahrt mit der Hauptbahn verbunden; die Länge der jetzt fertig gestellten Anlage beträgt 3,5 km, die Breite wechselt zwischen 150 und 300 m. Als Grundsatz galt durchweg schienenfreie Legung sämtlicher Gleiskreuzungen. Der Ablaufücken befindet sich im Norden; seine Höhe wurde durch Rechnung sowie besondere, der Erfahrung entnommene Ueberlegungen festgelegt und hat sich in der Praxis bewährt. Von hier aus werden die Wagen nach 30 Richtungsgleisen verteilt, um alsdann rückwärts noch nach Stationsgruppen geordnet zu werden. An Erdbewegung wurden insgesamt 1,2 Mill. cbm bewältigt, von denen 700 000 cbm für den Bahnhof selbst verwendet, 500 000 nach Stuttgart überführt wurden. Für Kunstbauten wurden 25 000 cbm Beton, für Eisenkonstruktionen 17 250 t Eisen verwendet. An Wegeanlagen wurden insgesamt 7 km, an Gleisanlagen von den im Ganzen vorgesehenen 95 km bis jetzt 90 km ausgeführt, während die restlichen 5 km noch im Lauf des Sommers fertig gestellt werden sollen. An Betungsmaterial wurden 200 000 cbm verbraucht, Ausweichungen sind insgesamt 300 vorhanden. Der Wasserleitung, welche an die Landeswasserversorgung Stuttgart angeschlossen ist, dienen ein Wasserturm mit 1100 cbm und ein Eisenbeton-Hochbehälter mit 600 cbm Nutzinhalt, zur Speisung des Betriebes sind 16 Wasserkranne vorhanden.

An diese Erläuterungen schloß sich ein Gang zu den Hauptpunkten der neuen Anlage, insbesondere an die Stelle, wo die Güterbahn Kornwestheim-Untertürkheim die Hauptbahn kreuzt. Die letztere, die auf viergleisigen Betrieb gebracht werden soll, mußte, um eine schienengleiche Ueberschneidung zu vermeiden, auf einer längeren Strecke um 4 m tiefer gelegt werden. An dem Aushub für das 2. Gleispaar ist zurzeit ein Bagger in Arbeit. Einige 100 m südlich der Kreuzung ist die Straße Kornwestheim-Steinheim auf einer 45 m weiten Eisenbeton-Bogenbrücke über die Hauptbahn überführt worden. Von hier aus begab man sich nach der neu erbauten Lokomotiv-Werkstätte, deren Dachstuhl in der Holzbauweise Meltzer ausgeführt und die mit zentraler Rauchabführung durch einen 50 m hohen Kamin, Radversenkgruben, feuersicheren Tektontüren usw. ausgestattet ist und insgesamt 38 Lokomotivstände aufnehmen kann; für später ist eine Erweiterung um 36 Stände vorgesehen. Im Anschluß an die Werkstätte sind noch Büroräume, ein Oelkeller, eine Kantine sowie eine Transformatorenanlage ausgeführt.

An Hand aufgelegter Pläne besprach Hr. Bauinsp. Schwab noch die weiteren für den Rangierbahnhof vorgesehenen Hochbauten, so ein großes Betriebsgebäude, das aber noch nicht erstellt wird, sondern vorerst durch eine Militärbaracke ersetzt werden muß; ferner eine größere Anzahl Stellwerke, Uebernachtungsgebäude, Aufenthaltsräume usw. An Wohngebäuden sind im Ganzen drei Gebäudegruppen vorgesehen, je eine am nördlichen und südlichen Ausgang des Rangierbahnhofes, sowie eine in der Mitte, an der Industrie-Straße. Von der letzteren Gruppe sind zurzeit 6 Gebäude im Bau, in denen bis Frühjahr 100 2—3zimmerige Wohnungen und 14 4zimmerige fertig gestellt werden sollen. Für die anderen Gruppen sind die Straßen zum Teil fertig, das Bauland wird gegenwärtig erworben. Mit der Vorführung der Auseinandernahme eines Güterzuges schloß die Besichtigung, worauf der Vorsitzende Hr. Obbrt. Kuhn, der Generaldirektion, dem Vorstand der Bauabteilung, sowie den beiden Führern Dank für das gezeigte Entgegenkommen aussprach und Prof. Baumann im Namen des „Württ. Ingenieur-Vereins“, sowie des „Diplomingenieur-Vereins“ sich diesen Worten anschloß. Hr. Ob.-Brt. Kuhn brachte den Wunsch zum Ausdruck, es möchte trotz der jetzigen trüben Verhältnisse gelingen, auch das 2. Gleissystem in absehbarer Zeit zur Ausführung zu bringen und damit das große Werk zu vollenden.

Als dann begab man sich mittels bereits gestellten Eisenbahnwagens nach Ludwigsburg, von wo aus nach möglichem Zusammensein abends der Heimweg mit der Bahn angetreten wurde. — W.

**Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg.** In der Versammlung am 1. Febr. 1918 werden nach Nachrufen auf Ob.-Ing. a. D. Eduard Vermehren und Direktor der Baupolizei Joh. Classen weitere Berichte der bezüglichen Kommission über eine Abänderung des Baupflege-Gesetzes entgegen genommen.

Vers. am 15. Febr. 1918. Vors.: Hr. Dr.-Ing. Gleim. Anwes.: 31 Pers.

Es spricht Hr. Dr.-Ing. Bubendey über den Schutz der Bezeichnung Ingenieur. Redner geht von

der Eingabe der Gruppe Deutschland des Mitteleuropäischen Verbandes akademischer Ingenieur-Vereine aus, in der die Beschränkung der Standesbezeichnung „Ingenieur“ auf Diplom-Ingenieur befürwortet wird. Dem Verband gehören u. a. an der „Verband Deutscher Diplom-Ingenieure“, der „Verband Deutscher Patentanwälte“, der „Architekten-Verein zu Berlin“. Solchen Bestrebungen gegenüber hat sich außer den nicht akademischen Verbänden, wie dem „Deutschen Techniker-Verband“ und dem „Bund der technisch-industriellen Beamten“, der dem „Deutschen Verbands technisch-wissenschaftlicher Vereine“ angehörige „Verein Deutscher Ingenieure“ ablehnend ausgesprochen, während die Stellung der anderen Organisationen, die diesem Verband angehören, noch nicht erklärt ist, aber entsprechend dem Verhältnis der akademisch gebildeten Mitglieder zu der Gesamtzahl der Mitglieder bei der Mehrzahl dieser Organisationen mit derjenigen des „Vereins Deutscher Ingenieure“ übereinstimmen dürfte.

Die Befürworter der Eingabe weisen auf die Unzulänglichkeit des Schutzes hin, den der Titel „Diplom-Ingenieur“ gewährt. Den Laien ist der Unterschied zwischen Ingenieur und Diplom-Ingenieur nicht geläufig; auch sei der Titel „Diplom-Ingenieur“ durch Bezeichnungen wie Diplom-Kaufmann, Diplom-Bücherrevisor, ja sogar Diplom-Masseur, wie sie in letzter Zeit aufgetaucht seien, in seinem Ansehen geschädigt. In Oesterreich vollends könne der deutsche Diplom-Ingenieur nichts mit seinem Titel anfangen, da dieser hier auf diejenigen, die eine besondere, sehr scharfe Prüfung bestanden haben, beschränkt sei.

Ferner wäre der für den „Ingenieur“ erstrebte Rechtsschutz dem seit 1869 der Bezeichnung „Arzt“ verliehene Schutz gleich zu stellen. Wie notwendig ein solcher Rechtsschutz ist, dafür scheinen eine Anzahl vom Redner angeführte Fälle krassen Mißbrauches der Bezeichnung „Ingenieur“ zu sprechen, wie sie sogar von Körperschaften, bei denen man eine höhere Einsicht für die fraglichen Verhältnisse vermuten sollte, z. B. einem Oberlandesgericht, gefördert werden, und wie sie oft in der Presse hervortreten. Hat doch auch die preußische Eisenbahnverwaltung den Titel „Eisenbahn-Betriebsingenieur“ für Absolventen der Maschinenbauschulen eingeführt.

Solchen Gründen für einen wirksamen Rechtsschutz der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ gegenüber führt Redner als gegen die Eingabe sprechend die Erklärung des Vorstandes des „Vereins Deutscher Ingenieure“ an, worin zwar eine gewisse Berechtigung des Strebens des akademisch gebildeten Ingenieurs, durch den Titel seine Ausbildung zum Ausdruck zu bringen, nicht verkannt wird. Indessen dürfe man die ganz anders gearteten österreichischen Verhältnisse, auf die sich die Eingabe des Mitteleuropäischen Verbandes beruft, nicht übersehen. Zahlreiche tüchtige Ingenieure, die zumal in der Industrie in leitenden Stellen tätig seien, hätten nur technische Mittelschulbildung aufzuweisen; es wäre unmöglich, ihnen die Bezeichnung „Ingenieur“ vorenthalten zu wollen. Die Erklärung des „Vereins Deutscher Ingenieure“ fand lebhafteste Unterstützung in Aufsätzen von Eiselen und Hofmann in der „Deutschen Bauzeitung“, in denen wieder auf Äußerungen von Prof. Dr.-Ing. v. Bach verwiesen wird. Nicht die Schulbildung, sondern die Erfahrung mache den Ingenieur. Den Ingenieurbureaus sei mit den jungen Diplom-Ingenieuren ohne Erfahrung nicht gedient, sie zögen den mittleren Techniker mit guter praktischer Erfahrung vor. Der Vergleich mit den Aerzten hinke: Es gäbe keine ärztlichen Mittelschulen.

Auf dem entgegengesetzten Standpunkt steht Riedler. Er tritt dafür ein, daß der deutsche Ingenieur in keiner Beziehung hinter den übrigen Ständen höherer wissenschaftlicher Bildung zurückstehe. Die Wirkung der technischen Mittelschulen beurteilt er ungünstig dahin, daß sie Leute, die für die Werkstatt geeignet seien, in die Konstruktionsbureaus führe. Dadurch fänden viele akademisch gebildete Kräfte nicht die geeignete Tätigkeit.

Demgegenüber betont Rieppel in einer im November 1917 gehaltenen Rede, daß man bei uns im Gegensatz zu England und Amerika viel zu viel Wert auf Äußerlichkeiten, zu wenig auf das wirkliche Können lege. Männer wie Krupp, Gruson, Wolf, Schuckert, Lanz, Hartmann müsse man doch sicher als Ingenieure anerkennen, trotzdem sie keine Akademiker seien. Man könne nachweisen, z. B. aus Nachrufen in der Zeitschrift „Stahl und Eisen“, daß Nichtakademiker einen großen Teil der bedeutenden Ingenieure ausmachten, und daß sich das Verhältnis auch nicht mit der Zeit ändere.

Aus solchen Meinungsäußerungen für und wider wird klar, daß es sich um grundsätzliche Gegensätze handelt, die schon in der Fachpresse zu leidenschaftlichem Kampf geführt haben. Erwägt man die Möglichkeit der Durchführung

des vorgeschlagenen Rechtsschutzes, so kann diese wohl nicht in Zweifel gezogen werden. Das beweisen schon die Verhältnisse in Oesterreich. In der Praxis beständen künftig Ingenieure und Techniker nebeneinander; ein jeder würde, wie bisher, seinem Können gemäß beschäftigt werden, und wenn dem befähigten Techniker die Bezeichnung Ingenieur, oder, in höheren Stellungen Oberingenieur, versagt sein würde, so blieben doch andere Amtsbezeichnungen, z. B. Direktor, ihm unbenommen. Empfiehlt sich aber eine solche Lösung auch wirklich? Für uns kommt es in erster Linie in Betracht, wie sich der „Verband Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine“ zu dieser Frage stellen wird. Der „Verein Deutscher Ingenieure“ zu Berlin ist im Sommer 1917 im Reichsamt des Inneren vorstellig geworden, in der Ingenieurfrage keine Entscheidung zu treffen, ohne daß die dem „Verbande technisch-wissenschaftlicher Vereine“ angehörigen Organisationen gehört würden. Wir in Hamburg haben Veranlassung, noch besondere Gesichtspunkte in das Licht zu rücken, die im Inland unbeachtet bleiben.

Im Schiffsmaschinendienst werden unterschiedenen Maschinenisten vierter, dritter, zweiter und erster Klasse und Schiffsingenieure, welche letztere zur Leitung der Maschinen größerer Passagier-Seedampfer bestellt sind. Glaubt man nun, daß Männern, in so verantwortungsvollen Stellungen wie diejenigen, denen die Leitung der entwickelten Maschinen-Anlagen von Schiffen wie „Kaiserin Auguste Victoria“, „George Washington“, „Imperator“ oder „Bismarck“ anvertraut ist, nur deshalb, weil sie keine durch Prüfung abgeschlossene akademische Bildung aufzuweisen haben, wirklich die Bezeichnung „Ingenieur“ vorenthalten werden kann, während doch für sie eine sehr gründliche theoretische und praktische Ausbildung mit mehreren Prüfungen, in denen sie auch entsprechende allgemeine Bildung nachzuweisen haben, Bedingung ist? Die Frage ist entschieden zu verneinen. Mit Recht aber möchten vielfach industrielle Betriebe dieselbe Ausnahme für sich beanspruchen.

Redner schließt mit dem Wunsch, der Verein möge sich seiner Stellungnahme zu der Ingenieurtitel-Frage einstweilen enthalten, indessen den Verbandsvorstand ersuchen, die erforderlichen Schritte zu ergreifen, um zu verhindern, daß der Reichskanzler zu der Eingabe des Mitteleuropäischen Verbandes, Gruppe Deutschland, Stellung nimmt, ehe die im „Verbande technisch-wissenschaftlicher Vereine“ zusammengeschlossenen Gesellschaften sich zur Sache geäußert haben.

Hr. Unger-Nyborg hebt den wohlthätigen Einfluß hervor, den das Prüfungswesen durch die Ausübung ungeeigneter Kräfte auf den technischen Berufsstand ausübe. Nun seien aber Prüfungen ohne Verbindung mit Berechtigungen ausgeschlossen. Auch aus diesem Gesichtspunkt wäre ein Schutz des Ingenieurtitels wertvoll. Es wäre Jedem unbenommen, sich an Techniker ohne Ingenieurtitel zu wenden. Als Parallele führt Redner an, daß leider Geschäftsfirmen durch künstlerisch gebildete Angestellte architektonische Entwürfe als eigene Arbeit anfertigen und zur Ausführung bringen ließen.

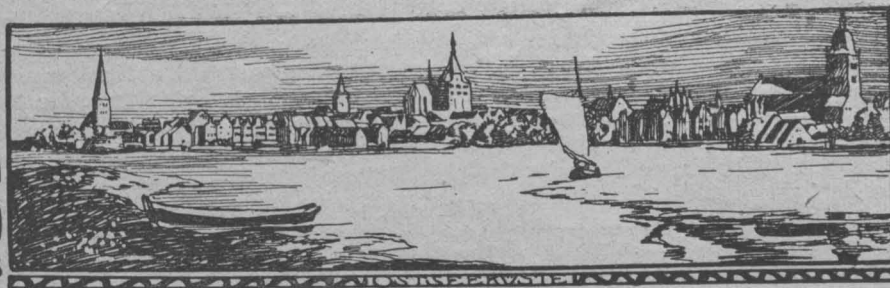
Hr. Groothoff berichtet, daß der Ingenieurtitel, der nach der Eingabe des Mitteleuropäischen Verbandes auch Architekten zugedacht sei, vom „Bund Deutscher Architekten“ als deren Beruf nicht entsprechend abgelehnt wäre, und daß der Bund eine die Architekten betreffende Eingabe in Aussicht gestellt habe.

Hr. Joseph läßt es dahingestellt sein, ob der erstrebte Schutz des Ingenieurtitels wirklich dem Zweck völlig gerecht werden würde. Der Titel „Patentanwalt“ sei zwar geschützt, nicht aber Zusammensetzungen wie „Patentbureau“, sodaß unlauterer Wettbewerb nur unvollkommen gehindert sei. Wertvoll würde es sein, wenn möglichst viele gerichtliche Entscheidungen zu dem heute behandelten Gegenstand gesammelt würden. Hr. Bubendey stimmt dieser Anregung zu.

Es wird gemäß der Anregung des Vortragenden die Meinung des Vereins dahin festgestellt, daß er, unbeschadet seiner etwaigen späteren Beschlußfassung im Sinne der Eingabe oder gegen sie, auf den Verband dahin einwirken wolle, einstweilen Schritte zu tun, eine Stellungnahme des Reichskanzlers zu der Eingabe während des Krieges zu hindern. In diesem Sinne soll an den Verbandsvorstand ein Schreiben gerichtet werden. —

**Sächsischer Ingenieur- und Architekten-Verein.** Der Verein ernannte sein langjähriges verdientes Mitglied, Geh. Baurat Dr.-Ing. ehrenhalber Karl Schmidt, vortragender Rat im Finanzministerium in Dresden, zum Ehrenmitglied. —





# DEUTSCHE BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. № 60. BERLIN, DEN 26. JULI 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

## Stadtbauplan für Malmö.



Malmö, Seestadt und Hauptstadt der fruchtbaren Provinz Schonen, des südlichsten Teiles von Schweden, ist ein Ort reich an Schifffahrt, Handel und Gewerbe und im lebhaften Aufschwung begriffen. Die Einwohnerzahl, welche zu Anfang des Jahrhunderts 68 000 betrug, ist inzwischen auf 112 000 gestiegen. Die Seeseite

der eigentlichen Stadt und der östlichen Vorstadt wird von den Hafenanlagen und deren geplanten Erweiterungen eingenommen. Der westliche Hafenbahnhof, der Hauptbahnhof und die Staatsbahngleise trennen das Hafengebiet von der annähernd rechteckigen alten Innenstadt, die im Norden, Osten und Süden von schiffbaren Kanälen umgeben ist (Abbildung 1).

Am westlichen Ende der Altstadt liegen die den Gürtel schließenden Wasserzüge als Gräben und Zierteiche in und zwischen ausgedehnten Grünflächen, nämlich dem Alten Begräbnisplatz, dem Königspark (Kungsparken), dem Schloßpark und dem alten Schlosse Malmöhus mit seinen Gärten, Bastionen, Gräben und Nebengebäuden. Zwei geräumige Plätze, Stortorg und Gustav Adolf-Torg, ferner das aus dem 16. Jahrhundert stammende schöne Rathaus, die i. J. 1319 begonnene Peters-Kirche und die Caroli-Kirche sind in der 120 ha großen Altstadt bemerkenswert. Sie ist umgürtet von den Stadtteilen Oestra-Förstaden, Rörsjöstaden, Södra-Förstaden und Slotts-Staden. Um diese legen sich im Kreise die Außen-Vorstädte Arlöf im Nordosten, im Kreise im Osten, Mellersta-Förstaden, Sofielund und Bulltofta im Osten, Mellersta-Förstaden, Sofielund und Södervärn sowie Oestra- und Vestra-Skräflinge im Süden, Fosie im Südwesten, endlich Pildamms-Staden, Vestra-Förstaden und Limhamn im Westen der Stadt. Mit Ausnahme der mehr abgelegenen Orte Arlöf, Bulltofta und Fosie sind alle genannten Siedelungen der Gemeinde Malmö einverleibt, sodaß die Stadtfläche ohne das Hafengebiet etwa 4000 ha umfaßt. Der innere Teil von Oestra-Förstaden, die Südvorstadt und Teile von Slottsstaden, Vestra-Förstaden und Limhamn sind bereits stark bebaut. Auch in den äußeren Vorstadtteilen hat in Ergänzung der alten Siedelungen die Bebauung auf Grund eines alten Stadtplanes an manchen Stellen eingesetzt. Der weitaus größte Teil des äußeren Stadtbezirkes ist aber noch unbebaut.

Der Stadtingenieur Major A. Nilsson hat seit Jahren sich auf's innigste und sorgsamste mit der Neuplanung beschäftigt, hat seine Entwürfe vor dem Krieg fertiggestellt und ist nunmehr in der glücklichen Lage, sie im Ganzen und im Einzelnen von den zuständigen Behörden genehmigt zu sehen.

Vorbedingung des städtebaulichen Entwurfes ist die sachgemäße Gestaltung der Eisenbahnanlagen. Aus dem Hauptbahnhof entspringen die Staatsbahngleise nach Gothenburg, Stockholm und Trelleborg ostwärts, die Privatbahngleise nach Trelleborg und Ystad west-

wärts. Die Bahnstrecke für Gothenburg und Stockholm ist gemeinschaftlich bis Arlöf, wo sie sich in zwei Linien trennt. Die Staatsbahnlinie nach Trelleborg durchschneidet die Ostvorstadt, entsendet hier Zweiglinien nach Simrishamn und Genarp und legt sich in der Straßengleiche zwischen die Vorortbezirke Mellersta-Förstaden und Sofielund einerseits, Oestra- und Vestra-Skräflinge anderseits. Die Privatbahnlinie, gleichfalls in der Straßenebene und zwar hauptsächlich inmitten eines breiten Straßenzuges (Karl Gustaf väg) liegend, durchschneidet die ganze Weststadt in höchst hinderlicher Weise und bildet einen Güterbahnhof (Södervärnstation) bei Sofielund, von wo sie sich in die beiden Strecken nach Trelleborg und Ystad gabelt. Nach Nilsson's Vorschlag sollen diese beiden Strecken für den Fernverkehr derart verlegt und gehoben werden, daß sie bei Vestra-Skräflinge in die von Trelleborg kommende Staatsbahn, die sogenannte Kontinentalbahn, eingeführt werden und mit dieser gemeinsam von Osten in den erweiterten Hauptbahnhof münden. Der erbreiterte gemeinschaftliche Bahnkörper soll ebenfalls beträchtlich gehoben und die Höhenlage der gekreuzten Straßen nach Möglichkeit gesenkt werden, um die bestehenden Planübergänge in Unterführungen umwandeln und neue Unterführungen hinzufügen zu können. Von Sallerupsvägen bis zum Hafengebiet soll eine Verschiebung der Linie ostwärts eintreten. Hier ist ein hochliegender neuer Ostbahnhof (Oestervärnstation) geplant, von welchem die Gleise zu dem erweiterten Betriebs- und Werkstättenbahnhof sowie nach Simrishamn und Genarp abzweigen. Die bisherigen Gleise der Ystad- und Trelleborger Privatbahn sollen für den Ortsverkehr beibehalten werden und nach wie vor den Södervärns-Güterbahnhof bedienen. Von diesem bis zum westlichen Hafenbahnhof soll das Gleis in der breiten Straße liegen bleiben, aber nur als elektrisch zu betreibender Hafenananschluß.

Die Hafenanlagen bestanden ursprünglich aus dem alten Außen- und Innenhafen. Seitlich davon sind westlich der Werfthafen, östlich der neue Handelshafen nebst allem Zubehör angelegt worden. Nach Osten fügt der Nilsson'sche Entwurf drei Becken eines Freihafens hinzu und weiterhin in der Lomma-Bucht verschiedene Becken eines sehr geräumigen Industriehafens, der sich bis zu der als Stora Segea bezeichneten Flußmündung erstreckt. Ausgedehnte Gleis- und Bahnhofs-Anlagen vermitteln die Bedienung der neuen Hafeneinrichtungen durch die Staatsbahn.

Vom Werfthafen westwärts zieht sich bis zu dem Brückensteg, der zur Seebadeanstalt hinausführt, eine Strandpromenade, die unter Zurückschiebung des Bahngleises bis Limhamn verlängert werden soll. Das Gleis bildet eine Verbindung mit dem Industriehafen und dem Fischereihafen von Limhamn. Auf der Mole, welche diese beiden Hafenanlagen von einander scheidet, mündet auch die von der Trelleborger Linie abzweigende, den Ort Limhamn westlich umfahrende Anschlußbahn.

Das alte und neue Netz der Verkehrsstraßen, wie es für den Hauptteil des Stadtgebietes aus unserer Abbildung 2 hervorgeht, ist klar durchdacht. Es besteht in der Hauptsache aus zahlreichen Radialen, wenigen Diagonalen und zwei ausgeprochenen Ringlinien; von den letzteren umzieht die eine die innere Stadt den Gräben entlang, die andere die zunächst liegenden Vorstadtteile. Eine neue Verbindung mit den Häfen soll als Viadukt über den Hauptbahnhof führen. Die Breiten der Verkehrsstraßen wechseln zwischen 18 m, dem passenden Maß für die Anlage einer doppelspurigen Straßenbahn im Fahrdamm, und 36 m. Bei mehr als 25 m Breite handelt es sich um Promenaden oder um Straßen mit gesondertem Planum für die Straßenbahn. Die Aufteilungs- und Wohnstraßen sinken in ihrer Breite bis auf 7 m, einzelne Fußwegverbindungen bis auf 3 m.

Das Straßennetz ist nach örtlichem Bedarf mit Marktplätzen, Architekturplätzen und kleineren Platzanlagen durchsetzt, die leider in unserer Abbildung des kleinen Maßstabes wegen nur undeutlich in Erschei-

promenaden, nach des Unterzeichneten Vorschlag bis zur Südspitze von Vestra-Skräflinge erstreckt. Dazu kommen diejenigen Grünplätze, die teils offen teils im Blockinneren liegend, in allen Stadtvierteln verteilt sind.

An öffentlichen Gebäuden sind auf angemessenen Bauplätzen vorgesehen: Ein Theater, eine Volksbadeanstalt, ein Polizeigebäude, die erforderlichen Schulen, Kirchen und Krankenhäuser. Die Stadt hat für diese und für die Zwecke ihrer allgemeinen Bodenpolitik auf Nilsson's Betreiben bis jetzt etwa 725 ha Boden angekauft.

Die Festsetzungen der Bauordnung sind so getroffen, daß in der inneren Stadt und einigen bereits angebauten Vorstadtteilen die fünfgeschossige Bebauung zugelassen ist. Die neuen Stadtteile sollen dagegen, nach deutscher Art gestaffelt, teils viergeschossig bebaut werden, teils dreigeschossig in geschlossener oder Reihenhauweise, teils zweigeschossig in Reihen- oder halboffener Bauart; ferner sind beträchtliche Flächen aamentlich in der westlichen Vorstadt und in Limhamn



Abbildung 2. Netz der Verkehrs-Straßen in Malmö.

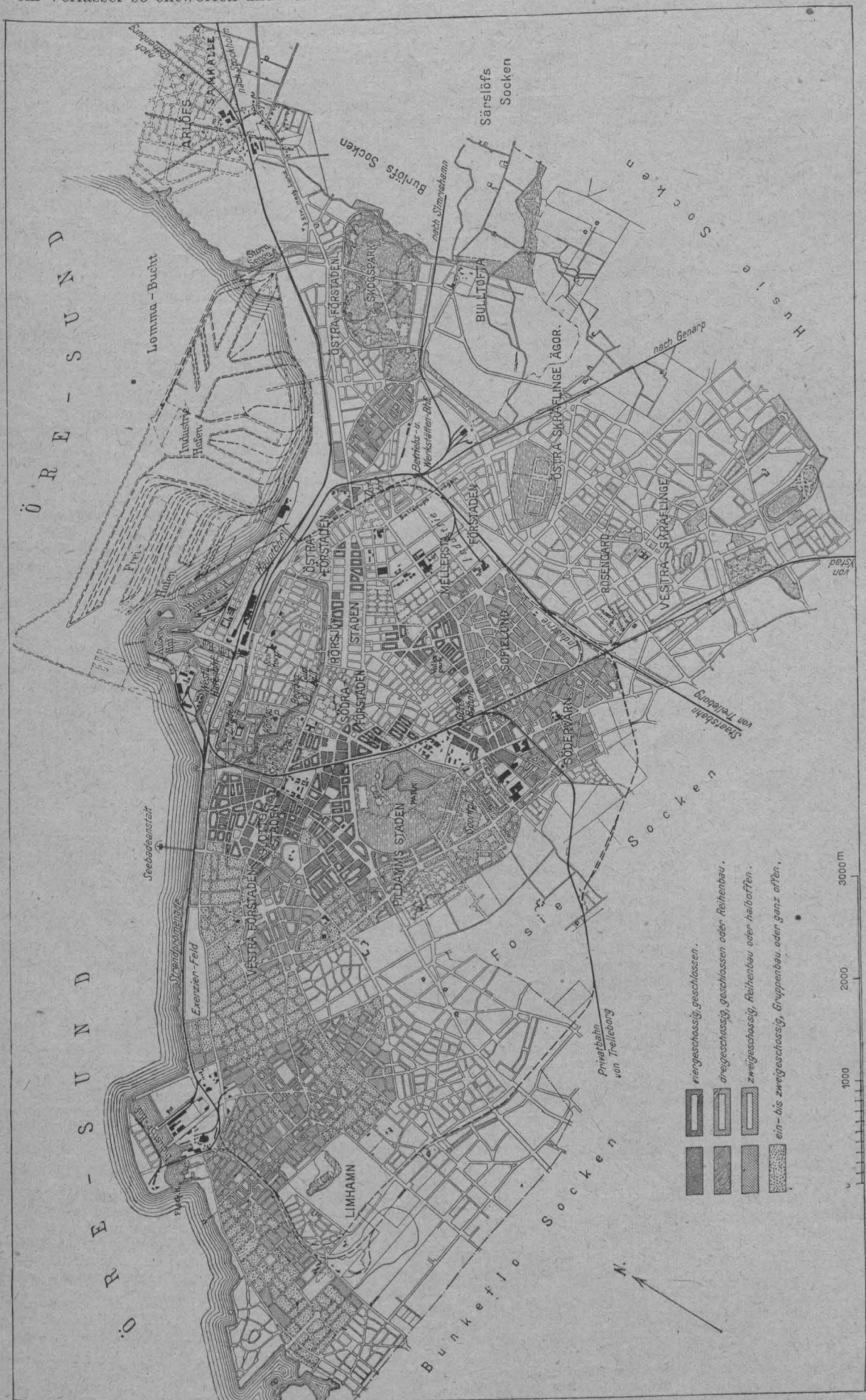
nung treten. Der Anteil der Straßen- und Platzflächen am Gesamtgelände beträgt rund 22 %. Bestehende und in Aussicht genommene Parkanlagen, Spiel- und Sportplätze und Spaziergänge (auch Innenpromenaden) umfassen rund 18,5 % des Gebietes. Es sind außer dem Schloß- und Königspark, der Södra-Promenade (am Wasser), dem Volkspark in der Südvorstadt und den Grünflächen zwischen der Straße nach Limhamn und dem Strande folgende Neuanlagen: In der Weststadt und zwar in Pildammstaden, die dauernde Erhaltung des Geländes der Baltischen Ausstellung von 1914 als öffentlicher Park, sowie eine 10 ha große Sportfläche als Innenplatz. In der östlichen Vorstadt der ausgedehnte Skogspark südlich von der Straße nach Lund, der sich an den Ufern des Segeaflüßchens ausdehnt bis zum Sund. Südlich in den Richtungen nach Bulltofta und Oestra-Skräflinge entspringt aus dem Skogspark ein zusammenhängendes System von Grünflächen und Grünstreifen, das sich, zum Teil in Form von Innen-

für offene Bebauung in einem oder zwei Vollgeschossen mit Dachgeschoß (teils Einzelhäuser, teils Gruppen) bestimmt. Größe und Gestalt der Baublöcke richtet sich überall nach der vorgeschriebenen Bauweise. Schließlich sind entlang der Staatsbahn im Süden der Stadt Industriegelände nach Bedarf vorgesehen. Der Reihenhau, die halboffene und offene Bauweise soll den verschiedenen Bevölkerungsklassen, nämlich den Arbeitern, dem Mittelstand und den Wohlhabenden, gesündere und angenehmere Wohngelegenheiten sichern, als es bei den bisherigen großen Miethäusern der Fall war.

In den neuen Stadtteilen betragen die Baublöcke  $100 - (22 + 18\frac{1}{2}) = 59\frac{1}{2} \%$  des Geländes. Davon sollen entfallen auf die geschlossene Bauart in vier und drei Geschossen  $28\frac{1}{2} \%$ , auf den drei- und zweigeschossigen halboffenen und Reihenhau 10, auf die offene und Gruppenbauweise 15, auf Fabriken (abgesehen von den Industriebahnen)  $2\frac{1}{2} \%$ , auf öffentliche Gebäude  $3\frac{1}{2} \%$  des Ganzen.



Stadtbaupläne werden in den germanischen Staaten vom Verfasser so entworfen und von den Behörden Plangeltung von vornherein auf zwei bis drei Jahrzehnte beschränkt; es muß also vor dem Ablauf dieser



Stadtbauplan für Malmö. Entworfen von Major A. Nilsson, Stadtgenieur in Malmö. Abbildung 1.

so beschlossen, als ob sie für die Ewigkeit gültig sein sollen. In anderen Ländern ist die Lebensdauer der Zeit auf alle Fälle eine Ueberprüfung oder Neubearbeitung stattfinden. Aber auch bei uns pflegt sich eine

Gültigkeit von unbegrenzter Dauer nur insofern zu verwirklichen, als die Planungen tatsächlich in die Ausführung übersetzt sind. Selbst dann sind spätere Eingriffe, wie die Erfahrung lehrt, nicht ganz ausgeschlossen. Der äußere Anlaß, an unausgeführte Pläne oder Planteile auf's neue heranzutreten ist im Wechsel der Verhältnisse, Anforderungen und Entwicklungsbedingungen einerseits, der maßgebenden Personen anderseits begründet. In diesem Sinn ist ein festgesetzter Stadtbauplan um so weniger vor späterer Aenderung oder Aufhebung sicher, je ausgedehnter das Gelände ist, über welches er sich erstreckt, und je länger die Zeitdauer ist, die seine Ausführung beansprucht. Wie aber auch Malmö's Geschick als Handelsplatz und Wirt-

schaftszentrum sich in Zukunft gestalten möge, die Nilsson'schen sorgfältigen Planungen werden, mögen auch Einzelheiten beanstandet werden, doch in ihren wesentlichen Teilen nicht bloß für die Gegenwart maßgebend sein, sondern auch für die Zukunft ihren Wert behalten. Sie werden das Rückgrat der baulichen Gestaltung des Stadtganzen bilden.

Trotz unserer eigenen vaterländischen Not nehmen wir herzlichen Anteil an dem glücklichen Fortschritt der städtischen und wirtschaftlichen Entwicklung in dem uns treu befreundeten schwedischen Lande. Möge dieser Fortschritt sich in ungestörtem Frieden vollziehen und durch keine politischen oder sonstigen Mischeligkeiten behindert werden! —

J. Stüb ben.

### Vermischtes.

**Lehrkräfte des Bauwesens für die Technischen Staatslehranstalten in Chemnitz.** Auf den unter dieser Ueberschrift in der „Deutschen Bauzeitung“ No. 46 abgedruckten Artikel haben wir zu entgegnen: Der besonderen Betonung einer künstlerischen Befähigung bedarf es in der Ausschreibung einer Architekturlehrerstelle nicht, denn jeder Einsichtige weiß, daß für einen Lehrer des Entwurfens und des Freihandzeichnens künstlerische Befähigung ein Hauptfordernis ist. Wert aber muß eine Schulleitung darauf legen, daß der anzustellende Lehrer nicht bloß Künstler ist, sondern daß er neben der künstlerischen Befähigung über langjährige praktische Erfahrungen im Bauwesen und über eine hohe Baufach-Ausbildung verfügt, wie sie die Hochschule gibt.

Die Annahme des Verfassers, daß im vorliegenden Fall nur für frühere Schüler unserer Anstalt eine Lehrerstelle frei sei, ist irrig und durch nichts begründet. Gewiß befinden sich unter unseren Architekturlehrern auch einige ehemalige Schüler, sowohl alte Gewerbe-Akademiker, als auch alte Chemnitzer Bauschüler. Wenn diese dank der bei uns vermittelten Grundlagen sich beruflich weiter bilden und es zu tüchtigen Leistungen brachten, sodaß sie bei der Besetzung von Lehrstellen anderen Bewerbern vorgezogen wurden, so ist das ein neuer Beweis dafür, daß unsere Anstalt ihre Schüler sehr gut für den Beruf vorbereitet. Niemand wird bei uns nur deshalb bevorzugt, weil er ein ehemaliger Chemnitzer Schüler ist, aber ebensowenig werden wir einen tüchtigen Architekten nur deshalb von unseren Lehrstellen ausschließen, weil er Chemnitzer ist.

Die Tätigkeit eines Hochschullehrers und eines Chemnitzer Lehrers lassen sich leider nicht vergleichen. Die Hochschule hat die Möglichkeit und die Pflicht, die allerersten Baumeister zu berufen. Das gelingt ihr auch, da die Besoldung sehr hoch ist, da die persönliche akademische Lehrfreiheit großzügig und vollständig durchgeführt ist, da eine Anzahl tüchtiger Assistenten zur Verfügung stehen, da die sehr langen Hochschulferien in die Zeit der größten Bautätigkeit fallen und die Professoren deshalb sehr leicht als Architekten tätig bleiben können, zumal da sie bei der Vergabe von staatlichen Bauaufträgen berücksichtigt werden. Hingegen muß ein Lehrer an den Chemnitzer Technischen Staatslehranstalten und an anderen Nichthochschulen die anstrengendste gründliche Kleinarbeit im persönlichen Verkehr mit seinen Schülern leisten. Er kann und darf auch die Jünglinge mit geringerer Begabung und Bildung nicht links liegen lassen, wie das auf den Hochschulen möglich ist, sondern muß sich persönlich mit allen abmühen. Er hat in erster Linie alle jene Grundlagen der Bautechnik zu vermitteln, auf denen die Schüler ihr späteres Fortkommen als Bautechniker und Architekten finden können. Er arbeitet ohne Assistent und muß jahraus jahrein ohne die dreimonatlichen Sommerferien jede Unterrichtsstunde von Anfang bis zu Ende selbst erteilen. Wenn trotzdem die Lehrer noch selbst bauen, so ist das im höchsten Grad anerkennungswert.

Es ist bedauerlich, daß der Verfasser die künstlerische Tüchtigkeit der jetzt bei uns tätigen Lehrer anzuzweifeln scheint. Diese haben in allen Fachkreisen einen guten Ruf und ein Blick auf die von ihnen ausgeführten oder unter ihrer Leitung entstandenen Bauten hätte bei gutem Willen eines Besseren belehren können. Daß er den verstorbenen Architekturlehrer Leopold Schreiber sehr hoch schätzt, wird Jeden freuen, aber das gibt ihm nicht die Berechtigung, andere an der Anstalt tätige Lehrer in ihren Leistungen und Befähigungen herabzusetzen.

*\* Anmerkung der Redaktion.* Der Name des Verfassers der bekämpften Mitteilungen ist uns bekannt; wir hätten sonst seine Ausführungen nicht aufgenommen. Die vorstehende Bemerkung der angegriffenen Stelle veranlaßt uns, anzuregen, ob er nicht mit seinem Namen hervor treten möchte, zumal seine kritischen Aeußerungen auf einer breiten Basis erhoben wurden. —

Nachteilig ist die geringe Bezahlung der Lehrkräfte. Aber die zurzeit geltenden Gehaltssätze kann kein Ministerium und erst recht keine Schulleitung beliebig ändern. Daß sie niedrig sind, weiß und bedauert jeder Einsichtige. Wenn der Verfasser hier Wandel schaffen könnte, wäre das dankenswert. Vielleicht findet der Verfasser den Mut, seinen Namen zu nennen\*, dann wird man sehen, ob dieser klangvoll genug ist, den schweren Stein der staatlichen Besoldungsordnung im günstigen Sinn ins Rollen zu bringen.

Was der Verfasser über die Dauer der Lehrtätigkeit sagt, ist undurchführbar. Kein tüchtiger Mann wird 10—15 Jahre seiner besten Lebenszeit dem Lehrfach widmen, um sich dann, wenn er über die Höhe des Lebens hinaus ist, von seinem Lehrstuhl verdrängen zu lassen.

Der Gesamtheit der sächsischen Bauschulen Rückständigkeit vorzuwerfen, liegt kein Anlaß vor. Die Lehrer und die Leistungen der sächsischen Bauschulen halten jeden Vergleich mit denen der außersächsischen Anstalten aus und haben auch in der Bekämpfung der Bauverwilderung viel Gutes geleistet.

Die Direktion der Technischen Staatslehranstalten in Chemnitz.

### Wettbewerbe.

**Ein Wettbewerb der städtischen Kunstdeputation zu Berlin zur Erlangung von Entwürfen für Grabdenksteine und Schöpfbrunnen einer Berliner Aschenbeisetzungs-Anlage und für Zierbrunnen auf Berliner Schulhöfen** wird mit Frist zum 20.—22. Okt. 1919 für in Berlin und seinen Vororten ansässige Bewerber ausgeschrieben. Die Aufgaben sind 1. Entwürfe für ein mittleres Zierstück einer Aschenbeisetzungs-Anlage und Modelle für 2 Arten von Grabdenksteinen in dieser Anlage. Zur Verteilung gelangen hierfür ein I. Preis von 3000 M., zwei II. Preise von je 1500 M. und 2000 M. für Ankäufe. 2. Entwürfe für einen Schöpfbrunnen einmal vor einer mit Ephen berankten Mauer, zum Anderen zwischen Alleeabäumen vor einer Buchenhecke. Zur Verteilung gelangen für beide Arten von Brunnen je ein I. Preis von 2000 M. und je zwei II. Preise von 1000 M. In jedem Fall stehen für Ankäufe 1500, zus. 3000 M. zur Verfügung. 3. Entwürfe für einen Trink-Zierbrunnen auf dem Schulhof der in Ziegelfugengarten errichteten Oberrealschule an der Pasteur-Straße in Berlin und für einen Trinkbrunnen für den Schulhof der als Putzbau ausgeführten Gemeinde-Doppelschule an der Tegeler-Straße in Berlin. Hier stehen je ein I. Preis von 2000 Mark, je zwei II. Preise von 1000 M. und je 1500 M. für Ankäufe zur Verfügung. Die Entwürfe sind durch Modelle 1:5 darzustellen. Das Preisgericht besteht u. a. aus den Hrn. Stadtr. Geh. Bt. Dr.-Ing. h. c. Ludwig Hoffmann, Maler Prof. Dr. h. c. Max Liebermann, den Bildhauern Professoren Fritz Klimsch, Jos. Rauch und Paul Schley, sowie aus dem Vertreter des Kunstgewerbes Stadtverordneten Wilh. Kimbel, sämtlich in Berlin. Notwendige Stellvertreter werden durch die städtische Kunstdeputation ernannt und berufen. —

**Wettbewerb der Stadt Stuttgart zur Unterstützung der dortigen Privatarchitekten.** Die Stadtverwaltung von Stuttgart hat zur Unterstützung der daselbst ansässigen Privatarchitekten verschiedene engere Wettbewerbe ausgeschrieben, wobei jedem Teilnehmer ein bestimmtes Honorar zugedacht wurde. Bei dem Wettbewerb für eine Schulhausgruppe an der Rosenberg-Straße kamen zur engeren Wahl für die Ausführung die Pläne von Prof. Hummel, Architekten Lempp & Riethmüller, Bloch & Guggenheimer und Prof. M. Elsässer. Im Wettbewerb für eine Viehmarktbank die Pläne von Architekt Fritz Müller. —

Inhalt: Stadtbauplan für Malmö. — Vermischtes. — Wettbewerbe.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.





# \* DEUTSCHE \* BAUZEITUNG

53. JAHRGANG. NUMMER 61.  
 BERLIN, DEN 30. JULI 1919.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

hervorgegangenen Werke in ihren formalen und allgemein künstlerischen Zielen dem entsprechen, was die durch Selbstbestimmung unserer Tage vertiefte und geläuterte Kunstanschauung von heute wünscht und erstrebt.

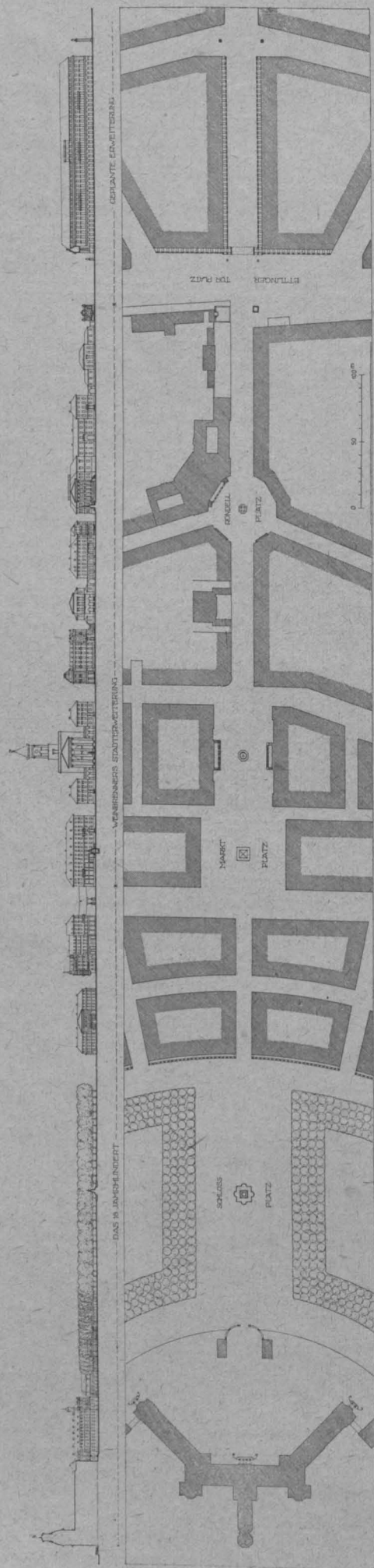
In Karlsruhe sind das Zurückgehen auf Weinbrenner und dessen vertiefte Würdigung und vermehrte Wertschätzung schon seit einigen Jahren wahrzunehmen und haben zu Werken geführt, für die man ohne Zweifel das Kriterium einer geläuterten, selbstloseren Kunstübung in Anspruch nehmen darf. Und wenn in diesen Tagen der materiellen Not der Stadtrat von Karlsruhe unter anderen Maßnahmen zur Erleichterung des Daseins auch die Aufgabe gestellt hat, die Aufnahme architektonisch oder baugeschichtlich bedeutender Bauwerke zu bewirken, von denen Pläne nicht erhalten sind, namentlich solche von Weinbrenner, so ist auch hierin ein Ausfluß jener Wandlung in der Kunstanschauung zu erblicken, die aus der Kraft- und Ich-Periode heraus will und den Künstler mehr als dienende Kraft für den zu verwirklichenden Gedanken, denn als despotischen Gewaltherrn im Sinn der autokratischen und absolutistischen Tendenzen der Barockzeit, mehr als in sich vertieften Gestalter von Zeitgedanken, denn als mit äußerlichem Aufwand schaffenden Beauftragten eines Anderen betrachtet. Darin liegt der ungeheure Unterschied in der Gefühlswelt z. B. von Schinkel und Weinbrenner, gegenüber etwa Balthasar Neumann und Fischer von Erlach, daß bei ersteren das Objekt, bei letzteren aber das Subjekt seine Kunstsprache spricht. Bescheiden, getragen, entsagend, schlicht, ohne Absicht, aber nicht ohne Größe und Würde im ersten Fall, und selbstbewußt, ja übermütig, rauschend, herrisch, diktatorisch und gewaltsam im letzteren. Die Künstler als Vertreter zweier völlig verschieden gearteten Welten und Weltanschauungen, das Kunstwerk das Spiegelbild der politischen und materiellen Zeitverhältnisse.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet muß Friedrich Weinbrenner für die Kunstbestrebungen unserer Tage eine Zuflucht von stiller Zuversicht und innerer Beruhigung, in der Unrast der Erlebnisse die Beschäftigung mit ihm eine innere Sammlung zu erneuter Hoffnung auf die Zukunft sein. In seinen Werken gab er für die Mitwelt das, was er im Vorwort seines „Architektonischen Lehrbuches“ 1810 in die Worte kleidete: „Für die Welt, nicht für gelehrte Schule gebildet, gebe ich mit dem besten Willen, was der ältere Künstler dem jüngeren, durch Zeichnung und kurze Erklärung, ohne gelehrte Ausstattung, zu seiner unentbehrlichen Belehrung und Bildung geben kann und soll. Nicht spekulativ, nicht in philosophischer und gelehrter Rüstung, das heißt, abschreckend für Zöglinge und ausübende Künstler, kann und will ich einherschreiten. Gelehrsamkeit dient uns wenig, und die Idee einer architektonischen Vernunft hat für uns nur dann einigen Wert, wenn Erfahrung hinzu tritt.“ Das wurde geschrieben nach einem sechsjährigen Aufenthalt in Rom, aus dem heraus er vom Kunstjünger zu verlangen gelernt hatte, daß er „mit kühner, kunstgeübter Hand, erhaben über das Alltägliche, fern von sklavischer Nachahmung und ängstlichem Formenspiel, durch die Tat beweisen“ müsse, „daß Formensind, was der Geistsind.

## Karlsruhe und die Wiederbelebung der Kunst Friedrich Weinbrenners.

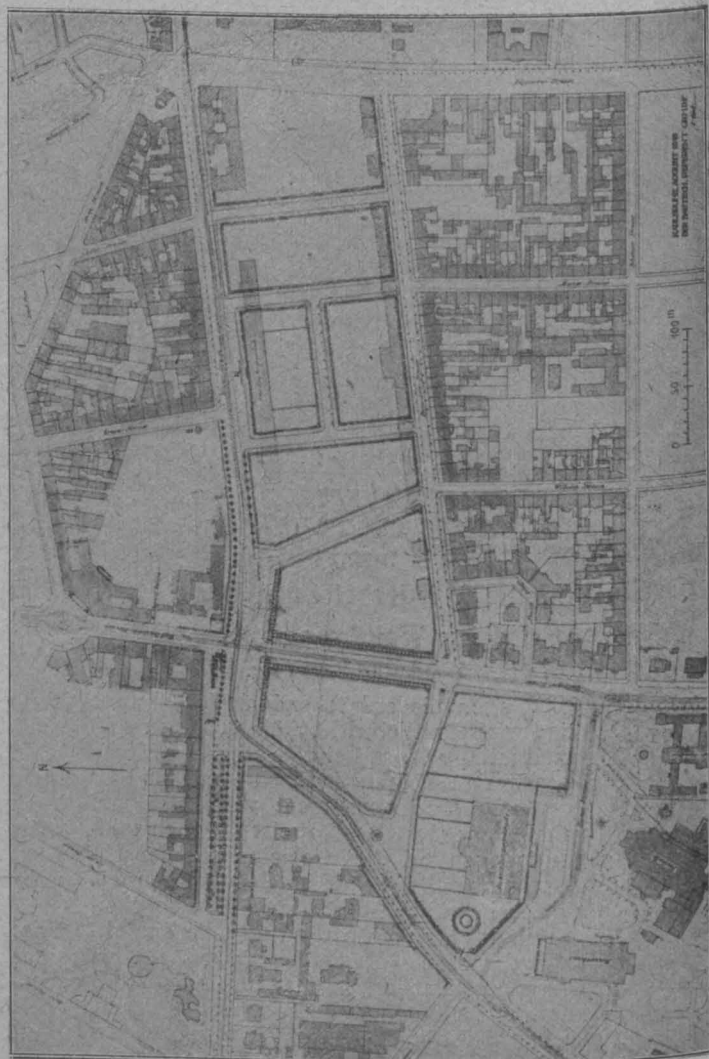
Von Dr.-Ing. Albert Hofmann. Hierzu die Abbildg. S. 351.

**T**rotz aller niederdrückenden Verhältnisse und wirtschaftlichen Not, die über Deutschland mit der Gewalt einer Naturkatastrophe unerwartet hereingebrochen sind, ist der deutsche Idealismus nicht vernichtet und erstickt worden. Das beweisen täglich zahlreiche Wahrnehmungen auf allen Gebieten der menschlichen Kultur, wenn es nicht schon im Gemütsleben des Deutschen an sich begründet wäre. Zu diesen Erscheinungen zählt z. B. das bewußte und gemütvoll zurückgreifen auf die deutsche Vergangenheit, das täglich größeren Umfang annimmt und in dem ein Gegenmittel erblickt wird gegen die seelische Bedrängnis des Tages. Es ist in gleicher Weise in Literatur und Kunst wahrzunehmen und es wiederholt sich mit ihm eine Periode deutschen Denkens und Fühlens, wie sie noch stets nach politischen Katastrophen im Seelenleben der deutschen geistigen Gesellschaft sich gezeigt hat. Als ein solches Anzeichen können auch das verständnisvolle Zurückgreifen und die vermehrte Wertschätzung gelten, die jetzt im Norden Deutschlands Karl Friedrich Schinkel und im Süden Friedrich Weinbrenner finden. Beide erleben eine Wiederauferstehung ihrer Kunst und ihrer künstlerischen Grundsätze, die in der muskulösen Kraftperiode der deutschen Architektur in dem verflornten Vierteljahrhundert nicht denkbar gewesen wäre. Vielleicht instinktiv, weil beide einem Zeitabschnitt angehörten, dessen Lebensbedingungen im Grunde nicht wesentlich verschieden waren von denen, unter welchen wir unsere Tage verleben müssen. Vielleicht und zumteil aber auch bewußt, weil ihre aus den damaligen Lebensbedingungen und aus den Kunstanschauungen der Jahrzehnte um die Jahrhundertwende



Lageplan und Schnitt durch die Karl Friedrich-Straße in Karlsruhe nach Friedrich Weinbrenner† und Fortsetzung nach Süden nach Fritz Hirsch in Karlsruhe.

Lageplan des alten Bahnhof-Geländes und eines Teiles der Südstadt in Karlsruhe.



Jahrhunderte trotzend, der spätesten Fortzeugung Schutz, Bequemlichkeit und Freude gewähren, die ihr dankbare Achtung für den Urheber einflößen sollen.“ Als er 1817 einen Vorschlag für ein Siegesdenkmal für das Schlachtfeld bei Belle-Alliance machte, schrieb er: „Dem Bedürfnis und der Ehre Europa's erachte ich es gemäß, daß nicht blos der Krieger durch Tapferkeit, der Staatsbeamte durch Bemühungen für weise Staatsverwaltung, der Gelehrte durch Erhaltung, Erforschung und Erweiterung des Reiches der Wissenschaften, der Gewerbetreibende durch Pflege und Verbreitung nützlichen Verkehres um die Nation sich verdient mache. Auch dem Künstler geziemt es, sein Scherflein beizutragen zur Erhebung des Volkssinnes, zu allgemeiner Wohlfahrt, zur Ehre und Zierde des Vaterlandes. Nur gemeinschaftliches Zusammenwirken Vieler vermag eine Nation über das Alltägliche hinaus zu heben, die Gefahr der Unterjochung abzuwenden und ihre Selbstän-

ruhe. Mit neuen Straßenführungen nach Fritz Hirsch in Karlsruhe.

ihnens schafft“. Er hält es nicht für nötig, zu beweisen, wie wichtig für den Staat und die Individuen die echte Bildung des Baumeisters sei. „Bei Aufführung des einfachsten Bauernhauses wie des größten Prachtgebäudes ist Er die Seele des Baues, der Geist, der das Ganze bis in die kleinsten Teile forschend und ordnend durchdringen muß. Er ist das belebende Prinzip, sogar Bildner der bei dem Bauwesen angestellten Arbeiter. Er wirkt durch seine Werke kräftiger und dauernder als Wort und Schrift auf Sitte und Geschmack, auf Wohlstand und physisches Wohl des Volkes. Er arbeitet, wie irgend einer, für Bedürfnis, Bequemlichkeit, Lebensgenuß und Veredlung, auch für Achtung der Nation in dem Auslande. Enkel und Urenkel ernten, wo er säete . . . . Der Staat und der Privatmann sind genötigt, einen ansehnlichen Teil ihres Vermögens der Verfügung des Baumeisters zu untergeben, um Werke der Kunst darzustellen, die, dem Strom der



digkeit zu sichern.“ Im Großen und Ganzen war er der Ansicht, daß sich für die Erfindung schöner Formen keine mathematischen Vorschriften denken lassen, „indem dieses ein Werk der Einbildungskraft und des Gefühles ist, und bildliche wie Redeformen nicht ohne Naturgaben geschaffen werden können . . . So wie der Dichter nicht erzogen, sondern geboren sein muß, so auch der Plastiker und andere Künstler, und es ist daher nicht Jedem gegeben, von den besten Lehren die gehörige Anwendung zu machen oder auch selbst bei Gegenständen des Gefühles sich auf den Standpunkt der Erörterung zu erheben“.

Man wird aus diesen und vielen anderen Äußerungen seines Lehrbuches unschwer den Eindruck gewin-

nen, daß bei aller Größe der Anschauung Weinbrenner als Künstler sich nur in der dienenden Rolle im Verhältnis zu einem großen Kunstgedanken befand und auch fühlte. Das geht auch aus dem hervor, was er über die Verhältnisse in Karlsruhe schreibt: „Die Ausübung meiner Kunst ist der Anpflanzung eines noch nicht urbaren Feldes zu vergleichen, dessen Bearbeitung zwar mehr Mühe und Arbeit als ein anderes kostet, welches aber auch für die Kultur um so empfänglicher ist . . . Bei beschränkten Mitteln und der vielfach hemmenden Abhängigkeit von Bauherren und anderen Verhältnissen läßt sich nichts Außerordentliches leisten.“

Und doch war, was er leistete, seinem Inhalt nach außerordentlich. —

(Schluß folgt.)

### Vermischtes.

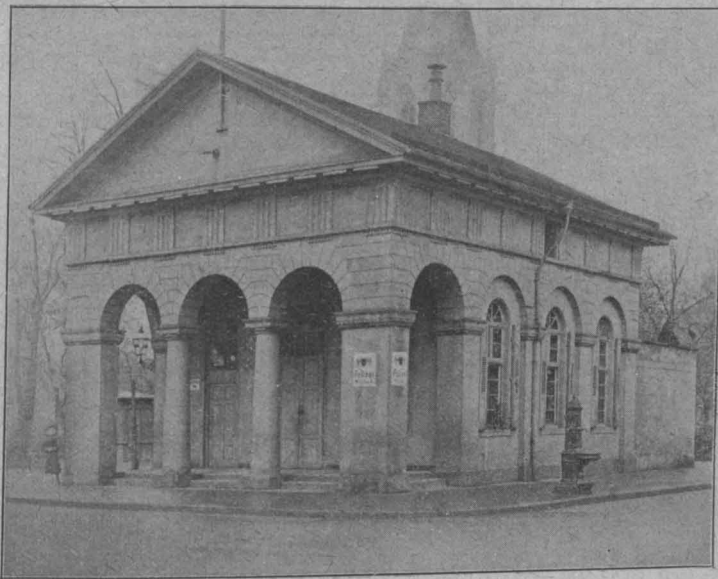
#### Aufsparrung von Baustoffen für den Wohnungsbau. In-

folge des Kohlenmangels fehlt es gegenwärtig und wohl auch für die nächste Zukunft an Baustoffen, sodaß nicht einmal die notwendigsten und bereits begonnenen Klein- und Mittelwohnungen fertig gestellt werden können. Um so dringender ist zu fordern, daß nach Möglichkeit sämtliche Baustoffe restlos der Erstellung derjenigen Wohnungen gesichert werden, die Ueberteuerungs - Zuschüsse erhalten. Das sind an erster Stelle die Flachbauten, namentlich Ein- und Zweifamilien - Kleinhäuser, und weiterhin in besonderen Fällen auch die dreigeschossigen Häuser mit Klein- und Mittelwohnungen. Auf keinen Fall dürfen Luxusbauten, Villen oder andere etwa nur Vergnügungszwecken dienende Räumlichkeiten (Kinos usw.) mit Material beliefert werden. Der Reichskommissar für das Wohnungswesen hat die zuständigen Stellen darauf hingewiesen, daß die Beschränkung der Bautätigkeit auf die dringlichen Wohnungsbauten auf Grund des § 10 der Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 15. Januar 1919 ohne Weiteres möglich ist, da dieser das Verbot aller nicht erforderlichen Bauten, namentlich der Luxusbauten enthält. —

**Baukosten-Zuschüsse für Flach- und Mittelhäuser.** Es ist eine selbstverständliche soziale Forderung, daß die zu gewährenden Baukosten-Ueberteuerungs-Zuschüsse grundsätzlich für solche Wohnhausbauten gewährt werden, die nach den heutigen Anschauungen in technischer und gesundheitlicher Beziehung als einwandfrei be-

zeichnet werden können. Die aus öffentlichen Mitteln auf-gebrachten Zuschüsse sollen, indem sie vornehmlich dem Flachbau zugeführt werden, in besonderem Maß zur Förderung des Wohnungswesens nutzbar gemacht werden. Unter Flachbauten sind, wie ein Erlaß des preußischen Staatskommissars für das Wohnungswesen bestimmt, hierbei im Allgemeinen solche Bauten zu verstehen, die nicht mehr als zwei Vollgeschosse aufweisen. Mittelhäuser mit mehr als zwei Vollgeschossen können zwar nicht zu den Flachbauten gerechnet werden, sollen aber von der Gewährung von Baukosten - Zuschüssen nicht grundsätzlich ausgeschlossen sein. Inwieweit Mittelhäuser berücksichtigt werden können, wird von Fall zu Fall zu entscheiden sein.

Uns will scheinen, als ob diese Bestimmungen des Staatskommissars für das Wohnungswesen einen zu stark theoretischen Charakter und den wirklichen Verhältnissen zu wenig Rechnung tragen. Bei der allgemeinen Unlust zu Neubauten sollte man den Zuschuß allen Bauten gewähren, die nach Entwurf und technischer Ausführung den fachlichen Anforderungen vollständig entsprechen.



Torhäuschen am Mühlburger Tor in Karlsruhe i. B.



Zollhäuschen am Linkenheimer Tor in Karlsruhe i. B. Architekt: Friedrich Weinbrenner. Aufnahmen von Reg.-Bmstr. Dr.-Ing. Edm. Beisel in Berlin-Schöneberg. Karlsruhe und die Wiederbelebung der Kunst Friedrich Weinbrenners.

### Wettbewerbe.

**Der Ideen-Wettbewerb für ein Ulmer Kriegsgedenkmal** hat nun bestimmte Formen angenommen. Für die Gestaltung kommt ein übliches Kriegerdenkmal nicht in Frage, sondern es soll das Denkmal unmittelbar die im Volksge-  
müt mit der Zeit verbundenen Gefühle zum Ausdruck bringen, wobei schwäbisch-ulmischer Charakter in erster Linie Richtschnur sein muß. Hinsichtlich der Ausführungskosten

ist Beschränkung anzunehmen, wobei nicht ausgeschlossen ist, daß einer späteren Zeit die Durchführung eines guten Gesamtentwurfes überlassen werden kann. Doch muß der jetzt schon auszuführende Teil ein künstlerisches Ganze bilden. Als Plätze kommen als unter vielen Vorschlägen ausgewählt in Betracht der Platz bei der Wirtschaft Höhenblick am neuen Friedhof, der alte Friedhof, das Ende der Ehinger Anlage am Fortswerk und die erste Münsternische an der südlichen Längsseite. Damit soll jedoch das Preisgericht nicht beeinflußt sein, wenn sich aus dem Wettbewerb ein besser geeigneter Vorschlag ergeben sollte. Der Wettbewerb ist mit Frist zum 15. Sept. 1919 beschränkt auf in Ulm geborene oder wohnhafte Bewerber. 4 Preise von 400—100 M., Ankäufe für je 50 M. Im Preisgericht u. a. Brt. Holch, die Kunstmaler Moos und Niklas, die Architekten Singer und Dr.-Ing. Klaiber, Museums-Dir. Herrenberger, sämtlich in Ulm, sowie Architekt Prof. Schuster in Stuttgart. —

**Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für ein Plakat des Verbandes der deutschen Faßfabriken** wird mit Frist zum 15. Sept. 1919 für in Deutschland ansässige Bewerber erlassen. Es gelangen 3 Preise von 1500, 900 und 600 M. zur Verteilung. Das Recht zu Ankäufen für je 500 M. ist vorbehalten. Unter den Preisrichtern die Maler und Graphiker O. H. W. Hadank, Georg Wagner und Jupp Wiertz in Berlin. Das Plakat soll nach einer beliebigen Drucktechnik vervielfältigt werden. Der mit dem I. Preis ausgezeichnete Entwurf wird als Plakat bestimmt ausgeführt. Der Verband beabsichtigt jedoch, von den eingegangenen Arbeiten auch Originale zur Herstellung von Zeitungsbeilagen oder Anzeigen zu benutzen und gewährt in diesem Fall eine Entschädigung von 200 M., bei Umzeichnung in Schwarzweiß 300 M. Die gleichen Beträge werden Einsendern preisgekrönter Entwürfe vergütet, falls diese auch für die genannten Zwecke verwendet werden. —

**Ein Preisausschreiben der „Zeitschrift der Baumeister Oesterreichs“** betrifft die Beantwortung der Frage: „Welche Maßnahmen erscheinen geeignet, das vollständig daniederliegende Baugewerbe in Deutsch-Oesterreich neu zu beleben?“ Es gelangen 2 Preise von 500 und 300 K. zur Verteilung durch ein Preisgericht aus den Hrn. Ob.-Brt. Dr. Fritz Emperger, Stadtbaur. Dr. Heinr. Goldemann, Ob.-Brt. Ernst Gotthilf, Bmstr. Karl Löschner und Bmstr. Karl J. Schmidt, sämtlich in Wien. —

**Wettbewerb Durchbruch Friedrich August-Straße Crimmitschau.** Verfasser des zum Ankauf empfohlenen und angekauften Entwurfes „Balneae“ ist Hr. Arch. Hans Richter in Dresden-A. —

**Bei einem engeren Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine Maschinenfabrik nebst Verwaltungsgebäude und Arbeiterwohnhaus-Siedlung im Berg. Lande** wurde der Entwurf des Architekten P. Sistenich in Essen an der Ruhr unter 8 Entwürfen mit dem I. Preis ausgezeichnet. —

**Wettbewerb Doppelbürgerschule Frankfurt a.M.** In dem auf 8 Teilnehmer beschränkten Wettbewerb, dessen Hauptergebnis wir bereits S. 320 mitteilten, fand ein Entwurf des Architekten Otto Fucker eine lobende Erwähnung. —

**Notstands-Wettbewerbe der Stadt Stuttgart.** In diesen Tagen fanden weitere von der Stadtverwaltung veranstaltete engere Wettbewerbe ihren Abschluß. Bei dem Wettbewerb zur Erlangung von Vorschlägen für den Neubau einer Kinderkrippe neben dem Kinderheim in der Birkenwald-Straße kamen die Pläne von Karl und Friedr. Scheu mit dem Kennwort „Rotes Kreuz“ in engere Wahl. Erwähnenswert ist ein zweiter Entwurf von Karl und Friedr. Scheu mit dem Kennwort „Notstandsarbeit“. Bei dem engeren Wettbewerb um Pläne für die Rathaus-Erweiterung kamen in erster Linie die Pläne des Architekten Willy Graf mit dem Kennwort „Abschluß“ in engere Wahl, ferner als beachtenswerter Versuch die Küfer-Straße beizubehalten, der Entwurf von Schlösser & Weyrether mit dem Kennwort „Küferhof“. Als dritter der Entwurf von Baurat K. Hengerer mit dem Kennwort „Treppenturm“. Der engere Wettbewerb für die Frauenarbeitsschule in der Ludwig-Straße verlief ohne befriedigende Ergebnis. Doch brachten der Entwurf von Architekt W. Scheel mit dem Kennwort „Stadtbild“, 3. Vorschlag, ferner die Pläne von Baurat Woltz mit dem Kennwort „Im Mai II“ und der Entwurf von Architekt H. Finkbeiner, Kennwort „Arbeiten!“, beachtenswerte Anregungen. Bei dem engeren Wettbewerb für die Gemüsehalle auf dem Marktplatz in Cannstatt konnten der Entwurf von Karl Oelkrug und Karl Lederer mit dem Kennwort „Notstandsarbeit“ als zweiter, der Entwurf von Julius Kocher mit dem Kennwort „Wochenmarkt“ in engere Wahl genommen werden. —

**In dem Wettbewerb betr. Kleinmöbel, den der „Verein für Deutsches Kunstgewerbe“ auf Veranlassung seines Mitgliedes Ewald Schultze ausgeschrieben hatte, sind 330 Entwürfe eingegangen.** Das Preisgericht hat den I. Preis von 800 M. dem Architekten Max Ronneburger in Essen an der Ruhr, den II. Preis von 500 M. dem Studierenden der Kunstakademie in Düsseldorf Paul Alfred Kessler, den einen III. Preis von 250 M. Egg und Scherer in München, den anderen gleich hohen III. Preis Max Sollinger in München zuerkannt. Außerdem wurden 27 Entwürfe zu je 120 M. angekauft und 23 durch lobende Erwähnung ausgezeichnet. —

**Zum Wettbewerb für die gärtnerische Ausgestaltung des Pferdemarktes in Bottrop i.W.** erhielten wir die folgenden Bemerkungen:

„a) Zur Beurteilung der Möglichkeiten der Platzgestaltung und ihrer städtebaulichen Wirkung ist die Kenntnis der vorhandenen Bebauung der Platzränder oder der nach der geltenden Bauordnung möglichen späteren Bebauung erforderlich. Ueber beide enthalten die Wettbewerbs-Unterlagen keine Angaben. Es fehlen insbesondere Lichtbild-Aufnahmen des Platzes und der Umgebung und der auf dem kleinen Dreiecksplatz im Lageplan angedeuteten Aufbauten. Es kann bei dem Umfang des Wettbewerbes entfernter wohnenden Bewerbern nicht zugemutet werden, sich diese Angaben und Lichtbilder selbst zu beschaffen.“

b) Die Angaben über die Verkehrsverhältnisse sind nicht ausreichend, insbesondere fehlen genauere Angaben, durch welche Straßen die neuen Straßenbahnlinien gelegt werden sollen und ob dieselben zweigleisig werden sollen. Angaben über Richtung und Abstufung des Wagen- und Fußgänger-Verkehres in den verschiedenen Straßen sind erforderlich.“

c) Die Entscheidung, ob der Platz auch später zu Marktzwecken benutzt werden soll oder nicht, dürfte von der ausschreibenden Stelle vorher zu treffen sein, da hiervon die Ausgestaltung in der Hauptsache abhängt. Die Entscheidung auswärtigen Bewerbern zu überlassen, die die Verhältnisse nicht kennen, erscheint nicht zweckmäßig. Der Wettbewerb ist hiernach mangelhaft vorbereitet.“

d) Wenn die ausschreibende Stelle die hiernach erforderliche Ergänzung der Wettbewerbs-Unterlagen ins Auge faßt, dürfte die Verlegung des Termines etwa auf Ende August unumgänglich sein.“ —

## Tote.

**Dr. Wilhelm Neumann †.** Bereits am 6. März 1919 ist, wie wir erst jetzt erfahren, der frühere Architekt und spätere Kunsthistoriker Dr. Wilhelm Neumann in Riga, der Direktor des Rigaischen Stadt- und des Dom Museums, dem Schlagfluß erlegen. Auch er ist ein Opfer der politischen Umwälzungen in Rußland und in den baltischen Ländern geworden, denn zu Anfang Februar dieses Jahres wurde er durch die lettischen Bolschewisten gewaltsam aus seinem Wirkungskreis entfernt, was die plötzliche Erkrankung mit vorzeitigem Tod des erst 65 jährigen zur Folge hatte. Mit Reinhold Guleke, dem Dozenten der Baukunst an der kaiserlichen Universität Jurgew (Dorpat), dem Herausgeber von „Alt-Livland“, der Sammlung mittelalterlicher Baudenkmäler von Livland, Estland, Kurland und der Insel Oesel, war er einer der eifrigsten Erforscher der alten Kunstdenkmäler der baltischen Länder. In einem Tafelwerk von 26 Blättern hat er 1892 in Berlin „Das mittelalterliche Riga“ herausgegeben. Ihm ging 1887 ein Grundriß der Geschichte der baltischen Kunst voraus und 1902 folgte ihm ein Verzeichnis der baltischen Künstler des 19. Jahrhunderts. Ueber die mittelalterlichen Baudenkmäler von Reval erschien von ihm eine besondere Veröffentlichung. Neben der Kunst veranlaßte ihn auch das übrige geistige Leben der baltischen Länder zu zahlreichen Veröffentlichungen. In dem von ihm erbauten städtischen Museum von Riga brachte er mit unermüdlichem Sammeleifer und mit unübertroffenem Spürsinn zusammen, was an kunstgeschichtlichen Schätzen das in der Geschichte hin und her geworfene Baltenland noch bis in unsere Tage gerettet hatte. Das Dom-Museum in Riga erfreute sich seiner besonderen Fürsorge. Wilhelm Neumann war in deutschen Kunstkreisen wohl bekannt; er war ein eifriger Besucher der deutschen kunsthistorischen Kongresse. Der Tag für Denkmalpflege in Augsburg 1917 sandte ihm eine telegraphische Begrüßung. —

Inhalt: Karlsruhe und die Wiederbelebung der Kunst Friedrich Weinbrenners. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Tote. — Wirtschaftliche Beilage. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.  
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.  
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



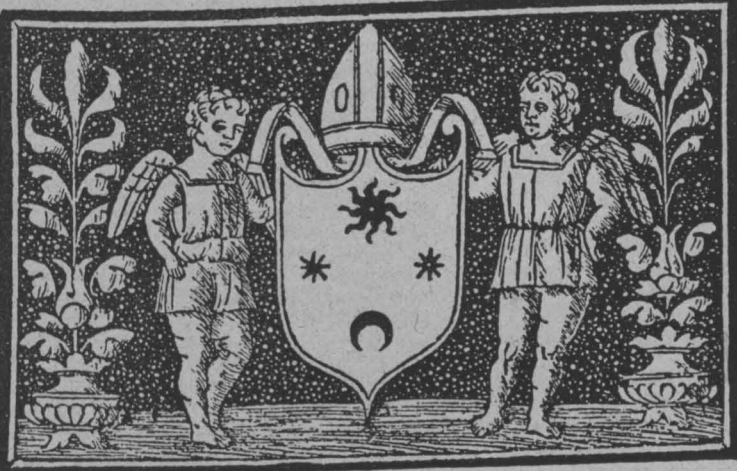
# WIRTSCHAFTLICHE \*\*\*\*\* BEILAGE. \*\*\*\*\*

## Zum Wiederaufbau in Nordfrankreich.

**U**eber eine Reihe von organisatorischen Vorkehrungen zur Einleitung des Wiederaufbaues in Nordfrankreich enthalten die Mitteilungen der französischen Waffenstillstands-Kommission Angaben, die weitere Kreise interessieren dürften, da ja unsererseits bei den Friedensverhandlungen die Bereitwilligkeit ausgesprochen wurde, an den Arbeiten zum Wiederaufbau mit deutschen Arbeitskräften teilzunehmen. Zu diesem Zweck ist beim Auswärtigen Amt in Berlin eine amtliche Stelle für den Wiederaufbau neu begründet worden, mit deren Leitung der Ministerialdirektor von Simson betraut wurde. Die neue Stelle wird das deutsche Gegenstück zur feindlichen „Commission des réparations“ sein und zwei Unterabteilungen haben, von welchen die eine die Fragen für den eigentlichen Wiederaufbau, die andere die finanziellen Fragen behandelt. Da die belgische Regierung auf fremde Mitarbeit beim Wiederaufbau auf ihrem Gebiet verzichtet hat, so kommt für die deutsche Stelle lediglich der Wiederaufbau in Nordfrankreich in Frage. Unter der Leitung dieser Friedensstelle werden die technischen Arbeiten vom Reichswirtschafts-Ministerium bearbeitet. Es wird sich zunächst um Aufräumarbeiten handeln, denen erst später die eigentlichen Facharbeiten folgen werden. Es kommen also zunächst Hilfskräfte in Betracht, während erst später, wenn die Einzelpläne für den Wiederaufbau geklärt sind, die gelehrten Facharbeiter in Tätigkeit treten. Die Gesamtzahl der nötigen Kräfte wird 150 000 Köpfe nicht überschreiten. Da von dieser Arbeiterzahl jedoch ein Teil durch Frankreich gestellt wird, so dürfte mit einer Zahl von etwa 120 000 deutschen Arbeitern für den Wiederaufbau in Nordfrankreich zu rechnen sein.

Die französische Organisation dieses Wiederaufbaues ist nun die folgende:

Zur Erledigung der endgültigen Wiederaufbau-Arbeiten der Landwirtschaft und der Gebäude hat das „Ministerium für befreite Gebiete“ in den einzelnen Departements Secteurs eingerichtet, die von den früher erwähnten, zur Erledigung der Notstandsarbeiten bestellten Kreissecteurs zu unterscheiden sind. An diese Departements-Secteurs wenden sich die Interessenten mit ihren Anforderungen an Baustoffen, Maschinen und Arbeitskräften. Die Anforderungen werden dort geprüft und an die Pariser Zentralstelle für Anschaffungen, das „Comptoir central d'achats“ weiter geleitet. Dieses hat gemäß einer Vereinbarung zwischen dem Staat und einer privaten Handelsvereinigung das ausschließliche Recht erhalten, Handelsaktionen zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete vorzunehmen. Der Staat gewährt Vorschüsse und kontrolliert ihre Verwendung, die Käufe wer-



den durch die Interessenten selbst abgeschlossen. Das „Comptoir central d'achats“ sammelt die eingehenden Bestellungen und vergibt die Aufträge zur serienweisen Lieferung. Welchen Umfang die Tätigkeit des Comptoir angenommen hat, geht daraus hervor, daß während eines Monats 250 Millionen Bestellungen eingegangen sind. Für Preisabschlüsse in Höhe von über 50 000 Franken ist ihm als Preisprüfungsstelle eine besondere gemischte Kommission beigegeben.

Da die selbständige Bautätigkeit jedes einzelnen Beschädigten zu großen organisatorischen Erschwerungen führen würde, sucht Frankreich den Wiederaufbau durch Begünstigung besonderer Genossenschaften zu erzielen. Die Regierung gewährt nämlich den Mitgliedern von Genossenschaften nicht nur wie allen anderen 25–75 %, sondern bis 90 % der festgestellten Entschädigung als sofortige Anzahlung auf die Schadenssumme zum Zweck des Wiederaufbaues. Eine Anzahl von Geschädigten, sei es einer Stadt, sei es mehrerer Dörfer, tun sich zu einer Genossenschaft zusammen. Diese wählt aus den Genossen einen Verwaltungsrat, der den Genossenschafts-Architekten anstellt und den Verkehr mit dem Secteur selbständig regelt. Der Genossenschafts-Architekt macht in der Regel den Arbeitsplan und organisiert die Arbeit. Bei den Bauanschlägen trägt er den Wünschen der einzelnen Interessenten Rechnung. Der Genossenschafts-Architekt hat dafür zu sorgen, daß ein allgemeiner Arbeitsplatz für die Dorfgemeinde errichtet wird, Feldbahnschienen von den Bahnhöfen bis in das Herz der Dörfer gelegt werden, Apparate zu Hebezwecken und Apparate zur Betonherstellung errichtet werden usw.

Die Regierung unterstützt die Mechanisierung und Normalisierung der Bauaufgaben. Die Baustoffe werden so präpariert, daß die Bautätigkeit selbst im strengsten Winter nicht unterbrochen zu werden braucht. Die Zusammensetzung aller Häuser erfolgt mit möglichst großen Elementen, insbesondere werden große Hohlziegel verwendet. Erdarbeiten für die Unterkellerung werden für ganze Straßenzüge zusammen maschinell durchgeführt. Bei dem Wiederaufbau wird den Anforderungen der Kunst und Hygiene Rechnung getragen.

Die von dem Ministerium für den industriellen Wiederaufbau geleiteten Wiederherstellungsarbeiten sind im Gegensatz hierzu weiter fortgeschritten. Als Besonderheit ist im Interesse der Industriellen gesetzlich bestimmt, daß sie bereits vor der endgültigen Feststellung ihrer Schäden Vorschüsse bis zu 75 % erhalten können, zu welchem Betrag noch Zuschläge von 1200 Franken für den einzelnen Arbeiter und Beamten kommen.

Man unterscheidet Schäden an Fabriken innerhalb der Feuerzone, die durch Beschießungen und andere kriegsrische Ereignisse verursacht wurden, und die Schäden an Fabriken in der Etappe, deren Maschinen während der Besetzung durch deutsche Truppen nach Deutschland geschafft wurden. Zur Wiederbeschaffung der letztgenannten Maschinen hat das Ministerium ein Maschinen-Wiederbeschaffungsamt eingerichtet, das seinen Sitz auf dem linken Rheinufer hat und auch in Berlin selbst Dienststellen unterhält. Die Verwaltung und technische Leitung des Wiederaufbaues der Fabriken in der früheren Feuerzone wie in der Etappe ist auch hier Secteurs übertragen, und zwar sechs an der Zahl, die aber im Gegensatz zu den Kreis- und Departements-Secteurs regional eingerichtet sind. Die Interessenten verkehren mit diesen Secteurs unmittelbar. Die Vermittlung durch Wiederaufbau-Genossenschaften ist hier mehr in das individuelle Ermessen gestellt worden. An der

### Technische Mitteilungen.

**Bestimmungen über die Bewirtschaftung von gebrannten und anderen künstlichen Mauersteinen, Dachziegeln aller Art und Drainageröhren aus Ton.**

I. Ueberleitung der Ziegel-Bewirtschaftung an die Zivilbehörden. Die Leitung der Ziegel-Bewirtschaftung ist vom Kriegsamt-Stab an das Reichs-Arbeitsministerium (Reichskommissar für das Wohnungswesen) übergegangen. Es wird Folgendes bestimmt:

Die mit der Ziegel-Bewirtschaftung bei den einzelnen Kriegsamtstellen und Wirtschaftsstellen betrauten Stellen gehen ab 10. April 1919 an die Bezirks-Wohnungskommissare über, in deren Bezirk sie sich befinden. Diese übernehmen betr. die Ziegel-Bewirtschaftung auch die Geschäfte derjenigen Bezirks-Wohnungskommissare, deren Bezirk ganz oder teilweise noch in den Bereich der Stellen fallen.

In den außerpreußischen Bundesstaaten, in denen die Ziegel-Bewirtschaftung bisher von den preußischen Kriegsamtstellen (Wirtschaftsstellen) miterledigt wurde, wird diese nunmehr von den Demobilmachungs-Kommissaren der betreffenden Bundesstaaten ausgeübt.

Spitze eines Secteurs steht ein Ingenieur oder ein anderer Fachmann, der die Gegend kennt. Von Kontrolleuren, technischen Agenten und sonstigem Hilfspersonal unterstützt, bearbeitet er den Bezirk, in dem er die Eingänge teils selbst erledigt, teils sie nach eingehender Prüfung der Sachlage an das Pariser Büro des „Comptoir central d'achats“ weitergibt.

Mit besonderer Energie betreibt die Regierung die Instandsetzung der Bergwerke, in der Erkenntnis, daß bei dem fühlbaren Kohlenmangel hauptsächlich die Förderung von Kohlen das Verkehrswesen zu verbessern vermag. Die Zerstörungen und Sprengwirkungen in den Gruben sind nicht so groß und so nachhaltend, wie bisher von deutscher Seite angenommen wurde. Die Wiederherstellungsarbeiten sind daher bei der Bergwerksindustrie am weitesten durchgeführt. Bei den Gruben, bei denen das Wasser noch nicht die Sprengöffnung in der Schachtwand erreicht hat, sind die Schachtwände, seien sie aus Eisen oder Holz, bereits überall ausgebessert. In den Schächten, in denen das Wasser über der Sprengöffnung festgestellt werden konnte, ist der Wasserzufluß durch Einlassen eines Betonringes um die Schachtwände herum abgesperrt. Für die restlichen Schächte wird nach und nach festgestellt, in welcher Tiefe gesprengt wurde, damit dieser Betonring nicht unnötig tief getrieben wird und überflüssige Kosten vermieden werden.

Einige Gruben werden in 2–3 Jahren, der Rest bis spätestens in 10 Jahren voll förderungsfähig sein. Das Förderungsergebnis vom Jahr 1914 wird wohl erst in etwa 20 Jahren zu erwarten sein, da erst bis zu diesem Zeitpunkt die zerstörten Beförderungsmittel, Straßen, Fabrikanlagen, Wohnbauten, Kraftanlagen usw. vollkommen hergestellt sein werden. Die Wiederherstellungskosten der Gruben werden im ganzen etwa 2½ Milliarden Franken betragen. Die Arbeiten gehen verhältnismäßig langsam vor sich, da es an elektrischer Kraft für die Maschinen fehlt. Es sind Norleitungen hergestellt. Auch die Einrichtung von Ueberlandzentralen an Stelle der vielen kleinen bisherigen Kraftwerke ist vorgesehen. Eine solche Ueberlandzentrale ist bereits im Bau.

Wenn man den Umstand berücksichtigt, daß nach der Schätzung der Berichterstatter der französischen Kammer und amerikanischer Kommissionen allein über 500 000 Wohnhäuser wieder aufzubauen sind und die Wiederherstellungskosten der gesamten Schäden über 64 Milliarden betragen dürften, so geht man nicht fehl in der Annahme, daß Frankreich aus eigener Kraft nicht in der Lage ist, die Wiederbelebung der Kultur erforderlichen kurzen Zeit in der Lage ist, den Wiederaufbau voll und ganz vorzunehmen. Es ist daher in letzter Zeit eine internationale Kommission errichtet worden, die bestimmt ist, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um den verheerten Gebieten in Nordfrankreich und Belgien zu Hilfe zu kommen und an dem Wiederaufbau zu helfen. Desgleichen hat ein amerikanisches Bankier-Konsortium sich in gleicher Weise bereit erklärt, der Industrie Frankreichs durch finanzielle Hilfe sowie durch Rohprodukte seine Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Auch das deutsche Volk und insbesondere die deutsche Arbeiterschaft halten es für ihre Aufgabe, an dem Wiederaufbau in Nordfrankreich mitzuwirken und die reichen Erfahrungen, die die geschulte deutsche Arbeiterschaft auf diesem Gebiet hat, zur Verfügung zu stellen. Als Voraussetzung wird jedoch verlangt, daß den nach Nordfrankreich ziehenden deutschen Arbeitern die sozialpolitischen Mindestforderungen gewährleistet werden, die ihnen dort ein menschenwürdiges Dasein in politischer, materieller, in kultureller und hygienischer Hinsicht sichern. —

II. Arbeitsausschüsse. Die bei den Kriegsamt-Stellen und Wirtschaftsstellen bisher bestehenden Arbeits-Ausschüsse für die Ziegelbewirtschaftung werden aufgelöst. Sie werden von den mit der Ziegel-Bewirtschaftung betrauten Demobilmachungs-Kommissaren sofort neu gebildet und zwar unter Hinzuziehung von Vertretern der Erzeuger, des Handels, der Verbraucher und zwar a) Bauwerke (keine Erzeuger), b) Bauherren (Gemeinden oder Gemeindeverbände, gemeinnützige Siedlungsgesellschaften, Baugenossenschaften und andere gemeinnützige Unternehmungen).

Die gutachtliche Tätigkeit des Ausschusses hat sich zu erstrecken auf 1. die Auswahl der mit Kohlen zu versehenen Ziegeleien unter Berücksichtigung der technischen Betriebsführung und Produktionssteigerung unter dem Gesichtspunkt der Material- und Kohlenersparnis und der günstigen Lage zur Baustelle; 2. die Förderung der Transportfragen; 3. die Preisfestsetzung. Bei der Preisbildung sind die verschiedenen Herstellungskosten des neuen und des alten Brandes zu berücksichtigen und in der Preisfestsetzung zum Ausdruck zu bringen. Die mit der Ziegel-Bewirtschaftung betrauten und einander benachbarten Be-



zirks-Wohnungskommissare müssen sich vor Anhörung des Ausschusses über die neuen Preise miteinander in Verbindung setzen, damit vermieden wird, daß in eng benachbarten Bezirken erhebliche Preisunterschiede entstehen.

Die festgesetzten Preise sind für die jeweiligen Gebiete der Arbeitsausschüsse durch die dort bestehenden dazu berufenen Behörden zu veröffentlichen. Mit der Veröffentlichung der neuen Preise treten die bis dahin gültig gewesenen Richtpreise selbständig außer Kraft.

III. Beschlagnahme und Freigabe. Die Beschlagnahme-Bestimmungen vom 15. Jan. 1918 bleiben gemäß Bekanntmachung vom 13. Nov. 1918 weiterhin in Kraft mit der Abänderung, daß der Verkauf und Verbrauch von 2000 Drainageröhren statt 500 in einem Kalendermonat für eine Baustelle gestattet ist.

Für die Freigabe von Ziegelsteinen gilt Folgendes: Die Ziegel sind zunächst für die Bauten frei zu geben, die entweder nach den Bestimmungen des Bundesrates vom 31. Aug. 1918 Baukosten-Zuschüsse erhalten, oder als Notstandsarbeiten finanziell unterstützt werden. Sodann sind angefangene andere Wohnungsbauten zu beliefern.

Die Richtigkeit der zur Freigabe beantragten Ziegelmenge muß sich der Antragsteller von einer amtlichen Stelle oder von durch den Bezirkswohnungs-Kommissar zugelassenen Sachverständigen bescheinigen lassen und diese Bescheinigung gleichzeitig mit dem Antrag auf Freigabe einreichen.

Als Unterlage für den Verkauf der Steilmengen, die in einem Kalendermonat und für eine Baustelle ohne Freigabeschein abgegeben werden dürfen, ist in Zukunft eine Bescheinigung der Ortspolizei-Behörde beizubringen, welche an die Stelle der bisher hierfür üblichen „eidesstattlichen Erklärung“ tritt. Letztere kommt in Fortfall. In der Bescheinigung der Ortspolizei-Behörde sind Name und Wohnort des Verbrauchers, die Menge und Art der benötigten Steine sowie die Bauausführung, für welche die Steine gebraucht werden sollen, anzugeben.

Es ist nach Möglichkeit darauf zu achten, daß nicht mehrere große Bauvorhaben (Siedlungsanlagen) in einem Bezirk nebeneinander anfänglich mit Ziegeln beliefert werden, ohne daß die Wahrscheinlichkeit besteht, diese Bauvorhaben bis zur Vollendung beliefern zu können. Sämtliche Anträge auf Freigabe sind mit größter Beschleunigung zu erledigen. Es darf keinesfalls eine Verzögerung entstehen, die dem Bauvorhaben in wirtschaftlicher oder technischer Beziehung nachteilig werden kann.

**Normalisierungs-Bestrebungen im Brunnenbau.** Die Bestrebungen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Industrie durch Vereinheitlichung gewisser häufig wiederkehrender Konstruktionsteile zu heben, deren Herstellung zu verbilligen und neben diesem Nutzen für den Verbraucher ihm den weiteren Vorteil einer Erleichterung in Verwendung und Auswechselung solcher Teile zu bieten, dehnen sich jetzt auch auf den „Brunnenbau“ aus, also auf ein Gebiet, an dem der Architekt und Ingenieur auch ein weitergehendes Interesse besitzt. Wir erhalten von Dr. Ing. E. Bieske in Königsberg i. Pr. hierzu eine Zuschrift im Anschluß an ausführlichere Darlegungen desselben Verfassers in der Zeitschrift „Pumpen- und Brunnenbau, Bohrtechnik“. In erster Linie sollte sich danach die Normalisierung erstrecken auf die Bohrdurchmesser, die auf eine kleine Zahl in richtiger Abstufung zu beschränken wären, auf Material und Wandstärke der Bohrröhre, sowie auf die Rohrverbindungen, von denen jetzt 5 üblich sind, während Verfasser die Form mit Innen- und Außengewinde für ausreichend und besonders zweckmäßig hält. Die Gewindeform, deren Vereinheitlichung man schon früher versucht hat, wäre dabei endgültig festzulegen. Der Normalisierung der Bohrröhre würde sich auch eine solche der Filter- und Ansatzröhre wenigstens nach Länge und Durchmesser anzuschließen haben und ebenso würden die dem Betrieb des fertigen Brunnens dienenden Pumpenteile, die im Bohrröhr Platz finden müssen, entsprechend zu vereinheitlichen sein. Eine Normalisierung gewisser Brunnenformen, wie der Abessinier, ferner der Konstruktionsteile für Kesselbrunnen wird ebenfalls als wünschenswert bezeichnet und schließlich auch eine solche der Bohrgeräte. Damit würde dem Verbraucher und Brunnenbauer in gleicher Weise gedient werden. Verfasser schlägt einen Zusammenschluß der beteiligten Vereine, Verbände und Industrien zu dieser Arbeit vor. Der Gedanke erscheint uns durchaus empfehlenswert.

#### Personal-Nachrichten.

**Deutsches Reich.** Dem Mar.-Ob.-Brt. Engel, Maschinenbau-Betr.-Dir., ist die nachges. Entlass. aus dem Reichsdienst erteilt. Der Mar.-Schiffb.-Btr. Weber in Bremerhaven ist nach Kiel zurück kommandiert.

Versetzt sind die Reg.-Bmstr.: Appelt in Gleiwitz und Asbach in Glatz als Hilfsarb. für Kriegergräber-Angelegenheiten in den Bez. der Int. des I. Armeekorps.

30. Juli 1919.

Baden. Ernannt sind: der Reg.-Rat Dr.-Ing. Fr. Ritzmann zum Dir. des Gewerbeaufsichtsamtes, die Reg.-Bmstr. Alfr. Stalf in Waldshut, Herm. Gänshirt und Alb. Haug in Karlsruhe, Erwin Wohlgemuth in Rastatt und Phil. Ditter in Waldshut zu 2. Beamten der W.- und Straßenbauverw.

Versetzt sind die Bauinsp. Stalf in Waldshut zur Kulturinsp. Offenburg, Gänshirt in Karlsruhe desgl. nach Konstanz, Wohlgemuth in Rastatt und Ditter in Waldshut zur Ob.-Dir. des W.- und Straßenbaues.

Die Stelle von Vorst. der Bez.-Bauinsp. ist übertragen den Bauinsp. Rud. Vögele in Offenburg und Ludw. Schmieder in Heidelberg. — Der Ob.-Bauinsp. Eugen Kohler in Karlsruhe ist als Vorst. der Kulturinsp. nach Lörrach versetzt.

Der Btr. Karl Hofmann in Karlsruhe ist auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt.

Der Geh. Hofrat Karl Hoffacker, Dir. der Kunstgewerbeschule in Karlsruhe und der Ob.-Btr. Rich. Tegeler bei der Gen.-Dir. der Staatseisenb. sind gestorben.

**Bayern.** Der Geh. Btr. Beetz bei der Int. des I. Armeekorps ist auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt, unter Verleihung des Tit. und Ranges eines Wirkl. Geh. Btrs. — Der Ob.-Reg.-Rat Wolfius beim Landesamt für Wasserversorgung tritt auf sein Ansuchen in den Ruhestand, und ist ihm der Tit. und Rang eines Min.-Rates verliehen.

Der Bauamtsass. Joh. Bauer in München ist auf sein Ansuchen aus dem Staatsdienst entlassen. Der Bauamtsass. Karl Popp in Regensburg ist an das Kult.-Bauamt München versetzt.

Der tit. Btr. Heinr. Lauer in Ansbach ist auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt; — der Bauamtsass. Jul. Schultheiß in Ansbach ist zum Bauamt. und Vorst. des Str.- und Flußbauamtes das. befördert, und der Bauamtsass. Neuner in Ingolstadt ist an das Str.- und Flußbauamt das. berufen.

Der Geheime Rat Dr.-Ing. Otto v. Grove, Prof. an der Techn. Hochschule in München, der Telegr.-Ob.-Ing. a. D. Beringer in München und der Reg.- u. Bauass. Marthaler in Landshut a. I. sind gestorben.

**Preußen.** Der Geh. Reg.-Rat Prof. Wallichs ist zum Rektor der Techn. Hochschule in Aachen für die Amtszeit vom 1. Juli 1919 bis dahin 1921 ernannt.

Dem Reg.-Bmstr. Nolda in Schwedt a. O. ist die Stelle des Vorst. des Bauamtes für die Oderregulierung das. (Reg. in Stettin) übertragen.

Versetzt sind: die Reg.-Bmstr. Miehke in Wellmitz nach Tschierherzig a. O. (Oderstrombauverw.), Krell in Neukölln nach Demmin als Vorst. des Hochbauamtes und Mackenthun in Tarnowitz an die Reg. nach Düsseldorf, v. Steinwehr in Berlin nach Demmin und Schellberg in Hamburg nach Hagen i. W.; die Reg.-Bmstr. Dr.-Ing. Hinrichs in Siegen nach Hannover, Le Blanc in Eitorf nach Siegburg und Gengerich in Tarnowitz nach Herne, Bühring in Lingen nach Hannover und Meister in Rendsburg nach Stettin.

Ernannt sind: der Reg.- u. Btr. Senst in Halle a. S. zum Ob.-Btr. mit dem Rang der Ob.-Reg.-Räte; die Btr. Engelhard in Briesg und Blumenthal in Schwedt a. O. zu Reg.- u. Btrn.

Der Reg.- u. Btr. Flume in Stettin ist mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Ob.-Btrs. bei der Eisenb.-Dir. das. beauftragt.

Planmäßige Stellen sind verliehen den Reg.-Bmstrn.: Paul Jacob beim Meliorat.-Bauamt II in Oppeln, Zincke desgl. in Stade, Max Hoffmann bei der Landwirtschaftl. Hochschule in Berlin und Giencke beim Meliorat.-Bauamt in Osnabrück; — den Reg.- u. Btrn. Linke in Posen und Willi Behrens in Berlin als Mitgl. des Eisenb.-Zentralamtes; den Reg.-Bmstrn. Bliersbach in Euskirchen, Staudt in Kattowitz, Sommer in Angerburg und Brühl-Schreiner in Liegnitz als Vorst. der Eisenb.-Betr.-Aemter; — Hammen in Gütersloh, Ernst Greve (M.) in Breslau, Küsel in Altona a. E., Ohlerich in Dortmund und Hecker in Jülich als Reg.-Bmstr., Wechmann in Breslau (Oderstrom-Bauverw.).

Zur Beschäftigung überwiesen sind die Reg.-Bmstr.: Kuhberg der Min.-Baukomm. in Berlin und Siewczynski der Reg. in Gumbinnen, Jebens der Reg. in Schleswig und Rechenbach in Koblenz, Gust. Müller dem Ob.-Präsid. in Hannover (Weser-Elbe-Kanal).

Die Reg.-Bfhr. Aug. Schenkelberg (Eisenb.- und Straßenb.-Bfch.) und Paul Speer (M.) sind zu Reg.-Bmstrn. ernannt.

Die Reg.-Bfhr. Herm. Goebel und Friedr. Groepler (Hochb.-Bfch.), Wilh. Detig, Hans Reiber und Ad. Mack (W.- und Straßenb.-Bfch.), Stephan Bonse (Eisenb.- u. Straßenb.-Bfch.) haben die Staatsprüfung bestanden.

Dem Reg.- u. Btr. Wyszynski in Rheine, dem Reg.-Bmstr. Gagelmann in Hemfurth, dem Reg.- u. Btr. v. Brauneck in Glückstadt, dem Reg.-Bmstr. Langmaack in Kiel und dem Geh. Btr. Herm. Wolf, Mitgl. der Eisenb.-Dir. Köln, ist die nachges. Entlassung aus dem Staatsdienst erteilt.

Der Geh. Btr. Elbel in Stargard i. Pomm., der Reg.-Bmstr. Werner Voß in Werne, der Geh. Btr. Prof. Th. Goecke, Landesbtr. in Berlin und der Btr. Georg Reimarus in Charlottenburg sind gestorben.

Der Geh. Reg.-Rat F. W. Otto Schulze, Prof. der Techn. Hochschule in Danzig ist zum Rektor für die Amtszeit vom 1. Juli 1919 bis dahin 1921 ernannt.

Der Wirkl. Geh. Ob.-Btr. Dr.-Ing. Dr. Thür und der Geh. Ob.-Btr. Saran in Berlin sind von der Wahrnehmung der Geschäfte eines Kommissars für die Dipl.-Prüf. an der Techn. Hochschule in Berlin entbunden und als ihr Nachfolger der Geh. Btr. Kickton in Berlin bestellt.

Der Geh. Ob.-Btr. Krause ist zum Oberbau- und Min.-Dir. im Min. der öf. Arb. ernannt.

Versetzt sind: die Reg.- u. Btr. Engelhard in Briesg nach Oppeln an die Reg. und Blumenthal in Schwedt an die Wasserstraßen-Dir. nach Hannover; der Btr. Hartmann in Thorn nach Briesg als Vorst. des Wasserbauamtes (Oderstrom-Bauverw.); die Reg.-Bmstr. Heiser in Emden nach Saalfeld (Elbstrom-Bauverw.).

verw.), Salfeld in Magdeburg nach Saalfeld (desgl.); — der Brl. Peter in Berlin als Vorst. des Eisenb.-Werkstättenamtes nach Ratibor; die Reg.-Bmstr. Brosig in Wongrowitz als Vorst. (auftrw.) des Eisenb.-Betr.-Amtes nach Glückstadt, Endres in Höchst desgl. nach Minden i. W., Stauden in Glogau desgl. (auftrw.) nach Kattowitz 2, Ehlers in Altona, desgl. nach Schneidemühl 1 und Zachow in Harburg zur Eisenb.-Dir. nach Altona a. E.; — die Reg.-Bmstr. Deutschkron in Posen in den Bez. der Eisenb.-Dir. in Breslau, Altenburg in Frankfurt a. M., desgl. in Hannover und Budde in Altona als Vorst. der Eisenb.-Bauabt. nach Flensburg.

Die Versetzung des Brls. Krencker von Trier nach Saarbrücken ist zurückgenommen.

Die Wahl des Geh. Bergrates Prof. Dr. Jahnke zum Rektor der Techn. Hochschule Berlin für die Amtszeit vom 1. Juli 1919 bis dahin 1920 ist bestätigt worden.

Dem Min.-Dir. Dörner und dem Wirkl. Geh. Ob.-Brl. Gerhardt ist die nachges. Entlassung aus dem Staatsdienst erteilt.

Die Stadtbaupinsp. Zimmermann und Palm in Görlitz sind zu Magistrats-Brltn. berufen.

Zur Beschäftigung überwiesen sind die Reg.-Bmstr.: Emmelius (M.) in Posen dem Min. der öff. Arb. bei den Eisenb.-Abt.

Der Reg.-Bfhr. Alfr. Hold (Eisenb.- u. Straßenbfh.) ist zum Reg.-Bmstr. ernannt.

Die Reg.-Bfhr. Ernst Lion und Oskar Schmidt (Hochbfh.), Artur Kruse (W.- u. Straßenbfh.), Frz. Schubert (Eisenb.- u. Straßenbfh.), Friedr. Buck und Helmut Schröder (Hochbfh.), Erich Müller und Günter Käup (W.- u. Straßenbfh.), Karl Blume und Hans Reingruber (Eisenb.- u. Straßenbfh.) haben die Staatsprüfung bestanden.

Die Reg.-Bmstr. a. D. Ernst Jebens in Berlin und Gerh. Sardemann in Marburg a. d. Lahn, der Geh. Brl. Moormann in Münster i. W., der Brl. Karl Hense in Schöneberg und der Brl. Dr.-Ing. Gg. W. Claussen, Dir. der Joh. C. Tecklenborg A.-G. in Geestmünde, sind gestorben.

### Brief- und Fragekasten.

Die Beantwortungen und Auskünfte im Briefkasten erfolgen ohne jede Gewähr seitens der Redaktion.

**Anmerkung der Redaktion.** Die Anfragen für unseren Brief- und Fragekasten häufen sich in der letzten Zeit in einer solchen Weise, daß die Beantwortung derselben bei dem bescheidenen Raum, den wir dieser nur zur Verfügung stellen können, sich gegen unseren Willen vielfach verzögert. Wir sehen uns daher zu der Bemerkung genötigt, daß wir nur noch die Anfragen von allgemeinem Interesse berücksichtigen können, welchen der Nachweis des Bezuges unseres Blattes und Porto beigefügt sind. Wenig Aussicht auf Beantwortung haben außerdem die Anfragen, deren Erledigung auf dem Wege der Anzeige möglich ist. Grundsätzlich sollte der Briefkasten nur dann in Anspruch genommen werden, wenn andere Wege versagen. Keinesfalls sind wir in der Lage, längere Gutachten abzugeben, umfangreiche Schriftstücke zu studieren, mit den Absendern von Anfragen in einen Schriftwechsel zu treten oder die Gründe für Nichtbeantwortung anzugeben. Es liegt ferner im Interesse der Absender, bei Rückfragen stets die ursprüngliche Frage zu wiederholen. Wer diese Bedingungen nicht erfüllt, hat unter keinen Umständen auf eine Berücksichtigung seiner Anfrage zu rechnen.

**Hrn. Arch. S. in Charlottenburg.** (Wiederaufbau des zerstörten Gebietes im Westen.) Bisher schweben nur Verhandlungen mit der französischen Regierung über den Wiederaufbau in Nordfrankreich und es werden von uns zunächst Arbeitskräfte verlangt. In Belgien will man angeblich auf die deutsche Mithilfe verzichten. Es erscheint selbstverständlich, daß die deutschen Arbeiter auch unter der Leitung von deutschen Technikern stehen. Wie das geschehen kann und wird ist aber noch in keiner Weise entschieden, jedenfalls noch keine Stelle vorhanden, die sich schon mit der Anstellung von Architekten und Ingenieuren befassen könnte. (Vergl. auch S. 353 ff.).

**Herrn Kreisbaumeister Sch. in N.** (Baupolizei-Gebühren.) Bei der Aufstellung eines neuen Gebührenentwurfes für baupolizeiliche Prüfungen ist zu berücksichtigen, daß nach dem Kommunalabgabengesetz die Gemeinden usw. hierfür Gebühren nur in einer solchen Höhe erheben dürfen, „daß deren Aufkommen die Kosten des bezüglichen Verwaltungszweiges nicht übersteigt“. Die Gebühren sind daher im Allgemeinen verhältnismäßig niedrig und dürften sich, je nach der Bedeutung der betreffenden Bauten im Allgemeinen zwischen 1 und 2 M. für 100 cbm umbauten Raumes bewegen. (Im Stadtkreis Berlin z. B. 3 M., bei Bauten untergeordneter Bedeutung 1 M., wobei jedoch ein Mindestsatz von 30 und 10 M. vorgesehen ist; dazu kommen noch Zuschußgebühren für schwierigere Konstruktionen, Gründungen usw.) Die Gebühren-Erhebung muß nach festen Sätzen erfolgen, eine Berechnung der Prüfung statischer Berechnungen nach Stunden erscheint danach nicht angängig. Ein Satz von 50 Pfg. für 100 cbm erscheint allerdings selbst für die einfachsten ländlichen Bauten unzureichend. Einzelangaben zu machen sind wir nicht in der Lage, wir müßten uns dazu eine Reihe von Gebührenordnungen von Kreisverwaltungen verschaffen, die Ihnen wahrscheinlich leichter zugänglich sind. Ueber die Grundsätze der Gebührenberechnung vergleiche Baltz, Baupolizeirecht.

Für Gutachten und sonstige Privatarbeiten kommt die Gebührenordnung für Architekten und Ingenieure v. J. 1901 mit ihren heutigen Zuschlägen in Betracht. Sie kann von unserer Expedition bezogen werden.

**Hrn. Ing. B. in Berlin.** (Traßzusatz bei Betonbauten.) Traßzusatz bei Betonbauten wird in den Gegenden, in denen Traß ohne weiten Transport zu haben ist, bei Wasserbauten aus Gründen der Verbilligung, sowohl zur Erhöhung der Elastizität, der Dichtigkeit gegen Wasser (Talsperren) und vor allem der

Haltbarkeit bei Seebauten verwendet. Die umfangreichen Versuche, die von der preußischen Bauverwaltung in Verbindung mit der Zement- und Traßindustrie auf Sylt in den letzten 20 Jahren ausgeführt worden sind, haben gezeigt, daß Zementbetone durch Traßzusatz, namentlich wenn es sich um kalkreiche Zemente und magerere Mischungen handelt, in gewissen Grenzen verbessert werden können und widerstandsfähiger werden gegen den Angriff des Seewassers. (Vergl. einen in unseren Betonmitteilungen, Nr. 14, erschienenen Aufsatz über diese Versuche.) Zu Eisenbetonbauten ist Traßzusatz bisher auch nur bei Seebauten angewendet worden. Für Hochbauten ist nach den deutschen Bestimmungen für Eisenbeton bisher nur die Verwendung von Portland- und Eisenportland-Zement ohne Zusätze anderer Art zulässig.

**Hrn. Reg.-Bmstr. K. in P.** (Veranschlagen nach den jetzigen Baupreisen.) Beim Veranschlagen von Bauten nach den jetzigen Preisen können Sie mindestens das 3–4fache bei Wohnhäusern ansetzen, bei Bauten mit schwierigen Konstruktionen, die viel Eisen erfordern, mindestens das 5fache der Preise nach ebm umbauten Raumes, die Sie u. a. in unserem „Deutschen Baukalendar“ 1918 (Jahrg. 1919 ist nicht erschienen) für verschiedene Gattungen von Gebäuden verzeichnet finden.

**Hrn. Arch. X. in Y.** (Anrecht des Bauherrn an den Zeichnungen usw.) In der heute noch geltenden Gebührenordnung für Arch. und Ing. von 1901 ist bezüglich dieser Frage nur der Vermerk enthalten, daß der Architekt dem Bauherrn auf Verlangen eine Ausfertigung des Entwurfes kostenlos zu übergeben hat. Der Entwurf der neuen Geb.-O. behandelt, um häufiger auftretenden Streitigkeiten zu begegnen, eingehender das Eigentumsrecht des Architekten an Entwurf, Bauakten usw. und setzt auch fest, daß Baubestandszeichnungen von ihm nur gegen besondere Vergütung zu fertigen sind. Auch die Rechtsprechung dürfte sich darüber einig sein, daß dem Architekten das dingliche Eigentumsrecht in vorgenanntem Umfang verbleibt, daß er dem Bauherrn nur solche Unterlagen zu überlassen hat, aus denen der Bestand des ganzen Baues zu ersehen ist, sodaß bei der Unterhaltung, etwaigen Umbauten usw. darauf gefußt werden kann. Ein Exemplar der genehmigten Bauvorlagen muß der Bauherr ja ohnehin erhalten.

In Ihrem besonderen Fall haben Sie für eine Behörde die Ausführung eines Baues nach Ihren Plänen geleitet und später auch die Bauunterhaltung überwacht. Es hat nach Ihren Ausführungen den Anschein, als ob Sie ein entsprechendes behördliches Baubüro und später eine Dienststelle vollständig ersetzt hätten. In diesem Fall vertreten wir die Ansicht, daß Sie bei Abgabe dieser Tätigkeit auch die Pläne usw. in dem Umfang abzugeben haben, in dem solche von einer entsprechenden behördlichen Dienststelle aufgehoben zu werden pflegen. Wieweit das zutrifft und ob die Abgabe kostenlos oder gegen Entgelt zu erfolgen hat, wird vom Wortlaut Ihres Vertrages abhängen. Trifft unsere Voraussetzung nicht zu, so stehen Sie der Behörde bezüglich Ihrer Verpflichtungen nicht anders gegenüber als einem privaten Bauherrn. Wir haben die Frage einem Rechtssachverständigen vorgelegt, der unsere Anschauung teilt, die Frage mit uns übrigens für eine solche hält, die nur auf Grund eines vorherigen Bausachverständigen-Gutachtens in ihrer rechtlichen Tragweite beurteilt werden kann.

### Fragebeantwortungen aus dem Leserkreis.

**Zur Anfrage 2 in No. 23.** Das Reißen von Steinholz-Fußböden kann hervorgebracht werden: 1. durch Verwendung ungeeigneter Rohstoffe, 2. durch mangelhaften Untergrund, 3. durch Setzen von Gebäudeteilen, 4. durch unpflegliche Behandlung und endlich 5. durch unsachgemäße Ausführung.

Grund 1 dürfte hier kaum in Frage kommen, da sonst die beschriebenen Schäden viel früher in Erscheinung getreten wären. Grund 2 ebenfalls nicht, da Eisenbetondecken sehr guten Untergrund bilden. Grund 3 nur dann, wenn auch andere Teile des Gebäudes Risse usw. zeigen.

Es verbleiben deshalb nur die beiden letztgenannten Ursachen: Die unrichtige Behandlung kann jeden Boden schädigen; für die Pflege von Steinholzböden bestehen bestimmte Richtlinien, die dem Bauherrn vom Hersteller sicher bekanntgegeben worden sind. Es dürfte unschwer feststellbar sein, ob die Behandlung der Böden diesen Richtlinien entsprochen hat.

Hauptgrund aber für mangelhafte Beschaffenheit und Haltbarkeit von Steinholz-Fußböden liegt in der unsachgemäßen Ausführung. In dieser Hinsicht wird von vielen Steinholz-Herstellern schwer gesündigt u. a. dadurch, daß zu große Mengen Chlormagnesiumlauge zum Anmachen der Masse verwendet werden. Ob das von den Herstellern selbst so vorgeschrieben oder vom Arbeitspersonal entgegen den Vorschriften vorgenommen wird, muß ich dahingestellt sein lassen; auf alle Fälle erleichtert die Verwendung recht feuchter Masse die Herstellung, die Arbeit geht rascher, wird billiger. Die Folge aber ist die Mangelhaftigkeit des Fußbodens, ja es liegt sogar die Gefahr vor, daß Beton, Eisen, Rohrleitungen usw. schwer beschädigt werden.

Bei dem hier beschriebenen Fall scheint es nicht unwahrscheinlich, daß der Boden bei dem Mangel an Oel während der Kriegszeit ungenügend geölt, dagegen häufig mit Wasser behandelt worden ist; dadurch wird das im Wasser leicht lösliche Chlormagnesium herausgewaschen und der Boden beschädigt. Gewähr gegen solche Zerstörungen bietet nur sachgemäße Behandlung und vor allem Ausführung durch erfahrene Firmen, z. B. die elektrisch gestampften Fußböden einer Leipziger Firma.

Dr. Adolf Markus, Dresden.

**Anmerkung der Redaktion.** Es wäre dankenswert von dem Hrn. Einsender, wenn er an dieser Stelle Mitteilungen machen wollte über die zweckmäßigste Art der Pflege von Steinholz-Fußböden, insbesondere unter den heutigen beschränkenden Verhältnissen und namentlich auch dann, wenn diese Böden in Untergeschossen Feuchtigkeit anziehen oder ausschwitzen.